

Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest

**Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode
der Bremischen Bürgerschaft**

SPD LAND
BREMEN



DIE LINKE.
BREMEN UND BREMERHAVEN

Inhalt

Präambel	3
Unsere Schwerpunkte	5
Wirtschaft	14
Arbeit	25
Häfen	32
Gleichstellung	38
Klimaschutz und Umweltschutz	42
Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung	51
Bildung	59
Wissenschaft	71
Kultur	82
Medien	88
Kirchen und Religionsgemeinschaften	90
Bau, Wohnen, Stadtentwicklung	91
Innenstadt	98
Hauptbahnhof	103
Verkehr	104
Gesundheit	111
Pflege	120
Verbraucher*innenschutz	123
Sozialer Zusammenhalt	124
Jugend und Familie	128
Senior*innen	131
Flucht, Migration, Integration und Partizipation	134
Inneres	138
Justiz und Verfassung	144
Sport	146
Bürgerbeteiligung, Beiräte, Demokratie	150
Bund, Europa und Internationales	152
Einfache, effiziente und digitale Verwaltung	154
Digitale Stadtgesellschaften	158
Finanzen und Personal	162
Zusammenarbeit der Koalitionspartner	167
Ressortverteilung	169

Veränderung gestalten: Sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest

Unser Bundesland mit seinen beiden Städten steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel im Zeichen der Klimaneutralität, die Energiewende, die Veränderungen in der Weltpolitik, die Digitalisierung: All das wird in seinen Folgen jetzt konkret spürbar. Bürger*innen, Familien, Betriebe, Vereine und Organisationen sind mit den Auswirkungen konfrontiert und müssen sich darauf einstellen. Sie erwarten mit Recht, dass eine neue Landesregierung sie dabei unterstützt und für Sicherheit, sozialen Ausgleich und klare Perspektiven sorgt. Wir wollen als Regierungskoalition diese Herausforderungen annehmen und die Chancen verwirklichen, die darin für unser Bundesland mit seinen beiden Städten liegen.

Daher wird diese Koalition alles Nötige tun, um die ökologische Krise zu bewältigen, soziale Ungleichheit zu bekämpfen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung des Landes zu schaffen. Starke Wirtschaft und gute Arbeit, klimapolitischer Umbau, soziale Gerechtigkeit und weltoffene Städte sind dabei unsere Leitwerte. Wir setzen uns dafür ein, dass man in allen Stadtteilen sicher leben und bezahlbar wohnen kann und Chancen gerecht verteilt sind: bei der Bildung sowie auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Nur wenn der soziale Zusammenhalt stimmt und die öffentliche Sicherheit funktioniert, können wir gemeinsam den Wandel gut und zukunftsfähig gestalten.

Staat und Politik können diese Herausforderungen nicht alleine bewältigen. Dafür sind Unternehmen, Wissenschaft und Forschung erforderlich, die mit Innovationen neue Möglichkeiten eröffnen; Familien, die sich für die Bildung und die Entwicklung ihrer Kinder stark machen; Menschen und Initiativen, die den sozialen Zusammenhalt stärken und die Gesellschaft Vielfalt solidarisch gestalten öffnen; Arbeitnehmer*innen, die sich in Gewerkschaften und Betriebsräten organisieren und dort für Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Die Politik dieser Koalition schafft verlässliche Rahmenbedingungen, organisiert Unterstützung und mobilisiert Ressourcen für die entscheidenden Zukunftsaufgaben.

Unsere Regierungskoalition wird in der nächsten Legislaturperiode gezielt in die Zukunft investieren. Wir stellen erhebliche Mittel bereit, damit das Land bis 2038 klimaneutral wird und leisten damit unseren Beitrag, die Zukunftschancen kommender Generationen zu erhalten, die Wirtschaftskraft zu erhöhen und die Arbeitsplätze von morgen zu schaffen. Umweltbelastungen und Folgen des Klimawandels treffen die Menschen im Land Bremen unterschiedlich hart. Die Klimaschutzmaßnahmen müssen deshalb sozial gerecht und für alle leistbar ausgestaltet werden. Nachhaltiges Handeln ist nicht nur für Staat und Politik zentrale Aufgabe, sondern es braucht hier eine gemeinsame Kraftanstrengung der Menschen in Bremerhaven und Bremen.

Eine gute Zukunft für Alle zu schaffen, ist das geteilte Ziel der Koalition. Das gilt insbesondere auch für die Jüngsten. Wir sorgen daher dafür, dass jedes Kind einen Kita-Platz erhält. Wir schaffen echte Bildungschancen und bilden im Land Bremen die dringend notwendigen Fachkräfte aus.

Bremen und Bremerhaven brauchen eine starke öffentliche Infrastruktur. Deshalb modernisieren wir die Häfen und stellen den kommunalen Klinikverbund zukunftsfähig auf. Wir schaffen Voraussetzungen, um vorausschauend Flächen und Immobilien ankaufen zu können, sowohl im Wohnungsbau, wie auch im gewerblichen Bereich. Den öffentlichen Einfluss in strategisch wichtigen Bereichen wie der Stadtentwicklung, der Energieversorgung und der Wärmewende werden wir ausbauen.

Um unsere politischen Ziele umsetzen zu können, werden wir bestehende Handlungsspielräume nutzen. Diese sind allerdings endlich. Sie finden ihre Grenzen an bundespolitischen Zuständigkeiten ebenso wie an den Möglichkeiten des Landeshaushalts. Damit gehen wir transparent und verantwortungsvoll um.

47 In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche müssen wir den Wandel aktiv gestalten. Wir werden deshalb Ent-
48 scheidungen nicht auf die lange Bank schieben. Wir wissen, dass Verantwortung zu übernehmen bedeu-
49 tet, auch schwierige Entscheidungen zu treffen.
50 Diesen Anspruch wollen wir mit diesem Koalitionsvertrag einlösen: sicher, sozial, ökologisch, zukunfts-
51 fest.

Unsere zentralen Botschaften

Gute Arbeit in einer sich verändernden Wirtschaft

Die digitale und ökologische Transformation unserer Wirtschaft sozial gerecht gestalten

Wirtschaft und Arbeitswelt befinden sich weltweit in einem umfassenden strukturellen Wandel. Klimaschutz, instabile und sich verändernde Lieferketten, Digitalisierung, neue Arbeitsorganisation und Fachkräftemangel betreffen auch Bremen und Bremerhaven. Wir werden die klimaneutrale und digitale Transformation unserer Wirtschaft sozial gerecht gestalten. Dafür werden wir intensiv mit Unternehmen und Beschäftigten zusammenarbeiten, um notwendige Innovationen sowie Gründungsgeschehen zu fördern und so das Land Bremen als starken Wirtschaftsstandort zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- den notwendigen Beitrag Bremens zur Umstellung der Stahlproduktion auf Wasserstoff leisten, die Rolle und Sichtbarkeit Bremens im Bereich der Luft- und Raumfahrt sowie den Automobilstandort mit regionalen Ansätzen beispielsweise in der E-Mobilität unterstützen.
- Den Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 umsetzen, Gewerbeflächen entwickeln und kurzfristig ein Gewerbeflächensofortprogramm auf den Weg bringen.
- die HANSE KITCHEN zu einem Food Hub in Land Bremen mit bundesweiter Sichtbarkeit weiterentwickeln und jungen Gründer*innen Raum und Ressourcen bieten.
- den Aus- und Weiterbildungscampus für Transformation und Innovation realisieren und die Wirtschaftsförderung Bremen zu einem Transformationsdienstleister weiterentwickeln.

Die Zukunft unserer Häfen sichern

Die bremischen Häfen sichern gemeinsam mit den anderen deutschen Seehäfen nicht nur die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland, sondern sind für unseren Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland das Tor zur Welt. Wir stehen zur Anpassung der Fahrrinne der Außenweser. Die große Zukunftsaufgabe besteht darin, unsere Häfen den neuen globalen und regionalen Gegebenheiten, Anforderungen und Zielen anzupassen. Dabei gilt es, auch den Bund in die Pflicht zu nehmen, sich im Zuge der nationalen Hafenstrategie mit höheren Beiträgen an der Finanzierung der Seehäfen zu beteiligen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die zentralen Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen für die Hafeninfrastruktur umsetzen, insbesondere der der Stromkaje, der Drehbrücke im Überseehafen Bremerhaven sowie der Nordmole.
- mit dem Energy Port ein bedeutendes Projekt für die Energiewende und die wirtschaftliche Zukunft Bremerhavens vorantreiben.
- durch die Umsetzung sowohl der Green-Port- als auch der Smart-Port Strategie die Prozesse in unseren Häfen technologisch umfassend modernisieren.
- beim Bund die priorisierte Ertüchtigung der Bahnstrecke Bremen-Bremerhaven einfordern.

Gute Arbeit schaffen

Wir wollen möglichst vielen Menschen den Zugang zu qualifizierter und existenzsichernder Arbeit eröffnen, um die Arbeitslosigkeit im Land Bremen weiter zu reduzieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Zentral ist für uns dabei eine gute Aus- und Weiterbildung. Sie ist neben dem Studium wesentliche Voraussetzung für ein ausreichendes Fachkräfteangebot.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- am beschlossenen Ausbildungsfonds, am Tariftreue- und Vergabegesetz, am Landesmindestlohn und an der bremischen Aufstiegsfortbildungsprämie festhalten.
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik in den Quartieren betreiben, um mehr Menschen als bisher in geförderte Beschäftigung zu bringen.
- ein Landesprogramm „Aufstieg zur Fachkraft“ auflegen, um Geringqualifizierte, die auf Fachkräfteniveau aufsteigen wollen, mit einem Zuschuss zum Lebensunterhalt zu fördern.
- ein Kompetenzzentrum „Fachkräftegewinnung und Zuwanderung“ aufbauen.
- Berufsschulen zu Campus weiterentwickeln und die Qualität der beruflichen Bildung so entscheidend verbessern

Kinderbetreuung und Bildung als Schlüsselprojekt

Den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung umsetzen

Kindertagesstätten leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie dienen aber nicht nur der Betreuung der Kinder, sie sind Bildungsstätten und helfen den Kindern wichtige Kompetenzen, insbesondere auch Sprachkompetenzen, für ihr weiteres Leben zu erwerben. Umso wichtiger ist es, dass wir allen Kindern ein Betreuungs- und Förderangebot machen und gerade die Familien erreichen, die dieses Angebot bis jetzt noch zu wenig in Anspruch nehmen können. Dabei werden wir uns beim Platzausbau auf die Stadtteile konzentrieren, die bisher zu geringe Betreuungsangebote aufweisen. Wir werden den Kita-Ausbau mit aller Kraft vorantreiben und dafür Aus- und Weiterbildung sowie Fachkräftesicherung intensivieren. Soweit trotz aller Ausbauanstrengungen Betreuungsplätze fehlen, werden wir Standards temporär befristet flexibilisieren.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- höchste Priorität darauf legen, jedem Kind in Bremen einen Kita-Platz bzw. einen Platz in der Tagespflege anbieten zu können.
- alle rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig für mehr Personal in den Kitas zu sorgen. Die Ausbildungskapazitäten für Erziehungsberufe werden wir mindestens verdoppeln und die Plätze für Praxisintegrierte Ausbildung mindestens vervierfachen.
- durch aufsuchende Arbeit die verbindliche Sprachstandsfeststellung vor der Einschulung gewährleisten. Jedes Kind mit Sprachförderbedarf soll verpflichtend im letzten Jahr vor der Einschulung die Kita besuchen.
- Das Betreuungsangebot flexibler gestalten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Gute Bildung für alle

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Elternhaus, der Herkunft oder dem Wohnort ihre Potentiale auch in der Schule entfalten können. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Schüler*innen einen Schulabschluss erreichen. Kinder mit großen Herausforderungen brauchen dafür eine besonders intensive Unterstützung. Vordringliches Ziel ist es dabei, dass sie sicher Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Grundlage dafür ist gut qualifiziertes Personal mit genügend Zeit, um auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die Doppelbesetzung von Klassen in den Grundschulen vorantreiben, beginnend mit den ersten Klassen der Grundschulen in besonders herausfordernden Lagen.

- das beschlossene Sprachförderkonzept umsetzen.
- schrittweise alle Schulen mit einer Stelle Schulsozialarbeit und Schulen in herausfordernden Lagen mit einer zweiten Stelle ausstatten.
- die Zuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte weiterentwickeln, um Unterrichtsausfall zu verringern und für die für Inklusion notwendige Personalausstattung zu sorgen.
- weitere Schulen zu Ganztagschulen ausbauen, so dass der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllt werden kann.
- die Beratung der Schulen durch das Institut für Qualitätssicherung intensivieren.
- die Untersuchung zu den Lernausgangslagen durch das Institut für Qualitätssicherung kontinuierlich auf alle Schulen ausweiten.

Klimaneutral, digital und fit für die Zukunft

Das Land Bremen wird klimaneutral

Die Klimakrise macht einen Wandel unserer Wirtschaft und unseres alltäglichen Handelns notwendig. Wir werden daher alle erforderlichen Schritte unternehmen, damit Bremen bis 2038 klimaneutral wird und werden zu diesem Zweck den Aktionsplan Klimaschutz umsetzen. So leisten wir unseren Beitrag im Kampf gegen die globale Klimakrise, sichern die Lebenschancen kommender Generationen, steigern die Attraktivität und Lebensqualität unserer Städte und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unsere Wirtschaft. Die Kosten dieser Transformation werden wir sozial gerecht verteilen. In Stadtteilen mit besonders hohen Lärmemissionen und Feinstaub werden wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort Pläne für den Ausgleich dieser Belastungen entwickeln und umsetzen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- im Rahmen der Fastlane des „Aktionsplans Klimaschutz“ 2,5 Mrd. Euro in die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands, die Verkehrs- und Wärmewende sowie die Klima-Transformation der Wirtschaft investieren, um die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2027 gegenüber dem Stand von 1990 möglichst zu halbieren.
- die Wärmewende aktiv gestalten und bis 2025 einen kommunalen Wärmeplan vorlegen und diesen anschließend durch ein Landeswärmegesetz verbindlich feststellen. Dafür wollen wir den staatlichen Einfluss in diesem Bereich strategisch ausbauen.
- bereits vor der Fertigstellung dieses Wärmeplans werden wir den weiteren Ausbau von Fern- und Nahwärme in den Quartieren ermöglichen.
- Programme zur Erhaltung der Artenvielfalt und den Schutz der Insekten erstellen und umsetzen.
- das Stadtgrün absichern und dafür nicht nur Bäume besser schützen, sondern auch alle zu ersetzende Bäume nachpflanzen und - dort wo es möglich ist - den Baumbestand vergrößern, unter anderem in neuen Klimawäldern.

Bremen und Bremerhaven als Zentren von Wissenschaft, Forschung und Innovation stärken

Forschung und Wissenschaft sind entscheidende Innovationsmotoren für unser Bundesland. Ob technologischer Fortschritt, Klimawandel oder Fachkräftesicherung – wir brauchen eine gut aufgestellte Hochschullandschaft, um den Herausforderungen unserer Gesellschaft zu begegnen. Dafür braucht es nicht nur kluge Köpfe, sondern auch eine gute Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen. Schon jetzt ist das Land Bremen einer der erfolgreichsten Wissenschaftsstandorte Deutschlands. Darauf wollen wir aufbauen und eine enge Verknüpfung von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft weiter vorantreiben.

Die Koalition wird deswegen unter anderem:

- die bestehenden Hochschulbauten mit den Mitteln des Klimafonds energetisch sanieren und damit sowohl einen spürbaren Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen als auch zur Modernisierung der

Wissenschaftsinfrastruktur schaffen.

- die Uni Bremen im laufenden Exzellenzwettbewerb mit voller Kraft unterstützen und das Werftquartier gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven zu einem maritimen Campus weiterentwickeln.
- die Stellung Bremens als „KI-Metropole des Nordens“ im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen weiter ausbauen und die darin steckenden Potenziale nutzen.
- mit einem Teilumzug der Uni Bremen in die Innenstadt einen wichtigen Impuls für die gesellschaftliche Verankerung von Wissenschaft und für die Entwicklung der City geben.
- das Studienangebot bedarfsgerecht ausbauen und durch eine Stärkung des Teilzeitstudiums einen spürbaren Beitrag für flexible Studienbedingungen und Studienerfolg leisten.

Umbau der City

Innenstädte prägen eine Stadtgesellschaft und sind ein Ort gemeinsamer Identität und Selbstbewusstseins. Wir wollen Innenstädte, die vielfältige Angebote haben für Jung wie Alt, für hiesige Familien wie für Tourist*innen, für den kleinen Geldbeutel wie für den großen. Wir wollen neben dem nach wie vor zentralen Einzelhandel Nutzungen wie Wohnen, Kultur, Tourismus, Gesundheit und Wissenschaft stärken. Der Teilumzug der Uni Bremen wird dabei eine wichtige Rolle spielen, insbesondere um die City für junge Menschen aufzuwerten. Unser Ziel ist ein Nutzungsmix für die Innenstadt, der sowohl zum Einkaufen als auch zum längeren Aufenthalt – auch ohne zu konsumieren – einlädt.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die Umnutzung des Parkhauses Mitte weiter vorantreiben und Flaniermeilen ausweiten.
- den Domshof auf Grundlage des städtebaulichen Wettbewerbs beleben, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, konsumfreie Verweilmöglichkeiten zu schaffen sowie die gastronomische Nutzung und Veranstaltungsformate wie „Open Space“ zu stärken.
- mit dem Stadtmusikanten- und Literaturhaus einen attraktiven neuen Anziehungspunkt für Tourismus und Kultur schaffen, die Tourismusstrategie 2025 umsetzen sowie die Veranstaltungsförderung in der Bremer Innenstadt fortführen.
- Eine gute Erreichbarkeit der City für alle Verkehrsteilnehmenden sicherstellen und dabei den Umweltverbund weiter stärken.

E-Government made in Bremen

Die Bürger*innen und Unternehmen erwarten vom Staat ein funktionierendes und einfach in Anspruch zu nehmendes Angebot von Dienstleistungen. Effektiv arbeitende Verwaltungen sind erforderlich, um die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Deshalb ist es erforderlich, die Digitalisierung der Verwaltungsangebote voranzutreiben, ihre Bedienungsfreundlichkeit kontinuierlich zu verbessern und durch effizientere Verfahren die Beschleunigung von Antragsbearbeitung gewährleisten. So entwickeln wir Bremen und Bremerhaven zu „Smart-Citys“ und fördern die Teilhabe an einer digitalen Stadtgesellschaft.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die wichtigsten Dienstleistungen, darunter das Baugenehmigungsverfahren und das Wohngeldantragsverfahren, vollständig digitalisieren, vereinfachen und beschleunigen, auch unter Einsatz Künstlicher Intelligenz.
- die Terminvergabe optimieren und die Wartezeit auf einen Termin im Bürgerservice auf maximal 14 bis 31 Tage (je nach Anliegen) verkürzen.
- sich dafür einsetzen, dass die heimische IT-Branche bei der Realisierung der bremischen Digitalisierungsstrategie beteiligt ist und Strukturen schaffen, die es für IT-Unternehmen noch attraktiver machen, sich in Bremen oder Bremerhaven anzusiedeln.
- die Kommunikation zwischen Ortsämtern, Beiräten und der Öffentlichkeit durch digitale Angebote vereinfachen und beschleunigen.

Öffentliche Finanzen

Die sich überlappenden Krisen und die daraus resultierenden dringend notwendigen Unterstützungsmaßnahmen haben auch die staatlichen Finanzen stark beansprucht. Die kommenden Jahre werden deswegen geprägt sein durch eine starke Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Erstellung eines Sanierungsprogramms bei gleichzeitiger inhaltlicher, aber auch finanzieller Schwerpunktsetzung auf die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Wir setzen uns für eine Entschuldung der Kommunen durch den Bund und eine sozial gerechte Steuerpolitik ein, um die finanziellen Grundlagen unseres Gemeinwesens zu sichern.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- eine strategische Bedarfsplanung für eigene und angemietete Immobilien einrichten sowie den bisher diversifizierten Ansatz zur Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Baumaßnahmen, weiterverfolgen und nicht nur in Eigenregie Investitionen durchführen.
- die Attraktivität der Freien Hansestadt Bremen als Arbeitgeberin weiter verbessern.
- um Bodenspekulationen zu dämpfen und Anreize zum Wohnungsbau zu geben, führen wir die Grundsteuer C ein.
- den Schul- und Kitabau und die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude massiv vorantreiben.

Attraktive und lebenswerte Stadtgesellschaften

Sozialer Zusammenhalt und soziale Sicherheit

Als Koalition werden wir die Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land verbessern, Teilhabe ermöglichen und Chancengerechtigkeit schaffen. Wir werden den sozialen Zusammenhalt stärken und ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern und betrachten Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe des Senats. Mit unserer Politik bekämpfen wir Ungerechtigkeiten, verringern Armut und eröffnen allen Menschen die gleichen Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Ungleichheiten – ob nun zwischen den Quartieren oder Menschen – wirken wir entgegen und organisieren solidarische Strukturen direkt vor Ort, die Menschen in allen Lebenslagen unterstützen. Für diese Ziele haben wir bereits gut etablierte Programme wie z.B. Wohnen in Nachbarschaften oder Lebendige Quartiere etabliert, die wir fortsetzen und mit anderen quartiersbezogenen Aktivitäten gut verzahnen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die „Freikarte“, mit der alle unter 18-Jährigen frei nach den eigenen Interessen Freizeitangebote in unseren beiden Städten nutzen können, weiterführen und zudem die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Bremen-Pass beibehalten.
- die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Budgets für überregionalen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- die Angebote für Crackabhängige auf 24/7 (gesundheitliche Grundversorgung, persönliche Hygiene, Aufenthalts- und Ruhemöglichkeiten) auslegen und Angebote auf die Stadtteile verteilen, um größere Szenenbildungen zu verhindern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch hier Modellprojekte zur Substitution etabliert werden.
- das Programm „Ältere im Quartier“ fortsetzen und im Rahmen des Landesprogramms Lebendige Quartiere ausbauen.
- ein Landesantidiskriminierungs- und ein Partizipationsgesetz beschließen, um Diskriminierung entgegen zu wirken und Teilhabe von Menschen mit Migrationsergabe zu fördern.
- das erfolgreiche Projekt Housing First ausweiten und in das Regelangebot nach dem SGB XII über-

führen.

- die Hilfsangebote für Drogen- und insbesondere crackabhängige Menschen verbessern und auch dezentral anbieten.
- ein kontinuierliches Monitoring queerfeindlicher Gewalt erstellen und Schutzwohnungen für junge LGBTIQ*-Personen, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren, einrichten.

Gleichstellung in Staat und Gesellschaft durchsetzen

Die Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur verfassungsrechtlicher Auftrag, sondern ein zentrales politisches Anliegen für uns.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- die Entgeltgleichheitsstrategie weiter umsetzen und durch ein Landesaktionsprogramm für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt ergänzen.
- die positiven Erfahrungen der Modelle „Wege in Beschäftigung“ und „Perspektive Arbeit für Frauen“ zum Anlass nehmen, solche Programme zu verstetigen und auszubauen.
- das Landesgleichstellungsgesetz evaluieren und weiterentwickeln und dabei queere Identitäten berücksichtigen.
- die Maßnahmen des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ausfinanzieren und konsequent umsetzen, Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen finanziell absichern und 24/7-Schutzplätze schaffen.

Gut wohnen und leben

Unser Ziel ist die soziale, kulturell vielfältige, grüne Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, hoher Lebensqualität und genug Freiraum für die Bürger*innen aller Generationen. Wir richten die Bau- und Stadtplanung an den Anforderungen der Klimaanpassung aus. Wir wollen in allen Stadtteilen für ausreichend Sozialwohnungen und kommunale Wohnungen sorgen und langfristig die Hälfte des Mietwohnungsbestands in gemeinwohlorientierte Hand legen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- ausreichend Flächen für das Ziel 10.000 neue Wohneinheiten ausweisen.
- die 30%-Sozialquote bei Neubauten fortführen, verstärkt Sozialbindungen ankaufen und insbesondere auch in hochpreisigen Quartieren auf mehr sozialen Wohnungsbau hinwirken.
- Baugenehmigungsverfahren vereinfachen und straffen und Umbauten erleichtern.
- die BREBAU als kommunale Gesellschaft mit der Aufgabe strategischer Immobilienankäufe und -entwicklungen betrauen.
- das Prinzip der Schwammstadt zu einem Leitbild machen.

Gesundheit und Pflege im Fokus

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten stadtteilbezogenen Gesundheitsversorgung ist Teil der sozialen Infrastruktur. An der kommunalen Trägerschaft unserer Kliniken halten wir fest. Dazu muss die Sanierung des Klinikverbundes gelingen, auch indem wir Kooperationen vorantreiben und Angebote konzentrieren. Unser Ziel ist eine am Menschen ausgerichtete Gesundheits- und Pflegepolitik mit gesunden Lebensverhältnissen und gleichem Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle. Für die Sicherung der Gesundheitsversorgung sind ausreichende Krankenhausinvestitionen genauso erforderlich, wie mehr niedrigschwellige Angebote in den Quartieren, zum Beispiel in Form von Gesundheits- und Hebammenzentren oder kommunalen MVZs.

Die Koalition wird daher unter anderem:

- das Krankenhaus Bremen-Mitte zu einem Maximalversorger entwickeln und die Grundversorgung am Standort Klinikum Links der Weser sichern.

- die Ausbildungszahlen in den Gesundheitsberufen erhöhen.
- die Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH schrittweise wieder in die TVöD-Tarifstruktur eingliedern.
- die aufsuchende Arbeit durch Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren verstetigen und das Modellprojekt zur medizinischen Versorgung von Nichtversicherten fortführen.
- pflegende Angehörige im Rahmen des Programms „Pflege im Quartier“ wohnortnah besser ansprechen.
- gemeinwohlorientierte Strukturen in der Pflege stärken.
- die Belange von Frauen und queeren Menschen im Gesundheitssektor stärken.

Sichere Nachbarschaften schaffen

Das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen trägt maßgeblich für eine gute Lebensqualität in den Stadtteilen bei. Wir wollen, dass sich alle Menschen im Land Bremen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer sozialen Lage oder ihrem Geschlecht sicher fühlen und sich in jeder Situation auf ihren Staat verlassen können – sei es auf dem Weg nach Hause, beim Warten auf den Bus oder beim Feiern. Dafür stärken wir unsere Sicherheitsbehörden in Bremen und Bremerhaven und investieren kontinuierlich in die Sicherheit und Ordnung vor Ort.

Die Koalition wird deswegen unter anderem:

- die Personalstärke der Polizei in Bremen bis 2027 auf 3100 und in Bremerhaven auf 580 Beschäftigte ausbauen und dabei auch den Direkteinstieg in die Kriminalpolizei ermöglichen
- die Ausrüstung der Polizei verbessern, insbesondere alle Einsatzwagen mit einem mobilen Endgerät ausstatten.
- den kommunalen Ordnungsdienst und die Verkehrsüberwachung weiter stärken.
- den Alkoholkonsum an Haltestellen des ÖPNV im Bereich des Hauptbahnhofs untersagen sowie die Videoüberwachung an einzelnen Haltestellen und an weiteren besonderen Angst- und Gefahrenorten ausbauen.
- der Einsatz von professionellen Awareness-Team, die an belebten Orten aufpassen und helfen, verstetigen und finanziell absichern.

Mobilität für alle – Umweltverbund stärken – Verkehrswende umsetzen

Mobilität ist ein soziales Grundrecht, essenziell für Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand und muss klimaneutral werden. Wir setzen daher die Verkehrswende um und nehmen insbesondere die bisher schlechter angebundenen Stadtteile in den Fokus. Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Verkehrsmittel einschließt. Der Dialog mit der Stadtgesellschaft ist dabei Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung aller Maßnahmen.

Die Koalition wird deshalb unter anderem:

- das Straßenbahnnetz weiter ausbauen.
- einen Sozialtarif für das Deutschlandticket für 29,- Euro im Monat einführen und weiter auf einen ticketfreien ÖPNV hinarbeiten.
- den Ausbau der Radwege in innenstadtfernen Stadtteilen und die Sanierung der bestehenden Radwege priorisieren und die geplanten Radpremiumrouten und Wesersprünge weiter vorantreiben.
- aufgesetztes Parken dort stufenweise beenden, wo die Restgehwegbreite 1,50 Meter unterschreitet.

Es lebe der Sport!

Der Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil in unserer Gesellschaft und wirkt in vielseitiger Weise positiv auf die Menschen in den Stadtteilen – sei es in den Sportvereinen, beim Schwimmunterricht oder bei Angeboten im öffentlichen Raum. Er fördert nicht nur die Gesundheit eines jeden einzelnen, sondern stärkt auch Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl in unserer Gesellschaft.

Die Koalition wird deswegen unter anderem:

- die städtischen Sportanlagen weiter schrittweise sanieren und zukunftssicher machen, sowie hierbei die Vereine mit ihren Sportanlagen unterstützen.
- die Pauschale für Übungsleiter*innen der Vereine auf fünf Euro pro Stunde erhöhen.
- im öffentlichen Raum mehr Sportgeräte aufstellen und weitere Flächen für integrative und inklusive Sportmöglichkeiten entwickeln.
- wieder einen Sportstudiengang an der Universität Bremen einrichten.
- den Freibadeintritt für Kinder und Jugendliche von 1€ fortsetzen.

Kultur: Vielfalt und Profil

Bremen hat sich zu einem Land mit starkem kulturellem Profil entwickelt. Dies stärkt nicht nur die Qualität Bremens als Wohnort, sondern auch als attraktiver Wirtschaftsstandort. Kulturakteure*innen leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag sowohl zum Wandel als auch zum Zusammenhalt des Gemeinwesens. Dieses Wirken der Kulturschaffenden hat unsere Wertschätzung verdient. Konkret bildet sich diese in unserer klaren Haltung zur Sicherung der Kunstfreiheit ebenso ab wie in der konkreten Förderung künstlerischer Produktivität.

Die Koalition wird deswegen unter anderem

- am Grundsatz der verlässlichen Unterstützung der bestehenden Kultureinrichtungen festzuhalten und die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite trotz der anhaltenden Krisen zu sichern. An der bewährten Förderung der Künstler*innenverbände halten wir fest.
- die Bewerbung Bremens als UNESCO-City of Literature vorantreiben.
- die Freie/Junge Szene und die Subkultur weiter fördern, zum Beispiel durch ein qualifiziertes Stipendienprogramm
- ein gemeinsam genutztes, dauerhaftes Festivalgelände entwickeln.
- das Bremer Kulturticket bekannter machen und Maßnahmen der kulturellen Teilhabe stärken, zum Beispiel mit einem regelmäßigem eintrittsfreien Tag in Museen.
- die engagierte Erinnerungskultur in Bremen stärken indem eine erinnerungskulturelle Strategie erarbeitet wird.

Koalitionsvertrag
für die 21. Wahlperiode
der Bremischen Bürgerschaft

Wirtschaft

Eine starke Wirtschaft, die sich den Aufgaben der digitalen und ökologischen Transformation und den globalen Herausforderungen stellt, ist die Grundlage für die Entwicklung des Bundeslandes Bremen in den kommenden Jahren. Ohne Arbeitnehmer*innen, die die Aufgaben der Transformation in den Unternehmen mitgestalten, wird dieser Prozess nicht gelingen. Der Fachkräftemangel ist dabei eine der Hauptherausforderungen. Aufgrund der starken Exportorientierung einiger großer Bremer Wirtschaftszweige gilt es die globalen Entwicklungen systematisch zu berücksichtigen. Die Neuordnung der globalen Lieferketten und die veränderten Wertschöpfungsketten, die durch den ökologischen Wandel der Industrie entstehen, bieten für Bremen und Bremerhaven Chancen für Wachstum und Ansiedlung von hochwertigen Arbeitsplätzen. Als Hafen-, Handels- und Industriestandort ist das Bundesland Bremen besonders von den Veränderungen betroffen. Wir wollen die Unternehmen dabei unterstützen, sich auf veränderte Lieferketten einzustellen und die Entwicklung im Bund und in der Europäischen Union (EU) beobachten.

Gewerbeflächen

Die Koalition hält am verhandelten Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 fest. Ziel ist der Übergang zu einer Flächenkreislaufwirtschaft. Dafür brauchen wir ein intelligentes Flächenmanagement, um die Potenziale in den Bestandsgebieten zu heben. Darüber hinaus werden wir weitere oder im Zusammenhang mit der Transformation veränderte Bedarfe fortlaufend prüfen.

Die Koalition wird:

- die im GEP verständigten Gewerbeflächen vollständig zur Verfügung stellen und unverzüglich in die Umsetzung eintreten.
- mit der Erschließung von Flächen auf dem Flughafengelände den Erweiterungsbedarfen von Airbus Rechnung tragen.
- im Sinne eines Sofortprogramms – wie es auch von der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammer gefordert wurde – folgende Flächen unverzüglich aktivieren: Reedeich, Nusshorn, Kämmerei-quartier, Schragestraße, Hanna-Kunath-Straße, Nachverdichtung Airport City West & Technologiepark, Steindamm.
- die vereinbarte Bereitstellung einer Dispositionsreserve von 100 ha einhalten.
- weitere Nachverdichtungsanalysen in den Bestandsgebieten vornehmen, um die Potenziale der Brownfield-Entwicklung konkret zu bestimmen und schrittweise zu heben.
- bei der Horner Spitze die im Rahmen des im GEP vereinbarten Verfahren umsetzen. Darüber hinaus werden wir die vorhandene Nachverdichtungsstudie Technologiepark bis Ende des Jahres aktualisieren.
- bei der Flächenbereitstellung die urbane Produktion und insbesondere das lokale Handwerk, Kleingewerbe und Startups stärken.
- zukünftig die Vermarktung von Gewerbeflächen auf Basis einer überarbeiteten Grundstücksrichtlinie betreiben.
- die interkommunalen Projekte, wie das Projekt Achim-West vorantreiben.
- für verschiedene zukünftige Erschließungsvorhaben Kompensationsflächen in Bremerhaven unterstützen. Der Bereich der Geesteniederung in Bremerhaven westlich der A27 ist geeignet, diese Vorgaben zu erfüllen. Kompensiert werden müssen unter anderem der östliche Bereich des ehemaligen Flugplatzes sowie die Westkaje des Fischereihafens. Es wird daher empfohlen, einen Kompensationsflächenpool unter Berücksichtigung der entlang der A27 in einem Abstand von 200m möglichen Errichtung von PV-Freianlagen einzurichten.
- Natur auf Zeit ermöglichen: Gewerbe- und andere Bauflächen, für die es bereits
- Bebauungspläne und damit verbundene naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen gibt, müs-

sen im Lande Bremen trotzdem erneut kompensiert werden, wenn sich im Laufe einer längeren Bra-
che dort schützenswerte Biotope entwickelt haben. Um die damit verbundenen Kosten und zeitlichen
Verzögerungen zu umgehen, werden daher solche Bauerwartungsflächen in der Regel gemäht und
anderweitig bearbeitet, um die Entwicklung von Biotopen auf Zeit zu verhindern. Das kostet Geld und
unterbindet die natürliche Entwicklung für die Dauer der Nichtnutzung. Es wird vorgeschlagen, ana-
log zur gesetzlichen Regelung in Niedersachsen auch im Land Bremen die Entwicklung von Biotopen
in Gewerbegebieten zu dulden und keine erneute Kompensation bei Inanspruchnahme der Flächen zu
fordern.

Gewerbliche Verkehre

Die Koalition wird:

- die Erreichbarkeit von Gewerbestandorten durch Stärkung und Aufwertung der ÖPNV- und Radver-
kehrsanbindung zügig optimieren und die Quer- und Gewerbelinien ausweiten und die Abstimmung
mit den Schichtzeiten verbessern. Zusätzlich legen wir einen besonderen Fokus auf die Aufwertung
der Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Gewerbegebiete.
- den Dreiecksverkehr mit Fähre zwischen Lankenauer Höft, Überseestadt und Waterfront absichern.
Die Ausweitung des Fährverkehrs wird unter Voraussetzung der Nutzung nachhaltiger und innovati-
ver Fährantriebe weiter geprüft.
- sich beim Bund für die Errichtung eines weiteren Anschlusses an die BAB A 1 im Bereich des Gewer-
beparks Hansalinie Bremen (GHB) einsetzen. Die WFB wird dort eigene Windenergieanlagen errich-
ten.
- die Planungen der B6n in der Tunnelvariante im Hinblick auf die notwendige Entlastung der Katten-
turmer Heerstraße als auch der im GEP verständigten gewerblichen Entwicklungspotenziale auf dem
Flughafenareal beim Bund als prioritär einfordern.
- die Fertigstellung des Ringschlusses der A281 als ein zwingend erforderliches Projekt beim Bund
einfordern.

Energie und Gewerbe

Die branchen- und sektorenübergreifende Elektrifizierung unserer wirtschaftlichen Basis stellt neue An-
sprüche an die Energieinfrastruktur. Grundsätzlich stehen wir vor der Herausforderung, lokale Ansätze
mit dem zeitgleichen Um- und Ausbau überregionaler Infrastrukturen zu koordinieren.

Die Koalition wird:

- Wind- und Solarenergiepotenziale in alten und neuen Gewerbegebieten heben.
- die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weiterhin aktiv bei der energetischen Transforma-
tion – vom Umstieg auf Erneuerbare bis zur Steigerung der Energieeffizienz – unterstützen und die
bestehenden Förder-, Beratungs- und Vernetzungsangebote weiterentwickeln, auch im Hinblick auf
neue Geschäftsmodelle.
- die Voraussetzungen zum Aufbau der Ladeinfrastruktur in unseren Gewerbegebieten schaffen.
- den Aufbau eines neuen „Energieknotens“ im Industriepark (Umspannwerk, Konverter, Höchstspan-
nungs-Stromanschluss, Wasserstoff-Pipeline-Anschluss) vorantreiben.
- das Energiehaus / Piek 17 und die Entwicklung der Hafenkante Nord als zentrales Pilotprojekt für
klimaneutrales Bauen und innovative Energieversorgung umsetzen.
- im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung die Optionen einer klimaneutralen Energieversorgung
von Gewerbegebieten berücksichtigen und die konkreten Potenziale zur Nutzung von Abwärme er-
mitteln.
- dabei mit den relevanten Stakeholder*innen einen ganzheitlichen Blick auf die Zukunft der gewerbli-
chen Energieversorgung im Land Bremen entwickeln, um die erforderliche Anpassung unserer Netze
(Strom, Gas und Wärme) vorausschauend planen zu können.

Energie- und Wasserstoffwirtschaft

Wir werden uns für die konsequente Umsetzung der Bremer Wasserstoffstrategie einsetzen. Im bereits beschlossenen Landesprogramm Klimaschutz 2038 des Senats werden die dort skizzierten Projekte konsequent umgesetzt. Von zentraler Bedeutung ist die Umstellung der Stahlwerke auf wasserstoffbasierte Stahlproduktion. Die Windenergiebranche an Land und auf See steht vor einem nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die damit verbundenen Chancen für Unternehmen und neue Arbeitsplätze, vor allem für Bremerhaven, sollen gezielt genutzt werden.

Norddeutschland und Bremen werden einen Anschluss an die bundesweiten Wasserstofffernnetze erhalten. An diese Fernnetze werden zunächst die sehr großen Verbraucher direkt angeschlossen. Innerhalb der Stadt Bremen muss Wesernetz eine lokale Wasserstoffversorgung bereitstellen.

Die Koalition wird:

- ihren finanziellen Beitrag zur Förderung der umfangreichen Investitionen im Zusammenhang mit wasserstoffbasierter Stahlproduktion leisten sowie die Prüfungs- und Genehmigungsverfahren zügig abwickeln und den Bau der Höchstspannungsstromtrasse und den Anschluss der Stahlwerke an das nordeuropäische Wasserstoff-Pipelinennetz vorantreiben.
- die Kooperationen mit norddeutschen Ländern zum Offshore-Ausbau verstärken.
- das erfolgreiche Clusternetzwerk WAB weiterhin unterstützen.
- die Ansiedlung von Unternehmen der Windenergiebranche in Bremerhaven durch die Erarbeitung entsprechender Förderprogramme im Rahmen der Klimaschutzstrategie unterstützen. Gleiches gilt für die Herstellung von Prototypen sowie deren Erprobung auf geeigneten Teststandorten.
- die bestehende Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft als zentrale Koordinierungsstelle stärken und mit den notwendigen Ressourcen ausstatten.
- im Rahmen der norddeutschen Wasserstoffstrategie ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um sich an gemeinsamen Aktivitäten mit den anderen Ländern beteiligen zu können.
- im Rahmen der Planungen des Energy Ports den Anschluss Bremerhavens an das Fernleitungsnetz prüfen und voranbringen.
- die mittelständische Wirtschaft verstärkt in die Wasserstoffstrategie einbinden.
- die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Carbon Capture Storage/Usage (CCS/CCU) auf Landesebene für nicht vermeidbare Restemissionen insbesondere in der thermischen Verwertung im Abfallsektor und in der Industrie ermöglicht wird.

Wasserstoffantriebe werden schrittweise in verschiedenen Mobilitätsbereichen Eingang finden.

Die Koalition wird:

- das EcoMat ergänzen um einen EHC EcoMat Hydrogen Campus, in dem wir die Kompetenzen für alle diese Verkehrsträger bündeln und die bereits im ECOMAT zusammengeführten materialwissenschaftlichen Kompetenzen gezielt um Wasserstoffanwendungen für die gesamte Mobilitätswirtschaft ergänzen. Flugverkehr wird zukünftig auch auf weiteren Antriebstechnologien wie bspw. elektrisches Fliegen im Bereich von Kleinflugzeugen und Drohnen basieren. Zur Erreichung eines möglichst vollständig klimaneutralen Fliegens gehören aber auch neue Ansätze der *circular economy*. Der EHC EcoMat Hydrogen Campus wird auf den bereits durch industrie- und bundesfinanzierten Vorhaben, wie das Airbus Zero Emission Development Center (ZEDC) und das Airbus Fire Safety and Certification Center (FSCC) basieren.
- die Kooperation mit der DB Fahrzeuginstandhaltung (DBFZI) weiterführen und ausbauen: Die Transformation von Dieselaggregaten des Schienenverkehrs auf Wasserstoffverbrennung wird dabei in den Vordergrund rücken. Wir werden das *Memorandum of Understanding* mit dem DBFZI verlängern und ein entsprechendes Testzentrum des DBFZI und Fraunhofer IFAM (Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung) im Lande Bremen etablieren.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI)

Die KI wird sich zunehmend auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken und hat eine hohe Relevanz für den regionalen Mittelstand. Mit dem KI-Transferzentrum im Digital Hub Industry wollen wir Unternehmen beim Einsatz von KI unterstützen.

Die Koalition wird:

- den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken.
- die gezielte Anwendung von KI in der mittelständischen Wirtschaft mit einem Förderprogramm beschleunigen.
- bereits in der Schule erste Anknüpfungspunkte zu KI und Digitalisierung aufbauen und die Kooperation mit den Schulen verstärken.
- ab 2026 ausreichend Mittel zur Verstetigung der Projekte in diesem Bereich zur Verfügung stellen.

Transformation der Wirtschaft / wissensbasierte Dienstleistungen

Die Koalition richtet ihre Innovations-, Dienstleistungs- und Industriepolitik an den gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Klimaanpassung, des demographischen Wandels und der digitalen Transformation aus.

Die Koalition wird:

- kleine und mittlere Unternehmen in ihren Transformationsprozessen unterstützen.
- die Innovationsnetzwerke und Cluster in den für Bremen prägenden Schlüsselbranchen Luft- und Raumfahrt, Stahl, Maritime Wirtschaft und Logistik, Automotive, Regenerative Energiewirtschaft, Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft und Gesundheitswirtschaft weiterentwickeln.
- die Innovations- und Transformations-Hubs in Bremen und Bremerhaven ausbauen und dort die im Land Bremen starken Schlüsseltechnologien Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Autonome Systeme und Robotik, Leichtbau und Additive Fertigung sowie Wasserstofftechnologien bündeln.
- neue Innovationsbereiche entwickeln, die eine breite Teilhabe von Frauen ermöglichen. Dazu gehört die Förderung von neuen Arbeits- und Organisationsformen, die Integration, Gendergerechtigkeit und Diversität als Beitrag zur Innovationsfähigkeit von Unternehmen.
- ein Kompetenzzentrum Smart Services schaffen, zur Förderung wissenschaftsintensiver Dienstleistungen und digitaler Dienstleistungen im Handwerk.
- den Dienstleistungsbereich mit seinem hohen Frauenanteil stärken und Förderprogramme so gestalten, dass die größtenteils kleinen Unternehmen und Solo-Selbständige davon profitieren können.

Luft- und Raumfahrt

Bremen ist Spitzenstandort der europäischen Luft- und Raumfahrt. Die europäische Luft- und Raumfahrt-industrie befindet sich in einem tiefgreifenden und wettbewerbsintensiven internationalen Umstrukturierungsprozess. Die Landesregierung bekennt sich zur Stärkung des Luft- und Raumfahrt Standortes und der Wertschöpfungskette in Bremen. In der Luftfahrt wird der Entwicklung des emissionsarmen Fliegens zur Kernaufgabe. Hierbei spielt das IPCEI-Projekt *Woplin* für den Airbusstandort Bremen eine zentrale Rolle. Der Markthochlauf nachhaltiger Flugkraftstoffe und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, aber auch die Entwicklung von Bremen als Zentrum für Moveables und die Forschung am EcoMat Hydrogen Campus und Zero-Emission Development Centre am kryogenen Wasserstofftank sollen im Zentrum stehen.

In der Raumfahrt entstehen durch die New Space Konkurrenz aus den USA und durch die neuen internationalen Spannungen (Russland/China) neue Notwendigkeiten, um eine eigenständige europäische Präsenz im All zu gewährleisten.

Die Koalition wird:

- aus der Klimaschutzstrategie bis zu 25 Mio. Euro investieren, um in Bremen an der Entwicklung mög-

631 lichst emissionsarmer Flugzeuge mitzuwirken (EHC).

- 632 • die vorhandenen Forschungsförderungsinstrumente wie das Bremer Luft- und Raumfahrt-For-
- 633 schungsprogramm LuRaFo erhalten und möglichst ausbauen und mit einer umfassenden Luft- und
- 634 Raumfahrtstrategie auf diese Herausforderungen reagieren.
- 635 • von der Bundespolitik eine deutlichere Teilhabe an F&E-Programmen einfordern.
- 636 • in der EU die Rolle und Sichtbarkeit Bremens im Bereich der Luft- und Raumfahrt weiter stärken.
- 637 • im Bereich der astronautischen Raumfahrt Beiträge für eine neue Generation von Raumstationen
- 638 leisten.
- 639 • den unabhängigen Zugang zum All durch große wie kleine Träger sichern, deshalb wollen wir auch
- 640 die Entwicklung von Microlaunchern als Beitrag zur nationalen Souveränität und Fähigkeitserweite-
- 641 rung begleiten.
- 642 • sich weiterhin für die Etablierung des Spaceports in der Nordsee einsetzen, um einen schnell reali-
- 643 sierbaren Zugang zum All für Microlauncher zu ermöglichen.
- 644 • sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Ariane 6 unter dem Gesichtspunkt der Wie-
- 645 derverwendbarkeit und neuer Triebwerksentwicklung weiterentwickelt wird.
- 646 • sich für die nachhaltige Nutzung des Weltraums einsetzen und die Vermeidung und Beseitigung von
- 647 Weltraumschrott auf europäischer und internationaler Ebene angehen.
- 648 • die Bremer Unternehmen bei der internationalen Weltraumexploration unterstützen und will Mis-
- 649 sionen zum Mond und Beteiligung an Missionen zur Erforschung des Sonnensystems, sowie die
- 650 fortgeführte Nutzung der Internationale Raumstation ISS als Forschungsplattform und für kommer-
- 651 zielle Zwecke verwirklichen. Wir wollen die internationale Kooperation und gemeinsame friedliche
- 652 Nutzung des Weltraums weiter ausbauen.
- 653 • neue wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich der unbemannten Luftfahrtsysteme UAS (Drohnen) und
- 654 die Integration der unbemannten Luftfahrt in die bestehenden Luftraumstrukturen über das Bremer
- 655 Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm (LuRaFo) fördern und insbesondere Startups und junge
- 656 Unternehmen ansiedeln. Damit wollen wir zu einer Stärkung und Diversifizierung des Luftfahrtstand-
- 657 ortes beitragen.

658 **Flughafenentwicklung**

659 Mit dem Flughafen Bremen steht eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung, die erhebliche Bedeu-

660 tung für den Wirtschaftsstandort Bremen und die Region hat. Der Senat hat in der vergangenen Legisla-

661 turperiode wegweisende Beschlüsse gefasst, die den Flughafen finanziell konsolidiert und die Vorausset-

662 zungen für eine nachhaltige Sanierung geschaffen haben. Diesen Weg gehen wir gemeinsam weiter.

663

664

665 **Die Koalition wird:**

- 666 • die Flughafen Bremen GmbH perspektivisch so aufstellen, dass sie in der Lage ist, diese strategische
- 667 Zielsetzung zu erreichen und gleichzeitig einen CO₂-neutralen Flughafenbetrieb zu realisieren. In
- 668 diesem Zusammenhang werden wir die Möglichkeiten einer Eigenstromproduktion durch Freiflächen-
- 669 Photovoltaik auf den vorhandenen Flächen des Flughafengeländes prüfen. Damit hat der Flughafen
- 670 die Chance, wirtschaftlich nicht genutzte Flächen in Wert zu setzen.
- 671 • mit einem neuen Lärmschutzkonzept negative Umwelt- und insbesondere Lärmauswirkungen weiter
- 672 reduzieren.

673 **Fahrzeugbau**

674 Bremen soll auch weiterhin ein bedeutender Automobilstandort bleiben. Der Automobilbau ist eine

675 zentrale Säule der bremischen Wirtschaft. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen in

676 Bezug auf Automobilproduktion erfordern neue Antworten. Wir wollen gemeinsam mit den gesellschaft-

677 lichen und wirtschaftlichen Akteuren vor Ort Bremen als Automobilstandort mit regionalen Ansätzen

678 beispielsweise in der Lieferkettenthematik weiter stärken.

679

Maritime Industrie

Die Energiewende birgt ein enormes Potenzial für den Schiffbaustandort Bremen und Bremerhaven. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die Entwicklung fortschrittlicher Technologien und den Bau von energieeffizienten und emissionsarmen Schiffen, sondern auch für die steigende Nachfrage nach Spezialschiffen im Zuge des Ausbaus der Offshore-Windparks.

Die Koalition wird:

- das Förderprogramm „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ im Haushalt absichern, um Chancen aus der Energiewende (Offshore Windenergie, Wasserstoffschiffe/-infrastruktur) für die bremische maritime Wirtschaft im Verhältnis 30 Land zu 70 Bund erschließen und Bundesförderungen nutzen.

Der technologische Wandel der Stahlindustrie und der Schifffahrt in Richtung Klimaneutralität verschafft dem Schiffsrecycling eine immer größere Bedeutung als Lieferant von Sekundärstahl.

Die Koalition wird:

- die konkreten Potenziale zur Wertschöpfung, stofflichen Wiederverwertung und Emissionsreduktion des Recyclings von Schiffen an unserem Standort ermitteln. In Abhängigkeit von dem erforderlichen wasser- und landseitigen Flächenbedarf wollen wir potenzielle Standorte im Land Bremen für investitionsbereite Unternehmen prüfen.

Innovation, Gründung, Start-Ups

Die Koalition wird:

- das Starthaus, als zentrale Beratungsstelle im Gründungs-Ökosystem des Landes Bremen, mit seinen Beratungs- und Coaching-Maßnahmen, sowie insbesondere auch frauenspezifischen Gründungsberatungen, verstetigen
- mit gezielten Angeboten den Anteil migrantischer Gründungen erhöhen und regionale Informationszentren in den Quartieren aufbauen.
- Investitionsmittel in kleineren Größenordnungen verstärkt anbieten, und mehr Beteiligungskapital für den Gründungsbereich bereitstellen.
- mit den neuen Startup-Finanzierungsprogrammen und einem *public-private-venture* Fonds das Land Bremen zu einem wettbewerbsfähigen Startup-Standort entwickeln.
- die im Rahmen der Klimastrategie verankerte Greentech Start-Up-Förderung umsetzen.
- das Creative Hub an einen festen Standort nachhaltig realisieren. Um die positive Entwicklung mit vielen Neugründungen nachhaltig fortführen zu können, ist es notwendig, das Creative Hub finanziell abzusichern.

Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft

Mit rund 10.000 Beschäftigten, davon ein Drittel Frauen, ist die Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft die zweitgrößte Branche des verarbeitenden Gewerbes im Land Bremen. Aus dem Strukturwandel in der Branche und Abwanderung von Unternehmen resultieren große Herausforderungen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen auch zukünftig zu sichern.

Die Koalition wird:

- die HANSE KITCHEN zu einem Food Hub im Land Bremen in der Überseestadt mit bundesweiter Sichtbarkeit weiterentwickeln und jungen Gründer*innen Raum und Ressourcen für die Entwicklung und Produktion ihrer innovativen Lebensmittel sowie passgenaue Beratung und Vernetzung bieten.

Gleichzeitig verfügt Bremerhaven über eine besondere Infrastruktur im Bereich der Lebensmittelwis-

senschaft. Die Entwicklung von neuen Unternehmen, neuen Lebensmitteln und Verfahren bietet sich in beiden Städten parallel an.

Die Koalition wird:

- mit einem gemeinsamen Managementansatz mit Standorten in beiden Städten (in Bremen am Großmarkt und in Bremerhaven in der Halle X) das wirtschaftliche Potential realisieren.

Zentrenentwicklung

Die aktuell inzwischen überwiegend institutionell geförderten City- und Stadtteilinitiativen in der Bremer City, dem Viertel, dem Zentrum Vegesack und den Stadtteilzentren Gröpelingen, Hemelingen, Neustadt, Walle, Findorff, Blumenthal und Osterholz ziehen mit ihren Veranstaltungen, Messen und Aktionen mehr als 750.000 Besucher im Jahr an. Sie tragen erheblich zu Belebung der Stadtteile bei, akquirieren Drittmittel und sind wichtige Netzwerkpartner vor Ort. Die Initiativen leisten einen wichtigen wirtschaftsstrukturpolitischen Beitrag zur Entwicklung der Stadtteile und stützen durch ihre breite Vernetzung auch kulturelle und soziale Aspekte.

Die Koalition wird:

- die Arbeit der bestehenden Initiativen sowie Projektförderungen auch ehrenamtlich tätiger Stadtteilinitiativen in den kommenden Jahren finanziell absichern und dort, wo es nötig ist, weiter ausbauen. Dabei werden Förderaspekte für im Verhältnis starke Standorte und Stadtteile wie z.B. Neustadt und Findorff ebenso berücksichtigt wie Quartiere mit einem besonderen Förderbedarf wie z.B. Gröpelingen und Blumenthal.

Einzelhandel und Gastronomie

Die Gewinnung von Fachkräften in diesen Bereichen stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Allgemeinverbindlichkeit des Gastro-Tarifvertrages ist für diese Koalition ein wichtiges Instrument im Rahmen des Fachkräftemangels.

Die Koalition wird:

- die Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsgesellschaft mbH (ABiG) und der Handelskammer ausbauen.
- den Einzelhandel bei Digitalisierungsanstrengungen weiter unterstützen.
- Gastronomie, Beherbergungswesen und Einzelhandel stärker durch Digitallotsen unterstützen.
- die Wettbewerbe für Bestandsunternehmen und Gründer*innen weiterführen.
- Gastronomie, Beherbergungswesen und Einzelhandel durch eine Marketingstrategie der WFB unterstützen.
- die Branchendialoge weiterführen.

Logistik

Der Logistikstandort Bremen deckt von der Schifffahrt über die Häfen, die Luftfahrt mit dem Flughafen, mit Speditionen und dem Güterverkehrszentrum (GVZ) bis hin zur Industrielogistik alle wesentlichen Bereiche der Branche ab.

Für die Logistikwirtschaft stellt die Verfügbarkeit von klimaneutralen Verkehrs- und Transportfahrzeugen eine besondere Herausforderung dar. Diesen Herausforderungen müssen auch die landbremischen Infrastrukturen für die Logistik aufgreifen.

Die Koalition wird:

- mit der Modernisierung unserer Infrastrukturen im Bereich Ladesäulen, Wasserstofftankstellen sowie Breitbandausbau zur Zukunftssicherung der Logistik beitragen.
- den Logistik- und Gewerbestandort Bremen durch effizientere Flächennutzung, Optimierung der Ver-

kehrsströme, Stärkung der trimodalen Infrastrukturen stärken.

- weiterhin darauf achten, dass in den Logistikflächen Infrastrukturen für Fahrer*innen und Beschäftigte in der Logistik zur Verfügung gestellt werden.
- den Transformationsprozess mit unseren Innovationsprogrammen begleiten.
- weiterhin Initiativen der Logistik unterstützen und sich dafür einsetzen, dass Logistik im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften weiterhin einen Lehrstuhl hat. Insbesondere im Zusammenhang mit der Wissenschaft sollen internationale Kooperationen aufgebaut werden.
- den Branchendialog Logistik weiterführen.

Weserstadion

Werder Bremen hat eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Standort Bremen. Werder kann ohne ein Leistungszentrum und Nachwuchsarbeit in der Bundesliga nicht mithalten. Das hätte weitreichende Folgen für Tourismus, Marketing und Steueraufkommen. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit eines Leistungszentrums. Dabei werden wir die Ergebnisse des „Moderationsverfahren Begleitgremium“ einbeziehen.

Die Koalition wird:

- Werder Bremen bei dem Bau eines Leistungszentrums unterstützen. Wir sehen die Pauliner Marsch als Zentrum für Bewegung, Sport und Freizeit und verstehen Werder dabei als wichtigen strategischen Partner. Dies bedingt insbesondere die Modernisierung der Infrastruktur, vor allem der Bezirkssportanlage auf Platz 11, und die Förderung des Leistungssports.
- die Sicherheit im Gästebereich in der Westkurve erhöhen.
- darauf hinwirken, dass das Weserstadion wieder für Großveranstaltungen zur Verfügung steht.

Tourismus und Veranstaltungsförderung, Märkte

Der Tourismus ist eine zentrale Einnahmequelle Bremens und sorgt jedes Jahr erneut für sehr gute Auslastung der Hotelkapazitäten sowie für hohe Umsätze in Gastronomie und Einzelhandel. Neben dem historischen Innenstadtkern und der Altstadt ist es wichtig, weitere attraktive Angebote vorzuhalten, um so im Wettbewerb mit anderen Städten zu bestehen. Herausragende Projekte sind dabei das Stadtmusikantenaus und das Welterbezentrum.

Die Koalition wird:

- die „Tourismusstrategie 2025“ umsetzen und insbesondere unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten weiterentwickeln und für die Zeit nach 2025 fortschreiben.
- die regionale und überregionale Vermarktung des Tourismusstandortes durch Kampagnen wie „Mehr als Märchen“, Tourismustage und Themenjahre fortsetzen. Hierbei haben die Themenfelder kulturelles Erbe, Kunst- und Kulturerlebnis, Genussskultur, Wissens- und Erlebniswelten, Kongress- und Veranstaltungswesen eine besondere Bedeutung.
- den Radtourismus (Projekt BIKE IT!) stärken.
- beide Städte als Flusskreuzfahrtdestinationen etablieren.
- weiterhin publikumsstarke und überregional wirksame Veranstaltungen in den Bereichen Kultur und Sport im Land Bremen fördern und hierbei die Kostensteigerungen und Inflation für Veranstaltungen berücksichtigen.
- die Angebote im Bereich Tagungen, Unterhaltung und Wissensvermittlung weiterentwickeln, modernisieren und digitalisieren.
- dem Bereich Barrierefreiheit in allen Angeboten eine wichtige Rolle beimessen.
- die ganzjährigen Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag der Seestadt Bremerhaven im Jahr 2027 finanziell absichern.
- die Sail Bremerhaven 2025 als die zentrale Großveranstaltung des Landes Bremen finanziell absichern.

- die beiden Säulen Tourismusmarketing und Standortmarketing ergänzen um die Säule Identitätsmarketing, um Bremer*innen zu Botschafter*innen ihrer Wohnorte zu machen. Die Mittel für das Standortmarketing müssen auf das frühere Niveau angehoben werden. Für das Identitätsmarketing müssen neue Mittel im Haushalt eingestellt werden.
- das „Freizeit- und Naherholungskonzepts (FUNK) im Bremer Norden“ revitalisieren, sowie Belegung und Weiterentwicklung der Maritimen Meile mit dem Schwerpunkt auf dem Gebiet rund um den Museumshafen Vegesack vorantreiben.
- zur Gewährleistung der Durchführung der Traditionsveranstaltungen Osterwiese, Freimarkt und Weihnachtsmarkt – fortlaufend Mittel im Haushalt bereitstellen. Angesichts gestiegener Kosten ist eine Anpassung der Jahrmarktgebühren unumgänglich. Allerdings ist zu beachten, dass die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Kosten, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verkehrsmaßnahmen, nicht vollständig an die Schausteller*innen weitergegeben werden können.
- wie in Hamburg prüfen, ob zur Erhöhung der Mittel aus der City-Tax für den Tourismus zukünftig auch eine Besteuerung der Geschäftsreisenden erfolgen soll. Die hierdurch erzielten Steuereinnahmen sollen dabei unmittelbar dem Tourismus zu Gute kommen.

Handwerk

Das Handwerk bringt den Klimaschutz ganz praktisch auf die Straße und in die Gebäude. Das Handwerk ist in Bremen ein Beschäftigungsmotor, aber auch hier stellt die Gewinnung von Fachkräften zunehmend eine Herausforderung dar.

Die Koalition wird:

- in der Berufsorientierung, in der Ausbildung und in der Weiterbildung sowie Qualifizierung die Wege dafür ebnen, dass mehr Menschen für diese Berufe gewonnen werden können.
- eine zeitgemäße Ansprache von Frauen etablieren: Geschlechterstereotype müssen aufgelöst und neue Berufsbilder von alten Denkmustern losgelöst werden.
- darauf hinwirken, dass Betriebe flexiblere Arbeitszeitmodelle schaffen, um mehr weibliche Auszubildende für Ausbildungsberufe zu gewinnen.

Wir wollen das Handwerk ermutigen mehr und flexiblere Praktikumsmöglichkeiten anzubieten und schaffen Gelegenheiten, um Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern über die zukunftssträchtigen Möglichkeiten im Handwerk zu informieren:

- mit Informationsabenden für Eltern von angehenden Auszubildenden und engeren praxisnahen Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen.
- wir wollen gemeinsam mit der Handwerksammer eine Ausbildungsoffensive voranbringen, die die Modernität und Zukunftsfähigkeit vieler Handwerksberufe herausstellt und aktiv bewirbt. indem wir die Förderung für Berufsorientierungskräfte im Handwerk dauerhaft finanziell absichern.
- nach dem Vorbild des neu geschaffenen dualen Studiengangs Gebäudeenergietechnik weitere Studiengänge – auch mit der Hochschule Bremen – entwickeln und ggf. fördern.
- indem wir die Gründung eines Instituts für das Klimahandwerk in Bremerhaven prüfen.
- indem wir uns für sprachensible Abschlussprüfungen einsetzen, um junge Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien auf ihrem Weg ins Handwerk unterstützen.

Sozialunternehmen (*social entrepreneurship*)

Die Unterstützung für diese Art des Unternehmertums soll verstetigt und weiter verbessert werden.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit den öffentlichen und privaten Akteur*innen aus den Gründungsinstitutionen ein Gründungsökosystem realisieren, das alle Kompetenzen des Standorts für Gründende sichtbar und erreichbar macht. Damit wollen wir die Quantität und Qualität der Gründungen weiter erhöhen, neue

hochwertige Arbeitsplätze schaffen und den Standort als attraktiver Gründungsstandort über die Landesgrenzen hinaus bekannt machen.

- neue Förderinstrumente (ggf. in Form eines Inkubator-Programms) für Bremen und Bremerhaven entwickeln, das für soziale Projekte mit wirtschaftlichem Potenzial und Gründungen von Sozialunternehmen in der Vorgründungs- oder Gründungsphase eine finanzielle Absicherung bietet.

Kreativwirtschaft

Die Koalition wird:

- das POP Office langfristig absichern und in die Lage versetzen, neben der Netzwerkarbeit auch Förderprogramme für Musiker*innen aufzusetzen.
- Bremer Medien- und Filmkunstschaffende unterstützen. Wir wollen durch überregional wahrnehmbare Veranstaltungen sowie Fortbildungs- und Förderprogrammen mit zeitgemäßen Medien- und Filmproduktionen bundesweit sichtbar in Erscheinung treten. Dazu gehören auch international relevante Veranstaltungen wie das Filmfest.
- den Medienstandort Bremen im Rahmen des Standortmarketings positionieren, auch um ihn für Fachkräfte und Gründer*innen attraktiver zu machen.
- künftig die Games-Branche im Kontext der Nordmedia fördern. Die Nordmedia hat die nötigen Strukturen und Erfahrungen, die Förderung der Entwicklung von E-Games zu gewährleisten.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) wird in Zukunft auf Grund der beschlossenen Flächenkreislaufwirtschaft und der gestiegenen Anforderungen an Gewerbegebiete, Investoren, Ansiedlungs- und Erweiterungspolitik weniger Immobilienhandel und mehr Unternehmensberatung, Unternehmens- und Gewerbegebietsbetreuung als Regelaufgabe nachgehen müssen. Auch soll sie zukünftig eigene industriepolitische und standortspezifische Projekte entwickeln. Die WFB hat im Sinne eines „Transformationsdienstleisters“ eine zentrale Bedeutung bei der Umsetzung der wirtschaftsbezogenen Maßnahmen der vom Senat beschlossenen Klimastrategie 2038. Hierzu muss sich die WFB weiterentwickeln sowie finanziell, personell und organisatorisch neu aufgestellt werden.

Die Koalition wird:

- die erfolgreiche Außenwirtschaftsförderung mit Delegationsreisen, Messeauftritten, Forcierung der norddeutschen Kooperation in der Außenwirtschaftsförderung sowie die Förderung von Messeauftritten kleiner Unternehmen auf internationalen Messen fortsetzen.
- die bisherigen Ansiedlungsaktivitäten von WFB und BIS durch die inhaltliche Konzentration auf die bremischen Innovations- und Schwerpunktbranchen fortsetzen und eine länderunabhängige Akquisitionsstrategie für Schwerpunktbranchen und mit Fokus auf unsere Transformationshubs entwickeln. Ergänzt werden die Maßnahmen durch die gezielte Anwerbung von Fachkräften.
- die Marketingkonzepte und Kampagnen weiterentwickeln und durch ein systematisches Stadtmarketing den Wirtschafts-, Arbeits-, Freizeit- und Tourismusstandort Bremen nach innen und nach außen so zu präsentieren und Aufmerksamkeit zu erzeugen, dass ein positives Image und Gesamtbild entsteht.
- ein neues Identitäts- und Standortmarketing fördern. Die Mittel für das Standortmarketing und für das neue Identitätsmarketing müssen bereitgestellt werden.
- das Stadtportal Bremen.de, den digitalen barrierefreien Stadtführer, die Bremen-Apps, die begleitenden Social-Media-Kanäle und digitalen Kampagnen fortführen.

Erstmalig wurde in der letzten Legislaturperiode das operative Ziel „Gleichberechtigung und Diversität“ als Querschnittsziel in der Innovationsstrategie des Landes und im EFRE Programm festgeschrieben.

Die Koalition wird:

- mit der Fördermaßnahme „Gender Diversity in KMU“ gezielt genderspezifische Projekte fördern um Frauen stärker als bisher für Fach- und Führungspositionen zu gewinnen damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung insbesondere in den Bereichen IT- und Digitalbranche sowie Handwerk leisten.
- Projekte von Unternehmen und Unternehmensverbünden fördern, sowie Begleitmaßnahmen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung umsetzen.
- die Förderberatung um das Thema der Gendergerechtigkeit verstärken, Branchen mit hohem Frauenanteil mit wirtschaftsförderlichen Maßnahmen adressieren, die Gründungsaktivitäten von Frauen unterstützen und dafür sorgen, dass mehr Frauen von den Programmen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung profitieren.

Gesellschaften

Die Gesellschaften leisten einen wichtigen Beitrag für Bremens Standortmarketing, Veranstaltungswesen sowie für Gastronomie, Beherbergungswesen und Einzelhandel. Die Gesellschaften stehen insgesamt vor der Herausforderung, die finanziellen Auswirkungen des Ukrainekrieges (Energiekosten, Kostensteigerungen,) und der auch hiermit verbundenen Tarifsteigerungen aufzufangen.

Die Koalition wird:

- die M3B bei der Konsolidierung der Gesellschaft unterstützen, damit sie ihre wirtschaftsfördernde Rolle auch in Zukunft effektiv wahrnehmen kann. Gleichzeitig muss die von der M3B genutzte Infrastruktur und auch das (Veranstaltungs-)Geschäft in allen Geschäftsbereichen der M3B in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Hierzu müssen die Mittelansätze wieder angeglichen werden.
- der M3B Mittel zur aktiven Eigenentwicklung und Akquisition von Leitveranstaltungen im Messe- und Kongressbereich für Bremen zur Verfügung stellen.
- gemeinsam mit den Veranstaltern anstreben, ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle M3B-Veranstaltungen anzubieten.
- das CongressCentrumBremen (CCB) revitalisieren und weiterentwickeln, da es attraktive und nachhaltige Marktchancen als Tagungs- und Kongresslocation gibt. In Kombination mit einem baulichen Gesamtkonzept sowie Erweiterung der Kongressfläche besteht die Möglichkeit, den Bremer Kongress- und Messemarkt neu aufzustellen sowie Marktanteile zu halten und auszubauen.
- einen Erweiterungsbau für das Universum planen. Dieser soll einen 360°-Projektionsraum für multimediale Erlebnisse beherbergen. Dieser Raum wird auch als Planetarium genutzt werden. Darüber hinaus sind Kreativ-, Denk-, Labor- und Werkstattträume angedacht.

Kohäsionspolitik / Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Die Einwerbung und Nutzung von Mitteln der Kohäsionspolitik und die Bereitstellung eigener Landesmittel zur Kofinanzierung sind von herausragender Bedeutung für die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes.

Im Rahmen der Kohäsionspolitik stellt der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ein zentrales und bewährtes Finanzierungsinstrument insbesondere für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung von Forschung und Innovation, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Steigerung von Gründungsaktivitäten im Land Bremen dar. Darüber hinaus leistet der EFRE einen Beitrag zur Energieeffizienz und zur Klimaanpassung.

Die Koalition wird:

- die für eine zielgerichtete, schnelle und unbürokratische Umsetzung des EFRE-Programms notwendigen Ressourcen und Haushaltsmittel bereitstellen. Dies gilt auch für temporäre zusätzliche EU-Mittel, die über die bestehenden Strukturen oder im Rahmen des EFRE-Programms umgesetzt werden sollen.

Wirtschaftsstandort Bremerhaven

Der Standort Bremerhaven hat sich in den traditionellen Branchenschwerpunkten wie der maritimen Wirtschaft, der Hafenwirtschaft, der Lebensmittelwirtschaft und im Tourismus in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld behauptet und positioniert. Neue Themenfelder mit Herausforderungen und Chancen kommen dazu, so insbesondere der Bereich der Klimaschutztechnologien und der Wissenschaftslandschaft.

Wie jeder andere Standort auch befindet sich Bremerhaven in einem starken Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Daher muss sich Bremerhaven als attraktiver Arbeits-, aber auch Lebensstandort sowohl überregional positionieren als auch vor Ort weiterentwickeln.

Die Koalition wird:

- durch die Bereitstellung von GRW-Mitteln die Aufwertung der Bremerhavener Innenstadt durch eine deutlich bessere Verbindung zu den erfolgreichen Havenwelten und den eingeleiteten Planungsprozess zur Optimierung dieser Anbindung über eine Querung der Columbusstraße, aber auch über eine zusätzliche Querung des Alten Hafens unter Nutzung der umzugestaltenden Grundstücke Eulenhof und Karstadt unterstützen.
- die Freiraumplanung im Umfeld des Deutschen Schifffahrtsmuseums vorantreiben und in das Gesamtkonzept der Wiederherstellung der Gebäude Scharoun und Bangert sowie des Museumshafens integrieren.

Arbeit

Gute Arbeitsbedingungen bleiben ein Schwerpunkt dieser Koalition. Wie in der vergangenen Legislaturperiode werden wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Tarifbindung zu stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt, Leiharbeit weitgehend abgeschafft wird und Befristungen auf ein notwendiges Minimum beschränkt werden.

Qualifiziertes Personal ist inzwischen ein entscheidender Standortfaktor. In Zeiten einer allumfassenden wirtschaftlichen Transformation sind Ausbildung und Qualifizierung der Schlüssel zur Erwerbsbeteiligung und zur Lösung des Fachkräftemangels.

Wir müssen feststellen, dass Erwerbslosigkeit oft Bremer*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft betrifft. Um einen zweigeteilten Arbeitsmarkt mit Arbeits- und Fachkräfteengpässen bei strukturell verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, werden wir uns daher verstärkt den Herausforderungen hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung sowie deren Anerkennung, Sprachförderung und Integration widmen.

Zum Erhalt der Industriestandorte Bremen und Bremerhaven kann zudem Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland dazu beitragen, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken.

Faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne sind Grundlagen für einen gerecht ausgestalteten Arbeitsmarkt. Gute Arbeit ist tariflich gerahmt, betrieblich mitbestimmt, gerecht entlohnt, sozial abgesichert. Gute Arbeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Erwerbsleben und damit ein Leben in Würde.

Die Koalition wird:

- den Weg, mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz die Rechte der Arbeitnehmer*innen bei öffentlichen Aufträgen zu stärken, konsequent weitergehen und weitere Kriterien im Zusammenhang mit Regelungen anderer Bundesländer berücksichtigen, z.B. Gendergerechtigkeit, Entgeltgleichheit und Ausbil-

1027 dungsquote.

- 1028 • gemeinsam mit den Sozialpartnern auch auf Bundesebene nach weiteren Möglichkeiten suchen, All
1029 gemeinverbindlichkeitserklärungen auszusprechen. Für die Stärkung der Tariftreue ist die breitere
1030 Anwendung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen von großer Bedeutung.
- 1031 • die Kontrolle der Einhaltung von Mindestlöhnen sicherstellen. Wir bekennen uns zum Landesmin-
1032 destlohn in der bestehenden gesetzlichen Fassung.
- 1033 • sich im Bund für eine Anhebung der Mindestausbildungsvergütung einsetzen.

1034 1035 **Ausbildung**

1036 Wir wollen mehr junge Menschen für Ausbildungen gewinnen. Mit flexiblen Ausbildungsmodellen, einem
1037 Azubiticket analog zum Semesterticket und besserer, zielgruppenspezifischer Berufsorientierung in den
1038 allgemeinbildenden Schulen unterstützen wir Azubis, Betriebe und Berufsschulen.

1039 1040 **Die Koalition wird:**

- 1041 • die überbetrieblichen Ausbildungsverbünde grundsätzlich gemäß den Bedarfen fortführen und dabei
1042 einen Schwerpunkt auf das erste Ausbildungsjahr und die Vermittlung in die Betriebe legen.
- 1043 • betriebliche Ausbildungsverbünde fördern, um insbesondere kleinen Unternehmen mehr Ausbildung
1044 zu ermöglichen. Wir bemühen uns gemeinsam mit den Unternehmen darum, dass mehr betriebliche
1045 Ausbildungsplätze in Bremen entstehen, sich die Ausbildungsqualität erhöht und so mehr Jugend-
1046 liche die Ausbildung erfolgreich absolvieren. Dazu werden wir zusammen mit den Unternehmen
1047 Unterstützungsbedarfe identifizieren.
- 1048 • Ausbildungsverhältnisse an die unterschiedlichen Lebenslagen von Auszubildenden anpassen und
1049 daher möglichst viele Teilzeitausbildungen realisieren, um auch jungen Eltern, Alleinerziehenden
1050 oder Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger belastbar sind, einen Abschluss zu ermög-
1051 lichen.
- 1052 • zusätzlich zum Azubiwohnheim am Ellener Hof weitere Azubi- und Studierendenwohnheime sowie
1053 offene, auf junge Menschen ausgerichtete Wohnangebote, z.B. in der Innenstadt, im Blumenthaler
1054 Zentrum sowie im historischen Gebäudebestand des Bremerhavener Goethe-Viertels und Gröpelin-
1055 gen sowie im Umfeld des neuen Aus- und Weiterbildungscampus schaffen.
- 1056 • die Arbeit der Jugendberufsagentur durch eine neue gemeinsame Koordination optimieren und
1057 durch eine neutrale Stelle an der Universität Bremen evaluieren. Gleichzeitig soll die Präsenz in den
1058 Schulen und in den Quartieren mit entsprechenden Ressourcen verstärkt werden, um vor Ort mehr
1059 Jugendliche zu erreichen. Wir wollen einen stärkeren Fokus auf Schulabgänger*innen, um einen
1060 Übergang in Betriebe und nicht ins Übergangssystem zu forcieren.
- 1061 • die Zusammenarbeit der Partner*innen der JBA mit den Ausbildungsverbünden und anderen zentra-
1062 len Akteuren (wie z.B. dem „Zentrum für Schule und Beruf“ beim DRK Bremen zur Unterstützung von
1063 Maßnahmen von Land und der Kommunen Bremen und Bremerhaven weiterentwickeln.
- 1064 • den Ausbildungsunterstützungsfonds umsetzen, damit junge Menschen ihr Recht auf Ausbildung
1065 auch wahrnehmen können. Dieser soll neben einer Unterstützung der ausbildenden Betriebe im Be-
1066 reich Didaktik und Recruiting dazu dienen, überbetriebliche Unterstützungssysteme vorzuhalten, z.B.
1067 bei der „fachbezogenen“ Sprache, soziale und psychologische Betreuung sowie der überbetrieblichen
1068 Fachausbildung. Für die Umsetzung des Fonds werden Personalmittel für die umsetzende Stelle,
1069 sowie die Entwicklung der Software benötigt. Gleichzeitig braucht es personelle Unterstützung im
1070 Arbeitsressorts für die Verwaltung der Maßnahmen des Fonds. Diese Bedarfe sind im Landeshaus-
1071 halt abzusichern.

1072
1073 Die ABiG (Ausbildungsgesellschaft mbH) hat seit 2020 wieder eine zentrale Rolle im Ausbildungsmarkt
1074 des Landes; aktuell v.a. im Ausbildungsverbund und mit diversen Modellprojekten zur Ausbildungssiche-
1075 rung in der Stadt Bremen. Diese soll sie bei der Gewinnung der zukünftigen Fachkräfte auch weiterhin
1076 einnehmen.

Langzeitarbeitslosigkeit / Arbeitsmarktförderung / öffentlich geförderte Beschäftigung

Für die Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, wollen wir dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsmöglichkeiten vorhalten und damit nachhaltige Perspektiven und Anerkennung schaffen. Um einen Beitrag zur Arbeitskräfteversorgung und zur sozialen Teilhabe zu schaffen, werden wir in den Quartieren überwiegend sozialversicherungspflichtige, mindestens nach Landesmindestlohn bezahlte Arbeitsstellen schaffen, die gesellschaftlich gewinnbringend sind und den Beschäftigten neue berufliche Perspektiven eröffnen. Wir wollen den Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen um gemeinwohlorientierte Arbeiten in den Quartieren zu stärken und Menschen Perspektiven bieten. Hierfür sind Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Koalition wird:

- mit den Beschäftigungsträgern als Partner*innen die arbeitsmarktpolitischen Landesprogramme ausbauen.
- sich im Bund dafür einsetzen, im SGB II den § 16d für Weiterbildung zu öffnen, die §§ 16 i) und e) zu reformieren, indem die fünfjährige Förderdauer bei Bedarf ausgeweitet wird.
- sich für die Aufstockung der Mittel stark machen, sodass mehr Menschen beschäftigt werden können.
- den § 16 i des SGB II perspektivisch nutzen, um für ausgewählte Berufsfelder, wie z.B. Berufskraftfahrer*innen, Lagerarbeiter*innen oder Sozialassistent*innen, vorbereitende Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten und auch geeignete Teilnehmende durch beschäftigungsbegleitende Lehrgänge oder modulare Nachqualifizierung bis zu einem Berufsabschluss zu bringen.
- das Programm LAZLO verstetigen und finanziell so ausstatten, dass die vorhandenen Bedarfe im Land befriedigt werden können. Vor dem Hintergrund der zukünftig reduzierten ESF Mittel ist eine auskömmliche Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Programme sicherzustellen.
- sich im Bund dafür einsetzen, die Möglichkeit zu schaffen, nicht ausgegebene Mittel im Eingliederungstitel (EGT) auf das nächste Jahr zu übertragen.
- die Sprachförderung und Grundbildung als Querschnittsthema während der Arbeitslosigkeit, in Ausbildung, Weiterbildung oder während der Beschäftigung verstetigen. Weiterhin ist die dauerhafte Einstellung und Finanzierung von Sprach- und Kulturmittlern notwendig, um die soziale Begleitung zu gewährleisten.

Sozialen Zusammenhalt im Quartieren

Menschen können am besten vor Ort erreicht werden. Daher brauchen wir mehr Beratungs- und Weiterbildungsangebote in den Quartieren. Erfolgreiche Projekte wie die THEO in Bremerhaven, die Stadtbibliothek Gröpelingen oder quartiersbezogene Kleinstprojekte (Lokales Kapital für soziale Zwecke) zeigen die Effizienz solcher integrierten Lösungen, in denen viele Angebote unter einem Dach verortet sind und eine Vertrauensbasis im Quartier aufgebaut werden kann. So können Menschen in komplexen Lebenslagen besser unterstützt werden. Um das umzusetzen, müssen wir die Bedarfsträgerschaften bevorzugt in Quartieren finanziell absichern und unsere arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen genau auf die Bedarfe der Kund*innen abstimmen. Nur so können wir einer immer diverser werdenden Gesellschaft gerecht werden.

Jobcenter

Die Ziele des Jobcenters wollen wir zukünftig gemeinsam mit allen kommunalen Trägern definieren. So können wir besser steuern und die primären Ziele, den Abbau von Langzeitleistungsbezug und die Ausschöpfung des EGT, sichern. Um die Leistungsfähigkeit des Jobcenters und die Betreuung der Kund*innen des Jobcenters zu gewährleisten, ist die Verfügbarkeit von Personal ein zentraler Faktor. Wir wollen daher Maßnahmen prüfen, um im kommunalen Bereich die Akquise von Personal zu erleichtern und die Fluktuation zu verringern. Wir wollen zukünftig mehr Modellprojekte, gemeinsam mit der Agentur und den Jobcentern umsetzen. Eine gemeinsame Nutzung der Erfahrungen aus den Modellprojekten für Menschen mit Migrationshintergrund und niedrigschwellige Quartiersmodelle für Frauen mit der Regelförderung der

Jobcenter wird angestrebt. Eine Zwischenfinanzierung der erfolgreichen Modelle während des Transfers in die Regelförderung benötigt Mittel aus dem Landeshaushalt.

Weiterbildung und Qualifizierung

In der Transformation werden Beschäftigte perspektivisch die Branche oder den Beruf wechseln. Bei diesen Umstiegen brauchen sie Unterstützung über das Regelinstrumentarium hinaus. Die anstehende Legislaturperiode fällt in eine Zeit, in der maßgebliche Weichen gestellt werden müssen, um die Energie- und Mobilitätswende voranzubringen, den Herausforderungen der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung zu begegnen und dem Fachkräftemangel effektiv etwas entgegenzusetzen. Mit der Fachkräftestrategie des Landes wurden bereits zentrale Handlungslinien beschrieben, dennoch sind im Transformationsprozess viele Fragen zu beantworten und diese können nur gemeinsam mit allen Akteuren, Sozialpartner*innen, Kammern, Verbände, Verwaltung und Politik gelöst werden. Daher wollen wir mit einem Transformationsrat ein Forum schaffen, in dem die Herausforderungen der Transformation diskutiert und die Prozesse begleitet und bewertet werden.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit der Wirtschaft eine Transitionsgesellschaft – wie sie auch von der Bremer Klima-Enquete vorgeschlagen wird – gründen, die Arbeitnehmer*innen in der Phase des Übergangs berät, begleitet, neue Perspektiven unterstützt und nach der Weiterbildung in andere Betriebe vermittelt. Anders als eine betriebliche Transfergesellschaft wird eine Transitionsgesellschaft nicht gegründet, wenn ein Betrieb aufgelöst wird, sondern wird frühzeitig als betriebsübergreifendes Angebot geschaffen.
- die Regelinstrumente des Bundes im Rahmen des SGB III, SGB II und des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes konsequent nutzen. Wir begrüßen die Vorhaben der Bundesregierung, die Möglichkeiten zur Weiterbildung zu erweitern. Landeseitig werden wir mit der Landesagentur für berufliche Weiterbildung (LABEW) durch eine Weiterbildungsoffensive die bestehenden Fördermöglichkeiten sinnvoll ergänzen und Förderlücken schließen. Die LABEW werden wir zu diesem Zweck stärken, um den wachsenden Herausforderungen in den nächsten Jahren gerecht werden zu können.
- die Erfolgsgeschichte der bremischen Aufstiegsfortbildungsprämie als Ergänzung zum Meister BAFÖG fortsetzen. Wir werden auch in Zukunft nicht nur Meisterabschlüsse, sondern auch Aufstiegsfortbildungen wie zum Beispiel im Erziehungsbereich und in der Pflege fördern, um auch Aufstiege in frauendominierten Berufen gezielt zu unterstützen.
- Anreize für Weiterbildung im Betrieb schaffen. Hierfür werden wir die Übertragbarkeit des niedersächsischen Projekts „Transformationslotsen“ prüfen und ggf. modifiziert zur Anwendung bringen.
- für Geringqualifizierte, die unabhängig vom Arbeitgeber vom Ungelernten- auf das Fachkräfteniveau aufsteigen wollen, wollen wir mit einem Landesprogramm „Aufstieg zur Fachkraft“ eine Unterstützung zum Lebensunterhalts schaffen. Das Unterhaltsgeld übernimmt ggf. die Weiterbildungskosten, sofern eine Finanzierung nicht durch Regelförderung möglich ist. Weiterhin werden für diesen befristeten Zeitraum die Leistungen zum Lebensunterhalt übernommen, sofern eine Finanzierung der Aufstiegsförderung nach dem AFBG ausgeschlossen ist. Eine Finanzierung ist aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.
- die etablierten Angebote für die Nachqualifizierung weiter ausbauen und verstetigen. Nur so stellen wir Durchlässigkeit her und schaffen Perspektiven, das Qualifikationsniveau kontinuierlich weiterzuentwickeln.
- die bestehenden Programme des Bundes für die Qualifizierung von Fachkräften und die berufsbegleitende Weiterbildung passen nicht zu jeder Situation. Daher wollen wir uns im Land für eine Flexibilisierung der Förderung einsetzen, damit mehr Menschen die Programme nutzen können. Hierbei geht es vor allem um Beschäftigte, die die Branche wechseln wollen.

- strategische Personalplanung als ein zentrales Instrument nutzen, um die Qualifizierungsbedarfe im Unternehmen zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen gemeinsam mit den Mitbestimmungsgremien umzusetzen. Da immer noch zu wenig Know How zu dem Thema in den Unternehmen vorhanden ist, wollen wir ein Beratungs-Förderprogramm dafür aufsetzen.
- darauf hinwirken, dass die bremischen Hochschulen zukünftig verstärkt Weiterbildungen anbieten. Dies gilt es so zu koordinieren, dass es sich dabei um eine Ergänzung der Angebote der Weiterbildungsträger und damit in der Summe um eine Ausweitung handelt. Kooperationen zwischen Weiterbildungsträgern und Hochschulen werden wir unterstützen.

Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt / Vereinbarkeit

Die Koalition wird weiterhin einen Schwerpunkt darauf legen, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sowie gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind unser Ziel. Wir fordern deshalb ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht.

Die Koalition wird:

- die „Landesstrategie für Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ konsequent umsetzen. Wir werden Kammern, Gewerkschaften und Verbände einladen, sich daran zu beteiligen. Dazu gehören Pilotprojekte zur Verbesserung der Situation von Frauen ebenso wie die Aufstockung der EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) für diesen Bereich.
- um möglichst wirkungsvoll und abgestimmt zu agieren, die Maßnahmen aus der Landesstrategie Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit um weitere Aspekte erweitern und zu einem Landesaktionsprogramm bündeln. Damit nachhaltig sichergestellt wird, dass alle Bereiche von Politik und Verwaltung in Planung und Umsetzung einbezogen sind, wird eine Senatskommission „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ eingerichtet.
- sich auf Bundesebene für die Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes einsetzen.
- die positiven Erfahrungen der Modelle „Wege in Beschäftigung“ und „Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)“ zum Anlass nehmen, die diese auszubauen. Weitere mindestens 100 interessierte Personen, v.a. arbeits- und langzeitarbeitslosen Frauen, soll der Einstieg in die verschiedenen Niveaus des Erziehungsbereichs ermöglicht werden. Hierfür werden die notwendigen Mittel für die Löhne der Personen im ersten Jahr durch den Landeshaushalt und die Ressourcen für die pädagogische Fachsprachausbildung zur Verfügung gestellt.

Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Wir werden im öffentlichen Dienst des Landes Bremen und in den Beteiligungsgesellschaften Verfahren zur Offenlegung und Prüfung der Gehaltsstrukturen einführen. Das Land Bremen und die Städte Bremen und Bremerhaven sollen damit eine Vorbildfunktion einnehmen und mit Best Practice-Beispielen auch die Privatwirtschaft dazu animieren, mehr Transparenz über ihre Lohn- und Gehaltsstrukturen herzustellen.

Passgenaue Kinderbetreuung ist aktive Arbeitsmarktpolitik

Damit Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Erwerbstätigkeit erleichtert wird, brauchen wir eine ausreichende und verlässliche Kinderbetreuung. Sie ist auch Grundvoraussetzung für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Daher müssen wir eine Situation schaffen, in der niemand aufgrund mangelnder Kinderbetreuung eine Qualifizierungsmaßnahme nicht wahrnehmen kann. Dies erfordert insbesondere den Ausbau von Möglichkeiten zur unterjährigen Unterbringung in der Kinderbetreuung.

Die Koalition wird:

- verlässliche und flexible, an den tatsächlichen Bedarfen angepasste Kinderbetreuung schaffen. Wir werden deshalb beim Kita-Ausbau die bessere Randzeitenbetreuung stark berücksichtigen, über die

Regelbetreuung hinaus auch flexible Kinderbetreuungseinrichtungen vorhalten und kreative Lücken-Betreuungsangebote ausbauen.

- flexible Betreuungsmodelle in allen Stadtteilen in Anlehnung an „Moki“ in Hemelingen ausbauen. Die Angebote müssen verknüpft sein mit der Qualifizierung der dort arbeitenden Betreuungspersonen, damit diese die Chance haben, in eine pädagogische Ausbildung/Weiterbildung einzumünden.
- in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Gewerkschaften familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle entwickeln und ausbauen (z. b: 4 Tage Woche), um insbesondere Alleinerziehenden eine Erwerbsarbeit zu ermöglichen.
- die praxisintegrierte Ausbildung zur/zum Erzieher*in (PIA) ausbauen und die Zahl der Plätze bis 2024 verdreifachen und bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens vervierfachen. Wir wollen für die Vergütung von allen schulischen Ausbildungen sorgen und Quereinstiege so fördern, dass sie für Interessierte attraktiv sind. Dafür sind entsprechende Landesmittel zur Verfügung zu stellen.
- die Flexibilität in den Kitas erhöhen, um die Fachkräftegewinnung im Kitabereich zu erleichtern.
- Angebote für Menschen mit betreuungspflichtigen Kindern vom Spracherwerb bis zur abschlussbezogenen Weiterbildung wohnortnah ausweiten. Das Ziel muss sein, in allen Stadtteilen entsprechende Angebote vorzuhalten.

Fachkräftesicherung und -gewinnung

Die Herausforderung des Fachkräftebedarfs wird durch Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung weiter zunehmen, insbesondere in der IT-Wirtschaft, im Handwerk und in der aufstrebenden Wasserstoffwirtschaft/erneuerbarer Energien. Die Gewinnung von Fachkräften hat jetzt schon eine zentrale Bedeutung für die Zukunft.

Die Koalition wird:

- die Maßnahmen, die in der Fachkräftestrategie formuliert wurden, konsequent umsetzen und sinnvoll mit allen Institutionen koordinieren.
- Serviceangebote mit und für Unternehmen entwickeln, um Frauen stärker als Fach- und Führungskräfte in der IT-Wirtschaft zu gewinnen und die Rekrutierung von Fachkräften zu verbessern.
- das Thema der Fachkräftegewinnung verstärkt im Rahmen des Standortmarketing in den Fokus nehmen. Dazu soll das Portal „Fachkraefte-fuer-Bremen“ einen Relaunch erfahren.
- das Fach- und Arbeitskräftepotential auch durch Zuwanderung stärken. Daher werden wir ein Kompetenzzentrum „Fachkräftegewinnung und Zuwanderung“ aufbauen und finanzieren. Zusätzlich werden wir professionelle Strukturen im Land schaffen, die beim „onboarding“ helfen, die Fachkräfteeinwanderung mit sozialen Begleitmaßnahmen flankieren und auch Zugängen zu Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen. Der Willkommensservice der WFB soll daher in enger Kooperation mit der LABEW zu einem Kompetenzzentrum ausgebaut werden.
- Frauen mit Migrations- und Fluchtbiografie gezielt und nachhaltig fördern, um ihnen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dazu soll eine umfassende und gendersensible Strategie erarbeitet werden. Parallel zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland werden dabei die Potentiale, der bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und zugewanderten Frauen stärker gefördert. Ziel ist es, diese Frauen gezielt zu fördern und sie entsprechend ihrer bereits vorhandenen Qualifikationen, Bildung und eigenen Interessen zu fairen Bedingungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen daher analog zum Kitabereich ein Programm „Wege in Beschäftigung für Menschen aus dem Ausland“ aufsetzen. Die Finanzierung hierfür muss im Haushalt abgesichert werden.
- Kultur- und gendersensible Beratungsangebote schaffen. Viele der bislang vorhandenen Angebote für geflüchtete Frauen sind finanziell nicht ausreichend ausgestattet und nur befristet gesichert. Wir wollen diese Einrichtungen und Projekte wie das ESF-geförderte Projekt „Your Turn“ langfristig finanziell absichern.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Wir schaffen schnelle (Quer-)Einstiege und werden den notwendigen Service, wie eine schnelle Anerkennungsberatung, ausbauen. Um den Start im Land Bremen zu erleichtern, bieten wir bei Bedarf berufsintegrierte Sprach- und Bildungsangebote unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie den Erwerb von zusätzlichen Fachkompetenzen. Für Betriebe, deren Mitarbeiter*innen einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, werden wir auch zukünftig ein Unterstützungsangebot sicherstellen. Wer nach Bremen oder Bremerhaven kommt und Qualifikationen mitbringt, soll diese auch schnell nutzen können, wer Nachqualifizierung benötigt, soll diese einfach bekommen und Betriebe bekommen Unterstützung bei der Beschäftigung von Zugewanderten. Die Anerkennungsvoraussetzungen in den landesrechtlich geregelten Berufen wollen wir verbessern, die Anerkennungsberatung personell aufstocken und die Landesagentur für berufliche Weiterbildung zu einer strategischen Vermittlerin für Nachqualifizierungs- und Sprachkursangebote sowie Finanzierungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitskräfte entwickeln und im Haushalt absichern.

Wir wollen uns im Bund dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Anstellung von ausländischen Arbeitskräften ohne Abschluss zu erleichtern. Insbesondere Modelle, wie „Einwanderung klug, einfach und fair gestalten“ des IZA (Institute of Labour Economics) sind auf bundes- und Landesebene auf Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen. Das Modell koppelt die Erteilung einer befristeten Arbeitserlaubnis für Drittstaatsangehörige an ein vorliegendes Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangebot in einem tarifgebundenen Unternehmen. Dadurch kommen tarifgebundene Unternehmen schneller zu Fach- und Arbeitskräften, bei gleichzeitigem Schutz der Betroffenen vor Ausbeutung. Zudem wird das bestehende Entgeltniveau nicht unterwandert und die Sozialkassen gestärkt, was die gesellschaftliche Akzeptanz von Zuwanderung unterstützt.

Arbeitsschutz und Rechte von Arbeitnehmer*innen

Die Rahmenbedingungen, von Arbeit ändern sich. Mobiles Arbeiten und Homeoffice sind Beispiele für einen Wandel von einer Präsenzkultur hin zu einer reinen Ergebniskultur. Die Verlagerung von Verantwortung mit dem Risiko einer Entgrenzung von Arbeit ist die Folge. Die Koalition setzt sich, auch auf Bundesebene, für mehr Arbeitsschutz und Mitbestimmung ein. Arbeitsplatzgestaltung, Gestaltung von flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitsorganisation oder Erreichbarkeit müssen im Arbeitsschutz, im Betriebsverfassungsgesetz und im Arbeitszeitgesetz neu betrachtet werden.

Wir wollen, dass möglichst überall – auch im kirchlichen Bereich – die allgemeinen arbeitsrechtlichen Regelungen gelten. Bei öffentlich finanzierten Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Kirchen wollen mit den karitativen und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften in einen Dialog treten, um Vereinbarungen zu erreichen, durch die die Betriebe auf die Anwendung kirchlichen Arbeitsrechts verzichten. Wir werden eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts und des Dritten Wegs prüfen.

Die Koalition wird:

- den Arbeitsschutz weiter verbessern und die Einhaltung von Mindestlöhnen kontrollieren.
- die entsprechenden Beratungs-, Unterstützungs- und Kontrollstrukturen stärken, insbesondere um Erwerbstätige aus der EU und aus Drittstaaten transparent über ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen oder Selbstständige zu informieren. Unser Ziel ist es, faire Bedingungen für Zugewanderte aus allen Ländern zu schaffen. Dafür müssen sie ihre Rechte kennen und durchsetzen können. Besonders werden wir die Situation von migrantischen Frauen in der häuslichen 24h-Pflege in den Blick nehmen. Beratungsstellen wie MOBA müssen verstetigt werden.
- gemeinsam mit unseren Partnern wie den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer klären, ob eine leicht zugängliche und unbürokratische Anlaufstelle geschaffen werden sollte, bei der anonyme mögliche Gesetzesverstöße gemeldet werden können.

- die Kontrollbehörden personell so ausstatten, dass sie ihrem gesamten Aufgabenspektrum gerecht werden können. Insbesondere werden wir – entsprechend dem Arbeitsschutzkontrollgesetz von 2021 – die Kontrollen für den Arbeitsschutz ausweiten, um jährlich mindestens 5 Prozent der Betriebe überprüfen zu können.
- die Arbeitsbedingungen bei digitalen Arbeitsplattformen verbessern. Wir unterstützen daher die Anstrengungen des europäischen Gesetzgebers, hier mit entsprechenden Regulierungen einzugreifen. Wir setzen uns dafür ein, prekäre Verhältnisse und Scheinselbständigkeit zurückzudrängen, damit Arbeitnehmer*innen in den Genuss aller Rechte kommen, die ihnen der Arbeitnehmer*innenstatus garantiert.
- die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen sichern. Um die Herausforderungen der Transformation mitgestalten zu können, braucht es das entsprechende Wissen. Hierfür schaffen wir ein Portfolio an Weiterbildungsmöglichkeiten für Interessenvertretungen. Dazu gehören auch akademische Weiterbildungsmöglichkeiten wie der Master für betriebliche Interessenvertretungen an der Universität Bremen und ein Mentoring Programm für Frauen in Mitbestimmungsgremien.

Häfen

Hafenentwicklung

Die deutschen Seehäfen müssen beständig neuen globalen und regionalen Gegebenheiten, Anforderungen und Zielen angepasst werden. Geprägt werden diese durch Megatrends, wie die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung, dem damit einhergehenden Wandel in der Arbeitswelt sowie den weitreichenden Anforderungen des Klimaschutzes. Die Hafen- und Logistikwirtschaft, die für die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas und auch für das Gelingen der Energiewende von herausragender Bedeutung ist, sieht sich mit der Veränderung von Lieferketten, von Schiffsgößen und Antriebstechnologien konfrontiert. Hinzu kommen volatile wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die einen stetigen Reaktions- und Anpassungsdruck erzeugen. Um weiterhin die Tore zur Welt für den Erfolg der Exportnation Deutschland zu sein, stehen die Häfen vor der riesigen Herausforderung, ihre Hafeninfrastruktur den sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Für die bremische Hafenpolitik ist der Pfad für die nächsten Jahre im Hafenentwicklungskonzept 2035 gelegt.

Hafeninfrastruktur

Die Koalition wird:

- einen Schwerpunkt auf die Erneuerung unserer Hafeninfrastruktur legen. Die begonnene Sanierungsoffensive werden wir fortsetzen und alle bestehenden Hafenbereiche mit deren Anbindungen planungsrechtlich und vertraglich sichern. Maßgebliche Projekte sind in diesem Zusammenhang:
 - die Erneuerung der Kaje am Container-Terminal in Bremerhaven in den älteren Abschnitten 1-3a,
 - der Neubau der Drehbrücke im Überseehafen Bremerhaven,
 - der Neubau der Nordmole,
 - die weiteren Planungsschritte für den Bau der Westkaje im Fischereihafen,
 - Fertigstellung der bereits begonnenen Kajenerneuerung im Bereich Industriehafen/Kalihafen in Bremen-Stadt,
 - die gezielte Weiterentwicklung des Neustädter Hafens, u.a. durch Schaffung der planerischen Grundlagen für ein Terminal zur Zwischenlagerung und zum Export von CO₂
 - die Fertigstellung der Columbuskaje und die Erneuerung des Columbusbahnhofs, um den Kreuzfahrtstandort Bremerhaven zu stärken.

Anpassung des Hafenlastenausgleichs

Nur wenn es verbindliche Zusagen des Bundes zu einer erheblichen Verstärkung der derzeitigen Ha-

fenfinanzierung gibt, werden wir unserer Verantwortung für die Versorgungssicherheit der deutschen Volkswirtschaft und der Energiewende gerecht werden können. Wir werden im Zuge der Erarbeitung der nationalen Hafenstrategie den Bund in die Pflicht nehmen, sich mit höheren Beiträgen an der Finanzierung der Seehäfen zu beteiligen.

Energy Port

Der Energiewende-Standort Bremerhaven bietet eine Chance für die deutsche Klimapolitik. Die ambitionierten Klimaziele und die Verringerung der Abhängigkeit des Imports von fossilen Energieträgern ist nur mit den Häfen zu erreichen. Funktionierende Häfen sind zentrale Voraussetzung dafür, zusätzliche Offshore Windparks errichten und betreiben zu können und sie spielen eine wichtige Rolle für den Aufbau von Wertschöpfungsketten für neue Energieträger wie beispielsweise Wasserstoff.

Die Koalition wird:

- die vom Senat beschlossene Planung eines Energy Port in Bremerhaven prioritär fortführen. Für eine Beschleunigung des Planungs- und Genehmigungsprozesses werden wir uns auf der Bundesebene initiativ dafür einsetzen, die für die Umsetzung der Energiewende erforderliche Errichtung entsprechender Hafeninfrastrukturen als vorrangigen Belang im EEG zu verankern.

Südlicher Fischereihafen und Lune Delta

Die Koalition wird:

- in Verbindung mit der Planung des Energy Port die 100 Hektar des ehemaligen Flugplatzes sowie weitere angrenzende Areale im Bereich der Luneplate durch Unternehmensansiedlungen aus dem Bereich der Offshore Windenergie und der *green economy* bereithalten. In diesem Zusammenhang werden wir die Planungen für notwendige Anpassungen der Kajeinfrastruktur im abgeschleusten Bereich des Fischereihafens sowie für den Neubau von Anlagen am seeschifftiefen Wasser vorantreiben. Parallel erfolgt die weitere land- und wasserseitige Erschließungsplanung.
- das innovative Gewerbegebiet LUNE DELTA nach Beendigung der Planungsphase in 2023 in die Umsetzung bringen und Mittel für die Aufsandung, für den Bau eines Mobility Hubs sowie die Ver- und Entsorgung und die Straßenerschließung des Areals bereitstellen. Ausgangspunkt für die Entwicklung des Gewerbegebietes ist das Gründerzentrum für Unternehmen aus dem Bereich *green economy*, das wir in dieser Legislaturperiode fertigstellen.
- die begonnene Strategie zum Aufbau einer Testregion für die Anwendung von Wasserstofftechnologien fortsetzen. Unser Flaggschiffprojekt ist dabei das Testzentrum für die Entwicklung und Erprobung von Mobilitätslösungen. Die bereits zugesagten Bundesmittel werden wir für den Aufbau eines sogenannten Seegangsimulators (H2-3D-Teststand) verwenden. Aus den Mitteln der Klimaschutzstrategie werden wir die Bauabschnitte 2 und 3 mit Technikum, Prüf- und Testständen realisieren.

Werftenstandort

Den tiefgreifenden Wandel der Schifffahrtsbranche verstehen wir als gemeinsame Aufgabe von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft, den wir aktiv gestalten wollen. Initiativen zur Förderung einer autonomen Schifffahrt wollen wir unterstützen.

Die Koalition wird:

- den Werftenstandort Bremerhaven stärken und neue Chancen, die sich im Bereich Schiffbau, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem nachhaltigen Schiffsrecycling ergeben, für zusätzliche Wertschöpfung am Standort nutzen. Hierzu werden wir in enger Abstimmung mit den Werften die vorhandene Infrastruktur weiterentwickeln und gemeinsam die Nutzung der vorhandenen Flächen optimieren.

Smart Port Strategie

Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen kommt Innovations- und Digitalisierungsprojekten eine herausragende Bedeutung zu.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit allen Stakeholdern und unter Einbindung der breit formierten Wissenschaftslandschaft die Smart-Port Strategie intensiv fortführen. Die Projekte Digitale Außenweser und das Prinos-System Bremische Hafeneisenbahn sind neben einer Reihe weiterer Projekte (u.a. SAMS, Port2Connect, PortISAC, Zaun, HafenGIS, IWNET, Tide2use) bereits erfolgreich an den Start gegangen. Diesen Weg werden wir durch Etablierung einer festen Arbeitsstruktur in Form einer „Taskforce SMART-Port“ verstetigen. Fokusthemen unserer „SMART Port Strategie“ sind Infrastruktur, Cybersicherheit und Nachhaltigkeit. In diesem Kontext wollen wir die Häfen auch zu einem Testfeld für autonome Systeme entwickeln und die Digitalisierung der Port Community in Verbindung mit der Cyber-Security vorantreiben.

Green Ports

Wir wollen die Häfen insgesamt einer Elektrifizierungsinitiative unterziehen und wo immer es möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, auf eine Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien setzen.

Die Koalition wird:

- in Abstimmung mit den Unternehmen in und um die Häfen zusätzliche Standorte für regenerative Energieerzeugung ausweisen. Unser Ziel ist es, mit den Konzepten „Klimaneutraler Überseehafen“ sowie „Klimaneutraler Fischereihafen“ auf eine schnelle Umsetzung der für einen klimaneutralen Hafenstandort 2035 identifizierten Maßnahmenpakete hinzuwirken.
- um den notwendigen Transformationsprozess zu unterstützen, zudem ein klimaschutzorientiertes Förderprogramm auflegen, das die Umstellung des Terminalbetriebs auf emissionsfreie Fahrzeuge unterstützt.
- den Ausbau der Landstromanschlüsse konsequent weiterverfolgen, um eine klimaneutrale Energieversorgung von Seeschiffen in bremischen Häfen zu erreichen. Auf europäischer Ebene werden wir die Umsetzung des Green Deals in Bezug auf die Häfen eng begleiten und dabei insbesondere auf eine Umsetzung der Landstromverpflichtungen und eine Harmonisierung der Nutzungsentgelte hinwirken.

Klimaneutrale Schifffahrt

Die Koalition wird:

- in dem gemeinsam von Technologie-Transferzentrum (ttz) und Alfred-Wegner-Institut (AWI) getragenen Pilotprojekt MarSynFuel in Bremerhaven die gesamte Wertschöpfungskette von Produktion, Lagerung und Bebunkerung von grünem Methanol realisieren. Aufbauend auf diesen Erfahrungen und Kompetenzen werden wir im Dialog mit den Kraftstoffunternehmen darauf hinarbeiten, dass sich Bunkerkraftstoffe auf Basis erneuerbarer Energien in den bremischen Häfen etablieren.
- außerdem die Öffentliche Hand bei der Dekarbonisierung der Schifffahrt selbst in die Pflicht nehmen und die eigene Flotte von Arbeits- und Baggerschiffen im Rahmen der begonnenen Erneuerung auf einen sicheren und dabei emissionsarmen Schiffsbetrieb umstellen.

Außenweser

Beim Bund sind zwei voneinander getrennte Verfahren zur Frage der Vertiefung von Außenweser und Unterweser anhängig.

Wir stehen zur Anpassung der Fahrrinne der Außenweser. Diese ist im Verbund mit einer qualifizierten

Unterhaltung des Fahrwassers die zentrale Voraussetzung, um den heutigen und künftig zu erwartenden Schiffen eine dauerhaft wettbewerbsfähige Erreichbarkeit Bremerhavens zu ermöglichen. Hierzu ist mit Niedersachsen das erforderliche Einvernehmen herzustellen. Vom Bund erwarten wir, die erforderlichen Planungen zügig und rechtssicher abzuschließen. Dabei sind hinsichtlich der Auswirkungen auf den Gewässerschutz die naturschutzfachlichen und umweltrechtlichen Vorgaben, wie etwa die Wasser-Rahmenrichtlinie und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, zu beachten.

Unterweser

Hinsichtlich der ökologischen Folgen sowie der Auswirkungen auf den Hochwasserschutz werden wir die Anpassung der Unterweser von Bremerhaven bis Brake unter Berücksichtigung der vom Bund zu erstellenden Untersuchung der Umweltfolgen bewerten. Eine Vertiefung der Unterweser von Brake bis Bremen lehnen wir aus ökologischen Gründen ab und werden wir nicht mehr weiterverfolgen.

Sedimentmanagement

Zur Sicherung der für unsere Häfen erforderlichen Tiefen setzen wir auf einen nachhaltigen, umweltgerechten und wirtschaftlichen Umgang mit dem Baggergut. Dabei steht auch in Zukunft vor allem die Umlagerung von Sedimenten mit der sogenannten Wasserinjektionsmethode in unserem Fokus.

Die Koalition wird:

- das eingeleitete Erneuerungsprogramm der bremischen Baggereiflotte mit einer Schwerpunktsetzung auf die Wasserinjektion zügig vorantreiben.

Hafeneisenbahn und Hinterlandanbindung

Mehr als jeder zweite Container, der in Bremerhaven umgeschlagen wird, erreicht oder verlässt den Hafen mit der Eisenbahn.

Die Koalition wird:

- die Bremische Hafeneisenbahn weiter stärken, um diese Spitzenposition zu untermauern. Die Vorstellkapazität im Bereich Speckenbüttel werden wir erweitern. Wir werden innerhalb der Hafengebiete neue Verbindungen schaffen und, wo immer möglich, elektrifizieren und modernisieren. Wir werden die Bremische Hafeneisenbahn im Hinblick auf die Anforderungen des europäischen Systems der Leit- und Sicherungstechnik und elektronischer Steuerungssysteme fit machen.

Bei den überregionalen Anbindungen berücksichtigen wir alle Verkehrsträger. Ein Schwerpunkt ist für uns die Erreichbarkeit der Hafengebiete durch Großraum- und Schwertransporte, denn diese sind für das Gelingen der Energiewende unabdingbare Voraussetzung. Die Planung und Umsetzung überregionaler Verkehrsprojekte mit herausragender strategischer Bedeutung für die bremischen Häfen, die jeweils in der Verantwortung des Bundes liegen, werden wir weiterhin einfordern. Hierzu gehört insbesondere das dritte Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven. Zusätzlich setzen wir uns für weitere Rastkapazitäten an der BAB 27 zwischen Bremen und Bremerhaven ein, wobei Naturschutzgebiete und Moorflächen unangetastet bleiben sollen. Der Bahnknoten Bremen muss durch eine verbesserte Hinterlandanbindung der Häfen (Elektrifizierung der Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg) vom Güterverkehr entlastet werden. Wir setzen uns für die rasche und unabhängige Umsetzung der kapazitätssteigernden Maßnahmen des „optimierten Alpha-E plus Bremen“-Konzeptes ein, um einen reibungsloseren Schienenverkehr auf der Verbindung zwischen Bremen und Hannover zu gewährleisten.

Hafenverkehre

Innerhalb des Hafengebietes Bremerhaven wollen wir Staus und wechselseitige Behinderungen der Verkehrsträger Straße und Schiene an den oft höhengleichen Kreuzungsbereichen reduzieren.

Die Koalition wird:

- mit der Nutzung von Slot-Systemen und der Bereitstellung geeigneter sowie modernen Anforderungen genügender Vorstellflächen die Voraussetzungen für eine Optimierung der Hafenverkehre schaffen. Für den Knotenpunkt am Bahnübergang Senator-Borttscheller-Straße werden wir die Planung einer konfliktfreien Verkehrsführung beauftragen. Hierfür ist ein neues Verkehrskonzept für den Überseehafen zu erstellen, das u.a. auch die Terminalerweiterung im Bereich des Kaiserhafens I mit umfasst. Wichtiger Eckpunkt eines solchen Konzeptes ist eine Entlastung der Stadt Bremerhaven von hafenbezogenen Schwerlastverkehren. Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Häfen ein.

Genehmigungsprozesse beschleunigen

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass für die Realisierung von Infra- aber auch von Suprastrukturprojekten Entscheidungs-, Planungs- und Genehmigungsprozesse von entscheidender Bedeutung sind.

Deshalb wird die Koalition:

- die planenden Einheiten als auch die Genehmigungsbehörden strukturell und organisatorisch in die Lage versetzen, die entsprechenden Aufgaben leisten zu können. Dabei wollen wir insbesondere für die Vielzahl der zu führenden wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren die zuständigen Wasserbehörden organisatorisch und personell stärken.

Zusammenarbeit Bremen und Bremerhaven

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven prüfen, ob und in welcher Weise kommunale Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse in die Hafenentwicklung Eingang finden können. In einem ersten Schritt wollen wir prüfen, ob die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Bauanträgen für Bauvorhaben im stadtbremschen Hafengebiet künftig auf den Magistrat der Stadt Bremerhaven verlagert werden kann.

Hafenkooperation

Gestützt auf unsere Verantwortung für die bremischen Häfen und den interfraktionellen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Nationalen Hafenstrategie werden wir uns aktiv in die Gestaltung der nationalen wie europäischen Hafen- und Schifffahrtspolitik einbringen sowie Maßnahmen zur Stärkung des Schifffahrtsstandortes Deutschland und der Deutschen Flagge vorantreiben.

Gestützt auf die vorhandenen Ansätze zur gemeinsamen Vermarktung der norddeutschen Seehäfen als German Ports wollen wir unsere Marketingstrategie weiterentwickeln.

Mit dem Jade Weser Port existiert eine gelebte Hafenkooperation mit unseren niedersächsischen Partner*innen. Durch den Einstieg der Hapag Lloyd hat der Jade Weser Port die Chance, die von Beginn an in ihn gesetzten wirtschaftlichen Potenziale und Umschlagziele zu erreichen. Daher wollen wir an dieser Kooperation auf der Grundlage einer fairen Teilung von Kosten und Nutzen zwischen Bremen und Niedersachsen festhalten und sie weiterentwickeln.

Das Havariekommando hat sich in den Vorfällen der Vergangenheit sehr gut bewährt. Wir setzen uns gemeinsam mit den anderen Küstenländern und dem Bund dafür ein, dass die Leistungsfähigkeit des Havariekommandos auch den neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit zunehmenden Verkehren und dem massiven Aufbau von Windparks in Nord- und Ostsee und den daraus resultierenden Risiken von Havarien angepasst wird.

Werftquartier

Die Entwicklung des Werftquartiers sehen wir als ein herausragendes Stadtentwicklungsprojekt für Bremerhaven an.

Die Koalition wird:

- dafür Sorge tragen, dass das Land die Stadt Bremerhaven bei diesem Projekt weiterhin intensiv durch die Bereitstellung von Landesflächen und beim Ausbau der erforderlichen Infrastruktur unterstützen wird. Hierzu gehören die bereits in der Fastlane Mobilität vorgesehenen Brückenbauten im Bereich des Werftquartiers. Zusätzlich wollen wir im Zuge der Realisierung des Geestesperrwerks eine geeignete Querung für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen schaffen.
- den Bereich der Klußmannstraße und dem Handelshafen/Forschungshafen, in dem das Land mit der Herrichtung der ehemaligen Verwaltungsgebäude der Deutschen See und der Nordsee den ersten Meilenstein für eine Erweiterung des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) gesetzt hat, gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven zu einem maritimen Campus weiter entwickeln und dafür die planerischen Grundlagen schaffen.

Havenwelten

Die Koalition wird:

- die Einrichtungen der Havenwelten weiterentwickeln. Dazu werden im Klimahaus die Ausstellung zum Klimaschutz, zur Energiewende und zu den Zukunftsperspektiven auf der vorliegenden Planung umzusetzen. Wir wollen ein Konzept für ein Klimabildungszentrum entwickeln, in dessen Zentrum die Fortbildung von Lehrer*innen im Bereich des Klimaschutzes steht. Dabei stellen wir eine Abstimmung mit dem Bildungsressort und weiteren Akteur*innen der Klimabildung sicher. Wo erforderlich, wollen wir gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven vorhandene Kafen- und Freianlagen baulich sichern und attraktiv gestalten.

Fischereihafen

Die Koalition wird:

- im Fischereihafen die erneuerbaren Energien ausbauen. Dazu werden wir die erforderlichen Anpassungen am Stromnetz des Fischereihafens vornehmen. Die erfolgreiche Forschungsarbeit des Fraunhofer IWES unterstützen wir durch die direkte Anbindung an das 110-KV-Netz. Wir wollen das Energiesystem im Fischereihafen so entwickeln, dass die dortigen Industrieunternehmen sicher, wirtschaftlich und CO₂-neutral versorgt werden können.

Der Landesfischereihafen ist ein zentraler Ort und Entwicklungspol für die gewerbliche Wirtschaft in der Seestadt. Insbesondere die dort beheimatete Lebensmittelwirtschaft kann ihre Wettbewerbsfähigkeit nur erhalten, wenn weiterhin Innovationen im Produkt- und Verfahrensbereich erfolgen. Zukünftig soll die Halle X zu einem Zentrum ausgebaut werden, das insbesondere über Gründernetzwerke wichtige Impulse für die Lebensmittelwirtschaft setzt.

Die Koalition wird:

- die energetische und bauliche Sanierung des Gebäudebestandes im Fischereihafen zur Erreichung der Klimaschutzziele voranbringen. Hierzu werden wir im Rahmen einer Bestandsaufnahme Prioritäten entwickeln, mit denen das Ziel einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen und zugleich ein hoher CO₂-Minderungseffekt erreicht werden kann.

Gleichstellung

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

Die Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist ein zentrales Ziel der Bremer Landesregierung. Im Land Bremen wurde bereits viel erreicht und trotzdem sind Frauen noch immer unterrepräsentiert in Parlamenten und Führungsebenen, sie erhalten weniger Lohn für gleichwertige Arbeit, sie sind als alleinerziehende oder alte Frauen besonders von Armut betroffen, sie werden häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt und leisten immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit. Die Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Bedürfnissen findet sich daher in allen Politikfeldern wieder. Schwerpunktmäßig wird sich die Koalition auf die Fortsetzung der bisher erfolgreich aufgelegten Landesaktionspläne zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden, die Stärkung der politischen Teilhabe und die Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Entgeltgleichheitsstrategie konzentrieren.

Sichtbarkeit in Politik und Gesellschaft fördern

Um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Politik und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zu gewährleisten, wollen wir die strukturellen Voraussetzungen verbessern.

Die Koalition wird:

- weiterhin an dem Ziel eines Paritätsgesetzes für die Bremische Bürgerschaft festhalten. Vielfalt im Parlament führt zu besseren politischen Entscheidungen, hierfür braucht es entsprechende Regularien.
- einen Gleichstellungsscheck bei allen Gesetzesvorhaben einführen. Bisher muss in der Begründung von Gesetzesvorhaben im Land Bremen keine genderspezifische Prüfung des Gesetzes aufgenommen werden. Um diese Lücke zu schließen, bedarf es eines Gleichstellungsschecks bei allen Bremischen Gesetzgebungsverfahren und obligatorische Schulungen im Umgang damit für die Verwaltung.
- das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) ggf. noch vor der Evaluation weiterentwickeln. Dabei gehen wir auf die Belange der Frauenbeauftragten in Anlehnung an die Auswertung des Senators für Finanzen von 2020 ein, die noch nicht entsprechend aufgenommen worden sind. Auf Basis der beschlossenen Evaluation des LGG durch queerkompetente Gutachter*innen werden wir die entsprechenden Schritte zur Einbeziehung weiterer benachteiligter Geschlechtsidentitäten definieren. Zudem soll die Vorschrift zur Gremienbesetzung mit dem Ziel angepasst werden, einer paritätischen Besetzung von Gremien näher zu kommen und eine Berichtspflicht einzuführen.
- die bestehenden „Regelungen des Senats zur Gleichstellung von Frau und Mann in Mehrheitsgesellschaften des Landes und der Stadtgemeinde Bremen“ anpassen, um die Vorgaben des neuen Landesgleichstellungsgesetzes auch in den Beteiligungsgesellschaften mit Mehrheitsbesitz Bremens angemessen zu berücksichtigen.
- sich auf Bundesebene konsequent für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft einsetzen.
- die Anwendung des Gender Mainstreamings durch qualitative Maßnahmen verbessern und das Gender Budgeting flächendeckend einführen. Ziel ist es, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen und auch bei der Ressourcenverteilung Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Hier werden wir transparenter machen, wo die Haushaltsmittel ihre Wirkung entfalten und welchen gesellschaftlichen Gruppen sie besonders zugutekommen. Die erfolgreiche Anwendung des Gender Budgetings beim Bremen-Fonds wird daher der Maßstab für alle Ressorthaushalte und politischen Entscheidungen, insbesondere auch bei der Planung von Investitionen und Förderprogrammen.
- den Bremer Frauenausschuss mit einer Basisinfrastruktur ausstatten, um die fortlaufende Arbeit der Vernetzung von allen Bremer Fraueninitiativen, - und einrichtungen abzusichern. Der Bremer

Frauenausschuss als ältester Zusammenschluss in Deutschland dieser Art leistet eine wesentliche Austauscharbeit, um als Sprachrohr für alle darin vertretenden Mitglieder in die Bremer Politik zu fungieren.

- die Sichtbarkeit von Frauen und Arbeiterinnen- und Frauenbewegung in Bremen mit einem festen Standort für das Bremer Frauenmuseum erhöhen. Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten Politik und Gesellschaft unseres Bundeslandes geprägt, nicht selten unter Inkaufnahme hoher persönlicher Opfer. Zu wenige von ihnen sind bekannt oder werden angemessen gewürdigt. Darüber hinaus dient dieser neue Ort der bremischen Kulturlandschaft und stärkt den Tourismus.
- wir wollen die Medienkompetenz und Sichtbarkeit von Frauen weiter stärken und Antifeminismus im Netz entgegentreten. Das Online-Portal www.frauenseiten.bremen.de bietet seit zwanzig Jahren eine digitale Plattform für Frauen* in Bremen für die Entwicklung eigener Inhalte. Das Portal mit seiner Freiwilligenredaktion im Alter von 15 bis 73 Jahren erreicht eine wachsende Community und bereichert die Bremer Weblandschaft, indem es feministische und queerpolitische Debatten und Lebenswirklichkeiten spiegelt. Die Freiwilligenredaktion wollen wir langfristig finanziell absichern und nach Möglichkeit ausbauen.

Alleinerziehende / Ein-Eltern-Familien

In unserem Bundesland leben rund 17.000 Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 18 Jahren, von denen viele von Familien- und damit Kinderarmut betroffen sind. Der „Aktionsplan Alleinerziehende“ bietet einen wichtigen Rahmen zur Umsetzung von Modell- und Schwerpunktprojekten, aber auch zur besseren Verzahnung der Ressortmaßnahmen.

Die Koalition wird:

- die entsprechenden Beratungs- und Begegnungsangebote finanziell absichern, kontinuierlich auswerten und bestehende Lücken schließen bzw. Angebote ausbauen. Wesentliche Ziele sind dabei die Verstetigung der Projekte und die Herstellung von Transparenz: Alle Ein-Eltern-Familien müssen wissen, an wen sie sich in ihrem Stadtteil wenden können.
- das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen und alternativen Betreuungsangeboten, auch in Rand- und Ferienbetreuungszeiten, massiv erhöhen. Denn der Zugang zur Kinderbetreuung ist und bleibt für Ein-Eltern-Familien zentral.
- zugewanderten Alleinerziehenden besondere Aufmerksamkeit widmen. Die bestehenden Angebote werden wir besser vernetzen und Angebotslücken schließen.
- Ein Modellprojekt „Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen durch Gutscheine“ für Alleinerziehende prüfen. Damit sollen vor allem Ein-Eltern-Familien die nötige Entlastung und Unterstützung im Alltag erfahren, die sie kurz- oder mittelfristig benötigen. Zudem soll das Projekt die Beschäftigung im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen fördern. Das Projekt soll als Modellvorhaben aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden.
- Alleinerziehende sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Um der drohenden Armutsspirale für Alleinerziehende frühzeitig zu begegnen, werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Alleinerziehenden den Zugang in Ausbildung, Weiterbildung und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, und die bestehenden Projekte nach Möglichkeiten verstetigen.

Gewaltprävention und Schutz von Frauen und Kindern (Istanbul-Konvention)

Mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention haben wir im Land Bremen einen Meilenstein im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, trans* und inter* Personen geschaffen. In den nächsten Jahren werden wir den Aktionsplan, auch in Kooperation mit dem neu geschaffenen Betroffenenbeirat, weiter umsetzen und stetig evaluieren.

Die Koalition wird:

- die Maßnahmen des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ausfinanzieren

und konsequent umsetzen.

- intensiv dabei unterstützen, Wege aus der Gewalt zu finden – mit guten vernetzten Hilfesystemen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie mit mehr professioneller Täter*innenarbeit. Wir werden die Zusammenarbeit von Einrichtungen wie KiTas, Schulen, Jugendamt, Polizei und Kinderarztpraxen verbessern, um Gewaltopfern schnellere Hilfe zukommen lassen zu können.
- die Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen nachhaltig finanziell absichern, 24/7-Schutzplätze einrichten und Schutzwohnungen für junge LGBTIQ*-Personen, insbesondere für junge inter* und trans* Personen, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren, einrichten.
- sich im Kontakt zu unseren Wohnungsbaugesellschaften aktiv dafür einsetzen, dass gewaltbetroffene Frauen und Kinder bevorzugten Zugang zu Wohnungen bekommen, wenn sie das Frauenhaus verlassen möchten.
- die nach der Istanbul-Konvention notwendigen Family-Places schaffen, denn pro 10.000 Einwohner*innen ist einer vorzuhalten.
- ein kontinuierliches Monitoring queerfeindlicher Gewalt etablieren, um mit Daten aus dem Hilfe- und Unterstützungssystem explizit die Vorfälle zu ermitteln, die nicht bei der Polizei angezeigt werden.
- die Beratungsstelle „Marie“ für Prostituierte in Bremerhaven und das Beratungsangebot in Bremen sichern. Wir stellen sicher, dass in Bremerhaven die Beratungsstelle „Marie“ für Prostituierte, die aktuell über Gelder eines Bundesmodellprojektes finanziert wird, weiterhin bestehen bleibt und werden diese deshalb auskömmlich finanzieren.
- Wartezeiten bei Beratungsstellen bei Gewaltbetroffenen und -ausübenden reduzieren, indem wir diese auskömmlich ausbauen.
- Geschlechtsspezifische Beratungsangebote für Betroffene von digitaler Gewalt im Land Bremen ausbauen und Polizei sowie Bildungseinrichtungen über verbindliche Aus- und Fortbildungsprogramme sensibilisieren sowie für die Justiz Schulungen zum Thema digitale Gewalt auflegen.
- in einem strukturierten Dialog mit der Universität darauf hinwirken, dass Student*innen der Rechtswissenschaften auch Studienangebote zur Verhütung und Aufdeckung geschlechtsbezogener Gewalt und zu den Bedürfnissen und Rechten von Opfern, sowie zu Wegen zur Verhinderung der sekundären Viktimisierung erhalten.
- sich gemäß Art. 31 Abs. 1 der Istanbul-Konvention dafür einsetzen, dass bei Entscheidungen über das Besuchs- und Sorgerecht von Kindern gewalttätige Vorfälle im Schutzbereich der Istanbul-Konvention berücksichtigt werden. Hierfür werden Familienrichter*innen regelmäßig über entsprechende Fortbildungsangebote zur Istanbul-Konvention informiert.
- sich dafür einsetzen, dass die bestehenden Rechtsansprüche auf kostenfreie Rechtsberatung und psychosoziale Prozessbegleitung und die im weiteren bestehenden Hilfsangebote den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen spätestens bei einer Anzeige umfassend bekannt gemacht und bestehende Angebote überprüft und möglicherweise ausgebaut werden.
- nach dem Thüringer Modell eine Flatrate für Videodolmetschung einführen, mit der wir einen vergleichsweise günstigen und bedarfsdeckenden Zugang für Videodolmetschung für den gesamten öffentlichen Dienst, Beratungsstellen sowie das Gesundheits-, Bildungs- und Hilfesystem schaffen.
- mehr barrierefreie Unterkünfte und Anlaufstellen für Frauen und Mädchen mit Behinderung schaffen. Frauen und Mädchen mit Behinderung gehören zu einer besonders vulnerablen Gruppe und sind einem besonderen Risiko für Gewalterfahrungen ausgesetzt.
- für Frauen, die sich in der Wohnungslosigkeit befinden und/oder Suchtmittel konsumieren, geeignete Schutzunterkünfte und Unterstützungsangebote schaffen, bei denen es einen Schwerpunkt auf die geschlechtsspezifische Gewalt gibt, die sie erlebt haben oder noch immer erleben.
- sich für einen besseren Zugang für betroffene Mädchen und Frauen zu anderen Therapieansätzen als bisher, wie etwa der Kunsttherapie, einsetzen, um Traumata nach sexualisierter Gewalt zu bewältigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich auch die Krankenkassen einer Finanzierung öffnen.
- dafür Sorge tragen, dass bei Aufklärung und Aburteilung von Straftaten gegen das Leben die ethnische Herkunft, das Geschlecht, die Religion oder Weltanschauung, die Behinderung, das Alter oder

die sexuelle Identität des Opfers keine Rolle spielen darf. Festzustellen ist aber, dass Frauen oft in Zusammenhang mit toxischen Beziehungen zu Männern zu Tode gebracht werden. Prävention in diesem Bereich hat für uns Priorität. Neben den erforderlichen Gewaltschutzmaßnahmen bedarf es aber auch eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels, den die Koalition flankierend unterstützen will.

- bei den Pressestellen der Polizei und der Justiz dafür werben, dass entsprechende Taten nicht mehr verharmlosend als „Familientragödie“ bezeichnet werden sollen.
- die Durchführung der Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft in einschlägige Ermittlungsakten zu Forschungszwecken vereinfachen.
- die Staatsanwaltschaft veranlassen, den Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft und die Öffentlichkeit jährlich über die ermittelten Femizide zu informieren.

Queeres Leben in Bremen

Wir wollen perspektivisch die Belange queerer Menschen in allen Lebensbereichen berücksichtigen, daher finden sich entsprechende politische Vorhaben in allen Fachkapiteln wieder. Um das zu erreichen, werden wir den Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit ressortübergreifend umsetzen. In den Umsetzungsprozess werden wir den Queerpolitischen Beirat des Landes Bremen einbinden.

Die Koalition wird:

- in einem gemeinsamen Prozess mit Vertreter*innen der LGBTIQ*-Community den Landesaktionsplan neu auflegen.
- Landesmittel für Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan und weitere queere Projekte, im Haushalt vorsehen.
- den Queerpolitischen Beirat des Landes Bremen fortführen und verstetigen, die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder an den Landesteilhabebeirat angleichen und prüfen, wie die Einbeziehung des Queerpolitischen Beirats verbindlicher gestaltet werden kann.
- in engem Austausch mit dem Queerpolitischen Beirat prüfen, wie die Queerpolitischen Belange ressortübergreifend berücksichtigt werden können.
- in jedem Ressort eine Zuständigkeit für die Umsetzung des Landesaktionsplans benennen.

In der letzten Legislaturperiode haben wir die Beratungslandschaft im gesamten Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, die für queere Bremer*innen von hoher Bedeutung sind, auf sicherere Füße gestellt und nach Bremen-Nord und Bremerhaven erweitert. Der Bedarf ist jedoch weiterhin größer als das Angebot.

Die Koalition wird:

- die Förderung der Beratungsstellen für queere Menschen und Belange in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven sicherstellen und dem gestiegenen Bedarf entsprechend ausbauen.
- die Einrichtung eines Beratungsangebots für Regenbogenfamilien prüfen.
- sich für die Realisierung eines queeren, soziokulturellen Treffpunkts in Bremerhaven einsetzen.

Queere Rechte auf Bundesebene

Die Koalition wird sich auf Bundesebene einsetzen:

- für die Schaffung eines modernen Abstammungsrechts, um queeren Familien, inklusive der vielen Zwei-Mütter-Familien und ihren Kindern, gerecht zu werden.
- für die Abschaffung der Benachteiligung lesbischer und queerer Familien bei der finanziellen Unterstützung der Kinderwunschbehandlung.
- das Grundgesetz im Artikel 3 zu ergänzen um den „Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Identität“.
- das Transsexuellengesetz abzuschaffen und es durch ein modernes, wirksames und gerechtes

- Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen, in dem auch das Verfahren nach §45b PStG integriert wird.
- einen Entschädigungsfonds für die Opfer fremdbestimmter Operationen und medizinischer Zwangsmaßnahmen in der inter* und trans*-Community einzurichten.
 - queere Menschen schützen und deshalb keine Abschiebungen in Länder, in denen queeren Menschen Gefahr droht, vornehmen.

Klimaschutz und Umweltschutz

Klimaschutz

Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen und die Zukunft unserer Städte Bremen und Bremerhaven. Deshalb müssen und werden wir alle erforderlichen Schritte tun, um bis 2038 Klimaneutralität zu erreichen und die Treibhausgasemissionen entsprechend der Vorgaben des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes bis 2027 um 49 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die Lasten der Transformation werden wir sozial gerecht verteilen und die Chancen für die Modernisierung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kraft unserer beiden Städte nutzen, denn Klimaschutz gelingt nur durch aktive Strukturpolitik. Im Ergebnis einer solchen Klimaschutzpolitik werden die Sicherung und Schaffung guter Arbeit und die Steigerung der Attraktivität unserer beiden Städte stehen.

Die Koalition wird:

- den Aktionsplan Klimaschutz bis 2038 vollständig umsetzen. Der Aktionsplan ist im Lichte neuer Entwicklungen und Erkenntnisse regelmäßig fortzuschreiben, wobei Maßnahmen durch andere, mindestens genauso wirksame Maßnahmen ersetzt werden können. Dabei werden wir uns in erster Linie an den CO₂-Minderungs- und Klimaschutzwirkungen orientieren.
- bis 2027 stehen im Rahmen der Fastlane 2,5 Milliarden Euro für Investitionen in die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands, die Verkehrs- und Wärmewende sowie die Klima-Transformation der Wirtschaft zur Verfügung bereitstellen. Personelle und konsumtive Ausgaben sind im Rahmen der regulären Haushalte zu decken.
- bei allen klimapolitischen Beschlüssen die sozialen Auswirkungen insbesondere für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen sowie die Auswirkungen für die Geschlechter in den Blick nehmen und bei Bedarf geeignete Maßnahmen ergreifen.
- die klimapolitische Förderstruktur Bremens sozial gestaffelt besonders auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ausrichten.
- Planungs- und Umsetzungsbeschleunigung durch einen bremischen Infrastruktur- und Klimaschutzkonsens ermöglichen, damit die erforderlichen Klimaschutzziele und vor allem der Klimaneutralität bis 2038 erreicht werden können. Hierfür wird der Senat Gespräche mit dem Ziel führen, dass sich die zivilgesellschaftlichen Verbände und Organisationen im Lande Bremen dem prioritären Ziel verpflichten, Maßnahmen des Klimaschutzes, des konsequenten Ausbaus erneuerbarer Energien und ihrer Infrastrukturen sowie der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft und der privaten Haushalte aktiv zu unterstützen.
- die nötigen konsumtiven und personellen Finanzbedarfe für die Umsetzung von Fastlane-Maßnahmen ermitteln.
- einen Klimacheck entwickeln und einführen, um die Klimawirkung von Verwaltungsvorlagen zu bemessen, wobei für größere Projekte an geeigneter Stelle während der Planung auch eine CO₂-Bilanz und die damit verbundenen Schadenskosten ermittelt werden sollen.
- die Klimaschutzagentur energiekonsens stärken und die laufenden Projekte in die Grundförderung überführen, den Sockelbetrag erhöhen und die Erweiterung um weitere Klimaschutzaspekte prüfen.

- das Klimastadtbüro Bremerhaven unterstützen und stärken.
- die Förderung „Klimaschutz im Quartier“ verstetigen und ausweiten, um mehr Quartiere zu erreichen.
- entsprechend der Klimaschutzberatung an den Pilotstandorten Gröpelingen und Blumenthal in weiteren benachteiligten Quartieren ähnliche Angebote schaffen.
- Leitlinien für die klimafreundliche und nachhaltige Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen erarbeiten.
- Zuwendungsempfänger in die Umsetzung des Klimaschutzes einbeziehen und dafür so weit wie möglich entsprechende Anreize schaffen oder Verpflichtungen formulieren.
- Fachkräftegewinnung, Ausbildung und Weiterbildung in Handwerk, Industrie und Energiewirtschaft aktiv unterstützen.
- eine öffentlichkeitswirksame Kampagne (ähnlich der Corona-Impfkampagne) zur Sensibilisierung und Aufklärung über die notwendigen klimapolitischen Maßnahmen entwickeln und zielgruppengerechte und aktivierende Beteiligungsformate schaffen.

Wärmewende

Wärme macht allein rund die Hälfte des deutschen Energieverbrauchs von Privathaushalten aus. Um in Bremen Klimaneutralität zu erreichen, ist es daher unabdingbar, die Erzeugung der Wärme auf erneuerbare Energien umzustellen.

Die Koalition wird:

- bis spätestens 2025 einen kommunalen Wärmeplan für die Stadt Bremen vorlegen und Bremerhaven dabei unterstützen und bei der Erstellung die entsprechenden Akteur*innen einbeziehen. Der Wärmeplan wird Maßnahmen und Instrumente zur Reduzierung der CO₂-Emissionen der Wärmeversorgung enthalten.
- schon vor Fertigstellung der Wärmeplanung bis Sommer 2024 die zukünftige räumliche Abgrenzung von Fernwärme- und Nahwärmegebieten sowie solchen mit dezentraler Wärmeversorgung veröffentlichen.
- ebenfalls noch vor Fertigstellung und Beschlussfassung des Wärmeplanes den weiteren Ausbau von Fern- und Nahwärme in den Quartieren durch die entsprechenden Akteure ermöglichen. Eine weitestmögliche Gestattung von erforderlichen Installationen für warme und kalte Nahwärme im öffentlichen Raum ist anzustreben.
- zur rechtlichen Umsetzung der Wärmeplanungen für Bremen und Bremerhaven ein Landeswärmegesetz beschließen.
- den staatlichen Einfluss in diesem Bereich strategisch ausbauen, um die anstehenden zentralen Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation der Wärmewende und der zukunftsfähigen Aufstellung der Stromnetze bewältigen zu können.
- quartiersbezogene Konzepte für und die Errichtung von Nahwärme- und Anergienetzen fördern und dabei bezahlbare Preise und freie Zugänglichkeit sicherstellen; dazu zeitnah Modellprojekte unterstützen.
- sozial gestaltete Fördermöglichkeiten für individuelle Lösungen wie Wärmepumpen und Solarthermie ausbauen.
- sich auf Bundesebene für eine Standardisierung klimaneutraler Haustechnik einsetzen.
- im Rahmen der Wärmeplanung die Nutzung von Solarthermie-Freiflächen, Saisonwärmespeichern, Wärmepumpen in der Weser sowie Abwärme aus Industrieprozessen prüfen und fördern und dafür ggf. notwendige Flächen identifizieren und absichern.

Energetische Baustandards & Sanierung

Knapp ein Drittel der CO₂-Emissionen in Deutschland entstammt dem Gebäudesektor. Um diese Emissionen deutlich zu senken, muss die Sanierungsquote und -tiefe stark erhöht werden.

Die Koalition wird:

- die Sanierungsquote insbesondere von Gebäuden mit schlechter Energiebilanz (*worst performing buildings*) durch gezielte Förderung stark erhöhen und ein Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung auflegen, das die vorrangig zu nutzenden Programme des Bundes sinnvoll ergänzt.
- gemeinsam mit öffentlichen und privaten Wohnungsbaugesellschaften Pilotprojekte zum seriellen Sanieren planen und mithilfe von Bundesförderung umsetzen.
- die Förderung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Mietwohnungen an die Bedingung der Warmmietenneutralität und der Fortführung der Sozialbindung knüpfen.
- mit der Bremer Aufbaubank spezielle Förderprogramme durch geförderte Kredite (gegen Grundbucheintrag) für ältere und/oder einkommensschwache Gebäudebesitzer*innen entwickeln, die bei Bedarf ein Aussetzung von Tilgungen ermöglichen.
- die Modular- und Holzbauweise und den verstärkten Einsatz von recycelten und recycelbaren Baumaterialien unterstützen.
- das Klima-Bau-Zentrum als zentralen Beratungsort weiter ausbauen, das Thema Baustoffe stärken und Maßnahmen zum Schutz z. B. von Vögeln und Fledermäusen bei energetischer Sanierung als Beratungsgegenstand aufnehmen sowie einen weiteren Standort in Bremerhaven einrichten.
- aufsuchende Beratung für Wohngebäude und Firmen verstärken.
- die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude stark beschleunigen, um bis 2035 alle Gebäude klimaneutral mit Wärme zu versorgen und Gebäude auf den höchstmöglichen Standard (bis hin zu Effizienzhaus 40) zu sanieren.

Strom

Ein wichtiger Faktor der Klimawende ist Strom: für grüne Stahlproduktion, Wärmepumpen, E-Mobilität und vieles andere. Dieser Strom muss aber klimaneutral aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Dafür bedarf es eines ambitionierten Ausbaus der Solar- und Windenergie sowie von Stromspeichern und -trassen.

Die Koalition wird:

- darauf hinwirken, dass das Stromnetz den Anforderungen der Energiewende mit zunehmender Elektromobilität und dem Gasausstieg im Gewerbe sowie Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen gerecht wird.
- die Planung und den Ausbau von kleinteiligen, quartiersbezogenen und partizipativen Energienetzen, z.B. Mieterstrommodellen und Genossenschaften fördern.
- bei Sanierung und Neubau öffentlicher Gebäude generell Solar vorsehen und die Zahl der jährlich belegten Dächer deutlich erhöhen.
- neue Vorrangflächen für den Solarausbau identifizieren, wobei bereits versiegelte Flächen und Brachflächen Vorrang vor landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen haben
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Agri-Photovoltaikanlagen auch auf Grünland erlaubt werden, und ein Modellprojekt für Bremen anstoßen.
- öffentliche Parkplätze, dort wo es möglich ist, mit Solar ausstatten und eine Solarpflicht unter Berücksichtigung bereits bestehender Begrünungspflichten auch für neue private Parkplätze ab 25 Stellplätzen einführen und Möglichkeiten für entsprechende Regelungen und/oder Förderungen für den Bestand prüfen.
- die kommunalen Wohnungsgesellschaften zu Vorbildern bei der Solarenergie machen und dafür u.a. Mieterstromangebote deutlich ausweiten.
- im Rahmen des Stromsparchecks eine Förderung für Balkonsolaranlagen für Transferleistungsbezieher*innen einführen.
- sich dafür einsetzen, überflüssige bürokratische Hürden gegen den Ausbau von Balkonsolaranlagen abzuschaffen, etwa den Zwang zu einer gesonderten Steckdose
- auf Bundesebene auf eine weitere Vereinfachung von Mieterstromprojekten und wirtschaftliche Voll-

1970 einpreisetarife im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hinwirken.

- 1971 • Maßnahmen für die Stärkung von Offshore-Wind unterstützen.
- 1972 • neue Vorrangflächen für Windenergieanlagen festlegen, hierbei auch landwirtschaftliche Flächen und
- 1973 Landschaftsschutz- und Naturschutzflächen außerhalb der EU-Vogelschutzgebiete prüfen und Wind-
- 1974 energiepotenziale in alten und neuen Gewerbegebieten heben.
- 1975 • Beratungsangebote für Gewerbetreibende für Windkraft an ihren Standorten ausbauen.
- 1976 • alle Windenergiestandorte erhalten und alte Windenergieanlagen konsequent gegen neue Anlagen
- 1977 austauschen (*Repowering*).
- 1978 • vollumfängliche Unterstützung der notwendigen Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der IPCEI-Pro-
- 1979 jekte und für die Transformation des Stahlwerks leisten.
- 1980 • zügig die planerischen und rechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung aller notwendigen Strom-
- 1981 versorgungsnetze, insbesondere der 110-KV-Leitung und des Umspannwerks, schaffen.
- 1982 • Bremerhaven beim Kompetenzzentrum Wasserstoff unterstützen.

1983 1984 **Klimaanpassung**

1985 Mit der fortschreitenden Klimakrise wird auch die Anpassung unserer Städte Bremen und Bremerhaven
1986 an die Folgen dieser Krise immer wichtiger. Dazu gehören Starkregenereignisse und Hochwasser genau-
1987 so wie Hitze und Dürre. Wir wollen Bremen zu einer „Schwammstadt“ machen, die auch bei Starkregen-
1988 ereignissen Wasser aufnehmen und zurückhalten und in trockenen Phasen wieder abgeben kann.

1989 1990 **Die Koalition wird:**

- 1991 • die Klimaanpassungsstrategie für das Land und die Stadtgemeinde Bremen fortschreiben.
- 1992 • daraus handlungsbezogene Umsetzungsstrategien für die Stadtteile mit besonderem Fokus auf sozial
- 1993 benachteiligte Stadtteile entwickeln und umsetzen.
- 1994 • das Prinzip der Schwammstadt zu einem der Leitbilder der künftigen Stadtplanung machen, um
- 1995 Regenwasser in der Stadt zurückzuhalten, versickern und verdunsten zu lassen; dafür, wo möglich,
- 1996 mehr Grün, Retentionsräume und Versickerungsflächen schaffen
- 1997 • einen Entsiegelungsplan nach Vorbild Berlins einführen, dabei ein Ver- und Entsiegelungskataster
- 1998 anlegen, neues Straßenbegleitgrün anlegen, Parkplätze entsiegeln und Rasengitter anlegen.
- 1999 • in Stadtteilen mit wenig öffentlichem Grün zur Neuanlage von Grünflächen vorrangig berücksichtigen,
- 2000 welche Flächen entsiegelt werden können.
- 2001 • die Neuversiegelung von Flächen durch den vorrangigen Neubau auf Bestandsflächen und der Strate-
- 2002 gie der doppelten Innenentwicklung möglichst vermeiden.
- 2003 • Deiche und Sperrwerke mit höchster Priorität und höchsten Sicherheitsstandards auf die Klimakrise
- 2004 vorbereiten und dafür u. a. das Sperrwerk in der Geestemündung erneuern und die Planungen zur
- 2005 Stadtstrecke zügig umsetzen.
- 2006 • dabei neben dem Erhalt von acht Platanen an Orten, an denen das Ufer breit genug ist, durch eine
- 2007 Ersatzpflanzung von bereits großen Bäumen und weiterer Begrünung sicherstellen, dass das Neu-
- 2008 städter Weserufer auch nach der Deicherhöhung grün und attraktiv bleibt.
- 2009 • sicherstellen, dass der Hochwasserschutz nicht durch Neubau in Hochwasserschutzgebieten gefähr-
- 2010 det wird.
- 2011 • einen Hitzeaktionsplan für das Land und die Stadtgemeinde Bremen vorlegen, der behördliche Hitze-
- 2012 warnungen, Verhaltensregeln auf öffentlichen Anzeigetafeln, die Organisation von Nachbarschaftshil-
- 2013 fe sowie die gezielte Ansprache von Pflege- und Senior*inneneinrichtungen und Kliniken beinhaltet.
- 2014 • Hitzeschutz im Rahmen von Sicherheitskonzepten bei Großveranstaltungen im Sommer verpflichtend
- 2015 machen und die Einhaltung von Arbeitssicherheitsregeln besonders bei körperlicher Arbeit stärker
- 2016 kontrollieren.
- 2017 • hierbei insbesondere auch dafür Sorge tragen, dass Menschen in Obdachlosigkeit oder Wohnungslo-
- 2018 sigkeit Schutz vor Hitze finden, und hierfür im Sommer klimatisierte Räume zur Verfügung stellen.
- 2019 • die Kaltluftschneisen, die im Landschaftsprogramm genannt werden, von Bebauung freihalten.

- in Bremen 20 weitere öffentliche Trinkwasserbrunnen realisieren, in Bremerhaven 10.
- Fassadenbegrünung stärken, indem sie für fensterlose Gebäude verpflichtend wird und die Förderung solcher Projekte erhöht wird.
- prüfen, welche Straßen zu Alleen erweitert werden können.

Umweltschutz

Umweltschutz ist Lebensqualität. Eine Stadt mit vielen gesunden Grünflächen, guter Luft und weniger Lärm ist eine lebenswerte Stadt. Das muss für alle Stadtteile und für alle Einkommensgruppen gelten. Umweltstandards müssen einheitlich gelten.

Die Koalition wird:

- sich für eine umfangreiche Sanierung der Boden- und Grundwasserverunreinigungen des stillgelegten Tanklagers Farge einsetzen.
- das Landschaftsprogramm Teil Bremerhaven beschließen und das Landschaftsprogramm für die Stadtgemeinde Bremen fortschreiben.
- Kompensationsstrategien für Stadtteile mit besonders hohen Umweltbelastungen wie Lärm, Feinstaub und wenig Grün unter Beteiligung örtlicher Akteur*innen entwickeln.
- öffentliche professionelle Feuerwerke und Lasershowes organisieren sowie die Feuerwerksverbotszonen ausweiten.
- sich auf Bundesebene für einen Grenzwert für den Reifenabrieb einsetzen.

Biodiversität

Neben der Klimakrise bedroht das Artensterben unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir setzen Schwerpunkte bei der Umsetzung unserer Biodiversitätsstrategie, der Weiterentwicklung öffentlichen Grüns, dem Baumerhalt und der Neupflanzung von Bäumen. Wir achten auf Stadtteilgerechtigkeit dieser Maßnahmen.

Die Koalition wird:

- eine Biodiversitätsstrategie und ein Insektenschutzprogramm erstellen und umsetzen und die Koordination des Biodiversitätsmanagements stärken.
- das Landesblühflächenprogramm aufstocken und zu einem Landes-Biodiversitätsprogramm erweitern.
- in Bremen Maßnahmen für eine konsequente Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden und Insektiziden entwickeln und sich auf Bundesebene für ein Verbot einsetzen.
- „Natur auf Zeit“ fördern und ermöglichen.
- die Forschung zu Entsiegelung und insektenfreundlicher Begrünung stärken.
- die Fassaden- und Dachbegrünung bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Gebäuden mit insektenfreundlichen Pflanzen stärker fördern.

Gewässer

Der Schutz unserer Gewässer und maritimer Lebensräume sehen wir als gemeinsame, langfristige Aufgabe und elementaren Bestandteil des Umwelt- und Klimaschutzes. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht unserer Fließgewässer, Seen und Meere bewahren und wiederherstellen, die Trink- und Brauchwasserversorgung gewährleisten und auch alle anderen Ökosystemleistungen stehender und fließender Gewässer erhalten.

Die Koalition wird:

- die europäische Wasserrahmenrichtlinie umsetzen und einen Beitrag dazu leisten, die Gewässer schnellstmöglich in einen guten Zustand zu versetzen.
- dafür u. a. die Nitratreinträge aus der Landwirtschaft minimieren.

- zum besseren Schutz vor Nähr- und Schadstoffeinträgen im Dialog mit Landwirtschaft und Umweltverbänden Gewässerrandstreifen verbreitern.
- Fließgewässer schrittweise renaturieren und ökologisch aufwerten.
- die Schönebecker Aue weiter revitalisieren und das dortige Modellprojekt zur Abwasserreinigung auswerten, um es auf andere Bereiche zu übertragen.
- Ochtum, Wümme und Geeste mit Landesmitteln naturverträglich weiter zugänglich machen
- gemeinsam mit der Stadtgemeinde Bremerhaven nach Lösungen für die hohen Grundwasserstände in Wulsdorf suchen.
- sich auf Bundesebene und in der EU dafür einsetzen, Meere und ihre Bewohner zu schützen und dafür Mülleinträge zu reduzieren, Fischereimethoden und -quoten nachhaltig auszurichten und Unterwasserlärm aus der Schifffahrt zu verringern.
- im Bund und bei der Europäischen Union auf ein Moratorium für den Tiefseebergbau hinwirken.

Lärm

Lärmschutz ist Gesundheitsschutz und steigert die Lebensqualität. Deswegen werden wir die Menschen in unserer Stadt vorrangig in den sensiblen Nachtstunden noch besser vor Lärm schützen.

Die Koalition wird:

- den Lärmschutz an Bundesstraßen, Autobahnen und den Güterschienennetzen verbessern.
- sich bis dahin dafür einsetzen, dass auf den Autobahnabschnitten im Land Bremen, die durch Wohngebiete führen und keinen Lärmschutz haben, ein nächtliches Tempolimit von 80 km/h gilt.
- den Lärmaktionsplan überprüfen, wie mehr verbindliche Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden können, um Lärm allgemein und in den besonders betroffenen Wohnlagen nachhaltig zu reduzieren.
- sich dafür einsetzen, dass am Bremer Flughafen die Nachtruhe von 22.00 bis 6.00 Uhr in der Regel eingehalten wird und weitere Maßnahmen zur Erreichung eines leiseren Flugverkehrs prüfen.

Baumschutz, Stadtgrün und Kleingärten

Bremen ist eine Stadt mit viel öffentlichen Grün und einer intensiv gelebten Kleingartentradition. Wir werden diesen Bestand so weit wie möglich qualitativ erhalten. Für die notwendige Klimaanpassung und die Verbesserung der Biodiversität ist eine quantitative Ausweitung des öffentlichen Grüns bedeutsam.

Die Koalition wird:

- den Umweltbetrieb Bremen mit Blick auf Organisationsstruktur, Aufgaben, Reduktion der Fremdvergabe, Personal und Finanzmittel so aufstellen, dass er den Aufgaben einer klimaangepassten und ökologischen Grünflächenplanung, -pflege und -sauberkeit gerecht werden kann.
- einen übergeordneten Grünflächenplan erstellen, um vorhandene Grünflächen und Parks im Sinne von Klimaanpassung und Biodiversität aufzuwerten sowie weiterzuentwickeln und durch Schaffung von Grün-Verbindungen wirksamer zu vernetzen.
- grüne Infrastrukturen wie Grünanlagen, Grünstreifen, Bäume und Kleingärten erhalten und ausweiten, den Anbau essbarer Früchte fördern und Blühstreifen anlegen.
- kurzfristig in Abstimmung mit dem Landesverband der Gartenfreunde einen Kleingartenentwicklungsplan vorlegen, der die Basis einer nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in Bremen garantiert und dessen Umsetzung sicherstellen.
- Kleingärten grundsätzlich als Grün erhalten. Wir werden eine Umnutzung nur dann vornehmen, wenn dies ökologisch und verkehrlich vertretbar ist, kein Veto des Vereins eingelegt wird und an anderer Stelle entsprechende Kompensationsflächen geschaffen werden.
- darauf achten, dass die soziale Gerechtigkeit bei der innerstädtischen Verteilung des Stadtgrüns und der Zugang zu kühlenden Grünflächen zu einem zentralen Kriterium für die stadtgrüne Planung werden und dafür notwendige Mindestgrünanteile für Quartiere festlegen.
- das Handlungskonzept Stadtbäume konsequent umsetzen und eine Baumschutzverordnung schaffen,

die sich an fortschrittlichen Regelungen anderer deutscher Großstädte orientiert und den Schutz der Bäume - ab einem Umfang von 80 cm und insbesondere bei Tiefbauarbeiten - stärkt.

- alle zu ersetzenden Bäume nachpflanzen und darüber hinaus deutlich mehr neue Bäume pflanzen, u.a. in neuen Klimawäldern
- bei Baumnachpflanzungen auf klimaangepasste und heimische Arten achten.
- dort, wo aufgrund baulicher Gegebenheiten keine Baumpflanzungen möglich sind, die Bepflanzung mit heimischen Sträuchern prüfen.
- Naturdenkmale wieder unter besonderen Schutz stellen.

Trinkwasser und Abwasser

Die Erzeugung und der sparsame Umgang mit Trinkwasser ist die Zukunftsaufgabe, der wir uns viel mehr widmen müssen. In der nächsten Legislaturperiode muss eine Entscheidung bezüglich Trink- und Abwasser gefällt werden.

Die Koalition wird:

- Wasserkreisläufe innerhalb Bremens etablieren und eine strategische Wasserplanung durchführen, um neue Einsparpotenziale zu finden.
- daran arbeiten, einen höheren Anteil des benötigten Trinkwassers von eigenen Flächen zu beziehen.
- eine Kampagne zum Wassersparen durchführen.
- Grauwasseranlagen etablieren, dazu u. a. Modellvorhaben bei großen Sportstätten entwickeln.
- mögliche Kostensteigerungen in der Stadtentwässerung, die auf den mit hanseWasser Bremen vertraglich vereinbarten Entgeltregelungen beruhen, mit den zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumenten überprüfen. Unverhältnismäßige Gebührensteigerungen sind zu verhindern.
- eine weitere Erhöhung des Speichervolumens im Kanalnetz und den Rückhaltebecken prüfen, um möglichst wenig Abwasser unbehandelt in die Flüsse zu spülen.

Abfall und Ressourcenschutz

Abfallvermeidung ist das oberste Gebot des Ressourcenschutzes. Die stoffliche Verwertung des anfallenden Mülls werden wir noch wirksamer organisieren und bei der öffentlichen Beschaffung verbesserte Standards setzen.

Die Koalition wird:

- die Bremer Stadtreinigung auffordern, für die getrennte Sammlung von Bioabfällen auch in Großwohnanlagen ein Konzept zu entwickeln, um die Biotonne flächendeckend verpflichtend einzuführen.
- die *Zero-Waste*-Strategie umsetzen, Reparaturdienstleistungen stärken und das Mehrweggebot für Veranstaltungen umsetzen.
- für Bremen regelmäßig eine detaillierte und umfassende Bilanz über die Zusammensetzung des Abfalls herausgeben.
- Verursacher von Umweltdelikten konsequent verfolgen und dafür die benötigten Personalien zur Verfügung stellen.
- sich für eine Stärkung des Ressourcenschutzes durch eine Förderung der stofflichen Verwertung von Abfällen und der Kreislaufwirtschaft einsetzen.
- veränderte Beschaffungsvorgaben zur stärkeren Verankerung von Umweltstandards, Energieeffizienzkriterien und Abfallvermeidung in der öffentlichen Beschaffung realisieren.

Kreislaufwirtschaft

Mit der Umsetzung der beschlossenen *Zero-Waste*-Strategie und der Aufstellung eines dazugehörigen Aktionsplans leisten wir im Land Bremen einen wichtigen Beitrag zur Müllvermeidung und Ressourcenschonung.

Die Koalition wird:

- bis Frühjahr 2024 ein Mehrweggebot bei öffentlichen Veranstaltungen umsetzen.
- die Etablierung eines einheitlichen, flächendeckenden Mehrwegsystems in Bremen und Bremerhaven vorantreiben sowie flankierend die Einführung einer Lenkungssteuer auf Einwegverpackungen für die Stadtgemeinde Bremen prüfen.
- eine einheitliche Online-Plattform „Zirkuläres Wirtschaften im Land Bremen“ einrichten.
- die Einrichtung eines oder mehrerer Ressourcenzentren als Ergänzung zu den stadtteilbezogenen Angeboten prüfen.
- den „Bremer Ressourceneffizienten Bauwesen“ fortführen.
- gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu) eine gesamtstädtische Praxis-Strategie hin zu einer „Kreislaufwirtschaftsstadt“ entwickeln.

Naturschutz

Unsere Naturschutzgebiete werden wir erhalten und schrittweise ausbauen. Das ist für Biodiversitätserhalt, Klimaanpassung und Lebensqualität in unseren Städten essentiell.

Die Koalition wird:

- den weitgehend geschlossenen „Grüngürtel“, der die städtische Siedlungszone in Bremen umgibt, weiterhin schützen.
- für Bremen und Bremerhaven jeweils bis 2030 einen umfangreichen Biotopverbund planen.
- neue Schutzgebiete in der Rohrniederung und im Fehrmoor/In den Plättern in Bremerhaven sowie in der Ochtumniederung und der Weseraue in Bremen ausweisen.
- den Unterhaltungsfonds Naturschutz so ausstatten, dass Bremen den Kompensationsverpflichtungen dauerhaft nachkommt.
- keine neuen, den Boden versiegelnden Straßen und Wege in Bremer Mooren genehmigen.
- für das erfolgreiche kooperative Schutzgebietsmanagement mit Ansprechpersonen in den Gebieten eine dauerhafte effektive Organisationsstruktur entwickeln.
- auf ein pestizidfreies Bremen und Bremerhaven hinarbeiten.

Tierschutz

Der Schutz von Tieren, sowohl Haustieren als auch Nutztieren, sollte eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit sein. Tiere haben selbst nicht die Möglichkeit, sich zu schützen und ihre Rechte einzufordern. Umso wichtiger ist es, dass der Staat und die Gesellschaft Verantwortung übernehmen und das Tierschutzgesetz streng kontrolliert und umgesetzt wird.

Die Koalition wird:

- das Tierschutz-Verbandsklagerecht um Tierversuche erweitern und überregionalen Tierschutzorganisationen, die eine satzungsgemäße Teilorganisation im Land Bremen haben, die Möglichkeit zur Verbandsklage geben.
- für eine bedarfsgerechte Finanzierung des Bremer Tierheims sorgen.
- Kastrationsaktionen wildlebender Katzen unterstützen.
- einen Sachkundenachweis für Hundehalter*innen vergleichbar mit Niedersachsen einführen, bei dem von all denjenigen eine theoretische und praktische Prüfung abzulegen ist, die sich einen Hund anschaffen und nicht bereits oder anderweitig als sachkundig gelten, wobei die praktische Prüfung mit dem eigenen Hund erfolgt.
- weitere Hunde-Freilaufflächen schaffen.
- eine Chip- & Registrierpflicht für Hunde und Katzen einführen.
- dezentrale Taubenschläge realisieren, um Taubenpopulationen zu begrenzen und ihnen einen sicheren Rückzugsort und Versorgung zu gewähren, in deren Umfeld ein Taubenfütterungsverbot erlassen.

- den Aufbau einer Wildtiertrauffangstation ermöglichen, in der Tiere versorgt werden können, bis sie zurück in die freie Wildbahn können.
- das Jagdgesetz im Sinne des Tierschutzes in einem Dialogprozess mit Jäger*innenschaft, Tier- und Naturschutzverbänden und weiteren Akteur*innen novellieren.
- das Bremische Fischereigesetz so anpassen, dass zum Angeln stets eine Fischereiprüfung nötig ist.
- auf Bundesebene für ein strengeres Tierschutzrecht eintreten, u. a. für ein Wildtierversbot in Zirkussen und auf Veranstaltungen, für strengere Regelungen für Tierversuche, strengere Haltungs- und Transportbedingungen sowie ein Verbot von Exotenbörsen und Internethandel von Tieren.

Landwirtschaft

Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die im Einklang mit der Natur und den planetaren Grenzen arbeitet, Landwirt*innen ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Landwirtschaft trägt in Bremen neben der Produktion von Lebensmitteln zum Natur- und Artenschutz und zum Erhalt der Kulturlandschaft bei, dies gilt es weiter konsequent zu unterstützen, beispielsweise durch den Schutz der Bremischen Moorflächen.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit Akteur*innen aus Landwirtschaft, Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter am Entwicklungskonzept Landwirtschaft 2035 für eine zukunftsfähige, wertgeschätzte und resiliente Landwirtschaft und dessen Umsetzung arbeiten.
- dabei auch weiterhin den erfolgreichen kooperativen Bremer Weg der Zusammenarbeit mit den Bremer Landwirt*innen verfolgen.
- die regionale Erzeugung und Vermarktung stärken.
- schulische und kinder- und jugendpädagogische Angebote des Stadt-Land-Austausches unterstützen, um das Verständnis für Natur und Landwirtschaft und die Herkunft der Lebensmittel zu fördern.
- die Weideprämie für eine konsequente naturschutzfreundliche Weidehaltung fortführen und um eine Hirtenprämie für den alleinigen Zweck Landschaftspflege sowie Arten- und Naturschutz ergänzen.
- die ökologische Landwirtschaft weiter fördern, um gemeinsam mit den bremischen Landwirt*innen bis 2035 den Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe auf 50 Prozent zu erhöhen.
- die Bremische Landwirtschaft auf dem Weg hin zu einer möglichst grünlandbasierten, regionalen Fütterung der Rinder und die Reduktion von Soja aus Übersee unterstützen.
- Initiativen für eine mobile Schlachtung anstelle von langen Tiertransporten zum Schlachthof unterstützen und prüfen, ob der Weideschuss als weniger stressvolle Form des Tötens in Bremen auch für saisonale Weidehaltung etabliert werden kann.
- darauf hinwirken, gemeinsam mit Niedersachsen den (biologischen) Anbau von Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten in und um das Land Bremen zu fördern, um die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln unabhängiger von Lieferketten zu gestalten.
- ein Moorschutzprogramm, das Flächen für die Wiedervernässung identifiziert, gemeinsam mit den Landwirt*innen und mit Hilfe von Bundesförderung auflegen und umsetzen, wobei Möglichkeiten für eine weitere wirtschaftliche Nutzung der Flächen unterstützt werden sollen.
- dafür auch die thermische Verwertung von nicht als Futter geeignetem Grünlandaufwuchs mit Einspeisung in Fernwärmenetze unterstützen.
- sich in Bund und EU für eine stärkere Umwidmung von Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zugunsten der Honorierung von Klima- und Umweltleistungen („Gemeinwohlprämie“) einsetzen.
- sich im Bund und der EU für einen Ausstieg aus der exportorientierten Agrarpolitik und eine schärfere Regulierung des Imports von Agrarprodukten für die Tiernahrungsindustrie einsetzen.
- sich im Bund und der EU für eine stärkere Kopplung von Subventionen an die Einhaltung von Tierschutzrechten, die Abschaffung schädlicher Subventionen und eine stärkere Beschränkung der Konzernmacht einzelner Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzerne einsetzen.

Ernährung

Wir wollen erreichen, dass alle Menschen in Bremen sich gesund ernähren und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen schützen können. Dazu gehört neben Wissen über vollwertige, nachhaltige Ernährung auch eine Ernährungsumgebung, die dies ermöglicht. Dafür braucht es vor allem eine gute Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern und Behördenkantinen.

Die Koalition wird:

- die Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf nachhaltig produzierte Lebensmittel wie im „Aktionsplan 2025 Gesunde Ernährung“ festgehalten weiter umsetzen, mit dem Ziel, 2027 in allen öffentlichen Mensen und Kantinen 100 Prozent biologische Lebensmittel anzubieten, dabei verstärkt saisonale und regionale Lebensmittel einsetzen.
- die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) kurzfristig wie von der Enquete-Kommission empfohlen in allen Mensen und Kantinen anwenden und die Umsetzung konsequent überprüfen und vorantreiben.
- dabei sicherstellen, dass es dort stets bezahlbare, vollwertige vegane Alternativen gibt.
- das Kompetenzzentrum für nachhaltige Ernährung fortführen.
- wieder eine Vernetzungsstelle Schulverpflegung schaffen.
- das Projekt BioStadt verstetigen und bedarfsgerecht ausstatten.
- dafür sorgen, dass bei öffentlichen Veranstaltungen und Märkten das Essensangebot erweitert wird, um den geänderten Essgewohnheiten in der Bevölkerung Rechnung zu tragen und diese Veranstaltungen auch zukünftig attraktiv zu halten. Dazu sollen alle Essenstände auch jeweils eine gleichwertige vegetarische und vegane Alternative anbieten. Den Anteil der rein vegetarischen und rein veganen Stände wollen wir erhöhen.
- Ernährungsbildung stärken und den Austausch zwischen Bildungseinrichtungen und gemeinschaftlichen Landwirtschaftsprojekten in der Region (z. B. Solidarische Landwirtschaft) fördern.
- Hauswirtschaft und Gärtnern als Umweltbildung in Schulen fördern und Schul- und Kitagärten stärken und fördern.
- das Programm „Essbare Stadt“ erweitern und Stadtgärten und „Urban farming“ unterstützen.
- auf Bundesebene für das Ziel eines Verbotes von Werbung zuckerhaltiger, ungesunder Lebensmittel, die sich gezielt an Kinder richtet, eintreten.
- die Lebensmittelüberwachung verstärken und die Kontrollergebnisse veröffentlichen.

Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung

Ziele und Ansprüche

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für ein gutes Aufwachsen und eine erfolgreiche Bildung. Sie gibt Kindern Raum, Kind zu sein, sich auszuprobieren, zu toben, zu lachen und sich gesund zu entwickeln. Gleichzeitig bietet sie den Kindern spielerisch vielfältige Lerngelegenheiten. So können die Förderung der deutschen Sprache und Mehrsprachigkeit, das Interesse an naturwissenschaftlichen Themen, soziales Lernen und Gleichberechtigung bereits in der KiTa eine große Rolle spielen, ohne dass die Kinder durch geschlechtliche, sozial-ökonomische oder rassistische Zuschreibungen in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Sie haben damit die wichtige Aufgabe, die Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft von Anfang an herzustellen. Einrichtungen frühkindlicher Bildung, wie Kindertagesstätten, sind Bildungsstätten.

Durch die große Zuwanderung von Kindern übernehmen die frühkindlichen Bildungseinrichtungen auch eine wichtige Integrationsaufgabe.

2319 Weil wir wissen, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern den entscheidenden Unterschied bei den Zukunfts-
2320 chancen von Kindern macht, ist eine Flexibilisierung und Ausweitung von Betreuungszeiten wichtig.
2321 Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote spielen gerade mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf
2322 und Familie die entscheidende Rolle, um die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt voran-
2323 zutreiben. Und auch für die Verringerung des großen Fachkräftemangels ist unsere Gesellschaft auf
2324 die Verbesserung der Frauenerwerbsquote angewiesen. Der massive Ausbau von Betreuungsplätzen,
2325 für den wir in den vergangenen Jahren gesorgt haben, hat bessere Voraussetzungen für eine höhere
2326 Erwerbsbeteiligung von Frauen geschaffen und wird fortgesetzt. Auch der Ausbau des Betreuungsange-
2327 bots in Randzeiten muss dabei weiter als Ziel verfolgt werden.

2328 Das Fehlen von Kindertagesbetreuungsangeboten geht insbesondere zu Lasten von Kindern in be-
2329 nachteiligten Lebenslagen. Diese Kinder haben ohnehin erhebliche (Bildungs-)Nachteile, die aufgrund
2330 des fehlenden oder sehr kurzen Kita-Besuchs vor der Einschulung erheblich vergrößert werden. Daher
2331 müssen wir unsere Anstrengungen beim Kita-Ausbau konsequent fortführen und uns dabei vor allem
2332 auf sozial und ökonomisch benachteiligte Stadtteile konzentrieren. Um den Rechtsanspruch auf einen
2333 Betreuungsplatz uneingeschränkt zu erfüllen, kein Kind unversorgt zu lassen, sondern jedem Kind in
2334 Bremen kurzfristig einen möglichst wohnortnahen Kita-bzw. Krippen-Platz anbieten zu können, werden
2335 wir alle erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen und den Kita-Ausbau mit höchster Priorität
2336 vorantreiben. Zur Gewinnung der notwendigen Fachkräfte, setzen wir auf die weitere Ausweitung von
2337 PiA, den Erlass von Schulgeld, bezahlte Ausbildung, die Möglichkeit von Seiteneinstiegen und multipro-
2338 fessionelle Teams.

2339 Begonnene Kurzfristmaßnahmen wie das Kita-Brückenjahr werden wir fortführen. Soweit trotz aller
2340 Ausbauanstrengungen noch Betreuungsplätze fehlen, werden wir Standards (Raumstandards, Quali-
2341 fikationserfordernisse, Gruppengrößen etc.) verbindlich temporär befristet soweit flexibilisieren wie dies
2342 erforderlich ist, um alle unversorgten Kinder im Kita-System unterzubringen. Hierbei werden wir weiter-
2343 hin Ungleiches ungleich behandeln und den unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten von Stadtteilen
2344 und Einrichtungen Rechnung tragen. Temporäre Flexibilisierungsmaßnahmen werden flankiert durch
2345 geeignete Ausgleichsmechanismen und verstärkte Ausbildungs- sowie Qualifizierungsmaßnahmen.

2346
2347 Das Kita-Brückenjahr ist hierbei ein wichtiger Baustein, um bisher unversorgte Kinder mit Sprachför-
2348 derbedarf zu erreichen. Jedes Kind mit Sprachförderbedarf soll verpflichtend im letzten Jahr vor der
2349 Einschulung die Kita besuchen.

2350 2351 **Die Koalition wird:**

- 2352 • dafür Sorge tragen, dass jedes Kind einen Kita-Platz bekommt.
- 2353 • sich zum Ziel des Kita-Ausbaus eine Komplettversorgung mit Spielräume für Um- und Zuzüge (d.h.
2354 110 Prozent) für Über-Dreijährige und eine Versorgungsquote von mindestens 60 Prozent für Unter-
2355 Dreijährige in jedem Stadtteil in Bremen bis zum Ende der Legislaturperiode setzen.
- 2356 • für die mittelfristige Fachkräftesicherung weitere berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen auf-
2357 legen und in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, die Attraktivierung von Ausbildung und
2358 Berufstätigkeit sowie in die Entlastung im und außerhalb des Gruppendienstes investieren.

2359
2360 Alle folgenden Punkte müssen in Ausrichtung, Intensität und Umsetzungsgeschwindigkeit auf die Errei-
2361 chung der Ziele in dieser Legislaturperiode ausgerichtet werden.

2362 2363 **Ausbau, Neubau und Sanierung**

2364 Um das Ziel, jedem Kind in Bremen kurzfristig einen Kita-bzw. Krippen-Platz anzubieten, baulich schnell
2365 erreichen zu können, werden wir alle Möglichkeiten konsequent nutzen. Dazu gehört, Skaleneffekte etwa
2366 durch serielles Bauen zu nutzen, sämtliche Verfahren von Beschlussfassung über Genehmigung bis
2367 Vergabe zu vereinfachen und zu beschleunigen und bei Bedarf übergangsweise räumliche Standards zu
2368 senken.

Wir werden auf jede Möglichkeit zum beschleunigten Kita-Ausbau zurückgreifen.

Die Koalition wird:

- ein umfassendes und bedarfsgerechtes Bau- und Sanierungsprogramm für die Bestandsgebäude und Neubauten implementieren. Sanierungsbedürftige Einrichtungen in öffentlichem Eigentum werden wir instand setzen oder neu bauen. Wir werden in dieser Legislaturperiode damit beginnen, jedes Jahr eine solche Kindertageseinrichtung zu sanieren.
- Neubauten - wo möglich und sinnvoll - mit Räumen für Eltern- und Familienarbeit sowie die Kooperation mit anderen Akteur*innen im Stadtteil ausstatten.
- für Sanierung, Ausbau und Neubau von Kitas größere Pakete mit mehreren Projekten in die Ausschreibung bringen und dafür die finanziellen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schaffen.
- modulares und serielles Bauen verstärkt umsetzen.

Träger der Kindertagesbetreuung

Das Wunsch- und Wahlrecht in der Kinder- und Jugendhilfe setzt eine Trägervielfalt voraus. Dazu stehen wir, denn sie gewährleistet die Bereitstellung von Kitas mit verschiedenen Konzepten. Freie und öffentliche Träger sowie Elternvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz. Beim notwendigen Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote setzen wir auf alle Anbieter und Träger, die dazu beitragen, das Ziel, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommt, schnellstmöglich zu erreichen, solange diese den landesrechtlichen und genehmigungsfähigen Vorgaben entsprechen.

Der öffentliche Träger KiTa Bremen hat einen überproportional hohen Anteil an Förderkindern und muss Lösungen für Kinder schaffen, die im Anmeldeverfahren keinen Kita-Platz bekommen haben und ihren Rechtsanspruch gerichtlich durchsetzen. Die Kommunen können den Kita-Rechtsanspruch nur mit leistungsfähig aufgestellten öffentlichen Trägern gewährleisten.

Die Koalition wird:

- beim Ausbau weiter auf Trägerpluralität setzen.
- KiTa Bremen mindestens im Rahmen des bisherigen Marktanteils am notwendigen Ausbau beteiligen.

Betreuungsumfang und -zeiten

Wir haben erreicht, dass alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf sechs Stunden frühkindliche Bildung haben. Daran wollen wir festhalten. Viele Eltern benötigen jedoch einen Betreuungsumfang, der sechs Stunden übersteigt, und auch für manche Kinder gibt es pädagogische Gründe für Ganztagsbetreuung. Eltern mit unregelmäßigen oder besonders frühen bzw. späten Arbeitszeiten benötigen Randzeitenbetreuung über die üblichen Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen hinaus. Auch Vollzeitwerbstätigkeit der Eltern kann in der Regel nicht mit einem Betreuungsumfang von sechs Stunden abgedeckt werden. Wir wollen prioritär erreichen, dass allen Kindern ein Betreuungsangebot mindestens im Umfang des Rechtsanspruchs von sechs Stunden gemacht werden kann. Darüber hinaus wollen wir insbesondere nachmittags mehr Betreuungsangebot schaffen.

Vollzeitbetreuung bis acht Stunden ist und bleibt ab dem 3. Lebensjahr beitragsfrei. Für darüber hinausgehende Betreuung von mehr als 8 Stunden wollen wir abhängig von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Eltern ein System entwickeln, wie in Zukunft ein sozial gestaffelter Zuzahlungsbeitrag abhängig von Einkommenshöhe, Familiengröße und dem Betreuungsumfang erhoben werden kann. Wer wenig verdient, zahlt nichts oder wenig, wer viel verdient, zahlt mehr.

Die Koalition wird:

- dort, wo bereits Betreuung über die sechs Stunden hinaus in den Einrichtungen angeboten wird, die-

se nicht abbauen und wenn möglich ausweiten.

- das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und ergänzenden Betreuungsangeboten, auch in Rand- und Ferienbetreuungszeiten, massiv erhöhen.
- Kindertagesbetreuungseinrichtungen ermöglichen, Betreuungsbedarfe, die über den Rechtsanspruch von sechs Stunden hinausgehen, ergänzend durch den Einsatz von pädagogisch vorgebildeten Personen, wie z.B. Kindertagespflegepersonen, sicherzustellen, und den dafür notwendigen Rahmen schaffen.
- pro Stadtteil mindestens eine Ankereinrichtung einrichten, die auch Eltern mit Arbeitszeiten jenseits der üblichen Betreuungszeiten eine bedarfsgerechtere Betreuung ermöglicht.
- ein sozial gestaffeltes Zuzahlungsmodell für die Betreuungszeiten über acht Stunden hinaus entwickeln. Die Zuzahlung soll dabei ausschließlich an den zeitlichen Umfang und nicht an die Tageszeit der Betreuung gebunden sein.
- als ergänzendes, quartiersnahes und flexibles Angebot weitere MoKi-Standorte eröffnen.
- prüfen, wie die unterjährige Aufnahme von Kindern zum Standard werden kann, da sich die Familien-, Arbeits- und Lebensplanung nicht nach dem Kita-Jahr richten.

Personalgewinnung und multiprofessionelle Teams

Der Fachkräftemangel bremst den Kita-Ausbau und geht damit zulasten der unversorgten Kinder und ihrer Eltern. Er geht aber auch zulasten der Fachkräfte, die in den Kitas auf wachsende Heraus- und Anforderungen stoßen - bei einer dünner werdenden Personaldecke. Deshalb wollen wir kurzfristig für mehr Personal in den Kitas sorgen, und gleichzeitig massiv in die Ausbildung investieren, um mittelfristig die benötigten Fachkräfte zu gewinnen.

Es soll daher kurzfristig Personal als Zweitkraft mit einer angepassten Mindestqualifikation und „ helfende Hände“ auch ohne pädagogische Vorqualifikation eingesetzt werden, um schnell Entlastung und Plätze zu schaffen. In Kindertageseinrichtungen wollen wir zudem verstärkt multiprofessionelle Teams einsetzen. Es fehlen für Fachkräfte mit akademischen Abschlüssen in Pädagogik, Psychologie etc. attraktive Stellen in Kindertagesstätten. Diese wollen wir schaffen, indem wir z.B. das Programm der Verstärkungsmittel (Koordinations- und Netzwerkstellen) und das der Fachberatung ausweiten. Mit diesen Stellen soll die Entlastung und Unterstützung der Gruppen- und Kitaleitungen insbesondere in den Indexlagen und den Schwerpunkteinrichtungen vorangetrieben werden. Diese Stellen sollen möglichst vor Ort in den Einrichtungen eingesetzt werden.

Wir können nicht warten, bis diejenigen, die jetzt eine Ausbildung anfangen, als Fachkräfte in den Kitas ankommen. Deshalb müssen wir jetzt denjenigen, die gerne mit Kindern arbeiten wollen, aber noch keine pädagogische Fachkraft sind, Möglichkeiten geben, in Einrichtungen frühkindlicher Bildung zu arbeiten und ihnen eine berufliche Perspektive und berufsbegleitende Weiterqualifizierung ermöglichen. Um mehr Gruppen eröffnen und betreiben zu können, wollen wir mehr Menschen als Zweitkräfte gewinnen. Wir achten das Fachkräftegebot der Kinder- und Jugendhilfe und die landesrechtlichen Grundlagen. Die Tätigkeit der Erziehung, Betreuung und Förderung von Kindern ist ein für die Gesellschaft wichtiger Fachberuf.

An den landesrechtlichen Vorgaben zur Erstkraft wird nicht gerüttelt. Wir werden die Anzahl der Förderkinder berücksichtigen und die Gruppenleitung sollen zusätzliche Anleitungsstunden bekommen. Zweitkräfte, die in Indexlagen tätig sind, sollen eine Zulage erhalten. Das Programm ProKita II in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsressort werden wir fortsetzen.

Die Koalition wird:

- alle Träger anhalten, bei der Zusammenstellung der Gruppenteams und der entsprechenden Einstellung von Personal alle rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten zu nutzen. Oberste Priorität haben

die Bildungs-, Förder- und Betreuungsbedürfnisse der Kinder. Ziel ist es, allen Kindern ein Angebot zu machen. Die entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten auch für Kindertagespflegepersonen, Kinderpfleger*innen und Sozialpädagogische Assistent*innen werden wir nutzen, auch bei unserem kommunalen Träger. Eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung ist wünschenswert und wird allen ermöglicht, aber den einzelnen Beschäftigten nicht zwingend vorgeschrieben werden.

- dafür Sorge tragen, dass Kindertagespflegepersonen, die neben der die Gruppe leitenden Fachkraft in einer Elementargruppe eingesetzt werden, vorab im Rahmen ihrer Qualifikation bzw. ergänzend zu bestehender Qualifikation eine Fortbildung erhalten, die der Arbeit mit Kindern ab drei Jahren Rechnung trägt.
- Kita-Leitungen stärken für die vielfältigen und stetig gewachsenen Koordinierungsaufgaben, dies auch in der Ausbildung berücksichtigen und bei Verwaltungsaufgaben, zum Beispiel im Bereich der Online-Anmeldung, unterstützen.

Ausbildung und Qualifizierung

Die Gewinnung von pädagogischen Fachkräften hat für die Koalition oberste Priorität. Wir wollen während der Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz und in der Kinderpflege eine Entgeltzahlung möglich machen. Berufsbegleitende Aus- und Weiterbildungen erfolgen bei vollem Lohnausgleich.

Die Koalition wird:

- die Zahl der Plätze in der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zur Erzieherin/zum Erzieher bis 2024 verdreifachen und bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens vervierfachen.
- die Ausbildungskapazitäten an den öffentlichen Fachschulen mindestens verdoppeln, attraktiv gestalten und offensiv bewerben. Die öffentlichen Schulen sollen auch PiA-Weiterbildungsgänge anbieten. Für die Umsetzung werden wir rechtzeitig zum Ausbildungsjahr 2024/2025 einen Plan vorlegen.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Wege in Beschäftigung in erzieherischen Berufen und in der Kindertagesbetreuung, Quer- und Seiteneinstiege mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Formaten werden wir verstetigen. Um Interessierte umfassend zu erreichen – direkt und über Multiplikator*innen – starten wir eine Informationsoffensive, die auch eine „Erziehungsberufe-Lotsenstelle“ umfasst.

Wir werden die Ausbildungs- und Personalgewinnungsmaßnahmen fortlaufend bilanzieren und wenn notwendig Anpassungen vornehmen.

Die Koalition wird:

- prüfen, wie wir auch an nicht-staatlichen Schulen das Schulgeld in der Ausbildung in Erziehungsberufen erlassen und dies mit einer beruflichen Bindung in Bremen verknüpfen können.
- die Arbeitsbedingungen verbessern, um mehr Fachkräfte im Beruf zu halten und eine Rückkehr, z. B. nach der Elternzeit, attraktiver zu machen. Hierfür werden wir nach Möglichkeiten suchen, die Bezahlung der Erzieher*innen zu verbessern, sowie eine flächendeckende Supervision einführen und psychologische Unterstützung der Fachkräfte bei der Arbeit mit geflüchteten Kindern mit Kriegserfahrung ermöglichen.
- die Möglichkeiten einer vergüteten Teilzeitausbildung in den unterschiedlichen Ausbildungsformaten erweitern und auch PiA in Teilzeit ermöglichen.
- Berufsbegleitende Weiterqualifizierungsgänge für Sozialpädagogische Assistent*innen (SPA), Kinderpfleger*innen und Heilpädagog*innen ausweiten.
- die Einrichtung eines dualen Studiengangs Elementarpädagogik prüfen.

Gruppengrößen

Sofern trotz aller Ausbauanstrengungen noch Betreuungsplätze fehlen, werden wir die Möglichkeiten

hinsichtlich der Gruppengrößen soweit ausschöpfen wie dies erforderlich ist, um alle unversorgten Kinder im Kita-System unterzubringen. Einrichtungen sollen sich freiwillig entscheiden dürfen, mehr als 10 Kinder pro Krippengruppe oder mehr als 20 Kinder pro Elementargruppe aufzunehmen. Ausnahme-genehmigungen sollen dafür zukünftig nicht erforderlich sein. Die notwendigen rechtlichen Rahmenbe-dingungen hierfür werden wir schnellstmöglich schaffen. Die Refinanzierung wird nach der Anzahl der tatsächlich betreuten Kinder bemessen, jedes Kind mehr zählt im Finanzbedarf also auch genauso wie jedes andere Kind in der Gruppe. Für die Beschäftigten in Gruppen, welche zusätzliche Kinder aufneh-men, werden wir eine Zulage zur Verfügung stellen.

Hierbei werden wir weiterhin Ungleiches ungleich behandeln und den unterschiedlichen sozialen Ge-gebenheiten von Stadtteilen und Einrichtungen Rechnung tragen. Gruppen in Lagen mit Sozialindikator 4 und 5 sowie Gruppen mit mehr als drei Kindern mit Förderbedarf werden nicht vergrößert. Flexibilisie-rungen bei den Gruppengrößen werden ausschließlich temporär und befristet umgesetzt. Dabei setzen wir auf die Solidarität der Träger und ihrer Mitarbeiter*innen mit unseren Kindern. Für Elementargrup-pen in herausfordernden Lagen werden wir perspektivisch eine schrittweise Verbesserung des Fach-kraft-Kind-Schlüssels vornehmen und damit den Einrichtungen Gruppenverkleinerungen ermöglichen, auch über Einbeziehung neuer Personalressourcen und über multiprofessionelle Teams, damit die Fach-kräfte vor Ort den Bedarfen der Kinder besser gerecht werden können und um den Anforderungen an die Fachkräfte Rechnung zu tragen.

Kindertagespflege

Ein weiterer Baustein der Kindertagesbetreuung ist die Kindertagespflege.

Die Koalition wird:

- ein frühkindliches Bildungsangebot durch Tageseltern ausweiten.
- für alleinerziehende Schichtarbeiter*innen prüfen, wie die ergänzende Kindertagespflege im Haushalt der Sorgeberechtigten so ausgestaltet werden kann, dass sie bereits ab der Betreuung eines Kindes attraktiv ist und in die Prüfung das Berliner MoKiS-Modell einbeziehen.
- die Kindertagespflegeoffensive fortsetzen und ausreichend Qualifikationsangebote schaffen, auch um zusätzliches Personal für unsere Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu gewinnen und zu qualifizie-ren.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Qualifikationen auch für den Quereinstieg sind bisher auf das deutsche Ausbildungssystem ausgelegt, der Einsatz mit angrenzenden Qualifikationen aus dem Ausland ist bislang nicht möglich. Das wollen wir ändern. Das Quereinstiegsprogramm wird künftig auch für ausländische Abschlüsse und Qualifikationen geöffnet und durch Sprachkurse flankiert.

Die Koalition wird:

- insgesamt die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen beschleunigen, erleichtern und insbesondere bisherige Tätigkeiten und berufliche Erfahrungen stärker berücksichtigen. Notwen-dige Ausgleichs- und Anpassungsmaßnahmen stellen wir kostenlos zur Verfügung.

Verzahnung Kitas und Grundschulen

Die Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen müssen noch besser verzahnt werden, sodass beim Übergang Brüche in der Entwicklung vermieden werden. Die in Bremerhaven bereits bestehende Ver-bundstruktur zwischen Kitas und Grundschulen wollen wir auch für die Stadtgemeinde Bremen flächen-deckend umsetzen.

Die Koalition wird:

- die gestarteten Pilot-Verbünde von Kitas und Grundschulen flächendeckend ausweiten, um den Bildungsplan 0–10 flächendeckend einzuführen.

Familien- und Elternarbeit

Kindertageseinrichtungen sind wichtige Orte, in denen Familien mit ihren vielfältigen Problemlagen/ Lebensrealitäten ankommen und Unterstützung erhalten können. Kinder- und Familienzentren sollen einen Platz bieten für Differenzierung und Bewegungsangebote, mit Ruheräumen, mit Eltern- und Familien-Cafés, für Väter- und Müttergruppen, Beratungsangebote und Selbsthilfestrukturen.

Die Koalition wird:

- Einrichtungen schaffen, in denen eine durchgängige Bildung und Betreuung vom ersten Lebensjahr bis zur Einschulung angeboten wird. Kinder- und Familienzentren können solche Anlaufstellen in den Stadtteilen sein, die kostenlose Angebote für Kinder und ihre Familien in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und frühkindliche Bildung bereithalten.
- für alle Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen Fortbildungsmöglichkeiten schaffen zu den Themen körperlicher, psychischer und insbesondere sexualisierter Gewalt. Die dabei erworbenen Kenntnisse sollen in die Eltern- und Familienbildungsarbeit mit einfließen.
- präventive Elternarbeit im Rahmen von Elternabenden zu wechselnden Themen wie z.B. Gesundheit, Sexualität, Mediennutzung, Gewaltprävention und Diversität einführen.
- das Sozialpädagog*innenprogramm in Kitas in Indexlagen fortführen und ausweiten.
- das in Gröpelingen erfolgreich eingeführte Konzept Kita-Einstiegshaus in die Breite bringen und auch in anderen Stadtteilen etablieren, um für Kinder mit entsprechendem Bedarf den Einstieg in das System der frühkindlichen Bildung zu erleichtern.

Naturnahe Kitas

Die Koalition wird:

- neben dem konventionellen Kita-Ausbau auch die Einrichtung von naturnahen Kitas, z.B. Parzellen-Kitas, voranbringen, um weitere Standortpotentiale zu heben und gleichzeitig das Naturerleben und die Umweltbildung von Kindern zu unterstützen. Hierfür müssen eigene Standards definiert und die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.
- die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Soziales, Umwelt und Kinder zum Thema Klimabildung verstärken, um auch über die geförderten außerschulischen Lernorte hinaus möglichst vielen Kindern und Jugendlichen einen niederschweligen Zugang und vielfältige Angebote der Umwelt- und Klimabildung und Naturerfahrung zu ermöglichen. Konkret werden wir das erfolgreiche, von den Ressorts Kinder und Umwelt gemeinsam finanzierte Projekt „Kita-Kinder gehen raus“ fortsetzen, um noch mehr Kita-Kindern einen Zugang zu Umwelt und Natur zu ermöglichen.

Sprachförderkonzept und Kitabrückenjahr

Grundbedingung für erfolgreiche Bildung und eine aktive Rolle in der Gesellschaft ist der Aufbau von Sprachkompetenzen. Deswegen wollen wir Sprachbildung und Sprachförderung gerade am Anfang des Bildungswegs weiter verbessern, die Förderung von Mehrsprachigkeit als selbstverständlichen Teil davon etablieren und noch mehr Kinder mit den vorhandenen Angeboten erreichen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir erreicht, dass alle Kinder mit Sprachförderbedarf vor der Einschulung eine Kindertagesbetreuung oder spezielle Sprachförderkurse besuchen können. Für jedes Kind mit Sprachförderbedarf ist die Inanspruchnahme des Kita-Brückenjahres verbindlich und wird verlässlich bereitgestellt.

Die Koalition wird:

- das Kita-Brückenjahr verstetigen und mit den nötigen finanziellen Mitteln hinterlegen.

- die Sprachförderung schrittweise ausbauen. Das Ziel ist, dass in Gruppen mit mehr als vier Kindern mit diagnostiziertem Sprachförderbedarf eine zusätzliche Sprachförderkraft eingesetzt werden soll.
- die aufsuchende Arbeit, insbesondere bei der Primo-Testung von Nicht-Kita-Kindern in Bremen und Bremerhaven, verstetigen und weitere ergänzende Angebote schaffen.
- das beschlossene Sprachförderkonzept mit allen notwendigen Ressourcen realisieren und bestehende Angebote verstetigen sowie weitere Angebote schaffen.
- dafür Sorge tragen, dass Sprachförderkräfte ausreichend Zeit und Raum haben, um individuelle Lehr- und Lernmöglichkeiten für die Kinder umzusetzen.
- Ausbildungsanforderungen für Sprachförderkräfte definieren und Ausbildungsklassen im Land Bremen schaffen, um den steigenden Bedarf an Sprachförderkräften zu decken.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Mittel für Sprachkitas fortgeführt werden.

Landeskitagesetz / verbindliche Standards

Wir wollen die Qualität in der frühkindlichen Bildung verbessern. Die Qualitätsstandards sollen in das Landes-Kitagesetz aufgenommen werden. Der Gesetzgebungsprozess soll unter Einbindung der Träger-, Beschäftigten- und Elternvertretungen erfolgen.

Die Koalition wird:

- verbindliche Standards in der Kindertagesbetreuung in dem Landes-Kitagesetz regeln. Dort verankern wir die Standards des Bildungsplans 0 bis 10 mit verbindlichen Regelungen zur inhaltlichen Ausgestaltung.

Inklusion in Kitas

Wir wollen eine inklusive Kita, in der alle Kinder, ausgehend von ihrer aktuellen Entwicklung, gezielt gefördert werden.

Die Koalition wird:

- einen „Entwicklungsplan Inklusion in Kitas“ als eine verbindliche Grundlage für die Umsetzung in Kitas schaffen.
- sich im Rahmen der Entwicklung des „Entwicklungsplans Inklusion in Kitas“ dafür einsetzen, dass inklusive Kitas auch über eine entsprechende Ausstattung verfügen: kleine Gruppen mit einem guten Fachkraft-Kind-Schlüssel, multiprofessionellen Teams mit der Möglichkeit des Poolings von Assistenzen in inklusionsgerechten Räumlichkeiten.

Spielhäuser

In Bremen gibt es auf einigen Spielplätzen „Spielhäuser“, in denen pädagogische Angebote am Nachmittag und in Ferienzeiten für jüngere und ältere Kinder, Elterncafés, Sprach- und weitere Kurse für Eltern organisiert werden. Diese Angebote sind niedrigschwellig – es reicht, mit dem eigenen Kind auf den Spielplatz zu gehen, um damit in Berührung zu kommen.

Die Koalition wird:

- die Spielhäuser personell stärken und anstreben, dass noch weitere Spielplätze, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, mit Spielhäusern ausgestattet werden.

Ausstattung nach Index

Die soziale und wirtschaftliche Lage von Kindern und Familien, in den Quartieren sehr unterschiedlich, dementsprechend auch die Herausforderungen für die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung. Weil wir Ungleiches ungleich behandeln, muss auch die Ausstattung der Kindertagesbetreuungsangebote, der Kinder- und Familienzentren, diesen unterschiedlichen Herausforderungen gerecht werden. Die Kitas, die von Kindern mit besonders großen Herausforderungen besucht werden, brauchen in jeder Hin-

sicht die beste Ausstattung.

Die Koalition wird:

- die Einstufung von Kindertagesstätten als Index-Kitas mit der entsprechenden Zusatzausstattung automatisch an die jeweils aktuelle Datenlage anpassen.
- den Sozialindex für Kitas analog zum Verfahren beim Sozialindex für Schulen weiterentwickeln.

Finanzierung

Die Koalition wird:

- das System der Finanzierung der Kindertagesbetreuung in dieser Legislaturperiode weiter entwickeln und spätestens mit Wirkung zum Kitajahr 2025/2026 umstellen, um Transparenz und Einheitlichkeit sicherzustellen. Das Finanzierungssystem soll die schnellstmögliche Erreichung des Zieles, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommt, bestmöglich unterstützen. Die Finanzierung soll im Kern auf die Anzahl der betreuten Kinder, ihre jeweiligen Problemlagen, Bildungsrisiken und Förderbedarfe und den jeweiligen Betreuungsumfang bezogen sein.
- mit einem solchen Finanzierungsmodell das Ziel verfolgen, dass einerseits der Anreiz eines selbstverantworteten Ausbaus durch die Träger verstärkt wird und andererseits nur die mit Kindern besetzten Plätze finanziert werden.
- für die Einhaltung der gesetzten Priorisierungen der Aufnahme sorgen (kommunale Steuerung) und gleichzeitig die Schaffung zusätzlicher Angebote und Plätze forcieren.
- das Finanzierungssystem so gestalten, dass besondere Anreize zur Schaffung von zusätzlichen Angeboten gerade in den Quartieren und Stadtteilen gesetzt werden, die bislang besonders niedrige Betreuungsquoten aufweisen. Wir werden in diesem Zusammenhang bis Ende dieses Jahres ergebnisoffen prüfen, inwieweit die Übernahme des Gutscheinmodells aus Hamburg oder aus Berlin für Bremen eine geeignete Lösung darstellen kann.

Bildung

Bildungsgerechtigkeit

Unser Ziel sind gerechte Bildungschancen für jedes Kind im Land Bremen. Alle Kinder unabhängig von ihrem Elternhaus, Herkunft oder Wohnort müssen die gleichen Chancen haben, ihre Potentiale in der Schule zu entfalten. Die Schulen, die von Kindern mit besonders großen Herausforderungen besucht werden, brauchen in jeder Hinsicht die beste Ausstattung.

Die Koalition wird:

- den begonnenen Einstieg in die Doppelbesetzung fortführen und massiv zusätzliches Personal einstellen. Prioritär werden die Grundschulen mit Sozialindikator 5 und 4 mit einer zweiten Kraft (1 VZE für 2 Klassen) mit einer zweiten Kraft für die 1. Klassen ausgestattet, um den Erwerb der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen zu unterstützen. Nachfolgend werden wir auch die höheren Klassenstufen der Grundschulen mit Sozialindikator 5 und 4 und die Schulen mit Sozialindikator 3 mit einer zweiten Kraft (1 VZE für 3 Klassen) ausstatten.
- für die Doppelbesetzung Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte und in der Tätigkeit mit Kindern und Jugendlichen erfahrene Personen einstellen und ihnen verbindlich anbieten, sie berufsbegleitend weiter zu qualifizieren. Dabei setzen wir darauf, dass die Schulen selbst am besten wissen, was ihren Kindern hilft.
- entsprechend der Zuweisungsrichtlinie für das unterrichtende Personal eine Zuweisungsrichtlinie für das nichtunterrichtende pädagogische Personal erlassen.

- das Bundesprogramm Startchancen voll ausnutzen und die notwendige Gegenfinanzierung der Bundesmittel sicherstellen.
- weiterhin die Klassengröße am Sozialindex festmachen und an Schulen der Primar- und Sekundarstufe I in herausfordernden Lagen kleinere Klassen einrichten.
- Elternarbeit im Sinne der Bildungspartnerschaften zwischen Eltern und Schulen sowie die Elternbildung kontinuierlich weiterentwickeln und fördern.
- so viele Kinder wie möglich beim Erwerb der Basiskompetenzen in Mathematik und Sprache auch über den Unterricht hinaus zusätzlich mit Ergänzungsangeboten fördern. Dafür beschleunigen wir den Ausbau des Programms „Mathe sicher können“. Im Bereich der Leseförderung werden wir das Programm „Lese-BiSS“ zum flächendeckenden „Leseband“ weiterentwickeln und bis zum Ende der Legislaturperiode an allen Bremer Grundschulen einführen.
- neue Quartiersbildungszentren (QBZ) bauen. Zuerst in Kattenturm, Blumenthal und Bremerhaven Lehe. Diese Ortsteile bekommen eine*n Bildungsmanager*in für das Quartier, auch wenn das Gebäude noch nicht fertig ist. Bestehende und neue QBZ werden über eine institutionelle Förderung dauerhaft abgesichert.

Schulkonsens / Schulstruktur

Der 2018 beschlossene Schulkonsens zwischen SPD, CDU, DIE GRÜNEN und DIE LINKE gilt bis 2028. Wir halten daran fest. Das bedeutet auch, dass wir am Ziel festhalten, die Bildungsausgaben pro Schüler*in an die der anderen Stadtstaaten anzugleichen. Damit der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule möglichst gut gelingt, ist eine noch engere Zusammenarbeit der jeweiligen Schulen anzustreben.

Die Koalition wird:

- vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der Schulen innerhalb dieser Legislatur vornehmen. Mit Blick auf eine darüber hinausgehende Perspektive wollen wir geeignete Formate entwickeln mit dem Ziel, den Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Hierbei sollen sowohl bildungsbezogene Fragen wie Schulstrukturen oder Ausstattung, als auch schulexterne Faktoren wie Armut, Migration oder Stadtentwicklung berücksichtigt werden.
- das Ausgabenniveau pro Schüler*in nach und nach an das Niveau der anderen Stadtstaaten annähern.
- das Abitur weiterhin nach 8 Schuljahren an den Gymnasien oder nach 8 bzw. 9 Schuljahren an den Oberschulen ermöglichen. Überall dort, wo an Oberschulen – wegen der fehlenden Oberstufe – das Abitur nicht direkt abgelegt werden kann, sollen Schulverbünde diese Lücke schließen. Im Stadtteil Gröpelingen richten wir eine neue Oberstufe ein.
- die Zusammenarbeit von Kitas, Grundschulen und Oberschulen stärken, um die Übergänge für die Schüler*innen besser zu gestalten. Dafür werden Verbünde geschaffen und wo möglich Campus zwischen Grund- und Oberschulen eingerichtet.

Inklusion

Jedes Kind soll beste Bildungschancen bekommen und individuell passende Unterstützung. Bei der Qualität des inklusiven Unterrichts richten wir den Fokus auf das gemeinsame Lernen. Dafür müssen die Personalausstattung und der Personaleinsatz in den Schulen sowie die Lehrkräfteaus- und -fortbildung verbessert werden.

Die Koalition wird:

- die Schulen bedarfsgerecht ausstatten.
- weiterhin für ein weites und systemisches Inklusionsverständnis eintreten und den Entwicklungsplan Inklusion und Migration (Inklusion in der Migrationsgesellschaft) zeitnah beschließen und umsetzen.
- die Zuweisung von Personal nach den Förderbedarfen der Kinder richten. Diese bedarfsgerechte

Ausstattung der Grund- und weiterführenden Schulen werden wir sicherstellen, wenn statt des sonderpädagogischen Statuierungsverfahrens in der Grundschule ein entwicklungsbegleitendes, förderdiagnostisches Verfahren eingeführt wird. Jede Schule braucht im Kollegium insbesondere auch eine ausreichende Zahl von Sonderpädagog*innen, um die Herausforderungen der Inklusion adäquat umsetzen zu können. Um dies verlässlich zu sichern, werden wir die inhaltlichen und organisatorischen Fragen und die verbindliche Bereitstellung und Verteilung der erforderlichen Ressourcen im gleichen Schritt regeln. Die Statuierung im Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule kann erst dann entfallen, wenn eine entsprechende Zuweisung von Förderstunden über die Zuweisungsrichtlinie neu geregelt ist.

- schulinterne und übergreifende Fortbildungen und Personalentwicklung für alle Lehrkräfte anbieten.
- Schulassistenzen als originären Bestandteil von Schulen etablieren, damit sie entsprechend den Bedürfnissen eingesetzt werden. Auf Grundlage der Evaluation des Pilotprojektes und der Erfahrungen mit der Ausweitung zum kommenden Schuljahr werden systemische Schulassistenzen sukzessive flächendeckend eingeführt. Dafür braucht es neben den notwendigen Ressourcen eine gute Zusammenarbeit der Ressorts Bildung, Soziales und Gesundheit.
- für alle Schüler*innen mit sozial-emotionalen Problemlagen und (drohenden) seelischen Behinderungen ein wohnortnahes Beschulungsangebot sicherstellen. Zu diesem Ziel werden wir den Ausbau von temporären Lerngruppen und Multifamilienklassen an den allgemeinbildenden Schulen vorantreiben sowie die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) stärken und die Bildungsangebote an allen ReBUZ im Rahmen von Bildungsabteilungen ausbauen. Diesen Ausbau wollen wir bis zum Schuljahr 2024/2025 sicherstellen, um in einem ersten Schritt keine neuen Schüler*innen mehr an der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße aufnehmen zu müssen. Auf dieser Grundlage werden wir die Fritz-Gansberg-Schule auflösen und einen mobilen Dienst für den Bereich emotional-soziale Entwicklung etablieren.
- die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen im Land Bremen entsprechend der Bedarfe inklusiver Schulen ausbauen. Es braucht dabei u.a. höhere Kapazitäten in der Inklusiven Pädagogik, in der Erziehungswissenschaft und im Weiterbildungs-Masterstudiengang inklusive Pädagogik.
- die Referendariatsplätze für inklusive Pädagogik am Landesinstitut für Schule (LIS) ausbauen.
- Möglichkeiten der Differenz in Lernzielen, Fragen des Notenschutzes und des Nachteilsausgleichs verbindlich im Schulgesetz regeln.
- für eine ressortübergreifende (Soziales, Bildung, Gesundheit, Wissenschaft) Sicherstellung der Erfüllung der Bedarfe der Kinder und Jugendlichen insbesondere in hoch komplexen Problemlagen durch Beschulungs-, Betreuungs- und Therapieangebote sorgen. Dafür braucht es auch ein ressortübergreifendes Handlungskonzept.
- prüfen, ob an den verbleibenden Förderzentren nach dem Modell der umgekehrten Inklusion eine Weiterentwicklung dieser Schulen möglich ist.
- Schüler*innen noch besser ermöglichen, in ihrem eigenen Tempo zu lernen. Um das durchgehend zu ermöglichen, braucht es mehr jahrgangsübergreifendes Lernen. So können Schüler*innen einfacher länger oder kürzer in einer Lerngruppe bleiben, ohne dabei die harten Brüche des Wiederholens oder Überspringens zu erleben.
- anwachsende Strukturen für Kooperationszeiten in den multiprofessionellen Teams schaffen.

Sprachförderkonzepte, Mehrsprachigkeit und herkunftssprachlicher Unterricht

Wir haben die vorschulische Sprachförderung im Deutschen vorangebracht und wollen diesen Weg weitergehen. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen wächst mittlerweile mehrsprachig auf. Mehrsprachigkeit ist der Normalfall. Wir wollen die sprachliche Vielfalt anerkennen und alle Sprachen gleichermaßen wertschätzen.

Die Koalition wird:

- das beschlossene Sprachförderkonzept umsetzen, und dessen Umsetzung evaluieren.

- die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich Deutsch als Zweit-/Fremdsprache voranbringen, um durchgängige Sprachbildung in allen Fächern zu etablieren.
- eine Strategie für Mehrsprachigkeitsförderung erstellen und umsetzen.
- die Herkunftssprache als Fremdsprache bei (zentralen) Abschlussprüfungen (als Wahlmöglichkeit) berücksichtigen und so das Ausschöpfen der individuellen Potenziale ermöglichen.
- den herkunftssprachlichen Unterricht stärken. Dafür sollen zunächst Lehrkräfte für die häufigsten Herkunftssprachen (Arabisch, Russisch, Türkisch, Kurdisch und Polnisch) aus- und fortgebildet und auch eine gesonderte Lösung für Ukrainisch gefunden werden.

Qualität und Schulentwicklung

Mit der Einsetzung des Instituts für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) wurde eine wichtige Grundlage geschaffen, um durch professionelle Erhebung und Analysen qualitativer wie quantitativer Daten zu individuellen Lernverläufen Schule und Unterricht weiterzuentwickeln. Ziel ist es, die Bildungsqualität so zu verbessern, dass kein Kind mehr unter den Mindeststandards in den Kernfächern bleibt. Um die gesammelten Daten für die Lehrkräfte und für die Schulen nutzbar zu machen, braucht es eine gute Zusammenarbeit zwischen IQHB, LIS, den Schulaufsichten und vor allem mit den Kolleg*innen an den Schulen selbst. Wir wollen die Lehrkräfte unterstützen und ihnen Zeit, Instrumente und Beratung für eine bessere pädagogische Diagnostik und Förderung zur Verfügung stellen.

Die Koalition wird:

- die Untersuchung zu den Lernausgangslagen (LALE) kontinuierlich in dieser Legislaturperiode ausweiten auf alle Schulen. Dafür werden wir das IQHB auch personell in die Lage versetzen.
- die Schnittstellen zwischen IQHB, LIS, der Schulaufsicht und den Schulen so ausgestalten und ausstatten, um den notwendigen Transfer der im IQHB generierten Daten in die Schulen zu sichern. Die Schulen sollen zielgerichtet, ergebnisorientiert und partizipativ bei der Ableitung und Umsetzung der notwendigen Schul- und Unterrichtsentwicklungen unterstützt werden. Dazu muss die Beratungstätigkeit für die Schulen personell verstärkt werden.

Anzahl der Schüler*innen ohne Abschluss senken

Wir wollen dafür sorgen, dass trotz der besonderen Situation in Bremen, wo mehr als die Hälfte aller Schüler*innen mindestens eine der drei Bildungsrisikolagen (Armut, bildungsfernes Elternhaus, Sprachförderbedarf) aufweist, mehr Schüler*innen im allgemeinbildenden Schulsystem einen Schulabschluss erreichen. Dies ist vor allem mit Blick auf den weiteren Lebensweg jedes einzelnen jungen Menschen geboten, denn die Frage, ob ein Schulabschluss erreicht wird, entscheidet oft über den späteren Beruf, die finanziellen Verhältnisse, und insgesamt über die gesellschaftliche Teilhabe.

Die Koalition wird:

- angesichts dessen, dass knapp ein Drittel der Schüler*innen ohne Schulabschluss erst seit kurzem in Deutschland lebt, die Angebote insbesondere für spät zugewanderte Schüler*innen ausweiten, die auf Sprachförderung und berufliche Orientierung setzen, wie z.B. die abschlussorientierten Vorklassen in der Allgemeinbildung und die Berufsorientierungsangebote mit Sprachförderung im Übergangssystem der berufsbildenden Schulen.
- mit Sprachförderung so früh wie möglich beginnen und Angebote auch in weiterführenden Schulen vorhalten.
- die Möglichkeiten, im berufsbildenden System einen Schulabschluss zu erreichen, stärken.
- das System der „Transition Guides“, bei dem Schüler*innen an der Schnittstelle von allgemeiner und beruflicher Bildung begleitet werden, weiter ausbauen.
- Oberschulen die Möglichkeit geben Profile zu entwickeln, in denen Schüler*innen projekt- und praxisorientiert gefördert und zu Abschlüssen geführt werden.
- das Unterstützungssystem für Schüler*innen, die besondere Unterstützung und Förderung brauchen,

an den allgemeinbildenden Schulen und in den ReBuZen erweitern.

- Schüler*innen mit Förderbedarfen im Rahmen der inklusiven Beschulung stärker unterstützen, um ihnen bessere Chancen auf die Erreichung von Schulabschlüssen zu ermöglichen.

Ganztagsschulen

Wir werden, die gebundene Ganztagsbeschulung in Bremen und Bremerhaven auszubauen, damit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 vor allem als Ganztagsbeschulung in den Grundschulen umgesetzt werden kann. Die gebundene, rhythmisierte Ganztagschule ist dabei unser Ziel. Dazu werden wir die konzeptionellen Voraussetzungen schaffen, Schulen begleiten und unterstützen und die notwendigen investiven, konsumtiven und personellen Ressourcen bereitstellen.

Die Koalition wird:

- den Ganztagsausbau in allen Grundschulen angehen, damit jede Schule jeweils schnellstmöglich zur Ganztagschule wird. Dafür werden wir eine verlässliche Planung für jeden einzelnen Schulstandort sicherstellen.
- den gebundenen Ganztags in Schulen mit Sozialstufe 5 und 4 konsequent umsetzen und dabei den besonderen Herausforderungen auch konzeptionell besonders Rechnung tragen.
- wenn zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung nötig, auf Übergangslösungen wie schulische Betreuungsangebote und Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Horten setzen. Dort, wo er durch Hortbetreuung erfüllt wird, werden wir auf die Erhebung von Hortbeiträgen verzichten. Hortplätze werden nur abgebaut, wenn ein Betreuungsangebot an Grundschulen zur Verfügung steht.
- die Mittagessensbeiträge der Ganztagschulen und der Horte vereinheitlichen und weiterhin subventionieren.
- die Schulen bei Schulentwicklungsprozessen zur qualitativ hochwertigen Gestaltung des Ganztags unterstützen und ermöglichen, dass nicht unterrichtendes pädagogisches und nicht pädagogisches Personal dabei beteiligt wird.

Eigenverantwortliche Schulen

Wir wollen Schulen einen großen und freien Rahmen für ihre Entwicklung geben und ermutigen sie, neue pädagogische Konzepte auszuprobieren. Inklusion, Demokratiepädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind einige der großen Leitlinien, die dabei Orientierung bieten. Darüber hinaus bieten reformierte Pädagogik, die Mischung von Jahrgängen, Projektunterricht, alternative Leistungsbewertungen und Selbstorganisation von Schüler*innen im Klassenrat große Potenziale. Schulen können durch Beschluss der Schulkonferenz bereits jetzt auf die Vergabe von Noten bis zur achten Klasse verzichten sowie ihren Unterricht später beginnen lassen. Wir erwarten, dass durch den Ausbau des Ganztagsunterrichts zunehmend auf das Instrument der außerschulisch zu erledigenden Aufgaben verzichtet wird. Wir wollen jeder einzelnen Schule ihren eigenen Weg für ihre Weiterentwicklung ermöglichen. Welche Schritte zuerst gegangen werden und welche Schwerpunkte gesetzt werden, sollen Schulen selbst entscheiden können.

Die Koalition wird:

- Eigenverantwortung der Schulen stärken mit einer möglichst umfassenden Flexibilisierung der Mittelverwendung.
- die souveränen Stärkungsmittel anheben und die Vergabe weiterhin nach Sozialindikatoren gewichten.

Vielfalt und Antidiskriminierung

Unsere Schulen bilden die ganze Vielfalt unserer Bevölkerung ab. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und Sexismus dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Wir wollen Lehr-

kräfte und Schulleitungen dabei unterstützen, Diskriminierungen im Schulalltag, zu erkennen und ihnen erfolgreich zu begegnen. Dazu gehört auch, das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren.

Viele junge Menschen erleben in Schulen Diskriminierung in unterschiedlichen Bereichen. Damit sie auch außerhalb ihrer Schule Beratung und Unterstützung bekommen können, haben wir als Landesregierung Antidiskriminierungsberatungen an den ReBUZ eingeführt. Wir stehen für Bildungsinhalte, die auf Stereotype und diskriminierende Zuschreibungen verzichten, eine intersektionale Herangehensweise haben und auf eine ausgewogene geschichtliche Darstellung achten. Viele Schüler*innen sehen sich schon sehr früh mit Aspekten sexualisierter Gewalt konfrontiert – zu Hause, in der Schule oder auch im Netz. Für die Unterstützung dieser Schüler*innen müssen Lehrkräfte fortlaufend sensibilisiert werden.

Die Koalition wird:

- Informations- und Präventionsarbeit zu Antidiskriminierung und Antirassismus an allen Schulen vorantreiben.
- sich dafür einsetzen, dass der Lehrkörper deutlich stärker die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet, dafür braucht es u.a. mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund und mehr Männer im Lehrberuf, gerade an Grundschulen.
- die Arbeit der Antidiskriminierungsberatungen an den ReBUZ bekannter machen, durch digitale Meldewege erweitern, evaluieren und auf der Grundlage der Erkenntnisse ausbauen.
- die Schulaufklärung durch das „Rat&Tat - Zentrum für queeres Leben“ verstetigen und bedarfsgerecht ausbauen.
- dafür Sorge tragen, dass der sexualpädagogische Unterricht in hoher Qualität und queersensibel auch durch Lehrer*innen an allen Schulen durchgeführt wird. Dafür sind entsprechende Weiterbildungsprogramme sowie eine Qualitätssicherung durch die Bildungsbehörde notwendig. Konsens und Kommunikation über Sexualität, Rollenbilder und ggf. falsche Rollenerwartungen, toxische Männlichkeit sowie individuelle Bedürfnisse und Grenzen sollten intensiv behandelt werden, Themen wie Frauenfeindlichkeit und Ihre Erscheinungsformen sollten ebenfalls besprochen werden.
- dafür sorgen, dass auch bei der Einbeziehung externer Träger in die schulische Sexualpädagogik diese queersensibel ist, auf dem aktuellen Stand der Forschung und Wissenschaft basiert und keine menschenfeindlichen oder auf religiösen Geschlechter- und Beziehungsidealen aufbauende Positionen vermittelt.
- sich dafür einsetzen, dass bei Schulneubauten auch einzelne Toiletten als Einzelkabinen vorgesehen werden, sodass auf Geschlechtertrennung an dieser Stelle verzichtet werden kann und damit die Bedürfnisse von trans* und nicht-binären Schüler*innen berücksichtigt werden.
- die Schulen durch eine Landeskoordinationsstelle dabei unterstützen, sich der Initiative „Schule der Vielfalt“ anzuschließen.
- das kulturelle Erbe und die Geschichte(n) queerer Menschen, queere Unterdrückung, aber auch queere Widerstandskämpfe - im Nationalsozialismus und auch in den Zeiten danach bis heute - im Schulunterricht präsenter machen.
- auf Grundlage der Evaluation des in Bremerhaven durchgeführten Projektes „Diskriminierungskritische Analyse von Schulbüchern im Land Bremen“ die gewonnenen Erkenntnisse zu Schulmaterialien flächendeckend nutzen.
- Antidiskriminierung als verpflichtenden Lehrinhalt im Lehramtsstudium weiter ausbauen und in der Weiterbildung von Lehrkräften in Schulen und Berufsschulen verpflichtend verankern, sowie ihnen zuverlässig in Zusammenarbeit mit externen Institutionen die Möglichkeit geben, postkoloniales Erbe in Lehrbüchern und Pädagogischem Konzept, fortlaufend kritisch zu begegnen.
- Lehrkräfte sensibilisieren und dabei unterstützen, Radikalisierungstendenzen zu erkennen und angemessen auf sie zu reagieren.
- Vertrauenspersonen an Schulen etablieren, die auch für Eltern als Ansprechpartner*innen da sind, um Ängste bei einem Übergang in eine neue Schule zu nehmen und integrativ zu wirken.

- den Austausch mit der Bildungsabteilung der Gedenkstätte Yad Vashem intensivieren, auch unter Einbeziehung digitaler Angebote der Gedenkstätte.
- eine Kompetenzstelle „Zusammenleben in der Schule“ etablieren, die Schulen präventiv berät, als Fachstelle für den Umgang mit interreligiös konnotierten Konflikten fungiert und mit den verschiedenen Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften gut vernetzt sein und vertrauensvoll zusammenarbeiten soll.

Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams

Die Landesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode die Schulsozialarbeit enorm ausgeweitet, mittlerweile sind bereits rund 80 Prozent der allgemeinbildenden Schulen mit Schulsozialarbeit ausgestattet. Ziel ist es weiterhin Schulen mit besonderen Herausforderungen besonders zu fördern und perspektivisch an allen Schulen Schulsozialarbeit zu etablieren. Wir haben den Einsatz von Gesundheitsfachkräften an Schulen in Stadtteilen Bremens und Bremerhavens organisiert. Ähnlich wie die Schulsozialarbeit ist der zukünftige Einsatz von Gesundheitsberater*innen und Berufen mit anderen Qualifikationen als Teil der multiprofessionellen pädagogischen Teams an Schulen anzustreben.

Die Koalition wird:

- schrittweise alle Schulen mit Schulsozialarbeit ausstatten. Schulen in besonders herausfordernden Lagen werden mit einer zweiten Stelle ausgestattet. Die Fachaufsicht Schulsozialarbeit personell stärken, wie im Rahmenkonzept Schulsozialarbeit beschrieben.
- die Programme zur Vermeidung von Schulabbrüchen fortführen.
- für eine stärkere Vernetzung und engere Kooperation zwischen Schule, der Jugendhilfe und der familienbezogenen Sozialarbeit sorgen, weil die gewinnbringende Förderung der Bildungsprozesse und der Integration unserer Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft dies erfordert.
- den Einsatz von Gesundheitsfachkräften weiterführen und ausbauen.

Berufliche Bildung und Berufsorientierung

Die berufsbildenden Schulen in Bremen leisten sehr gute und wichtige Arbeit. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist eine hervorragende berufliche Bildung eine wichtige Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Sie bringen dabei schon seit Jahrzehnten inklusives Arbeiten voran, denn sie arbeiten mit teils erheblichen Leistungs- und Qualifikationsunterschieden bei den Schüler*innen. In unterschiedlichsten Bildungsgängen können an den verschiedenen beruflichen Schulen vielfältige berufliche und allgemeinbildende Abschlüsse erreicht werden.

Die beruflichen Schulen von morgen brauchen moderne Unterrichtsräume und Werkstätten, aber auch aktivierende Lehr- und Lernformen. Dieser Aufgabenstellung tragen wir in der Stadt Bremen bereits jetzt mit einer vorausschauenden Schulstandortplanung Rechnung. Die hier beschlossenen Campuslösungen werden wir umsetzen und in Planung, Finanzierung und Fertigstellung energisch vorantreiben. Mit dem Campusgedanken geht die Idee einher, die bestehenden guten Kooperationen zwischen Berufsschulen und Betrieben weiter zu intensivieren. Das alles wird gelingen, wenn die berufsbildenden Schulen im Land Bremen über zeitgemäße Unterrichtsräume, modernste Werkstätten und eine verlässliche IT-Infrastruktur verfügen.

Berufliche Schulen benötigen ein modernes Management. Die Struktur und Ausstattung mit Führungspositionen und dem mittleren Management muss diesem Anspruch entsprechend angepasst werden.

Die positive inhaltliche Entwicklung wird auf Grundlage des beschlossenen Leitbilds 2035, das mit großem Engagement gerade auch der Leitungen der berufsbildenden Schulen entwickelt wurde, konsequent vorangetrieben.

Die Koalition wird:

- an allen Oberschulen und Gymnasien in der 9./10. Klasse Tage der beruflichen Bildung etablieren.
- neben den bestehenden Angeboten der Schulen und der Agentur für Arbeit erfolgreiche Projekte zur Berufsorientierung fortführen und weitere Formate entwickeln. Dazu gehören die Berufsparcours, die gemeinsam mit den Kammern und Verbänden landesweit und flächendeckend umgesetzt werden, das Projekt Be OK zur geschlechteruntypischen Ausbildung und das Projekt TANDEM.
- durch eine klischeefreie, zukunftsorientierte Darstellung von beruflichen Lebenswelten in der Schule und auch in der schulischen Berufsorientierung und Berufsberatung und das Aufbrechen von Geschlechterstereotypen zu einer veränderten Berufswahl von Frauen und Männern beitragen.
- ein Übergangssystem schaffen, das nicht nur vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg in das Berufsleben schafft, sondern allen Jugendlichen, unabhängig von den bisher erreichten Abschlüssen, Wege zur Ausbildungsreife aufzeigt und sie dabei unterstützt. Hierfür werden wir das Übergangssystem modularisieren, Bildungsgänge zusammenführen und die Berufsschulen inklusiv weiterentwickeln. Das soll auch in bestimmten Fällen über das 18. Lebensjahr hinaus möglich sein.
- den inklusiven Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, indem die besonders praxisorientierten Fachpraktiker*innenausbildungen in den Berufsfeldern erweitert werden, die gleichzeitig geringere Ansprüche in der Theorie haben.
- die Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen ausweiten und die Kooperation mit den Oberschulen verbessern, dazu sind Mittel im Landeshaushalt vorzusehen.
- das Funktionsstellenraster flexibilisieren und an gestiegene Anforderungen anpassen, um unterschiedliche Anforderungen an die Schulleitungen zu berücksichtigen.
- die Schulstandortplanung umsetzen, die beruflichen Schulen zu Campusschulen weiterentwickeln und an den fünf Campusgeländen Schulen mit zukunftsfähiger räumlicher und technischer Ausstattung schaffen, die den didaktischen und inhaltlichen Anforderungen von heute und morgen entsprechen.
- durch das Campusprinzip auch Kooperationen zwischen Berufsschulen und Betrieben stärken. Hierzu streben wir die Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen im unmittelbaren Umkreis der Schulen an.
- die berufsbildenden Schulen in der Umsetzung des Leitbildes Vision 2035 unterstützen und die eigenverantwortliche Steuerung der berufsbildenden Schulen stärken.
- die Belange der Berufsschulen stark berücksichtigen, diesen Bereich ressortseitig organisatorisch stärken und vor dem Hintergrund des Aus- und Weiterbildungscampus, zu dem auch bestimmte Bereiche der Berufsschule gehören werden, eine engere Anbindung an die Wirtschaft herstellen. Außerdem wollen wir die eigenverantwortliche Steuerung der berufsbildenden Schulen stärken. Zur besseren Verzahnung von Schule und beruflicher Praxis in der Ausbildung wird das Arbeitsressort als ständiger Gast in den Fachausschuss „Berufliche Bildung und Weiterbildung“ der Deputation für Kinder und Bildung aufgenommen.
- die Arbeit der Jugendberufsagentur durch eine neue gemeinsame Koordination optimieren und durch eine neutrale Stelle an der Universität Bremen evaluieren.
- gleichzeitig die Präsenz in den Schulen und in den Quartieren mit entsprechenden Ressourcen verstärken, um vor Ort mehr Jugendliche zu erreichen. Dafür werden Schüler*innen, die bei der Berufsorientierung besonders viel Unterstützung benötigen frühzeitig Berufsbegleiter*innen zur Seite gestellt. Wir wollen einen stärkeren Fokus auf Schulabgänger*innen, um einen Übergang in Betriebe und nicht ins Übergangssystem zu forcieren.
- die Zusammenarbeit der Partner*innen der JBA mit den Ausbildungsverbänden und anderen zentralen Akteuren (wie z.B. dem „Zentrum für Schule und Beruf“ beim DRK Bremen zur Unterstützung von Maßnahmen von Land und der Kommunen Bremen und Bremerhaven weiterentwickeln.
- für die Attraktivierung von Ausbildungen die Berufsschüler*innen darin unterstützen, die Möglichkeiten von Erasmus+ noch besser zu nutzen.

Personal

Ausreichend gut qualifiziertes Fachpersonal ist ein wichtiger Baustein all unserer Bemühungen in der Bildungspolitik. Gleichzeitig stellt der Fachkräftemangel eine riesige Herausforderung für die kommenden vier Jahre dar. Wir wollen die Fachkräftegewinnung in den kommenden Jahren intensivieren und das Personal im Bildungsbereich durch erhöhte Ausbildungsanreize und -kapazitäten, Quer- und Seiteneinstiegsmöglichkeiten sowie bessere Anwerbungen von pädagogischem Personal entlasten.

Die Koalition wird:

- die Zuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte weiterentwickeln und darin stufenweise die Vollversorgung bei 110 Prozent (Vertretungsreserve), die angemessene Ausstattung von Sonderpädagog*innen und zusätzliche Leitungszeit für Schulleitungen verankern.
- Schulleitungen darüber hinaus durch zusätzliche Verwaltungskräfte, IT-Assistenzen und Unterstützung bei Bau- und Sanierungsvorhaben entlasten.
- die Funktionsstellenstruktur überarbeiten und eine eigene Rechts- und Dienstverordnung für Schulleitungen schaffen.
- den Bildungseinrichtungen mit hohem Sozialindikator die Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen lassen, die sie verdienen und das bei der Personalsteuerung berücksichtigen.
- die Erhöhung der Diversität in Kollegien anstreben, um Schüler*innen die Begegnung mit vielfältigen Bezugspersonen zu ermöglichen. Dafür braucht es Förderprogramme, die ausgeweitet bzw. geschaffen werden müssen. Zudem müssen die Zugangshürden zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums in Zusammenarbeit mit der Universität abgesenkt werden.
- verstärkt Freiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst) auch in Schulen ermöglichen.
- anhand des kontinuierlich fortgeführten „Kurz- und mittelfristigen Personalversorgungskonzept Schule für das Land Bremen“ überprüfen, ob das Angebot an Studien- und Referendariatsplätzen ausgeweitet werden muss und entsprechend handeln.
- eine einfachere und schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse umsetzen und Möglichkeiten eröffnen, ausländische Lehrkräfte bei Bedarf berufsbegleitend nachzuqualifizieren. Die Zugangsvoraussetzungen für Lehrkräfte mit ausländischer Berufsqualifikation werden weiter erleichtert.
- das erfolgreich gestartete Quereinstiegsprogramm „Back to School“ kontinuierlich fortsetzen und weiterentwickeln.
- gemeinsam mit den Hochschulen im Land Bremen ein Konzept für einen dualen Lehramtsstudiengang entwickeln und diesen schnellstmöglich einführen.
- die Personalversorgung in der aktuell an manchen Schulen prekäre Personalsituation zentraler steuern und, wo nötig, Abordnungen und Versetzungen zum Personalausgleich nutzen. Oberstes Ziel ist es, so viele Lehrkräfte wie möglich für Bremen zu gewinnen.
- die Vergütung im Referendariat erhöhen und Maßnahmen entwickeln, um es für Referendar*innen attraktiver zu machen, nach dem Referendariat in Bremen zu bleiben.
- mit Gewerkschaften und Verantwortlichen im Land Bremen, in anderen Bundesländern und auf Bundesebene in einen Dialog treten, um zu einer zeitgemäßen Definition von Lehrkräftearbeitszeit zu kommen. Diese sollte die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen an Lehrkräfte angemessen berücksichtigen.

Neubau und Sanierung

Steigende Schüler*innenzahlen, die Umsetzung des Ganztagsausbaus und die weitere Verbesserung der Bedingungen für die Inklusion erfordern große Anstrengungen beim Neubau und der Sanierung von Schulen. Bremen hat in den letzten Jahren deutlich mehr in den Bau von Schulen und Kindertagesstätten investiert. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und die Planungen weiter verbessern, um benötigte Kapazitäten frühzeitig bereitzustellen.

Die Koalition wird:

- frühzeitig und ausreichend Platz für Schulbauten bei der Weiterentwicklung von Baugebieten reservieren.
- die Bauabteilungen in der Bildungsbehörde und bei Immobilien Bremen so ausstatten, dass sie die geplanten Bauvorhaben auch stemmen können.
- wo immer es in der Stadtgemeinde Bremen möglich ist, unsere stadt eigenen Baugesellschaften GEWOBA und die BREBAU in die Pflicht nehmen und ihre Möglichkeiten und Expertise nutzen.
- die dazu notwendigen finanziellen Mittel für Schul- und Sporthallenneubauten und -umbauten zur Verfügung stellen.

Digitale Souveränität

Wir benötigen ein wachsendes Bewusstsein für die kulturellen und sozialen Implikationen der digitalen Transformation; ein solches Verständnis von „Leben (und vor allem Lernen) in der digitalen Kultur“ steckt im Begriff „Digitalität“. Eine prägende Variable in dieser heranreifenden digitalen Gesellschaft ist die digitale Souveränität.

„Digitale Souveränität“ beschreibt die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen (Schüler*innen sowie Lehrkräften) und Institutionen (Schulen Schulträger, Bildungsbehörde), ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können. Wir wollen junge Menschen deshalb in den Schulen gut darauf vorbereiten. Ohne digitale Souveränität ist es heute schwierig, sich ausreichend zu informieren, zu beteiligen und wie gewünscht am Leben teilzuhaben. Angesichts immer komplexerer Anforderungen unserer Informations- und Mediengesellschaft sind ein kritischer und sicherer Umgang mit Medien, die Kenntnis über ihre Mechanismen und das Verständnis über ihre Wirkungsweise zu Schlüsselkompetenzen geworden. Digitale Souveränität ist angesichts des digitalen Wandels unverzichtbar, gerade im Hinblick auf so wichtige Bereiche wie Jugendmedienschutz, Bekämpfung von Online- und Mediensucht sowie die Rechte von Bürger*innen und Verbraucher*innen.

Digitalisierung und Digitalität gehen zudem mit vielfältigen Veränderungen der kommunikativen Praxis in Schule und Unterricht einher und prägen diese durch neue Routinen. Bremen hat eine bundesweit einmalige digitale Ausstattung geschaffen, die großes Potential für den Lernerfolg unserer Schüler*innen bietet. Wir wollen Schüler*innen für die Beschäftigung mit informatischen Inhalten wie Informationstechnik, Programmierung und Algorithmen begeistern.

Die Koalition wird:

- die digitale Ausstattung, insbesondere die dauerhafte Ausstattung aller Schüler*innen sowie aller an Schule Beschäftigten mit mobilen Endgeräten, finanziell und organisatorisch absichern.
- die Lehr- und Lernmittelzuweisungen der Schulen neu aufstellen, damit diese neben analogen auch digitale Lehrwerke beinhalten. Neben landesweit bereitgestellten Softwarelizenzen ermöglichen wir auch die Anschaffung passgenauer digitaler Werkzeuge.
- IT-Support durch Assistenzen sicherstellen, um Lehrkräfte von übergangsweise übernommenen Tätigkeiten wie Software-Updates zu entlasten.
- die Verzahnung der verschiedenen digitalen und analogen Möglichkeiten durch die gezielte und schulinterne Fort- und Weiterbildung für Lehrer*innen und zusätzliche Ressourcen voranbringen.
- die Mittel eines DigitalPakts Schule 2.0 für eine digitale Bildungsinfrastruktur einsetzen, um unter anderem das bewährte Medium Schulbuch gewinnbringend in die digitale Welt zu transformieren.
- Angebote zum theoretischen und praktischen Umgang mit informatischen Inhalten wie Informationstechnik, Programmierung und Algorithmen ausbauen.
- Lehrkräfte durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote qualifizieren.
- das flächendeckende WLAN für alle Schulen mit angemessener Bandbreite weiter modernisieren und ausweiten.

Beschulung neu zugewanderter Menschen

Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen so schnell wie möglich das Lernen in Regelklassen zu ermöglichen. Wir wollen geflüchteten Kindern und Jugendlichen die besten Chancen bieten und setzen uns dafür ein, Vorkurse gut auszustatten und eine sozial- und traumapädagogische Begleitung sicherzustellen.

Die Koalition wird:

- so lange es aufgrund der hohen Zuzüge von Schüler*innen erforderlich ist, die Willkommenschulen in Bremen fortführen. Unser Ziel ist es, dass die Schüler*innen in der Regel nicht länger als ein Jahr an der Willkommenschule verbleiben.
- für eine angemessene Ausstattung der Willkommenschulen mit Lehrkräften, nichtunterrichtendem pädagogischem Personal, einschließlich jeweils mindestens einer Stelle für Schulsozialarbeit sorgen.
- Sprachförderlehrkräften, die sich in der schulischen Arbeit bewährt haben, die Möglichkeit zum Übergang in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse und weiterer beruflicher und sprachlicher Qualifizierung eröffnen.
- den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen erfassen und ihnen langfristig passgenaue sprachliche Förderung zukommen lassen.
- das Recht auf Schulbesuch bis zur Altersgrenze 25 ausweiten und so den Weg in die Ausbildung öffnen. Dadurch ermöglichen wir auch, dass junge Geflüchtete auch während laufender Altersfeststellungsverfahren unkompliziert und schnell die Möglichkeit bekommen, eine Schule zu besuchen und ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen.
- Schüler*innen in den Berufsorientierungsklassen mit Spracherwerb die Möglichkeit geben, die Klasse zu wiederholen, wenn sie mehr Zeit zum Lernen brauchen.
- die Hausbeschulung in der Zentralen Aufnahmestelle bedarfsgerecht ausstatten.

Schulen in freier Trägerschaft

Die Koalition wird:

- bei den öffentlichen Zuschüssen zur Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft die jeweilige Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und den Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt berücksichtigen. Deshalb werden wir Faktoren wie die soziale Zusammensetzung der Schüler*innenschaft und die Integrationsleistung der Schulen einbeziehen.
- das Sonderungsverbot durchsetzen.
- Schüler*innen den Wechsel von einer Grundschule in freier Trägerschaft zu einer weiterführenden Schule erleichtern, indem wir die privaten Grundschulen einer Oberschule zuordnen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Schulen kommt beim Erhalt und der Stärkung unserer Demokratie eine besondere Bedeutung zu, weil ihnen die Aufgabe obliegt, Grundlagen für ein demokratisches Selbstverständnis von Schüler*innen zu entwickeln, demokratische Teilhabe und Selbstbestimmung erfahrbar zu machen sowie ein solidarisches Miteinander zu fördern. Schüler*innen sollen nicht mehr nur symbolisch Handeln lernen, sondern sich konkret als selbstwirksam in ihrem Umfeld erleben. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für erfolgreiches Lernen.

Dabei wollen wir Lerninhalte fächerübergreifend verknüpfen und verstärkt an das Bildungskonzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) anknüpfen, welche die Vermittlung von Kooperation, kritischem Denken, Kommunikation und Kreativität als Schlüsselkompetenzen in den Mittelpunkt stellt, damit Schüler*innen sich aktiv den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise, sozialer Spaltung oder Armut stellen können.

Die Koalition wird:

- die Schulen bei Umsetzung der Reform des Schulverwaltungsgesetzes aus der letzten Legislaturperiode stärker unterstützen, damit das Ziel der weiteren Demokratisierung von Schulen erreicht werden kann.
- die außerschulische Umwelt- und Klimabildung als wichtiges Element der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Dazu werden wir die in unterschiedlichen Stadtteilen in Bremen geförderten außerschulischen Lernorte der Umwelt- und Klimabildung für Kinder und Jugendliche durch eine entsprechende Finanzierung aus Haushaltsmitteln verstetigen, weiter ausbauen und als Landesförderung auf Bremerhaven ausdehnen.
- Klimabildung als Querschnittsthema der BNE in Kita, Schule, Ausbildung, Hochschulen und der Erwachsenenbildung integrieren. Das Thema Klimaschutz soll über die gesamte Bildungskette gestärkt werden.
- die bestehenden Maßnahmen (z. B. 3/4plus,) weiterentwickeln und neue Ansätze einführen und das Projekt Klimaschulen schrittweise ausweiten, um möglichst alle Schulen zu erreichen damit das CO₂-Einsparpotential sichtbar und berechenbar gemacht und so eine dauerhafte Verhaltensänderung emotional unterstützt wird.
- für das Querschnittsbildungskonzept BNE eine Norm für das Land Bremen verabschieden und konkret das Konzept der BNE in der Lehrkräfteausbildung implementieren. Denn klimagerechtes Handeln muss eine Selbstverständlichkeit in pädagogischen Einrichtungen werden.
- die Bildungsprozesse in den Schulen im Land Bremen noch stärker am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren, um zukünftige Generationen für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen.
- eine BNE-Stelle am LIS für Fort- und Ausbildung einrichten.
- die Koordinationsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Bildungsbehörde verstetigen.
- in den Erhalt der Schullandheime investieren, um ihre besondere Tradition und ihren Bestand dauerhaft zu sichern.

Erwachsenenbildung

Die Koalition wird:

- die Honorare in der Weiterbildung an das Niveau bei der Volkshochschule in der Stadtgemeinde Bremen anpassen.
- die Anerkennung nach dem Bremischen Bildungszeitgesetz für Vortragsreihen, Kongresse und Tagungen erleichtern.
- den Ausbau der Alphabetisierungs-, Grund- und Sprachbildungsangebote und die von Förderung der Digitalisierungs-, Medien- und Demokratiekompetenzen realisieren.

Sport und Bewegung

Für Schüler*innen spielen Bewegung und Sport in der Schule eine wichtige Rolle für ihre Entwicklung. Kinder, die sich ausreichend bewegen, können auch besser lernen.

Die Ausweitung der schulischen Betreuung hin zu Ganztagschulen ermöglicht auf der einen Seite eine Verbesserung der Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen, kollidiert aber mit den Bedürfnissen der Vereine. Wir werden die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, weiter unterstützen. Wir setzen uns weiterhin intensiv dafür ein, dass möglichst alle Kinder in Bremen am Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen können.

Die Koalition wird:

- die weitere Entwicklung der Kooperationen von Schulen mit Sportvereinen auf Augenhöhe unterstützen.

- prüfen, wie eine bedarfsgerechte Ausweitung des Schwimmunterrichts auf die 2. und 3. Klasse realisiert werden kann.
- einen Sporthallentwicklungsplan unter Beteiligung der Ressorts für Kinder, Bildung und Sport aufstellen.
- die Sporthallennutzung, bei Sicherstellung des Schulsports, für die Vereine verlässlich gestalten.
- die weitere Entwicklung der „Eliteschule des Sports“ anhand der hierfür gegebenen Kriterien unterstützen und die Rahmenbedingungen für die Eliteschule des Fußballs verbessern.
- das erfolgreiche Trainer-Lehrkräftemodell der Stadt Bremen ausbauen.

Schulen in den Stadtteil öffnen

Schulen sind zentrale Punkte in jedem Quartier. Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen wie Kultureinrichtungen, Vereinen und Orten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber auch mit öffentlichen Einrichtungen oder dem Amt für soziale Dienste ist für gelingende Bildungsbiographien immens wichtig, weil so nicht nur die Schüler*innen selbst, sondern auch ihre Familien erreicht werden können. Sie bereichern den Schulalltag und unterstützen die in Schule arbeitenden Menschen. Der Ausbau der Ganztagschulen bietet auch räumlich große Chancen der weiteren Öffnung der Schulen in den Stadtteil, die wir nutzen werden.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit den Einrichtungen gute Lösungen finden, wie wir Kita-Gelände und Schulhöfe außerhalb der Öffnungszeiten zum Spielen öffnen können.
- den Ausbau der Ganztagschulen nutzen, um die Schulen für weitere Akteur*innen im Stadtteil und für die Menschen die im Quartier leben zu öffnen und so auch Räume für Kooperationen im Stadtteil schaffen.

Landeszentrale für politische Bildung

Wir wollen allen jungen Menschen auch außerhalb der Schule gute historische und politische Bildung ermöglichen. Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine wichtige Partnerin, um viele junge Menschen zu erreichen, das Demokratiebewusstsein zu stärken und eine bürger*innenrechtsbewusste Haltung aufzubauen.

Die Koalition wird:

- die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung für noch mehr Jugendliche zugänglich machen, auch durch Intensivierung ihrer Kooperationen mit Schulen und Jugendfreizeitheimen.
- eine erinnerungskulturelle Strategie für das Land Bremen gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung sowie den in diesem Bereich aktiven Trägern und Initiativen erarbeiten. Zur Umsetzung dieser Strategie werden wir die Landeszentrale für politische Bildung angemessen mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln ausstatten.

Wissenschaft

Mit dem Wissenschaftsplan 2025 hat sich das Land ambitionierte Ziele zum Ausbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gesetzt. In den vergangenen Jahren sind mit der Steigerung der Grundhaushalte der Hochschulen, der hiermit verbundenen Schaffung neuer Fachprofile, der Vorbereitung der nächsten Antragsrunde der Exzellenzinitiative und der Verbesserung der Infrastruktur wichtige Etappenziele erreicht worden, wenn es auch aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht gelungen ist, die Ziele des Wissenschaftsplans 2025 vollumfänglich umzusetzen. Weitere Anstrengungen sind daher erforderlich.

Die Koalition wird:

- die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen erhalten und die im Bundesvergleich immer noch unterdurchschnittliche Finanzierung schrittweise dem Bundesdurchschnitt annähern.
- die Attraktivität des Landes Bremen als Studienstandort weiter steigern und damit die bestehenden Studierendenzahlen absichern.
- die Ko-Finanzierung der Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungsinstitute und die landesanteiligen Finanzierungen überregionaler Förderinstrumente verlässlich darstellen.
- die Wissenschaftsinfrastruktur durch strategische Neubauten weiterentwickeln.
- durch die Sanierung und Modernisierung der Bestandsgebäude mit Mitteln aus dem Klimafonds einen spürbaren Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen leisten.
- die Hochschulen und Forschungseinrichtungen darin unterstützen, eine gemeinsame verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie insbesondere unter Einbezug der Transformation zur Klimaneutralität zu entwickeln und dafür das Klimaschutzmanagement stärken und verstetigen.

Fortschreibung Wissenschaftsplan (WSP 2030)

Wissenschaft braucht langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen daher den Wissenschaftsplan 2030 in einem breiten Beteiligungsprozess zügig erstellen und finanziell verlässlich hinterlegen. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Haushaltsspielräume sollen Schwerpunkte dazu dienen, die Umsetzung zukunftssträchtiger Entwicklungen zu ermöglichen. Das Land Bremen ist schon heute einer der profiliertesten Wissenschaftsstandorte im Bereich Klimaforschung. Auf dieser Stärke wollen wir aufbauen und Universität, Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit dem Wissenschaftsplan 2030 dabei unterstützen, Beiträge zur Bewältigung der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere des Klimawandels mitsamt seinen sozialen Folgen, zu leisten. Zugleich werden wir die Querschnittsthemen Digitalisierung, Bewältigung des Fachkräftemangels, Internationalisierung und Kooperation fortführen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Stärkung von Forschung und Lehre zu. Schlüsseltechnologien wollen wir stärken und den Wissenstransfers in Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig steigern.

Die Koalition wird:

- den Wissenschaftsplan 2030 in einem breiten Beteiligungsprozess zügig erstellen und finanziell verlässlich hinterlegen.
- dabei vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Haushaltsspielräume durch Schwerpunkte die Umsetzung zukunftssträchtiger Entwicklungen ermöglichen.

Studienstandorte Bremen und Bremerhaven

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels muss sich das Land Bremen stärker dem Wettbewerb um Studierende stellen und diese mit dem fachlichen Angebot an Studiengängen und der Attraktivität der Standorte von einem Studium im Land Bremen überzeugen. Die Studierendenzahlen sollen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auf dem bestehenden Niveau gehalten werden. Hierzu ist der weitere Ausbau des Hochschul- und Standortmarketings erforderlich. Die Hochschulen sollen ihre eigenen Marketinginstrumente stärken und miteinander vernetzen.

Nach den Ausbausritten der vergangenen Jahre (Wiederaufnahme Sportstudiengang, Studiengänge Psychologie, Gesundheitswissenschaften an der Hochschule Bremen, Physician Assistant und Soziale Arbeit an der Hochschule Bremerhaven) liegt der Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode auf zielgenauer Nachsteuerung und der Nutzung vorhandener Studienkapazitäten. Die Auslastung der bestehenden Studienangebote soll bedarfsgerecht gesteigert werden, ebenso gilt es, den Studienerfolg zu erhöhen. Dies gilt zur Absicherung des Fachkräftebedarfs insbesondere in den MINT-Studiengängen.

Die bestehenden Studienkapazitäten im Lehramt an der Universität Bremen sollen ausgelastet und er-

weitere werden. Die Umsetzung der Wiedereinführung des Studiengangs Sport, der weitere Ausbau von Deutsch als Zweitsprache/Deutsch als Fremdsprache (DAZ/DAF) und Inklusiver Pädagogik sowie die Weiterentwicklung der Quereinstiegsprogramme sollen zur Deckung des Lehrkräftebedarfs an den bre-mischen Schulen beitragen. In der Umsetzung des sich entwickelnden Standortprofils in den Bereichen Nachhaltigkeit/Klimaschutz sollen weitere Angebote geschaffen werden. Genderbezogene Angebote wollen wir stärken. Qualitätsgesicherte duale Studienangebote insbesondere an der Hochschule Bre-men wollen wir ausbauen, um die Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft zu stärken. Dies leistet zudem einen spürbaren Beitrag zur Absicherung des Fachkräftebedarfs und trägt zur Durchlässigkeit im Bildungssystem insgesamt bei. Diese wollen wir durch weitere Maßnahmen, insbesondere durch die Stärkung der Fort- und Weiterbildung ausbauen. Die im Bremischen Hochschulgesetz beschlossene Stärkung des Teilzeitstudiums wollen wir in enger Abstimmung mit den bremischen Hochschulen in kon-krete Studienangebote überführen und damit einen spürbaren Beitrag für flexible Studienbedingungen und Studienerfolg leisten.

Die bremischen Hochschulen sind international gut vernetzt und in sichtbaren und langfristig angelegten Kooperationsnetzwerken eingebunden. Die Internationalisierung der Studienangebote wollen wir auf vielfältigen Wegen weiter ausbauen. Ein vielversprechender Ansatz für internationale Kooperation ist das Netzwerk YUFE (Young Universities for the Future of Europe – Junge Universitäten für die Zukunft Europas), ein Zusammenschluss europäischer Universitäten. Die Förderung des Projekts durch die Euro-päische Union wurde im Jahr 2022 um vier Jahre verlängert.

An der Hochschule Bremerhaven haben wir mit der Einführung der neuen Studiengänge Soziale Arbeit und Physician Assistant einen großen Schritt nach vorne gemacht, um den langjährigen Rückgang der Studierendenzahlen an der Hochschule Bremerhaven zu stoppen. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen, die Hochschule Bremerhaven durch die neuen Studiengänge weiter ausbauen und damit die Studierenden-zahlen steigern. Hierzu sollen auch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Hochschulcampus beitragen. Die Hochschule unterstützen wir neben der inhaltlichen Komponente zur eigenen Akzentset-zung, um auch künftig bei der weiteren Bewältigung des Strukturwandels in Bremerhaven Fachkräfte für die lokale Wirtschaft ausbilden zu können.

Mit der Übernahme durch einen neuen Eigentümer ist der Constructor-University in Bremen-Nord ein erfolgreicher Neustart gelungen. Wir sehen diese Privatuniversität durch die Neuaufstellung gut positio-niert.

Die Koalition wird:

- das Hochschul- und Standortmarketing weiter ausbauen, hierzu werden wir sowohl die Sichtbarkeit der Wissenschaft im bestehenden Standortmarketing verbessern als auch die Hochschulen dabei unterstützen, ihre Marketinginstrumente mit einander zu vernetzen.
- einen Schwerpunkt auf zielgenaue Nachsteuerung und Nutzung vorhandener Studienkapazitäten lege.
- hierfür die Auslastung bestehender Studienangebote bedarfsgerecht steigern und ausbauen,
- mehr Lehrer*innen ausbilden.
- Zugangshürden weiter absenken.
- die Umsetzung der Wiedereinführung des Studiengangs Sport konsequent fortführen und die ent-sprechend notwendige Infrastruktur an Sportstätten schaffen.
- im Lehramt die Studienanteile DAZ/DAF sowie die Kapazitäten in Inklusiver Pädagogik ausbauen.
- Quereinstiegsprogramme im Lehramt weiterentwickeln.
- in den Bereichen Nachhaltigkeit/Klimaschutz weitere Angebote schaffen, um das sich entwickelnde Standortprofil zu stärken.
- genderbezogene Angebote stärken, z.B. in Form von Gender Studies.

- qualitätsgesicherte duale Studienangebote, insbesondere an der Hochschule Bremen, ausbauen, um die Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft zu stärken,
- zur Absicherung des Fachkräftebedarfs das duale Studium ausbauen und duale Studienangebote durch weitere Maßnahmen, insbesondere durch die Stärkung der Fort- und Weiterbildung, flankieren.
- in Kooperation mit der Hochschule Bremen die Ausbildungskapazitäten im Bereich Verkehrsplanung ausbauen und dies am vorhandenen Bedarf Bremens und Bremerhavens ausrichten.
- in enger Abstimmung mit den bremischen Hochschulen die im Bremischen Hochschulgesetz beschlossene Stärkung des Teilzeitstudiums in konkrete Studienangebote überführen und damit einen spürbaren Beitrag für flexible Studienbedingungen und Studienerfolg leisten.
- die Internationalisierung der Studienangebote der bremischen Hochschulen auf vielfältigen Wegen weiter ausbauen, insbesondere durch die Einrichtung weiterer englischsprachiger Masterprogramme und zielgerichtete Maßnahmen zur Gewinnung internationaler Studierender.
- die landesseitige finanzielle Förderung für YUFE weiterhin sicherstellen.
- in diesem Zusammenhang die Willkommenskultur und Begleitung von internationalen Studierenden in der Studieneingangsphase, beispielsweise durch die Einführung von Willkommenslotsen, weiter verbessern.
- die Hochschule Bremerhaven durch die bereits neu geschaffenen Studiengänge Soziale Arbeit und Physician Assistant weiter ausbauen und damit die Studierendenzahlen steigern.
- ergänzend dazu Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Hochschulcampus Bremerhaven umsetzen.
- die Hochschule Bremerhaven bei eigener Akzentsetzung unterstützen, um auch künftig bei der weiteren Bewältigung des Strukturwandels in Bremerhaven Fachkräfte für die lokale Wirtschaft ausbilden zu können.
- Weiterbildungsangebote für altrechtlich qualifizierte Hebammen entwickeln.
- angesichts des erheblichen Fachkräftemangels im Bereich der Geburtshilfe die bereits in der vergangenen Legislaturperiode erhöhten Studienkapazitäten im Hebammenstudiengang an der Hochschule Bremen dauerhaft absichern und weitere Ausbauschritte prüfen.

Zugang zum Studium ohne Abitur

Mit der letzten Überarbeitung des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) haben wir den Zugang zum Studium ohne Abitur weiter erleichtert. Wir werden evaluieren, wie die Novelle in der Praxis zusätzlichen Studieninteressierten den Weg an die Hochschulen ermöglicht hat. Ggf. werden wir anschließend die entsprechenden Regelungen erneut anpassen und beispielsweise prüfen, ob sich die Zugangswege ohne Abitur entbürokratisieren lassen.

Die Koalition wird:

- evaluieren, wie die BremHG-Novelle in Bezug auf erleichterten Zugang zum Studium ohne Abitur in der Praxis zusätzlichen Studieninteressierten den Weg an die Hochschulen ermöglicht hat,
- abhängig vom Ergebnis dieser Evaluation ggf. die Regelungen erneut anpassen und beispielsweise prüfen, ob sich die Zugangswege ohne Abitur entbürokratisieren lassen.

Forschungsstärke

Das Land Bremen ist einer der erfolgreichsten Forschungsstandorte in der Bundesrepublik und in manchen Bereichen, wie den Meereswissenschaften und KI-Robotik, international führend. Diese Stärke gilt es, unter hohem nationalen und internationalen Wettbewerbsdruck zu erhalten und die mit ihr verbundenen Innovationspotentiale konsequent zu nutzen.

Wir unterstützen die Universität Bremen im laufenden Exzellenzwettbewerb. Das Exzellenzcluster am MARUM – Zentrum für Marine Umweltwissenschaften wollen wir langfristig erhalten und mit neuen Clusteranträgen die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Universität Bremen im Rahmen der Exzel-

lenzstrategie des Bundes einen erfolgreichen Antrag stellen kann, um erneut den Status einer Exzellenzuniversität zu erhalten. Diese Bereiche der Spitzenforschung wollen wir unabhängig vom Ausgang des Wettbewerbs als forschungsstarke Bereiche langfristig weiter stärken. Wir betonen, dass auch jenseits der Spitzenforschung der bedarfsgerechte Ausbau und die finanzielle Absicherung der Universität Bremen in der Breite fortgeführt werden soll.

Das Land Bremen ist schon heute einer der bundesweit sichtbarsten Standorte für Künstliche Intelligenz (KI) – mit internationaler Strahlkraft. Die hiermit verbundenen Potentiale wollen wir stärken und die Kooperation der bremischen Wissenschaftseinrichtungen zur KI weiterentwickeln, ohne die mit KI verbundenen Risiken aus den Augen zu verlieren. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Feld dem Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu, den wir stärken wollen. Unser Anspruch ist es, dass das Land Bremen als „KI-Metropole des Nordens“ auch überregional wahrgenommen wird.

Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Spitzenforschung zur sozialen Ungleichheit und zur Vernetzung mit dem globalen Süden und ins östliche Europa ist ein Markenkern des Wissenschaftsstandortes Bremen, den es zu erhalten und zu stärken gilt. In den vergangenen Jahren hat die Universität Bremen mit „*Worlds of Contradictions*“ einen Forschungsverbund in den Geisteswissenschaften herausgebildet, den wir langfristig weiterentwickeln und absichern wollen.

Im Rahmen der Bund-Länder-Finanzierung über die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) wird die außerordentliche Stärke des Wissenschaftsstandortes Bremen sichtbar. Mit einem Anteil von 60 Prozent finanziert sich das bremische Wissenschaftssystem aus externen Mitteln, weit überwiegend aus der Bundes- und EU-Förderung. Diese werden zumeist innerhalb wettbewerblicher Verfahren eingeworben. Um diese außerordentliche Stärke zu erhalten, bekennen wir uns zum Ziel der weiteren Stärkung der Grundfinanzierung unserer Wissenschaftseinrichtungen. Die Fortführung der Kofinanzierung des Landes in den GWK-Programmen nach Art. 91b GG sagen wir zu.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum – Leibniz Institut für Maritime Geschichte (DSM) hat als Forschungsmuseum in der Leibniz-Gemeinschaft eine herausragende Bedeutung für das Land Bremen und insbesondere für die Stadt Bremerhaven. Für die Weiterentwicklung des DSM sind wichtige Maßnahmen notwendig, die zeitnah umzusetzen sind. Wir werden alles Notwendige für eine erfolgreiche Evaluierung tun.

Die Koalition wird:

- die Universität Bremen im laufenden Exzellenzwettbewerb unterstützen.
- dabei neben dem Erhalt des Exzellenzclusters um das MARUM, auch durch finanzielle Ausstattung, die Bereiche Informatik, Materialwissenschaften und Sozialwissenschaften unabhängig vom Ausgang des Exzellenzwettbewerbs als forschungsstarke Bereiche langfristig weiter stärken.
- die Universität dabei unterstützen, im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes einen Antrag zu stellen, um den Status einer Exzellenzuniversität zu erhalten. Im Erfolgsfall werden wir die erforderliche Kofinanzierung und Infrastruktur sicherstellen.
- auch jenseits der Spitzenforschung den bedarfsgerechten Ausbau und die finanzielle Absicherung der Universität Bremen in der Breite fortführen.
- die mit dem KI-Standort verbundenen Potentiale in Bremen stärken und die Kooperation der bremischen Wissenschaftseinrichtungen zur KI weiterentwickeln.
- den Wissenstransfer im Bereich KI in Wirtschaft und Gesellschaft stärken und dem Land Bremen als „KI-Metropole des Nordens“ überregionale Wahrnehmung verschaffen.
- die Sozial- und Geisteswissenschaften mit Spitzenforschung zur sozialen Ungleichheit und zur Vernetzung mit dem globalen Süden und ins östliche Europa erhalten und stärken.

- dafür auch den Forschungsverbund „*World of Contradictions*“ langfristig weiterentwickeln und absichern.
- die Hochschulen im Rahmen der laufenden EFRE-Förderperiode 2021-2027 beim Ausbau von Forschungs- und Innovationskapazitäten und der Einführung fortschrittlicher Technologien berücksichtigen. In der Vorbereitung der kommenden EFRE-Förderperiode soll ein Schwerpunkt auf die Hochschulen gelegt werden.
- sich gleichzeitig auf Bundesebene dafür einsetzen, dass mehr Hochschulfinanzierung durch den Bund zur Verfügung gestellt wird, beispielsweise um Sanierungsstaus an den Hochschulen abzubauen, ohne die Zuständigkeit der Länder für die Hochschulen in Frage zu stellen.
- die Sanierung des Scharoun-Gebäudes des Deutschen Schifffahrtsmuseums als Baudenkmal von nationaler Bedeutung umsetzen, hierfür Mittel der Bund-Länder Finanzierung nutzen und den Landesteil im Haushalt absichern. Der Nachbau der Najade darf nicht dazu führen, dass der Haushalt des DSM oder des Landes Bremen durch zusätzliche Kosten belastet wird. Notwendig ist ein belastbarer Business Case für Betrieb und Unterhaltung, der dies sicherstellt. Für den Erhalt der historischen Schiffe und der maritimen Außenexponate des DSM werden wir eine nachhaltige Basisfinanzierung durch die Stifter gewährleisten, die begonnene Strukturreform werden wir im Hinblick auf die bevorstehende Evaluierung des DSM in 2024 zügig zum Abschluss bringen.

Transfer

Die Erträge des Wissenschaftssystems müssen noch stärker in die Gesellschaft transferiert werden, um die Innovationskraft des Landes vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen (beispielsweise Klimawandel, globale Ungleichheit, demografischer Wandel) zu stärken. Zugleich gilt es, Impulse aus der Zivilgesellschaft für die Entwicklung der Wissenschaft nutzbar zu machen. Transfer ist daher in unserem Verständnis immer bidirektional. Auf der Basis des Wissenschaftsplans 2025 haben wir die Wissenschaftsschwerpunkte des Landes daher zu Forschungs- und Transferschwerpunkten weiterentwickelt. Auf dieser Basis sind in den vergangenen Jahren erste Erfolge sichtbar geworden. Das Land Bremen ist heute Standort eines Wasserstoff-Großforschungsprojektes und eines Transferclusters für Langzeitpflege sowie Modellregion für Industriemathematik. Wir werden diese Erfolge dazu nutzen, um die Forschungs- und Transferschwerpunkte in der Wissenschaftsplanung weiterzuentwickeln, den „Transfer über Köpfe“ auszubauen und Unternehmenskontakte zu stärken. Damit leisten wir einen Beitrag zur Absicherung des Fachkräftebedarfs und entwickeln durch die enge Verbindung von wissenschaftlichem Know-how und Transfer den Innovationsstandort.

Ein vielversprechender Ansatz um den Wissenschafts-Praxis-Transfer zu intensivieren sind Reallabore. Reallabore bieten die Möglichkeit unter realen Bedingungen innovative Forschungsergebnisse zu erproben. So können wissenschaftliche Erkenntnisse der Gesellschaft und Wissenschaft noch besser zugänglich und nutzbar gemacht werden. Diese Herangehensweise kann insbesondere im Bereich Klimaschutz und -anpassung zielführend sein.

Die Koalition wird:

- Forschungs- und Transferschwerpunkte in der Wissenschaftsplanung weiterentwickeln, den Transfer über Köpfe ausbauen und Unternehmenskontakte stärken.
- die Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Forschung durch die Einrichtung von Reallaboren wie der Initiative „Bremen Goes Sustainable“ (BreGoS) weiter stärken.

Digitalisierung

Während der COVID-19-Pandemie hat die Digitalisierung des bremischen Wissenschaftssystems auch durch die substanzielle Unterstützung des Landes einen nachhaltigen Entwicklungsschub erhalten. An den bremischen Hochschulen sind Präsenzlehre und digitale Unterstützungsformate eng verflochten. Die hieraus entstehenden Potentiale für die Qualität zeitgemäßer Lehre wollen wir dauerhaft absichern

und weiter stärken. In der Forschung benötigen wir ein digitales Forschungsdatenmanagement und Forschungsinformationssystem als elementare Infrastrukturen zeitgemäßer Forschung. Die hierfür notwendigen Entwicklungen werden wir aufnehmen. Hierzu werden Open Educational Resources (OER) einen wichtigen Beitrag leisten. Die Hochschulen sollen in Zusammenarbeit mit der Staats- und Universitätsbibliothek (SuUB) die OER-Kompetenzentwicklung stärken und Rahmenbedingungen schaffen, um OER in die alltägliche Lehr- und Lernpraxis einzubinden.

Die Staats- und Universitätsbibliothek versteht sich als hybride Bibliothek mit digitalen und Print Angeboten. Die Digitalisierungsmaßnahmen etwa zum Erwerb digitaler Lizenzen werden wir ausbauen. Im Verwaltungsbereich werden wir die Anpassung der landeseigenen Personal- und Haushaltssysteme vorantreiben und damit Kernprozesse der Verwaltung digitalisieren.

Die Koalition wird:

- aus Verflechtung von Präsenzlehre und digitalen Unterstützungsformaten entstehende Potentiale für die Qualität zeitgemäßer Lehre dauerhaft absichern und stärken.
- notwendige Entwicklungen für ein digitales Forschungsdatenmanagement und Forschungsinformationssystem als elementare Infrastrukturen zeitgemäßer Forschung aufnehmen.
- eine zeitgemäße Open Science-Strategie für den Standort, die die Anschlussfähigkeit an die nationalen und internationalen Entwicklungen gewährleistet, entwickeln; hierzu die Open Educational Resources (OER)-Kompetenzentwicklung stärken und zusammen mit der SuUB Rahmenbedingungen schaffen, um OER in die alltägliche Lehr- und Lernpraxis einzubinden.
- Digitalisierungsmaßnahmen der Staats- und Universitätsbibliothek etwa zum Erwerb digitaler Lizenzen ausbauen.
- im Verwaltungsbereich die Anpassung der landeseigenen Personal- und Haushaltssysteme vorantreiben und damit Kernprozesse der Verwaltung digitalisieren.

Soziale Lage der Studierenden

Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage von Studierenden sind ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zur Attraktivitätssteigerung des Studienstandortes Bremen. Wir werden uns im Rahmen der anstehenden BAföG-Novelle des Bundes dafür einsetzen, das BAföG als elternunabhängiges Instrument der Studienfinanzierung in Form eines Vollzuschusses weiterzuentwickeln. Künftig soll die BAföG-Förderung auch ein Teilzeit-Studium ermöglichen.

Bezahlbarer Wohnraum für Studierende ist ein wesentlicher Bestandteil eines attraktiven Hochschulstandorts. Das Land Bremen wird weitere Wohnheimplätze für Studierende über das Studierendenwerk schaffen. In Bremen und Bremerhaven sollen zudem Kooperationsansätze in Verbindung mit dem Studierendenwerk verfolgt werden, um bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen.

Die Koalition wird:

- sich im Rahmen der anstehenden BAföG-Novelle des Bundes dafür einsetzen, das BAföG als elternunabhängiges Instrument der Studienfinanzierung in Form eines Vollzuschusses weiterzuentwickeln und BAföG-Förderung auch bei Teilzeit-Studium zu ermöglichen
- den Verwaltungskostenbeitrag an den bremischen Hochschulen auf dem erreichten niedrigen Niveau stabil halten und perspektivisch abschaffen.
- das Studienstartstipendium weiterführen, dessen Nutzung verstärkt ermöglichen und die Bewerbung des Stipendiums intensivieren, solange es auf Bundesebene kein vergleichbares Programm für Studierende aus Bedarfsgemeinschaften gibt.
- weitere Wohnheimplätze für Studierende über das Studierendenwerk schaffen (z.B. Wohnheim Niedersachsendamm).
- in Bremen (neuer Campus Innenstadt) und Bremerhaven private Mietmodelle und Kooperations-An-

sätze in Verbindung mit dem Studierendenwerk verfolgen.

- mit dem Studierendenwerk in Planungen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Studierende in der Innenstadt Bremens einsteigen und dabei die Schaffung eines Wohnheims prüfen.
- die Kosten für Mieten und die Essensversorgung weiter auf einem sozialverträglichen Niveau halten.
- die Angebote des Studierendenwerkes zur Psychosozialen Beratung weiter bedarfsgerecht entwickeln und diese an allen Hochschulstandorten vorhalten.

Infrastruktur für Lehre und Forschung

Um bedarfsgerechte Flächen für moderne Lehre und exzellente Forschung bereitzustellen, sollen die bestehenden Campus-Standorte der Hochschulen im Land Bremen durch Sanierungen und strategische Neubauten weiterentwickelt werden. Große Herausforderungen bestehen in der Auflösung des Sanierungsstaus an den bremischen Hochschulen und in der klimagerechten Sanierung und Modernisierung der Gebäudeinfrastruktur.

Die Koalition wird:

- Hörsaal- und Veranstaltungsraumkapazitäten an der Universität Bremen als zentrale Infrastruktur zeitgemäßer Lehre schaffen.
- ein Studierenden Service Centers (SSC) auf dem Campus der Universität Bremen planen,
- die Sporthalle an der Universität Bremen neu bauen und die bisherigen Sportstätten nachhaltig umnutzen.
- das Gebäude NW 2 Block A und weitere Gebäude der Universität und der Hochschulen sanieren.
- die Arrondierung der Flächen der Hochschule Bremen (Neustadtswall) vorantreiben und den Neubau des FS-Gebäudes fertigstellen.
- das Campus AirPortLab weiterentwickeln.
- die Standorte der Essensversorgung der Hochschulen sanieren.
- einen attraktiven Campus Bremerhaven schaffen.
- einen weiteren Fallturm nach dem Modell des GraviTowerPro prüfen.

In Bremerhaven soll ein Maritimes Wissenschaftszentrum die Netzwerke aus Wissenschaft, Hochschule und Forschung auf eine neue Basis stellen und damit Synergiepotentiale und Mehrwerte für die einzelnen Einrichtungen, die Wirtschaft und die marine und maritime Wissenschaftsgemeinschaft heben. Dafür wollen wir mit der Stadt Bremerhaven in Verbindung mit der weiteren Entwicklung des Werftquartiers ein Konzept für das Maritimes Wissenschaftszentrum Bremerhaven erarbeiten.

Für die Bewältigung der bestehenden Herausforderungen soll ein breites Spektrum an Finanzierungsquellen genutzt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass im Rahmen der energetischen Sanierungen auch dringend erforderlichen Anpassungen an geänderte Anforderungen und Entwicklungen in Lehre und Forschung wirtschaftlich sinnvoll mit umgesetzt werden. Bei Bau- und Sanierungsvorhaben werden wir weiterhin versiegelte Flächen möglichst minimieren und umfangreiche Grünflächen schaffen.

Vor dem Hintergrund der erheblichen Herausforderungen des Klimaschutzes suchen die Länder die finanzielle Unterstützung des Bundes im Hochschulbau. Das Land Bremen wird sich über die GWK dafür einsetzen, dass der Bund seinen Verpflichtungen und seiner Verantwortung im Forschungsbau nachkommt und sich hälftig an den Baukostensteigerungen beteiligt.

Auch für die außeruniversitären Forschungsinstitute stellt eine zeitgemäße, moderne und energieeffiziente Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für exzellente Forschung dar. Bereits begonnene Maßnahmen sollen dafür zügig weiter umgesetzt werden.

Bei allen Neubau- und Sanierungsvorhaben werden die Anforderungen an barrierefreies Bauen konsequent berücksichtigt.

Die Koalition wird:

- mit der Stadt Bremerhaven ein Konzept für das Maritime Wissenschaftszentrum Bremerhaven, welches im Zuge der Entwicklung des Werftquartiers entstehen könnte, erarbeiten.
- bei Bau- und Sanierungsvorhaben weiterhin versiegelte Flächen möglichst gering halten bzw. minimieren und umfangreiche Grünflächen schaffen.
- sich über die GWK dafür einsetzen, dass der Bund seinen Verpflichtungen und seiner Verantwortung im Forschungsbau nachkommt und sich hälftig an den Baukostensteigerungen beteiligt.
- bereits begonnene Maßnahmen wie den Neubau des Zentrums für Tiefseeforschung (ZFT), den Neubau des Leibniz-Zentrums für Marine Tropenforschung (ZMT) und die Erweiterung des Leibniz-Instituts für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) zügig weiter umsetzen.
- bei allen Neubau- und Sanierungsvorhaben die Anforderungen an barrierefreies Bauen konsequent berücksichtigen.

Wissenschaft in der Bremer Innenstadt

Die bereits in der vergangenen Legislaturperiode unternommenen Schritte zur Gründung eines zusätzlichen Standortes der Universität in der Innenstadt durch Anmietung der Immobilie am Domshof sollen unter Einbindung aller Statusgruppen weitergeführt und vervollständigt werden. Zur weiteren Vernetzung der Wissenschaft mit der Stadtgesellschaft soll die Etablierung weiterer wissenschaftlicher, hochschulübergreifender und öffentlichkeitswirksamer Einrichtungen in der Innenstadt geprüft werden. Die bereits bestehenden Strukturen des Gesundheitscampus am Brill werden hier einbezogen.

Mit dem Umzug eines Teilbereichs an den Domshof leistet die Universität Bremen einen wichtigen Beitrag zur Belebung und Weiterentwicklung der Innenstadt. Für die Finanzierung des Teilumzugs, der auch aus Sicht der Stadtentwicklung eine hohe Relevanz hat, werden wir die erforderlichen Mittel zusätzlich im Wissenschaftshaushalt zur Verfügung stellen.

Die Koalition wird:

- die bereits in der vergangenen Legislaturperiode unternommenen Schritte zur Gründung eines zusätzlichen Standortes der Universität in der Innenstadt durch Anmietung der Immobilie am Domshof unter Einbindung aller Statusgruppen weiterführen und vervollständigen.
- dafür einen ausreichend großen Hörsaal für die Rechtswissenschaften schaffen; hierfür werden verschiedene vorhandene Alternativen geprüft.
- zur weiteren Vernetzung der Wissenschaft mit der Stadtgesellschaft die Etablierung weiterer wissenschaftlicher, hochschulübergreifender und öffentlichkeitswirksamer Einrichtungen in der Innenstadt prüfen, auch unter Einbezug der bestehenden Strukturen des Gesundheitscampus am Brill.
- für die Finanzierung des Teilumzugs, der auch aus Sicht der Stadtentwicklung eine hohe Relevanz hat, die erforderlichen Mittel zusätzlich im Wissenschaftshaushalt zur Verfügung stellen.

Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft

Gute und verlässliche Beschäftigungsbedingungen sind Grundlage guter Lehre und Forschung und ein zentraler Standortfaktor im Wettbewerb um Fachkräfte. Hierfür werden wir im Personalrecht und Beamtenrecht die notwendigen Rahmenbedingungen weiterentwickeln und haben das erklärte Ziel, auch in der Wissenschaft gute Arbeitsverhältnisse zu fördern.

Die Entfristungsquote bei den aus Landesmitteln finanzierten Stellen an den Hochschulen konnten wir erfolgreich steigern, auch dank der dauerhaften Bundesförderung aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre und den rechtlichen Instrumenten aus der Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes im Jahr 2018 („Tenure-Track-Prinzip auch im Mittelbau“). Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Unser Ziel ist es, für Stellen mit überwiegenden Daueraufgaben unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Die Koalition wird:

- im Personalrecht und Beamtenrecht die notwendigen Rahmenbedingungen für gute und verlässliche Beschäftigungsbedingungen in Lehre und Forschung weiterentwickeln.
- den Rahmenkodex für gute Beschäftigung an den bremischen Hochschulen fortführen und die Empfehlungen aus seiner Evaluation umsetzen.
- Berufungsmodelle für innovative Kooperationsprofessuren gesetzlich verankern.
- die Entfristungsquote bei den aus Landesmitteln finanzierten Stellen an den Hochschulen weiter anheben.
- den Tenure-Track für junge Wissenschaftler*innen weiter stärken, damit sie im Anschluss an die Promotion schnell eine Perspektive erhalten, ob sich für sie eine langfristige Karriereoption in der Wissenschaft ergibt.
- sicherstellen, dass die sozial- und inklusionspolitischen Komponenten des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) an den Hochschulen des Landes Bremen den Regelfall bilden.
- sich im Zuge der Reform des WissZeitVG dafür einsetzen, dass insbesondere die Zuwendungen und Drittmittel des Bundes sowohl zur Finanzierung der sozialpolitischen Verlängerungstatbestände nutzbar sind, als auch zur Refinanzierung von unbefristeten Stellen zur Verfügung stehen, damit auch Beschäftigte mit Projektaufgaben in der Forschung eine langfristige Perspektive erhalten.
- prüfen, welche Möglichkeiten es für die Hochschulen gibt, Beschäftigte in regelmäßig wiederbewilligten Drittmittelprojekten zu entfristen; zu diesem Zweck schauen wir uns *best-practice*-Beispiele aus anderen Bundesländern an und prüfen, ob sich aus diesen Vorbildern Elemente auch in Bremen umsetzen lassen.
- sich dafür einsetzen, dass befristete Verträge in der Wissenschaft (unabhängig vom Befristungsgrund) bei in Anspruch genommener Mutterschutz- oder Elternzeit automatisch um diese Dauer verlängert werden und sie zweitens darüber hinaus auf Antrag um bis zu zwei Jahre verlängert werden, wenn ein oder mehrere Kinder unter 18 oder zu pflegende Angehörige im eigenen Haushalt betreut werden, und sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dies auch in Förderrichtlinien und -zeiträumen bei Drittmittelgeldern umfassend berücksichtigt wird.
- die letztmals 2019 angepassten Vergütungssätze für Lehraufträge an den Hochschulen angesichts der erheblichen Inflation erhöhen.
- dabei sicherstellen, dass vergleichbare Lehraufträge sowohl an einzelnen Hochschulen als auch zwischen den Hochschulen im Land Bremen in gleicher Höhe vergütet werden.
- weiterhin von den Hochschulen erwarten, regelmäßig die Vergabe von Lehraufträgen an ihren Institutionen zu überprüfen mit dem Ziel, Lehraufträge auf ein Mindestmaß zu begrenzen und keine Regelaufgaben damit abzudecken.
- an der Hochschule für Künste, an der Hochschule Bremen und an der Hochschule Bremerhaven das Promotionsrecht für forschungsstarke Bereiche verankern.
- sich in der Tarifgemeinschaft der Länder aktiv dafür einsetzen, dass zügig Verhandlungen für einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte aufgenommen werden.

Hochschuldemokratie

Die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Statusgruppen an den Hochschulen wollen wir stärken und werden hierzu prüfen, welche Möglichkeit sich aus dem anstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Thüringer Modell ergeben.

Die Koalition wird:

- sobald das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zum Thüringer Modell der viertelparitätischen Gremiensetzung von Hochschulgremien gesprochen hat, den Diskussionsprozess mit den Interessensvertretungen an den Hochschulen starten, welche Möglichkeiten zur demokratischen Weiterentwicklung sich aus dem Urteil für das Bremische Hochschulgesetz ergeben.

Zivilklausel

Die Koalition wird:

- an der Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz festhalten.

Tierschutz

Mit der Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode haben wir einen wesentlichen Schritt vollzogen, um den Einsatz von Tierversuchen in der Lehre auf ein Minimum zu begrenzen, ohne in die Freiheit der Wissenschaft einzugreifen. Eventuelle Neuanträge auf Tierversuche in der Forschung in den kommenden Jahren werden vor dem Hintergrund einer geänderten Rechtslage auf Europa- bzw. Bundesebene kritisch mit dem Ziel geprüft, das neue Recht zum Wohle der Tiere konsequent anzuwenden.

Die Koalition wird:

- vor künftigen Entscheidungen über Anträge auf Tierversuche an Primaten den veränderten Stand des Tierschutzrechts, Entwicklungen in der wissenschaftlichen Forschung und Fortschritte bei Alternativmethoden berücksichtigen.
- dem erheblichen Leidensdruck der Versuchstiere angemessenes Gewicht in der Abwägung geben.
- kritisch abwägen, ob die bisherigen und noch zu erzielenden wissenschaftlichen Ergebnisse zur Rechtfertigung invasiver Tierversuche an Primaten noch ausreichen.

Gleichstellung und Diversität

Bremische Hochschulen stehen im Bundesvergleich in vielen Gleichstellungskategorien gut bis sehr gut da. Große Herausforderungen bestehen jedoch fort. Für die Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung und die Erreichung der Gleichstellungsziele des Wissenschaftsplans wollen wir die vorhandenen Instrumente weiter entschlossen nutzen. Vielfalt bietet Potential, dieses wollen wir am Standort Bremen weiter und stärker sichtbar machen.

Die Koalition wird:

- für die Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung und die Erreichung der Gleichstellungsziele des Wissenschaftsplans vorhandene Instrumente (z.B. das Professorinnenprogramm IV) weiter nutzen.
- in der Fortführung des Wissenschaftsplans konkrete und ambitionierte Gleichstellungsziele langfristig verankern.
- die Bremer Genderoffensive Hochschulen weiter umsetzen.
- die ersten Zwischenergebnisse aus der Studie zum Gender Pay Gap im Jahr 2024 für die Entwicklung und Umsetzung konkreter Maßnahmen zur weiteren Schließung des Gender Pay Gaps nutzen.
- Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen, gendersensible Personalpolitik und -rekrutierung unterstützen und Diversity-Kategorien stärker in die Entwicklung der Hochschulen einbeziehen.

Wissenschaft und Gesellschaft

Die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit ist ohne den Beitrag der Wissenschaft nicht möglich. Wir werden den Standort Bremen daher insbesondere in den folgenden Bereichen weiter profilieren.

Die Koalition wird:

- das Land Bremen als „den“ Standort der Klimaforschung weiter profilieren.
- die Nachhaltigkeit der Hochschulen durch Mobilitätsangebote, konsequente energetische Sanierung, ressourcenschonenden Betrieb der Liegenschaften sowie nachhaltige Beschaffung und Verwaltung stärken.
- die Bedeutung der Energie- und Wasserstoffforschung weiter stärken, um u.a. den Folgen der Ener-

giekrise entgegenzuwirken.

- den Gesundheitscampus zum Erfolg führen. Als Gemeinschaftsprojekt von Wissenschaft, Gesundheit, Wirtschaft und Soziales bietet er Mehrwerte für Wissenstransfer und –kommunikation, für die Absicherung des Fachkräftebedarfs durch für attraktive Studienangebote und Karriereoptionen (Durchlässigkeit).
- die sozialwissenschaftliche Forschung als Garant für eine wissenschaftlich fundierte Begleitung von gesellschaftlichen Herausforderungen und Transformationsprozessen weiter stärken (gesellschaftlicher Zusammenhalt, Teilhabe, globaler Süden).

Kultur

Bremen und Bremerhaven haben sich mehr und mehr zu Städten mit kultureller und künstlerischer Ausstrahlung entwickelt und bieten eine Vielzahl an qualitativ hochwertigen Angeboten, die stets auch einen niedrighschwelligen Zugang für interessierte Bürger*innen ermöglichen. Sowohl die etablierten Einrichtungen als auch die Freie und die Junge Szene/Subkultur decken in ihrer Vielfalt alle künstlerischen Sparten in ihrer Breite ab. Diese höchst erfolgreiche Arbeit leisten viele Kreative, die dafür unsere Wertschätzung verdienen. Konkret bildet sich dies in der Sicherung der Kunstfreiheit ebenso ab wie in der Förderung künstlerischer Arbeit.

Für Kultureinrichtungen gilt, dass sie Planungssicherheit benötigen. Wir halten damit auch weiterhin an unserem Grundsatz der verlässlichen und institutionellen Förderung fest. Besonderes Augenmerk liegt in dieser Legislaturperiode auf dem jetzt erreichten Kulturbestand und auf der Unterstützung der bestehenden und bereits auf den Weg gebrachten Initiativen, um deren zukunftsgerechte Weiterentwicklung zu ermöglichen. Dabei spielt die interdisziplinäre Arbeit der Sparten eine wichtige Rolle, wie beispielsweise die Zusammenarbeit der freien Künste mit den Bremer Philharmonikern und weiteren kulturellen Akteur*innen im Tabakquartier. Wir stellen fest, dass sich in Bremen auch etablierte Kultureinrichtungen programmatisch immer wieder neu erfinden. Ein herausragendes Beispiel dafür ist das Theater Bremen.

Stellvertretend für viele freie Einrichtungen steht auch die traditionsreiche Kunsthalle, die mit ihrer innovativen Programmgestaltung beweist, dass ein 200-jähriges Bestehen auch die Zukunft fest im Blick hat. Überdies wirkt die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen positiv als Botschafterin unserer Stadt, ebenso wie die Shakespeare Company, die mit den „*Sommer Summarum*“ einen großen Beitrag geleistet hat, Menschen in Pandemie umsonst und draußen den Besuch von Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Auch Einrichtungen der Soziokultur, wie das Lagerhaus, der Schlachthof und die Bürgerhäuser haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie am Puls der Zeit arbeiten. Für diese Einrichtungen ist Integration gelebte Realität, ebenso wie in der Stadtbibliothek, der Volkshochschule und der Musikschule.

Gerade in den vergangenen Jahren ist es gelungen, neue kulturelle Akzente zu setzen und die Existenzsicherung für Kulturschaffende zu gewährleisten. Diesen Weg wollen wir gemeinsam fortsetzen. In der Pandemie hat sich gezeigt, dass insbesondere Menschen, die in der freien Szene arbeiten, wirtschaftlich bedroht und oftmals unter prekären Bedingungen tätig sind. Um diese Gefährdung abzuwenden, haben wir neue Förderinstrumente erprobt, die wir nun fest verankern wollen. Zudem wollen wir bewährte Methoden der Förderung fortsetzen.

Existenzsicherung und Erneuerung im Bestand

Bremen verfügt über ein attraktives und innovatives Kulturangebot an Museen, Theatern, Orchestern, Einrichtungen der freien Szene, kulturellen Bildungsstätten, soziokulturellen Zentren, Clubs und Festivals und vieles mehr. Durch die anhaltenden Krisensituationen (Corona, Ukraine-Krieg, Energiekosten-

steigerungen, Inflation) ist für die Kultureinrichtungen jedoch eine höchst problematische Lage entstanden. Daher gilt es vorrangig, die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite zu sichern, sie für ihre Weiterentwicklung zu erhalten und auch in Zukunft eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Koalition wird:

- bereits begonnene Projekte – im Bereich der Projektmittel ebenso wie bei der Etablierung kultureller Einrichtungen – und konkret geplante notwendige Investitionsmaßnahmen wie z.B. Focke-Museum, Staatsarchiv, Theater Bremen fortsetzen und die benötigten Mittel zur Verfügung stellen.
- im Sinne der Einrichtungen und Akteur*innen den nachweislich dringend benötigten Inflationsausgleich, die Tarifierungen, der anstehende Generationenwechsel unter schwierigen Bedingungen, die Mindestlohnanpassung, die schrittweise Überwindung prekärer Beschäftigung und die flächendeckende Einführung der verabredeten Honoraruntergrenzen weiter unterstützen.
- das bisherige Stellengefüge bzw. die Stellenhonorierung überprüfen. Bremen hat sich zur fairen Bezahlung in der Kultur bekannt. Dies gilt in den Einrichtungen, aber dazu gehört auch die Zahlung von angemessenen Künstler*innen-Honoraren in der Kultur und die schrittweise weitere Etablierung von Ausstellungshonoraren bildender Künstler*innen.
- sich auf Bundesebene der von Berlin geplanten Bundesratsinitiative zur Schaffung einer Grundrente der Künstlersozialkasse (KSK) sowie der Unterstützung von Künstler*innen für beschäftigungslose Zeiten vorzugsweise aus der KSK anschließen.
- das Zentrum für Kunst als zentralen Baustein der Sicherung der freien Szene stärken und mit der Szene fortentwickeln. Das Zentrum für Kunst bietet im Tabakquartier ein hervorragendes und weitläufiges Angebot an die freie Kulturszene, die dort Räume für Ateliers, Proben, Aufführungen, Konzerte und vieles mehr für ihre professionelle Weiterentwicklung und Sichtbarkeit in Bremen zur Verfügung gestellt bekommt.
- die regelmäßige erforderliche Kofinanzierung über einen Matching-Fonds sicherstellen. Die Bremer Kulturszene hat bewiesen, dass sie in sehr bemerkenswerter Weise in der Lage ist, Mittel aus überregionalen Förderflächen, vom Bund, der EU oder aus privatem Sponsoring nach Bremen zu holen, um neue Formate zu entwickeln und anzubieten.
- die Förderung der Freien Szene weiterhin auf dem erreichten hohen Niveau sichern und stufenweise noch verbessern. Auch die Förderung der Jungen Szene und Subkultur werden wir weiterhin sicherstellen.
- ein spartenübergreifendes Stipendienprogramm fest etablieren und finanzieren, um dauerhaft hochkarätige Künstler*innen vor Ort unterstützen zu können.
- die Verbände der freien Künstler*innen, zu denen wir auch den Clubverstärker zählen, weiter stärken und unterstützen. Sie übernehmen in Bremen wie auch anderswo öffentliche Beratungsaufgaben insbesondere über Antragstellungen, Honorare, Förderprogramme und Drittmittel. Um dies auch in Zukunft professionell leisten zu können.
- die kulturellen Einrichtungen im Land Bremen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen.

Kulturelle Teilhabe

Die Koalition wird:

- das Bremer Kulturticket bekannter machen und so mehr Menschen ermöglichen, es zu nutzen und am kulturellen Leben teilzuhaben. Wir werden das Angebot in mehreren Sprachen verfügbar machen, eine attraktive Homepage einrichten und die Vernetzung zu den Sozialberatungsstellen verbessern.
- das Angebot des Kulturtickets erweitern und auch den Besuch privater Kultureinrichtungen und popkultureller Konzerte ermöglichen. Hierzu wollen wir mit den Einrichtungen und Veranstaltenden gemeinsam ein Konzept erarbeiten.
- das Studierenden-Kulturticket ausweiten auf Azubis. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit der beteilig-

ten Betriebe und werden Gespräche mit den Kammern führen.

- sukzessive weitere Verbesserungen bei der Barrierefreiheit und der Inklusion im Kulturbereich anstreben. Dies gilt nicht nur für bauliche Maßnahmen für Rollstuhlfahrende, sondern auch Angebote für Seh- und Hörbehinderte. Außerdem prüfen wir den Aufbau eines drittmittelförderfähigen Konzeptes wie des „Kulturschlüssels“ nach Hamburger Modell oder der Bremer Kulturtafel.
- mit Hilfe einer Langzeitstudie zum Besucher*innen-Monitoring in der Kultur eine wissenschaftlich fundierte Datenbasis für die strategische und operative Weiterentwicklung der Kulturlandschaft in Bremen und Bremerhaven schaffen, und um zu erfahren, für welche Menschen wir langfristig unsere Anstrengungen zur Ermöglichung kultureller Teilhabe verstärken müssen. Hierzu werden wir mit dem Ziel einer Zusammenarbeit an das Institut für Kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) in Berlin mit dessen Projekt KulMon herantreten.
- Einrichtungen bei ihrem grundlegenden Paradigmenwechsel weg von der Problemorientierung früherer Gleichberechtigungsstrategien hin zu einem ressourcen- und kompetenzorientierten Ansatz unterstützen, der in der Vielfalt der Fähigkeiten, Sichtweisen, Erfahrungen und Talente vielfältiger Menschen eine wichtige gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Chance sieht. Ein angemessenes Diversity-Management soll im Bereich der Kultur umfassend etabliert werden.

Kulturelle Bildung

Die Koalition wird:

- eine Vereinfachung der Antragsverfahren im Bereich der kulturellen Bildung in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts entwickeln. Die bereits etablierten gemeinsamen Antragsrunden haben sich bewährt. Wir werden prüfen, inwiefern zusätzlich zu den etablierten gemeinsamen Antragsrunden eine zielgerichtete Ressortberatung bei dem jeweils antragsannehmenden Ressort die Verfahren noch effizienter gestalten und synchronisieren könnte.
- Informationen aller Projekte der kulturellen Bildung sammeln und übersichtlich, online, inklusive Suchfunktion, aufbereitet kommunizieren für Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte und weitere Interessierte. So kann die Fülle an Angeboten einfacher genutzt werden.
- für die Kooperation von Schulen mit Akteur*innen der kulturellen Bildung das Programm „Kulturschulen“ etablieren. So kommen Grundschüler*innen niedrigschwellig in Berührung mit Trägern der kulturellen Bildung, Projekten, Kunstkollektiven und einzelnen Künstler*innen.
- für alle Bibliotheksstandorte, in denen es technisch möglich ist, mit Hilfe von Digitalisierungsmitteln die Einführung von „Open Library“ umsetzen. Dadurch stehen die Räumlichkeiten der Bibliotheken und das Angebot an Medien auch an den Abenden und am Wochenende zur Verfügung. Ein neuer Bibliotheks-Bus wird in einem Stadtteil mit großem Bedarf zur Verfügung gestellt. Zusätzliche dezentrale Angebote in den Stadtteilen – beispielsweise der Stadtbibliothek in Blumenthal und in Kattenturm – werden im Rahmen eines Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) auf Realisierbarkeit geprüft. Bei Veränderung der Rechtslage werden wir die Frage der Sonntagsöffnung von Bibliotheken im Land Bremen neu bewerten.
- die Angebote der Volkshochschule über den notwendigen Inflationsausgleich hinaus für die Zukunft absichern. Die VHS bietet einer sehr großen Zahl von Besucher*innen regelmäßig ein dichtes, attraktives Angebot der Kulturellen Bildung in der Innenstadt und in weiteren über die Stadtteile verteilten Standorten.
- die Outreach-Projekte, mit denen die Museen Besucher*innen vor allem in den Stadtteilen ansprechen, die bislang nicht zu den typischen Museumsbesucher*innen zählen, fortsetzen, ausgeweitet und entsprechend finanziell hinterlegen. Als weitere Maßnahme zur Öffnung der Museen wollen wir beispielsweise regelmäßigen eintrittsfreien Tagen ermöglichen.
- das Bürger- und Sozialzentrum Huchting (BuS Huchting) neben sozialen Aufgaben auch als kulturelle Einrichtung fortentwickeln und entsprechend fit machen. Dies setzt eine zusätzliche Unterstützung voraus, die ermöglicht werden soll.

Kulturelle und kulturwirtschaftliche Stadtentwicklung

Angebote in der City

Stärker in den Blick nehmen wollen wir die Netzwerkarbeit mit anderen Fachressorts, um die Entwicklung sowohl der Innenstadt als auch der Stadtteile zu unterstützen. Kultur kann Motor einer attraktiven Stadtentwicklung im weiteren Sinne sein und für den Wirtschaftsstandort Bremen sowohl im Zentrum als auch in den Quartieren eine positive Wirkung entfalten. Dies gilt für die Spiegelung einer diversen Gesellschaft sowie für die Förderung einer jungen und kreativen Szene.

Kulturnutzungen haben in der Stadtentwicklung jedoch häufig keinen einfachen Stand, insbesondere wenn es Nutzungen mit Lärmemissionen sind. Oft sind sie finanziell nicht in der Lage, im Mietniveau städtischer Lagen mitzuhalten. Gleichzeitig birgt der Publikumsverkehr Konfliktpotential. Im Sinne der Charta von Leipzig legen wir ein besonderes Augenmerk auf kulturelle Stadtentwicklung in einer verdichteten Stadt, mit Kulturangeboten für alle Bremer*innen.

Die Koalition wird:

- die Weiterentwicklung und die Verbesserung der Sichtbarkeit der Literaturszene in Bremen als Schwerpunkt verfolgen. Hierfür streben wir den Titel einer „UNESCO - City of Literature“ an und wollen das Stadtmusikanten- und Literaturhaus als einen zentralen Ort im Herzen der Innenstadt etablieren. Wir wollen ein „Zentrum für Exilliteratur“ schaffen und in diesem Zusammenhang ein Stipendienprogramm für Autor*innen in Not einrichten.
- den Güterbahnhof als wichtigen und zentral gelegenen Ort der Bremer Subkultur und freien Szene dauerhaft erhalten. Da die bauliche Substanz derzeit keine ganzjährige Nutzung zulässt, wollen wir energetisch sanieren und Räumlichkeiten ertüchtigen. Außerdem werden wir den Güterbahnhof organisatorisch stärken.
- den Verein „Zentrum für Kollektivkultur“ bei seiner Ansiedlung auf dem ehemaligen Kaffee-Hag-Gelände unterstützen und das Projekt im Falle der Bewährung nach der dreijährigen Testphase verstetigen.
- gemeinsam mit dem Zucker e.V. einen ressortübergreifenden Prozess aufsetzen, der klärt, ob und wie die Umsetzung des Projekts multifunktionales Kulturzentrum Zucker an der Hans-Böckler-Straße gelingen kann.
- mit der Paula-Modersohn-Becker-Stiftung ein Kompetenzzentrum Paula-Modersohn-Becker in der Böttcherstraße schaffen und damit die dort beherbergte städtische Sammlung als Kulturstandort stärken. Das Kompetenzzentrum für die international bekannte Künstlerin Paula Modersohn-Becker ist ein Alleinstellungsmerkmal im touristischen Herzen Bremens und wird positiv zur Innenstadtentwicklung beitragen.
- das Projekt „Focke goes City“ fortsetzen und weiter unterstützen. Es hat sich sehr bewährt, es führt zu einem regen Interesse bei Tourist*innen und Bremer*innen in der Innenstadt.
- die Glocke dabei unterstützen, sich programmatisch in die Stadtgesellschaft zu öffnen und auf diese Weise mehr und diversere Menschen zu erreichen. Die Profilierung der Glocke als hervorragendem Zentrum der Musik soll durch ein Intendanten-Modell gestärkt werden. Besonders in der Zuwendung hin zu einer jüngeren Zielgruppe erkennen wir die zentralen Bedarfe.
- an der Clubförderung für kulturell besonders herausragende Programmreihen festhalten und zur Vergabe eine Jury aus Akteur*innen der Clubszene einsetzen. Für uns sind Clubs Kulturorte.
- die vielen unterschiedlichen Spielstätten der Bremer Musiklandschaft in ihrer Breite und Diversität durch das Bremer Bühnen Budget stärken. So ermuntern und unterstützen wir kleine und mittlere Orte der Musik Konzerte von Musiker*innen und Auftritte von künstlerischen DJs zu veranstalten.
- den Theaterberg möglichst zeitnah und über möglichst weite Teile des Jahres kulturell-gastronomisch nutzen. Kosten und Nutzen einer dauerhaften Bespielung des Theaterbergs in den Wallanlagen prüfen und - bei positivem Ergebnis - die finanziellen Mittel hierfür ggf. bereitstellen. Dieser hat als neuer Spielort in der Innenstadt Akzeptanz sowohl von Kulturakteuren wie Publikum erfahren.

Für eine dauerhafte Bespielung durch verschiedene Akteure (bspw. Theater und Orchester sowie Festivals) bedarf es jedoch des Aufbaus einer Infrastruktur, von der aus allerdings Impulse für eine weitere kulturelle Belebung der Innenstadt ausgehen können.

Angebote in den Stadtteilen

Kultur muss wohnortnah erlebbar sein, um im Leben der Menschen eine größere Rolle zu spielen. Besonders für kulturelle Angebote und ehrenamtliches Engagement unter der Woche sind Entfernungen ein entscheidendes Kriterium. Dabei kommt den Räumen und Orten für Kultur in den Quartieren eine zentrale Bedeutung zu.

Kulturakteure sollen in die Lage versetzt werden, ein bezahlbares kulturelles Programm für die ganze Breite der Gesellschaft anzubieten, dazu braucht es Angebote an Ateliers, Proben-, Aufführungsräume und Stadtteilprojekte, für Kinder, Jugendliche, junge Menschen und für die immer diverser werdende Gesellschaft in den Stadtteilen.

Die Koalition wird:

- die bekannten und attraktiven kulturellen Festivals in der Innenstadt und den Stadtteilen, wie beispielsweise das Musikfest, die Breminale, LaStrada, SummerSounds, Live in Bremen, Tanz Bremen, Globale, wie auch die anderen Literatur- und Filmfestivals erhalten und sie finanziell unterstützen, damit sie auch für die Zukunft gut aufgestellt sind.
- das von der Bürgerschaft und dem Senat beschlossene Programm zur Ausweisung von Freiflächen für Graffiti-Kunst und zugleich zur Bekämpfung illegaler Schmierereien an den Kunstwerken im öffentlichen Raum umsetzen und finanziell sowie personell hinterlegen. In diesem Kontext wollen wir mit einem Festival für urbane Fassadenkunst und Installationen im öffentlichen Raum Bremen und Bremerhaven dauerhaft ansprechender gestalten und urbane Kunst offen präsentieren. In Kooperation mit öffentlichen und privaten Eigentümern sollen Flächen und Orte dafür zur Verfügung gestellt werden.
- in Zusammenarbeit mit Veranstalter*innen und weiteren Akteur*innen weiter daran arbeiten, jegliche Art von Diskriminierung und Sexismus zurückzudrängen. Deshalb prüfen wir auch, dies bei der Genehmigung von Sicherheitskonzepten von Großveranstaltungen verbindlich zu machen.
- Initiativen aus der Szene bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie finanziell unterstützen, um dem Mangel an Proberäumen für Bands zu begegnen.
- klären, ob und wie sich Schulgebäude für kulturelle Aktivitäten eignen in den Zeiten, in denen sie sonst ungenutzt wären.

Kulturelle Stadtentwicklung

Die Koalition wird:

- ein Kulturkataster erstellen, das Kulturorte sichtbar machen soll, insbesondere für die Stadtplanung und bebauungsrechtliche Prozesse, damit sie mitgedacht werden können, anstatt verdrängt zu werden. Kulturelle Nutzungen sind oft von Verdrängung bedroht und insofern besonders schutzbedürftig in der Stadtentwicklung. Mit dem Kulturkataster und mit der Fortführung des Kulturflächenentwicklungsprogramms werden wir in Kooperation mit anderen Ressorts, Kulturorte und kulturelle Nutzungen, inklusive Clubs, schützen. Die Daten des Katasters wollen wir in ein umfassendes vernetztes onlinebasiertes Kulturportal mit Veranstaltungskalender, Einrichtungspräsentation und Kartentool zur besseren regionalen und überregionalen Sichtbarkeit der gesamten Kulturszene einfließen lassen. Wir halten fest am *Agent-of-Change*-Prinzip und werden es wirkungsvoll in den Verfahren der Stadtentwicklung etablieren.
- einen Kulturflächenpachtzins für bebaute und nicht-bebaute Flächen einführen, ähnlich denen für Sportnutzungen und Kleingärten. Dadurch wird eine rechtliche Möglichkeit geschaffen, Zwischennutzungen rechtssicher und ohne eine erhebliche Steigerung ihrer Miete, in dauerhafte Nutzungen zu

überführen.

- ein gemeinsam genutztes, dauerhaftes, für mehrtägige Veranstaltungen nutzbares Festivalgelände einrichten und hierzu verschiedene Möglichkeiten prüfen, u.a. das Gelände der ehemaligen JVA im Blockland.
- dort wo kulturelle Zwischennutzungen erfolgreich sind, auch weiterhin daran arbeiten sie zu verstetigen. Dort wo Zwischennutzungen enden, unterstützen wir die Projekte bei der Suche nach neuen Standorten. Kulturelle Zwischennutzungen haben sich als Instrument der Stadtentwicklung und zur Schaffung temporärer kultureller Räume bewährt.
- die Zwischenzeitzentrale (ZZZ) stärken, so dass sie baurechtlich vorlageberechtigt ist.
- die bereits erarbeiteten Maßnahmen des Programms „Bremen jung und kreativ“ umsetzen. Durch Zurverfügungstellung von Flächen sowie deren bauliche und emissionsschutzrechtliche Ertüchtigung soll die Kulturszene bei ihren Veranstaltungen unterstützt werden. Einen besonderen Bedarf sehen wir bei Flächen, die auch für nächtliche Musikveranstaltungen geeignet sind.
- eine sog. „Materialversammlung“ als Materialpool nach dem Vorbild der Hanseatischen Materialverwaltung in Hamburg entwickeln und dauerhaft zum synergetischen Nutzen aller etablieren; ebenso eine gemeinsam nutzbare Werkstatt für die Kulturszene, in der neben der Produktion von Bühnenbildern und Dekoration auch Workshops stattfinden können.
- den bewährten offenen Austausch im Rahmen der „Denkzellen“ fortführen.
- in 2024 den bereits beschlossenen Schallschutzfonds umsetzen, um in einer verdichteten Stadt Konflikte zwischen Wohnbebauung und Kulturnutzungen zu verhindern.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Clubs als „Anlagen für kulturelle Zwecke“ in die Bau-nutzungsverordnung aufgenommen werden und dafür, dass Kulturnutzungen zukünftig, wie auch Sporteinrichtungen, nicht nur im Ausnahmefall, sondern im Regelfall in Gewerbegebieten zulässig sind. Wir unterstützen die Einführung einer Experimentierklausel Lärmschutz, orientieren uns dabei am Vorschlag der Bauminister*innenkonferenz und werden das Instrument anwenden. Außerdem befürworten wir eine Novellierung der TA-Lärm und werden uns gemeinsam mit anderen Ländern auf Bundesebene dafür einsetzen, damit „Kulturlärm“ genauso privilegiert wird wie Sportlärm.
- gemeinsam mit der Beirätekonferenz erörtern, wie aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung in den Beiratsgebieten geeignete Flächen für Freiluftpartys zur Verfügung gestellt werden können und somit die Ballung auf einzelne Stadtteile vermieden werden kann. Um Schallkonflikten vorzubeugen oder sie zu lösen, werden wir den Veranstaltenden ausleihbare Pegelmessgeräte mit Protokoll-Funktion zur Verfügung stellen. Die Stadt profitiert erheblich vom ehrenamtlichen kulturellen Engagement der Freiluftparty-Szene. Jedoch stehen immer weniger Flächen zur Verfügung, mit immer höheren Auflagen.

Erinnerungskultur und Antidiskriminierung

Kultur antizipiert und reflektiert auch immer gesellschaftspolitische Prozesse. Diese finden im aktuellen Kontext nachhaltiger und emanzipatorischer Produktionsprozesse statt. Eine zentrale Herausforderung ist im Sinne einer verantwortungsvollen Erinnerungsarbeit der Umgang mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und Kolonialismus. Die Befassung dieser Themen wird immer auch in fachöffentlichen Foren stattfinden und u.a. dort mit der Kulturszene reflektiert werden.

Die Koalition wird:

- die Kunst im öffentlichen Raum stärken und durch weitere Mittel unterstützen. Die Kunst im öffentlichen Raum verknüpft sich immer mehr mit aktuellen Themen der Erinnerungskultur. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass sich zunehmend diverse Initiativen, engagierte Menschen und die interessierte Stadtbevölkerung intensiv mit neuralgischen Orten in Bremen auseinandersetzt, die im weitesten Sinne mit komplexen Themen wie Kolonialismus, NS-Unrecht, Kriegs- und Gewaltverbrechen zu tun haben. Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Orten führt häufig auch dazu, diese Orte künstlerisch neu gerahmt, gestaltet und kommentiert sehen zu wollen.

- die an der Reitbrake in akribischer archäologischer Untersuchung geborgenen menschlichen Überreste der dort bestatteten, in Bremen zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangenen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, heute vor allem Russische Föderation und Ukraine, würdevoll und mit Zustimmung der genannten Nationen in Osterholz wiederbestatten. Zugleich wollen wir dort in geeigneter Form aller Opfer des Vernichtungskriegs im Osten gedenken. Außerdem wollen wir in räumlicher Nähe der Reitbrake in Oslebshausen an die nationalsozialistischen Verbrechen im Bremer Westen und die zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangene erinnern. Zur konzeptionellen Gestaltung des Gedenkens bzw. der Erinnerung werden wir Expert*innen heranziehen und uns mit den Vertreter*innen der Ukraine und Russland abstimmen.
- queere Geschichte sichtbar machen, indem gemeinsam mit der LGBTIQ*-Community ein Prozess für einen queeren Erinnerungsort in Bremen gestartet wird, um im öffentlichen Raum ein unübersehbares und dauerhaftes Zeichen des Gedenkens und gegen die bis heute fortbestehende Diskriminierung und Ausgrenzung queerer Menschen zu setzen.
- Spuren kolonialer Herrschaft in Bremen sichtbar machen und kontextualisieren. Um die Umbenennung von Straßennamen für Stadtteilbeiräte zu erleichtern, müssen entstehende Kosten durch die öffentliche Hand übernommen werden. Für die Vereinfachung des Verfahrens werden wir eine ressortübergreifende Strategie erstellen.
- die Mittel für die Schwarze Kinderbibliothek verstetigen und mit den notwendigen Mitteln hinterlegen, um das in Deutschland einmalige, national und international viel beachtete Vorhaben weiterführen zu können.

Digitalisierung

Die Digitalisierung schreitet voran, sie soll auch im Bereich der Kultur weiter unterstützt und verbessert werden. Die einzelnen Maßnahmen sollen gestuft und nach Priorität geordnet umgesetzt werden. Beispielhaft zu nennen sind die Digitalisierungsbedarfe im Bereich des Kulturellen Erbes, Kooperationen mit Niedersachsen, die Online-Stellung von Sammlungen, die Schaffung eines vernetzten Kulturportals sowie die Implementierung einer effizienten digitalen Antragstellung für die Kulturförderung im Sinne des Online-Zugangsgesetzes unter Nutzung bereits vorhandener „Einer-für-Alle-Dienste (EfA)“ aus der Länderzusammenarbeit.

Medien

Rundfunk,- Presse- und Meinungsfreiheit sind zentral, um eine aktive und gegenüber ihren Gegnern widerständige Demokratie zu erhalten. Der föderal verfasste öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet neben den privaten Anbietern als Säule der dualen Medienordnung ebenso wie die Presse hierfür unerlässliche Angebote. In diesem Kontext spielt Radio Bremen für die Versorgung der Bürger*innen im Land Bremen wie auch mit seinen bundesweit ausgestrahlten Angeboten innerhalb der ARD eine starke Rolle. Wir stehen zur Eigenständigkeit Radio Bremens und werden die zukunftsste Entwicklung seiner trimedialen Angebote verteidigen. Eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung aus Beiträgen ist essenziell, um den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Mit der Beitragsfinanzierung sind aber auch Verpflichtungen verbunden. Die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft muss sich unter verändernden Rahmenbedingungen immer wieder ihren Nutzer*innen gegenüber öffnen und beweisen – insbesondere durch ein dem Auftrag entsprechendes öffentlich-rechtliches Angebotsprofil und eine möglichst breite, ausgewogene und zeitgemäße, den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Menschen entsprechende Themen- und Angebotsvielfalt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann unabhängiger von Quoten und kommerziellem Druck zur Meinungsbildung, Information, Unterhaltung, Kultur- und Medienvielfalt beitragen und muss sicherstellen, keine Kopie der werbe-

und Abonent*innen-finanzierten privaten Angebote im Netz, Hörfunk und Fernsehen zu bieten.

Aus der Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen erwächst auch Legitimationsdruck nach außen sowie eine soziale Verantwortung nach innen. Zum Erhalt und zur Steigerung der Beitragsakzeptanz ist neben einem guten Programm auch wirtschaftliches Handeln nötig. Hierzu tragen neben effektiven Verwaltungsstrukturen auch angemessene Gehaltsstrukturen im außer- und übertariflichen Bereich bei, die das Personalkostenbudget stabilisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkanstalten für gute Arbeitsbedingungen und Löhne und Möglichkeiten zur Teilzeitführung bei allen Beschäftigten stehen.

Die Beitragsermittlung soll weiterhin unabhängig durch die dafür zuständige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) geschehen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage des Bürgergeldes für die Empfänger*innen der Rundfunkbeitrag zusätzlich voll einbezogen wird. Die durch den 4. Medienänderungsstaatsvertrag geschaffenen Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten der Gremien sollen von diesen konsequent genutzt werden.

Um Radio Bremen weiterhin zukunftsfähig zu halten, werden wir das Radio-Bremen-Gesetz (RBG) weiterentwickeln. Dabei werden wir die Transparenz- und Compliance-Regeln auf ihre Wirksamkeit überprüfen und Vorschläge erneuern, durch welche Maßnahmen die Gremien in ihren Kontrollfunktionen und der Dialog mit dem Publikum gestärkt, der Aspekt der Nachhaltigkeit im RBG verankert, die Gleichstellung behinderter Menschen verbessert sowie Aspekte der interkulturellen Kompetenz und Geschlechtergerechtigkeit fortentwickelt werden können.

Regionaler und lokaler Journalismus ist für das demokratische Gemeinwesen unabdingbar. Dies gilt für Print- ebenso wie für digitale Medienangebote. Das Angebot an Zeitungen in Bremen und Bremerhaven ist in unserem Bundesland wie auch in der Region ein wesentlicher Beitrag zur medialen Teilhabe und unerlässlich für einen Journalismus, der lokal kompetent verankert ist und berufliche Perspektiven für Medienschaffende und Nachwuchskräfte bietet. Zum Erhalt der Vielfalt setzen wir uns auf Bundesebene für eine Presseförderung ein, die die Verlage bei der digitalen Transformation unterstützt.

Wir wollen die Beteiligten am Medienkompetenz-Netzwerk weiter fördern und Aufgaben der Medienbildung von der Kita bis ins hohe Alter in den Ressorts verankern.

Bürger*innenmedien im Land Bremen sind wichtig, sie sollen mit Einrichtungen und Projekten der Kultur, Jugendarbeit, Schulen, Hochschulen, des Sports, der Filmszene und des Journalismus erfolgreich kooperieren und auf der Höhe der Zeit produzieren können. Im Rahmen einer anstehenden Novellierung des Landesmediengesetzes wollen wir prüfen, inwieweit die gesetzten Rahmenbedingungen ausreichend oder welche Modernisierungen sinnvoll sind.

Wir unterstützen Regulierungen, die für mehr Transparenz, Vielfaltssicherung, Diskriminierungsfreiheit, Bekämpfung von Desinformation, Cybergewalt und Hate Speech sorgen sowie die Auffindbarkeit journalistischer Inhalte im Internet verbessern. Netzneutralität ist ein Anliegen, dem wir uns medien- und netzpolitisch weiter verpflichtet sehen.

Bei der europäischen Medienregulierung (EMFA) setzt sich Bremen insbesondere für eine Lösung ein, die die Besonderheiten der staatsfernen Organisation und Aufsicht auf Ebene der Länder und die Vielfalt regionaler und lokaler Berichterstattung sichert.

Die Koalition wird:

- den Erhalt und die trimedialen Entwicklungsmöglichkeiten von Radio Bremen sichern. Radio Bremen ist als Landesrundfunkanstalt der ARD für uns mit seinen Angeboten zentral. Wir stehen zum beitragsfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk und seinem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil,

das keine Kopie werbe- und abofinanzierter Angebote sein darf.

- das Radio-Bremen-Gesetz novellieren, damit Radio Bremen sich auch weiterhin zukunftsfest aufstellen und an die veränderten Rahmenbedingungen, Herausforderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen kann.
- prüfen, inwieweit Anpassungen des Landesmediengesetzes notwendig sind, weil sich auch die Aufgaben der Landesmedienanstalt – etwa aus Regulierungsvorgaben der EU – und die Angebote des Bürger*innenrundfunks weiterentwickeln.
- sich auf Bundesebene zum Erhalt der lokalen und regionalen Pressevielfalt für eine Presseförderung einsetzen, die die Verlage bei der digitalen Transformation unterstützt.
- die Medien- und Informationskompetenz der Auszubildenden im öffentlichen Dienst fördern. Wir wollen dazu ein konkretes Projekt anstoßen, um bei unserem Nachwuchs im öffentlichen Dienst das Interesse an politischen, wirtschaftlichen und lokalen Themen weiter zu fördern.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Freiheiten des Glaubens und der Religionsausübung sowie die Freiheit, nicht zu glauben, sind wichtige Grundsteine unserer pluralen und demokratischen Gesellschaft. Religions- und weltanschauliche Vielfalt mit einem aktiven Gemeindeleben ist ein bedeutender Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Land Bremen.

Wir werden die ungehinderte Ausübung der Religion und die Sicherheit der Gemeinden und Gläubigen konsequent gewährleisten. Wir stellen uns gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus oder andere Formen von Diskriminierung.

Kirchen und Religionsgemeinschaften, christliche, muslimische, jüdische und andere, sowie Weltanschauungsgemeinschaften sind wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, mit denen wir zum Teil vertragliche Vereinbarungen über unsere Zusammenarbeit geschlossen haben. Dieses gute und bewährte Verhältnis werden wir im gegenseitigen Austausch weiterentwickeln und pflegen.

Die Koalitionspartner sind sich angesichts unserer historischen Verantwortung darüber einig, dass zur Sicherung des jüdischen Lebens in Bremen die Jüdischen Gemeinden im Lande Bremen auch zukünftig der besonderen Unterstützung bedürfen. Wir werden die vielfältigen jüdischen Initiativen im Land Bremen unterstützen und die Einrichtung eines/r Antisemitismus-Beauftragten prüfen.

Die Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaften als Körperschaft öffentlichen Rechts werden wir, sofern ein Antrag vorliegt, mit den entsprechenden Verfahren zügig prüfen. Für die inzwischen knappen Flächen für muslimische Bestattungen werden wir mit den Vertragspartnern Lösungen erarbeiten.

Bau, Wohnen, Stadtentwicklung

Leitbilder und Ziele der Stadtentwicklung

Kurze Wege machen das Leben leichter, die Großstadt attraktiver, schonen das Klima und die Infrastruktur. Das ist daher Leitbild unserer Stadtentwicklungspolitik. Indem wir es in den relevanten Fachplanungen verankern, kommen wir Stück für Stück dem langfristigen Ziel näher, dass alle Menschen in Bremen die täglich benötigte soziale Infrastruktur fußläufig von ihrem Wohnort erreichen können. Zudem richten wir die Bau- und Stadtplanung an den Anforderungen der Klimaanpassung aus und machen das Prinzip der Schwammstadt zu unserem Leitbild. Unser Ziel ist die soziale, klimaschonende Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, hoher Lebensqualität und genug Freiraum für Bürger*innen aller Generationen.

Die Koalition wird:

- die Erreichbarkeit aller relevanten kommunalen sozialen Infrastrukturen wie Einzelhandels-, ÖPNV-, Bildungsstandort-, Kultur-, Spiel-, Sport- und Grünflächenplanung binnen 10 bis 15 Fußminuten zum Maßstab ihrer Planungen machen und auch in der Wohnungsbaukonzeption berücksichtigen.
- die Stadtplanung und Bauprojekte in Bremen nach gendersensiblen, klimaschützenden und sozialen Faktoren ausrichten und spezielle Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen unserer Gesellschaft bewusst mitdenken. Dazu entwickeln wir für Bremen Kriterien feministischer Stadtplanung.
- in der Stadtplanung und Stadtentwicklung die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen. Besonders den öffentlichen Raum wollen wir besser für sie nutzbar machen. Dazu gehört das Schaffen von zusätzlichen attraktiven öffentlichen Aufenthaltsorten, Bewegungsangeboten und Freiräumen, draußen wie drinnen, ohne Konsumpflicht, aber mit der Möglichkeit, auch mal laut sein zu können. Dies beinhaltet auch KiTa-Gelände und Schulhöfe außerhalb der Öffnungszeiten zum Spielen zu öffnen und zusätzlich zum Ausbau von Spielplätzen das Errichten von kleinen Spielgelegenheiten im öffentlichen Raum voranzutreiben.
- das Prinzip der Schwammstadt sowie weitere Klimaanpassungsbelange bei städtebaulichen Planungen, der Bauleitplanung, städtebaulichen Konzepten und Wettbewerbsverfahren frühzeitig und systematisch berücksichtigen und den bestehenden „Klimaanpassungscheck“ anwenden.
- Klimaschutz und Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklung behandeln und in bestehenden Planungsinstrumenten – wie beispielsweise dem Flächennutzungsplan – stärken.
- im Sinne der funktionalen Mischung für brachgefallene Flächen auf eine ausgewogene Konversion setzen, die einen Anteil gewerblicher Flächen bewahrt, um Arbeitsplätze in den Quartieren zu halten. Zudem wollen wir weitere Entwicklungsprojekte nach dem Konzept der „Produktiven Stadt“, wie beispielsweise im Tabakquartier, unterstützen und umsetzen.
- das Ziel verfolgen, langfristig die Hälfte des Mietwohnungsbestands in gemeinwohlorientierte Hand zu legen. Dafür werden wir Wohnungsbestände durch die kommunalen Wohnungsgesellschaften ankaufen, die Neubautätigkeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften steigern, Baugenossenschaften fördern und länger bestehende Genossenschaften beim Wiedereinstieg in die Neubautätigkeit unterstützen. Zu diesem Zweck vereinbaren wir mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Zielgrößen für ihren Wohnungsbestand.
- das Ziel verfolgen, in allen Stadtteilen für ein ausreichendes Angebot an Sozialwohnungen und kommunalen Wohnungen zu sorgen. Dafür erfassen wir für die einzelnen Stadt- und Ortsteile den jeweiligen Bestand und setzen Ziele, an denen wir uns langfristig orientieren und die wir mit geeigneten Instrumenten unterlegen.

Quartiersentwicklung

Die Koalition wird:

- die erfolgreichen Programme zur Stärkung von Quartieren mit besonderen Herausforderungen,

- „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) und „Lebendige Quartiere“, fortführen.
- die Programme „Ältere Menschen im Quartier“ und „Pflege im Quartier“ weiterführen.
 - die Überseestadt in ihrer Wohnqualität stärken, indem wir am Franz-Pieper-Karree eine „Mitte Überseestadt“ mit Nahversorger, Spielflächen und Grünanlagen realisieren, den Großmarkt an seinen Rändern weiter arrondieren, die Überseewiese erhalten und um ein Nachbarschaftszentrum und Wohnen im mittleren Preissegment ergänzen. Wir werden ein Entwicklungskonzept zur Zukunft des Großmarkts unter Einbeziehung des FoodHub erarbeiten. Die Überseeinsel werden wir nach dem Leitbild der Produktiven Stadt als Wohn- und Arbeitsort mit einem attraktiven Umfeld für Familien entwickeln.
 - die Erfolgsstory Tabakquartier fortsetzen, ein Konzept zur Verknüpfung mit dem Stadtteil-Zentrum Woltmershausen erstellen und eine Fuß- und Radbrücke in die Überseestadt planen.
 - in Vegesack bei Realisierung der Neuen Strandlust den Erhalt von Gastronomie und öffentlicher Nutzung sicherstellen. Wir werden die Eigentümerin der Grohner Düne mit allen verfügbaren Mitteln in die Pflicht nehmen, für ein gutes Wohnumfeld zu sorgen, oder die Immobilien als Stadtgemeinde bzw. durch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften selbst erwerben.
 - für Hemelingen, Huchting und Kattenturm jeweils ein attraktives Stadtteilzentrum entwickeln, dazu das Sonderinvestitionsprogramm (IEK) für Kattenturm umsetzen und je eines für Huchting und Hemelingen neu auflegen.
 - die westliche und östliche Bahnhofsvorstadt zu zwei wohnlichen Quartieren Falkenquartier und Rembertiquartier entwickeln. Wir werden insbesondere die innerstädtische Fläche des Rembertikreises zugunsten von Wohnen in städtischer Hand, großzügigen Grün- und Begegnungsflächen sowie attraktiven Fuß- und Radverbindungen ins Ostertor umbauen.
 - im Kontext des Ringschlusses der A281 die Potentiale der Hochstraße prüfen und daraus einen innovativen und attraktiven Vorschlag zur Aufwertung der Bahnhofsvorstadt ableiten.
 - Gröpelingen und Blumenthal aufgrund ihrer besonderen Leistungen für die Gesamtstadt („Ankunftsquartiere“) mit gezielten städtebaulichen Impulsen aufwerten. Wir werden zusätzlich zu Sanierungsgebiet und IEKs der BREBAU die Funktion einer Quartiersentwicklungsgesellschaft übertragen, die nach Vorbild der Tätigkeit der STÄWOG im Bremerhavener Goethe-Viertel mit ersten Pilotprojekten auch kleinere Immobilien in den Quartieren entwickelt und Schrottimmobilen beseitigt. Das im Bremerhavener Goethe-Viertel erfolgreich erprobte Landesprogramm „Bastelhäuser“ werden wir fortsetzen und auf Blumenthal und Gröpelingen ausweiten.
 - die Stadt Bremerhaven bei der Entwicklung des „Werftquartiers“ unterstützen.
 - die Planung für das Neue Hulsberg Viertel an veränderte Anforderungen und Ansprüche anpassen. Die bestehenden Senatsbeschlüsse setzen wir um. Dafür werden wir die Produktliste und die Ausschreibungen anpassen und, wenn erforderlich, Satzung und Beauftragung der GEG entsprechend ändern.

Wohnbauziele

Die Koalition wird:

- erneut Flächen für Wohnbauprojekte im Umfang von mindestens 10.000 Wohneinheiten ausweisen, für die die Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnungsbau noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden sollen. Das Vorgehen ist insofern analog zum Senatsbeschluss „Programm Wohnungsbauperspektiven 2020-23 plus“ vom 08.12.2020. Die in der Anlage des genannten Senatsbeschlusses aufgeführten Wohnungsbauflächen sind weiterhin politischer Konsens. Darüber hinaus überprüfen wir zur Erreichung des genannten Ziels vorrangig alle weiteren Wohnbauflächen im „Bericht zur Flächenbereitstellung ‚Wohnbauflächen in Bremen‘“ (2018 und 2021) sowie die von den Beiräten im Zuge der Erstellung des Stadtentwicklungsplan Wohnen (STEP Wohnen) gewünschten Wohnbauflächen.
- auch in Zukunft für den weiteren Ausbau und eine gute Instandhaltung von Studierendenwohnheimen

4342 sorgen.

4344 **Sozialwohnungen im Neubau und Bestand**

4345 Wir benötigen zusätzliche Sozialwohnungen, deshalb halten wir an der durchschnittlichen 30%- Sozial-
4346 quote bei Neubauten fest. Eine stadtteilgenaue oder projektbezogene Anpassung nach oben und nach
4347 unten je nach Sozialwohnungsbestand ist hierbei denkbar. Um die Ausbauziele für Sozialwohnungen und
4348 eine bessere Verteilung über die Stadtgebiete zu erreichen, werden wir das Ankaufprogramm für Sozial-
4349 bindungen ausweiten und die Sozialquote in begehrten Lagen um ein mittleres Preissegment ergänzen.
4350 Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um Wohnungsbestände zurückzukaufen oder anzukaufen. Bei
4351 der Wohnraumförderung wollen wir auch den Neubau von Objekten mit gemischten Preisniveaus unter
4352 bestimmten Voraussetzungen in die Förderung aufnehmen.

4354 **Die Koalition wird:**

- 4355 • das Ziel verfolgen, in allen Stadtteilen für ein ausreichendes Angebot an Sozialwohnungen und kom-
4356 munalen Wohnungen zu sorgen. Dafür erfassen wir für die einzelnen Stadt- und Ortsteile den jewei-
4357 ligen Bestand und setzen Ziele, an denen wir uns langfristig orientieren und die wir mit geeigneten
4358 Instrumenten unterlegen.
- 4359 • die 30-Prozent-Sozialquote bei Neubauten als Standardanforderung fortführen.
- 4360 • standortangepasst zusätzlich oder ersetzend eine Quote für preisgedämpften Wohnraum ("mittleres
4361 Preissegment") festlegen.
- 4362 • das Instrument der sektoralen Bebauungspläne (Rahmenbebauungspläne) nutzen, um eine Sozial-
4363 quote auch dort zu verankern, wo Um- und Neubau im Rahmen bestehender Bebauungspläne oder
4364 unter Nutzung von § 34a möglich ist.
- 4365 • einen Vorrang sozial orientierter Bestandshalter bei der Vergabe öffentlicher Wohnbauflächen ein-
4366 führen und bei der Schaffung von Baurecht als Empfehlung aufnehmen.
- 4367 • sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die Maßnahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes zu ent-
4368 fristen.

4370 **Schwammstadt**

4372 **Die Koalition wird:**

- 4373 • veranlassen, dass bei Neubauten der Erhalt des lokalen Wasserhaushalts und ausreichend Versicke-
4374 rungs- und Verdunstungsmöglichkeiten für Regenwasser vor Ort beachtet werden. Zudem werden
4375 bei Neu- und Umbauten Maßnahmen zur Kreislaufführung von Wasser gestärkt und die Nutzung von
4376 Betriebs- und Regenwasser gefördert.
- 4377 • verstärkt auf die multifunktionale Nutzung von Flächen setzen. Wir werden dafür „klimafitte“ Stadt-
4378 räume, Wasserplätze und Klimastraßen in den Quartieren umsetzen, die den Anforderungen der
4379 Klimaanpassung gerecht werden, gleichzeitig die Aufenthaltsqualität verbessern und Orte für Be-
4380 gegnung schaffen. Zudem werden Mindestgrünanteile für Quartiere bzw. Stadtteile entwickelt und
4381 entsprechende Zielgrößen für die Grünausstattung festgelegt.
- 4382 • im Sinne der doppelten Innenentwicklung die Neuversiegelung von Flächen im Außenbereich vermei-
4383 den und gleichzeitig auf die Entsiegelung von Flächen setzen. Wir prüfen hierzu die Entsiegelung von
4384 Flächen zu fördern, indem ein Entsiegelungsplan und -fonds eingeführt werden, in den neue Bauvor-
4385 habenträger*innen einzahlen, wenn sie neue Flächen versiegeln, und umgekehrt Entsiegelungen bei
4386 neuen Bauvorhaben daraus gefördert werden. Ebenso sollen Optionen zur Überbauung von Parkplät-
4387 zen, Aufstockung von Häusern und Schließung von Baulücken ermittelt werden.

Förderprogramme

Die Koalition wird:

- eine Anpassung der Einkommensgrenzen für Wohnberechtigungsscheine vornehmen, sodass geförderte Wohnungen wieder für mehr Menschen auch oberhalb des Sozialleistungsbezugs beziehbar sind
- die Modernisierungsförderung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung grundlegend attraktivieren, sodass die kommende große Zahl energetischer Sanierungen mit einer steigenden Zahl an Sozialwohnungen einhergeht. Die Bedingungen der Förderung legen wir auf hohe Inanspruchnahme aus, energetische Anforderungen werden wir neben der Effizienz der Gebäudehülle an der Art der Wärme und wärmebezogenen Stromerzeugung sowie der Nachhaltigkeit der Baustoffe ausrichten. Wir werden Quartiers- und Flottenlösungen ermöglichen.
- die Neubauförderung der sozialen Wohnraumförderung weiter attraktivieren.
- den Bremer Eigenheimzuschuss finanziell absichern. Wir entscheiden gemeinsam nach der Novellierung des GEG, ob es darüber hinausgehender energetischer Anforderungen bedarf. Das Verhältnis von energetischen Anforderungen und Fördersumme muss den sozialen Charakter der Förderung wahren. Anstelle eines im Bund diskutierten Freibetrags von der Grunderwerbsteuer als Länderoption, die eine sozial blinde Förderung „mit der Gießkanne“ wäre, werden wir den Eigenheimzuschuss entsprechend ausweiten und auf eine landesweite Förderung umstellen.
- beim Eigenheimzuschuss auf die Eignung des Programms für Alleinerziehende achten.
- ein Förderprogramm für Umbauten und Umzüge prüfen und eine Wohnungstauschbörse einrichten. Gesetzliche Unterstützung von Wohnungstausch sowie flexiblere Wohnformen und Grundrisse halten wir für geeignete Instrumente. Bremen wird sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, entsprechende Beratungen und Fördertöpfe zu entwickeln und auszubauen. Wir werden prüfen, ob die kommunalen Wohnungsgesellschaften eine aktive Rolle beim Wohnungstausch z.B. im Alter spielen können.
- den Ankauf von Wohnungen im Bestand durch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften flankieren, indem wir das Programm „Stabilisierung von Sozialstrukturen im Mietwohnungsbestand“ wieder auflegen und z. B. aus einem Teil der GEWOBA-Ausschüttung finanzieren.

Mietwohnverhältnisse

Die Koalition wird:

- den für die Stadt Bremen in Vorbereitung befindlichen Mietspiegel einführen und damit die Mietpreisbremse zur Anwendung bringen, Mieter*innen über die neue Möglichkeit aufklären sowie die Ahndung von Mietwucher nach dem Wirtschaftsstrafgesetz reaktivieren.
- sich auf Bundesebene für die Einführung einer Mietermitbestimmung (Mieterträge) einsetzen und bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Bremens hierzu Modellprojekte durchführen und später ausweiten, damit auch Mieter*innen in eigenen Zusammenschlüssen über die Gestaltung ihres Quartiers oder ihrer Wohnanlage mitbestimmen können.
- nach Hamburger Vorbild für Grundsicherungsbeziehende die Kosten für den Mieterverein grundsätzlich übernehmen und dieses Angebot aktiv bewerben.
- die personelle Ausstattung der Wohngeldstelle absichern, perspektivisch die Erstantragsstelle mit der bisherigen Stelle zusammenlegen und die Struktur der Wohngeldstelle so anpassen, dass die Bearbeitung von Wohngeldanträgen deutlich beschleunigt wird. Wir werden prüfen ob die Zuständigkeit, wie für alle kommunal verwalteten Sozialleistungen an das Amt für soziale Dienste übertragen werden soll.
- die quartiersnahe Informationskampagne zum Wohngeld und anderen Leistungen verstetigen, das Wohngeld besser bewerben und sich im Bund dafür einsetzen, die Antragstellung zu erleichtern und digital zu ermöglichen. Dazu gehören auch Abschlagszahlungen.

- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Bund es den Ländern ermöglicht, ein Mietmoratorium in angespannten Wohnungsmärkten einzuführen. Im Falle drohender Energiesperren, Kündigungen und Zwangsräumungen wegen nicht gezahlter Rechnungen, werden bei den städtischen Wohnungsunternehmen für alle kooperationsbereiten Mieter*innen Alternativlösungen gesucht.
- sich gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt einsetzen. Dies geschieht bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften z.B. durch Schulungen zu Diversität und Antidiskriminierung sowie durch eine Prüfung, in welcher Form anonymisierte Wohnungsbewerbungen ermöglicht werden können. Zudem wird ermittelt, ob das Beratungsangebot der Landesantidiskriminierungsstelle für Menschen auf der Wohnungssuche ausreicht und ein Forschungsauftrag zur Analyse diskriminierender Strukturen und Praktiken auf dem Wohnungsmarkt mit daraus resultierenden Handlungsempfehlungen erteilt.
- die Anwendung der Kappungsgrenze auf Bremen-Stadt aufrechterhalten und eine Senkung der Kappungsgrenze umsetzen, wenn dies bundesrechtlich ermöglicht wird.
- das Instrument der Milieuschutzsatzung nutzen, um Mieter*innen vor Verdrängung durch steigende Preise insbesondere aufgrund von Sanierungen besser zu schützen.
- gemeinsam mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften eine preisdämpfende Mietenstrategie verankern.

Besondere Wohnformen und Wohnangebote

Wir wollen Angebote für besondere Wohnformen und Wohnangebote ausweiten, um Menschen bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die Koalition wird:

- weitere Azubi- und Studierenden-Wohnheime sowie offene, auf junge Menschen ausgerichtete Wohnangebote, z.B. in der Innenstadt, im Blumenthaler Zentrum sowie im historischen Gebäudebestand Gröpelingsens schaffen.
- ein Bauprogramm „Lebenslang im Quartier“ auflegen, das die Bedarfe an altersgerechtem, barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnbau in den Quartieren feststellt, dafür Baurecht schafft und mit Wohnraumförderung unterstützt.
- eine passgenaue Vermittlung und Belegung von uneingeschränkt mit dem Rollstuhl zugänglichen sogenannten R-Wohnungen sicherstellen und den Bau weiterer R-Wohnungen in gefragten Lagen gesetzlich einfordern.
- die Etablierung von Mehrgenerationenhäusern und Mehrgenerationenprojekten unterstützen und fördern.
- weiterhin großzügig und flexibel mit ungewöhnlichen Wohnformen umgehen (Bauwagen, Kaisenhäuser, Tiny Houses).

Genossenschaften und Baugemeinschaften

Die Koalition wird:

- in den mittleren und größeren Quartiersentwicklungen der Zukunft Baugenossenschaften und Baugemeinschaften berücksichtigen.
- die Förderkulisse für Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften ausbauen. Für beide Formen sollen zudem im Sinne der sozial orientierten Flächenvergabe ein pauschaler und fester Grundstückswert gelten, der auch unter dem Verkehrswert liegen kann, sowie die Voraussetzungen geschaffen werden, Flächen in Erbpacht zu erwerben.
- zur Unterstützung neuer und kleiner Genossenschaften eine Dachgenossenschaft nach Tübinger Vorbild gründen. Diese übernimmt Gründungs-, Bau- und laufende Verwaltungsaufgaben und hält einen Sozialfonds vor, der die Anteile von Mitgliedern ohne eigenes Vermögen stellvertretend übernimmt,

damit Menschen aus allen ökonomischen Schichten von den stabilisierenden lokalen Unterstützungsstrukturen profitieren können, die genossenschaftliche Hausprojekte bieten.

Baugenehmigungsverfahren

Die Koalition wird:

- Baugenehmigungsverfahren vereinfachen und straffen. Dafür werden wir die Landesbauordnung novellieren, und mindestens folgende Maßnahmen ergreifen:
 - Etablierung referenzieller Baugenehmigungen für typengleiche Bauten.
 - Erleichterung der Umnutzung von Dachgeschossen zu Wohnzwecken sowie von Dachgauben.
 - Integration des Bremischen Solargesetzes und des Begrünungsortsgesetzes in die Landesbauordnung.
 - Einführung des digitalen Bauantrags und Digitalisierung im Baubereich bei Baugenehmigungsverfahren, Bauleitplanverfahren sowie Öffentlichkeitsbeteiligung.
 - Bei behördlichen Nachforderungen im Rahmen der Bauantragsprüfung soll die 12-Wochen-Frist gehemmt und nicht unterbrochen werden. Wir prüfen unter Beteiligung der Beirätekonzferenz, ob für definierte Gruppen von Bauvorhaben mit dem Instrument der Genehmigungsfiktion gearbeitet werden kann.
 - Prüfung der Einführung des „Gebäudetyps E“
- die Bauordnungsbehörde personell verstärken.
- die Bürger*innenfreundlichkeit optimieren, indem Verwaltungsprozesse optimiert und digitalisiert sowie „digitale Behördengänge“ ermöglicht werden.
- Immobilienbestand schützen, indem bei Architekturwettbewerben für städtische Flächen und Immobilien vorhandener Immobilienbestand geprüft und wo immer sinnvoll erhalten und einbezogen wird.
- prüfen, mit welchen Maßnahmen die Zahl der Gebäudeabbrüche verringert werden kann (z.B. Abrissgenehmigungen).

Wohnraumkoordination

Die Koalition wird:

- eine Wohnraumkoordination für Vorhabenträger bei stockenden Bauverfahren einsetzen, die verbindliche, gestufte Schlichtungsverfahren durchführt, welche - wenn sich die Schwierigkeiten nicht im behördeninternen Verfahren auflösen lassen - zu einer Befassung der neu einzurichtenden Senatskommission für Wohnungsbau und Gewerbeimmobilienneubau führen.

Baustandards

Die Koalition wird:

- den „Bremer Standard“ um die unter „Sozialwohnungen“ genannten sozialen Kriterien erweitern, ökologische Kriterien können dabei nicht durch soziale Kriterien ersetzt werden.
- den Bremer Standard Mitte 2025 evaluieren und nach Bedarf weiterentwickeln, um z.B. zu erreichen, dass weniger energieintensiver Beton und Stahl eingesetzt wird, indem die Regelungen zu grauen Emissionen durch einen Grenzwert verbindlich gemacht und Neubauten kreislauffähig konzipiert und gebaut werden.
- eine „Baukultur für zirkuläres Bauen im Bestand“ etablieren. Die Bremer Erklärung wird entsprechend fortgeschrieben bzw. erweitert und die Umsetzung der Konzeptausschreibung sowie eine Schwerpunktsetzung bei Wettbewerben für zirkuläres Bauen im Bestand vorgesehen.
- Umbauten erleichtern, indem wir eine „Umbauordnung“ einführen. Wir unterstützen die schon bestehenden Aktivitäten hierzu und setzen uns auf Bundesebene für die Schaffung von geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in diesem Sinne ein.
- die Auflage eines Förderprogramms für Demonstrativvorhaben zur Umbauordnung prüfen, um das

Know-How bezüglich Umbau und Weiterbau mit vorbenutzter Bausubstanz im Land Bremen zu erweitern.

- die Beteiligung der Beiräte bei neuen Entwicklungsprojekten auch vor Festlegung durch einen *Letter of Intent* sicherstellen.

Problemimmobilien, Wohnungsleerstand und Schrottimmobilien

Wir wollen Zweckentfremdungen, menschenunwürdigen Wohnbedingungen, Leerstand und Schrottimmobilien noch mehr entgegensetzen. Mit einer entsprechenden Taskforce, Änderungen am Wohnraumschutzgesetz sowie der Nutzung des Bau- und Instandsetzungsgebots sichern wir Wohnraum.

Die Koalition wird:

- eine Taskforce Problemimmobilien aus Bau- und Innenbehörde etablieren, die alle Fälle von Problemimmobilien erfasst, ein abgestimmtes Vorgehen koordiniert und damit die Eigentümer*innen wirksam in die Pflicht nimmt.
- die Anwendung des Wohnraumschutzgesetzes gegen unzulässigen Wohnungsleerstand in der Stadt Bremen fortsetzen und evaluieren, ob es weiterer Eingriffsmaßnahmen wie Ersatzvornahmen im Gesetz bedarf.
- nach dem Vorbild in anderen Bundesländern das Bremer Wohnraumschutzgesetz mit einer Treuhänderregelung ergänzen, um leerstehende Immobilien ohne Eingriff in die Eigentumsrechte und ohne hohe Kosten für die Kommunen zeitnah einem Treuhänder übergeben zu können.
- prüfen, das Wohnraumschutzgesetz so zu ändern, dass auch indirekter Leerstand erfasst wird, um potentiellen Wohnraum, der formal noch nicht als solcher gilt, zu sichern und eine Umgehung des Leerstandsverbots zu verhindern.
- das Instrument der Baugebote einsetzen, wo geplante Entwicklungen über einen längeren Zeitraum nicht umgesetzt werden.
- das Instrument des Modernisierungs- und Instandsetzungsgebots dort nutzen, wo Großwohnanlagen Missstände oder Mängel aufweisen.

Öffentliche Flächen, Freiflächen

Öffentliche Flächen können und müssen viele Bedürfnisse erfüllen. Diese Orte der Begegnung, für Freizeitaktivitäten und zur Erholung sollen weiter ausgebaut werden, allen Menschen gut zugänglich sein, möglichst ökologisch gestaltet und sauber gehalten werden.

Die Koalition wird:

- mehr Begegnungsflächen in den Quartieren schaffen, die attraktiv sind, um Menschen zusammenzubringen – etwa durch Spielplätze, Grünoasen, Flächen für Urban Gardening, frei zugängliche Sportflächen, Skateparks oder Fitnessanlagen.
- mehr öffentliche Sitzgelegenheiten mit Tischen schaffen, die das Essen mitgebrachter Speisen, Spiel und Austausch ermöglichen.
- für das Rennbahngelände die Ergebnisse des Werkstattverfahrens „Zukunft Rennbahngelände“ zur Grundlage der Erstellung der Rahmenplanung machen. Auf dem Gelände sollen u.a. eine Multifunktionshalle mit Außenplätzen und Tribünen entstehen.
- sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft Anträge für dauerhafte Außengastronomie auf Parkflächen gestellt werden können und diese wohlwollend geprüft werden.
- gegen die zunehmende Vermüllung vorgehen. In allen Stadtteilen braucht es eine ausreichende Anzahl von gut zugänglichen Mülleimern und regelmäßige Leerungen.
- die personellen Kapazitäten für die Beseitigung illegaler Müllkippen erhöhen. Dies wird zum Teil über eine Erhöhung der Bußgelder gegenfinanziert. Zudem machen wir die Mängelmelder-App bekannter.
- an besonders neuralgischen, immer wieder verschmutzten Orten eine temporäre Videoüberwachung zur Identifizierung der Verursacher*innen prüfen.

- die Regeln für den Einsatz von Werbemitteln im öffentlichen Raum überprüfen.
- obsoletere Nutzungen stärker für den Ausbau der blau-grünen Infrastruktur nutzen.

Bürger*innenfreundliche Infrastruktur

Die Koalition wird:

- die Einrichtung von öffentlichen Trinkwasserbrunnen ausweiten.
- mehr Bänke im öffentlichen Raum schaffen und dafür Sorge tragen, dass abseits von Haltestellen in der Regel keine defensive Architektur bei öffentlichen Bänken zur Anwendung kommt.

Bodenpolitik

Die Koalition wird:

- gezielte öffentliche Flächenankäufe, den Ankauf von stadtentwicklungsrelevanten Immobilien, auch im Gewerbebereich voranzutreiben, um an strategisch bedeutsamen Orten die Stadt im Sinne des Allgemeinwohls zu entwickeln. Zu diesem Zweck wird der BREBAU die Aufgabe solcher strategischen Ankäufe und Entwicklungen übertragen. Die Höhe einer dafür bedarfsgerechten Eigenkapitalerhöhung werden wir ermitteln und sie damit ausstatten. Die Möglichkeit anderer Gesellschaften Grundstücke und Immobilien zu erwerben und zu verkaufen, bleibt davon unberührt.
- die Ressortzuständigkeit für die BREBAU auf das Stadtentwicklungsressort übertragen.
- für die Vergabe öffentlicher Flächen einen gesetzlichen Vorrang für Erbpachtvergabe festschreiben. Ausnahmen davon z.B. für Flächen, die weiterhin verkauft werden dürfen (z.B. an städtische Wohnungsbaugesellschaften, für Eigenheime, bei wenig nachgefragten Flächen, jeweils bei Sicherung von Wieder- und Vorkaufsrechten), werden wir im Gesetz festschreiben. Der Senat legt zudem fest, welche Sondervermögen oder Beteiligungen Bremens auf welchen Flächen als Erbpachtgeber auftreten.
- Verkäufe öffentlicher Flächen grundsätzlich nur noch als Konzeptvergaben durchführen.
- die Spekulation mit und die Unternutzung von Brachflächen bekämpfen, indem wir die Grundsteuer C einführen, sobald ab 2025 die bundesrechtliche Möglichkeit dazu besteht.
- im Sinne einer sozial gerechten Bodennutzung bei größeren Bauprojekten die Planungsgewinne abschöpfen, indem Investoren sich in entsprechender Höhe an den Kosten der Infrastrukturen beteiligen.
- kommunale Vorkaufsrechte aktiv zur Stärkung der Position der Stadt nutzen.
- die Mechanismen der Bodenwertfeststellung daraufhin überprüfen, ob sie im Bereich Wohnbauflächen weniger preistreibend gestaltet werden können und ob sie im gewerblichen Bereich angemessen sind.
- sich im Bund für ein generelles kommunales Vorkaufsrecht für Großwohnanlagen und große Wohnungspakete einsetzen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Vorkaufsrechte generell zum Verkehrswert ausgeübt werden können.
- prüfen, ob und wie in städtebaulichen Verträgen das Element der Teilabtretung zur Anwendung kommen soll.

Innenstadt

Die Innenstadt ist nicht irgendein Ort, sondern prägt das Selbstbewusstsein und die Identität einer Stadtgesellschaft. Sie ist für alle Gruppen der Gesellschaft ein Raum der Kommunikation und Begegnung und seit jeher der Ort für zentrale Funktionen der Stadtgesellschaft. Wir werden den Innenstädten Bremens und Bremerhavens daher besondere Anstrengungen widmen.

Angesichts der Zunahme des Online-Handels und veränderter Ansprüche und Anforderungen stehen Innenstädte vor der Herausforderung, lebendig zu bleiben. Neue, vielfältigere Nutzungen wie Wohnen und Wissenschaft müssen gestärkt und entfaltet werden, um genügend Besuchs- und Aufenthaltsanlässe zu bieten. Der Einzelhandel, der sich gerade erst von krisenbedingten Einbrüchen erholt, profitiert von diesen Maßnahmen und muss in seiner Veränderung weiter unterstützt und begleitet werden.

Bremens Innenstadt bietet bereits heute viele Besuchsanlässe: Sie ist historische Sehenswürdigkeit, touristischer Anziehungspunkt, Arbeitsort, Kulturmittelpunkt, Bummelmeile. Wir werden sie systematisch um mehr Anziehungspunkte ergänzen, etwa in den Bereichen Gastronomie, Wohnen, Kinderspiel, Kultur, Wissenschaft, interessanter und auch mal experimenteller Einzelhandelsangebote – und wir werden sie, die bestehenden und die neuen Anziehungspunkte, durch ein attraktives Netz aus Flanierwegen besser vernetzen. Ebenso werden wir mehr Grün- und Erholungsflächen sowie Stadtgrün schaffen. Dies ist ein essentieller Beitrag zur Klimaanpassung in der Innenstadt und sichert zudem hohe (auch konsumfreie) Aufenthaltsqualität. Unser Ziel ist eine Vielfalt von Orten mit unterschiedlichen Profilen zu entwickeln, für Jung wie Alt, für Bremer Familien wie Tourist*innen, für den kleinen Geldbeutel genauso wie für den großen.

In einer solchen Innenstadt für alle liegt die Anziehungskraft eines zukunftsfesten Stadtzentrums.

Aufenthaltsqualität

Die Koalition wird:

- die Innenstädte durch ein weitläufiges und großzügiges Netz an Fußgängerzonen und einladenden Wegen attraktiv zum Flanieren, Verweilen und Erleben entwickeln. Zudem soll das Stadtbild von einem vielfältigen Nutzungsmix aus Wohnen, Arbeit, Handel, Gastronomie und Handwerk, Kultur- und Bildungsangeboten geprägt sein. Grün- und Erholungsflächen sowie Stadtgrün werden wir ausweiten, im Sinne der Klimaanpassung sowie hoher – auch konsumfreier – Aufenthaltsqualität. So entsteht eine lebendige und vielseitige „Innenstadt für alle“.
- die in der Strategie Centrum Bremen 2030+ identifizierten Maßnahmen sind weiter zu planen und zu finanzieren.
- die Angebote für Kinder und Familien sowie für Jugendliche ausweiten und insbesondere Freiflächen entsprechend gestalten. Wir etablieren einen neuen attraktiven Anziehungspunkt für Spiel und Bewegung, z.B. in Weiterentwicklung der Papenstraße.
- den Wall-Boulevard realisieren und mit komfortablen Querungen, einer Attraktivierung der Museumstraße und des Haltepunkts Schlüsselkorb zu einem ansprechenden Rundlauf entwickeln.
- den Theaterberg über möglichst weite Teile des Jahres kulturell-gastronomisch nutzen. Dabei sind Mobilbauten zulässig.
- bei der Stärkung kultureller Angebote auch die Entfaltung und Ansiedlung kleiner und subkultureller Projekte fördern.

Nutzungsmix

Die Koalition wird:

- das Stadtmusikanten- und Literaturhaus im Kontorhaus als attraktiven neuen Anziehungspunkt für Tourismus und Kultur umsetzen. Wir werden es um ein Zentrum für Exilliteratur ergänzen.
- einen Ausstellungsort für Bremer Spitzenleistungen („Bremer Glanzlichter“) in der Innenstadt entwickeln.
- die Innenstadt als Ort der Arbeit durch weitere attraktive Büroflächen – nach den guten Beispielen im Balgequartier oder in der Wallpassage – stärken.
- die Entwicklung der Karstadt-Immobilie als besonders bedeutsamen Standort weiter unterstützen.

- Wohnen und Wissenschaft in der Innenstadt ansiedeln, um so auch die soziale Zusammensetzung vielfältiger zu machen und eine belebte Innenstadt auch jenseits der Geschäftsöffnungszeiten zu erreichen.
- das Parkhaus Mitte in öffentlichem Eigentum behalten und auch die Nutzung für Wohnen und Wissenschaft prüfen.
- auf eine Architektur achten, die stärker als bisher kleinteilige Erdgeschossnutzungen ermöglicht.
- eine dauerhafte Ansiedlung des erfolgreichen „Made in Bremen“-Kaufhauses in der Innenstadt ermöglichen.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Ländern und Kommunen Instrumente ermöglicht werden, um die Gewerbemieten zu regulieren („Mietpreisbremse für Gewerbe“).
- B- und C-Lagen aufwerten.
- den Bestand an Flächen in öffentlichem Eigentum ausbauen, damit die Stadt als gestaltender Akteur in der Innenstadt wirken kann. Wir werden, wo sinnvoll, Immobilien ankaufen und sowohl für öffentliche Nutzungen verwenden als auch an Private vermieten.
- die Ansiedlungsstrategien gemeinsam mit der WFB weiterentwickeln, Kommunikation, Image sowie Marketing ausweiten und die Veranstaltungsförderungen in der Bremer Innenstadt unterstützen.

Wohnen in der Innenstadt

Die Koalition wird:

- verstärkt für die Nutzung der bestehenden planungsrechtlichen Grundlagen für Innenstadtwohnungen werben und im Dialog mit den Immobilieneigentümern erreichen, dass diese Chancen stärker genutzt werden.
- im Bau- und Planungsrecht konsequent die Spielräume für die Umgestaltung der Innenstadt nutzen, insbesondere um auf die Stärkung des Wohnens hinzuwirken. Erforderlichenfalls werden wir von Standards abweichen, wenn anders kein Wohnen zu realisieren ist. Wir werden zügig etwaige Probleme und offene Fragen beim Innenstadtwohnen lösen, etwa bei der Stellplatzregelung, den Zuwegungen und dem Brandschutz.
- die Sozialwohnungsquote von 30 Prozent umsetzen und preisgedämpften Wohnraum fördern, um auch erschwingliche Wohnungen in der Innenstadt zu ermöglichen
- geeignete Maßnahmen zur Wohnumfeldgestaltung auf den Weg bringen.
- im Zusammenhang mit der Wärmewende den Ausbau einer dekarbonisierten Wärmeversorgung für die Innenstadt auch als Unterstützung des Strukturwandels der im privaten Eigentum befindlichen Innenstadt-Immobilien und Wohnnutzungen nutzen. Dem Nahwärmenetz am Landgericht im Eigentum von Immobilien Bremen soll dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- die Innenstadtentwicklung, wo nötig, auch mithilfe des besonderen Städtebaurechts begleiten, und den Einsatz von Mitteln aus der Städtebauförderung des Bundes prüfen.

Sauberkeit und Sicherheit

Die Koalition wird:

- die Sauberkeit in der Innenstadt deutlich erhöhen: durch verbesserte Reinigungsfrequenzen, ggf. durch Einsatz von Umweltwächter*innen, ebenso wie durch zusätzliche Abfallbehältnisse.
- der Taubenproblematik noch in diesem Jahr sowohl durch mehr Taubenhäuser und Populationskontrolle durch Eiertauch als auch durch ein Taubenfütterungsverbot in deren Umfeld begegnen.
- die Sicherheit durch vermehrte Fußstreifen von Polizei und Ordnungsdienst in der Innenstadt erhöhen.

Domshof

Die Koalition wird zur Belebung des Domshofs:

- auf Grundlage des Städtebaulichen Wettbewerbs eine Stärkung der gastronomischen Funktion des Platzes, mehr Stadtgrün, eine Ausweitung konsumfreier Aufenthaltsmöglichkeiten, nicht zuletzt mit Blick auf Studierende, umsetzen und in diesem Zusammenhang den Open Space evaluieren und ggf. verstetigen.
- eine Attraktivierung des Wochenmarkts durch eine klare Integration in die Gesamtneuaufstellung des Platzes erreichen.
- eine Bündelung des Radverkehrs und eine deutliche Reduktion des Durchgangsradsverkehrs umsetzen.
- das Fahrradparkhaus im Bunker unter dem Domshof umsetzen.

Wissenschaft in die Innenstadt

Die Koalition wird:

- den ersten Teilumzug der Universität in die Innenstadt realisieren und die Weiterentwicklung des Gesundheitscampus in der Innenstadt systematisch vorantreiben.
- aufsetzend auf dem wichtigen ersten Schritt eines neuen Universitätsstandorts im Gebäude der Bremer Landesbank am Domshof zügig die weiteren Entwicklungsschritte (inkl. mögliche Standorte für einen Hörsaal) klären und voranbringen.
- sich für eine starke Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft einsetzen und die soziale Infrastruktur in der Innenstadt für Studierende und alle anderen, die davon profitieren, verbessern. Dazu gehören entsprechende Wohnangebote, Rückzugsräume ohne Konsumzwang sowie eine für junge Leute attraktive Gastronomie auch in den Abendstunden.
- bei der Standortplanung für wissenschaftliche Einrichtungen in der Innenstadt alle Hochschulen berücksichtigen, deren Bedarfe systematisch ermitteln und die Prüfung mehrerer Immobilien durchführen.
- sich dafür einsetzen, dass für Studierende finanzierbarer Wohnraum in der Innenstadt entsteht.

Glocke

Mit ihrer zentralen Lage an der Domsheide weist die Glocke bereits heute ein großes Potenzial zur Belebung der Innenstadt auf. Durch eine Ertüchtigung und Weiterentwicklung kann sich die Glocke von dem bisher oft als verschlossen wahrgenommenen Konzerthaus zu einem offenen und belebten Ort wandeln. Die Koalition unterstützt die Glocke dabei, sich programmatisch in die Stadtgesellschaft zu öffnen und auf diese Weise mehr und diversere Menschen zu erreichen. Besonders in der Zuwendung hin zu einer jüngeren Zielgruppe erkennen wir zentrale Bedarfe. Die Profilierung der Glocke als hervorragendem Zentrum der Musik soll durch ein Intendanten-Modell gestärkt werden. Das Konzerthaus wird so zum Ankerpunkt einer Kulturmeile zwischen Weltkulturerbe und Viertel und stärkt die Verbindung zwischen den kulturellen Schätzen Bremens. Hierfür stehen bis zu 40 Mio. € Bundesmittel bereit, die in gleicher Höhe durch das Land oder aber auch private Sponsoren kofinanziert werden müssten.

Welterbestätte Rathaus

Die Koalition wird:

- ein Welterbe-Zentrum in der Unteren Rathaushalle realisieren. Für die Bewirtschaftung wird gemeinsam mit dem Ratskeller eine Rathaus GmbH eingerichtet und die Einrichtung eines eigenständigen Sondervermögens Rathaus geprüft.

Toiletten

Die Koalition wird:

- in der Innenstadt zusätzliche öffentliche Toilettenanlagen, auch mit Blick auf die Bedarfe des Stadt-tourismus, in Zuständigkeit der Bremer Stadtreinigung (DBS) errichten.

Verkehr und Erreichbarkeit Innenstadt

Die Koalition wird:

- die Innenstadt als Erlebnis- und Aufenthaltsort weiterentwickeln und eine gute Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer gewährleisten. Wir wollen die Stadt für Fußgänger und Radfahrer attraktiver machen und den ÖPNV ausbauen. Wir bekennen uns zu den beschlossenen Maßnahmen des Ver-kehrsentwicklungsplans (VEP). Die prioritär umzusetzenden Maßnahmen werden wir gemeinsam vereinbaren. Dabei werden wir die betroffenen Bürger*innen, Beiräte und die zentralen Innentadtak-teure (City Initiative, lokale Gewerbetreibende, Einzelhandel) einbeziehen.
- mehr Park+Ride-Angebote außerhalb der Innenstadt anbieten.
- das Netz der Spazierwege und Fahrradrouten zwischen dem Zentrum und den umgebenden Wohn-quartieren systematisch ausbauen und dafür den Wesersprung Mitte realisieren.
- eine neue Brücke durch die Wallanlagen planen, um den Wallring und die Uniroute zu verbinden. Bei der Gestaltung der Radführung von und zur Brücke werden wir den Vorrang des Fußverkehrs in den Wallanlagen achten.

Straßenbahnführung und Haltestelle Domsheide

Eine endgültige Entscheidung über die Verlegung der Straßenbahnführung aus der Obernstraße in die Martinistraße ist erst nach Auswertung der beauftragten Machbarkeitsstudie und nach Gesprächen mit dem Bund über eine mögliche Förderung des Projekts möglich. Diese Entscheidung werden wir noch in diesem Jahr treffen und damit den Weg für die endgültige städtebauliche Gestaltung der Martinistraße frei machen.

Bleibt es bei einer Führung der Straßenbahn durch die Obernstraße, werden wir an der Domsheide die Variante 2.3 (geteilte Haltestellen) realisieren. Sollte es zu einer Verlegung der Straßenbahn kommen, ist der Sachverhalt noch einmal neu zu bewerten.

Vor der Glocke werden wir Flüstergleise und Federsysteme zur Lärmreduktion einsetzen.

Parkhäuser Innenstadt

Die Koalition wird:

- ermöglichen, dass das gegenwärtige Parkhaus Mitte der lebendige und nutzungsgemischte Aus-gangspunkt für die Transformation des gesamten Quartiers wird und neue Chancen für Lloydpass-agen, Knochenhauer-, Pelzer- und Carl-Ronning-Straße schafft.
- die Parkhäuser Katharinenklosterhof und Am Dom untersuchen wir ebenfalls auf Potenziale zur Be-lebung der Innenstadt durch eine teilweise oder gänzliche Umnutzung.

Projektbüro Innenstadt

Das Projektbüro Innenstadt hat sich bewährt und soll über die ursprünglich vereinbarten 3 Jahre hinaus fortgesetzt werden. Der Senat wird, die Innenstadtentwicklung Bremens mithilfe von Förderprogrammen und Partnern unterstützen und auf die aktuellen Transformationsprozesse, die sich in den letzten Jahren beschleunigt haben, flexibel und pragmatisch reagieren.

Die Koalition wird:

- das erfolgreich eingeführte Projektbüro Innenstadt Bremen verstetigen und auf eine dauerhafte Grundlage stellen.
- die Innenstadtprogramme nachhaltig fortführen und das Projektbüro Innenstadt mit der Erarbeitung eines dynamischen Masterplans (Zeit-Maßnahmen-Plan und dessen fortlaufendes Controlling) für die Innenstadt beauftragen.

Bremerhaven

Die Koalition wird:

- die Stadtgemeinde Bremerhaven bei der in ihrer kommunalen Hoheit liegenden Umgestaltung der Innenstadt unterstützen
- die Hochschule Bremerhaven unterstützen, ihre Erweiterung in Innenstadtnähe voranzutreiben, um Wissenschaft und Forschung noch sichtbarer in der Innenstadt In Bremerhaven zu verankern.
- die Bremerhavener Innenstadt-Akteur*innen (den Einzelhandel, den Dienstleistungsbereich und die Veranstaltungsbranche, u.a. Kultur) auf dem Weg in die „digitale Welt“ unterstützen.

Hauptbahnhof

Umfeld des Hauptbahnhofes

Der Hauptbahnhof ist zentraler Ort für sehr viele Menschen in Bremen. Wer hier ankommt, abfährt, umsteigt, ein Gewerbe betreibt oder im Bahnhofsumfeld arbeitet, erwartet zu Recht einen gepflegten und einladenden Eindruck, denn ein Bahnhof ist immer auch die Visitenkarte einer Stadt. Wir werden deshalb die bisherigen Maßnahmen fortsetzen, ihre Durchführung beschleunigen und sie strukturell verstärken. Für uns klar, dass polizeiliche und soziale Maßnahmen weiterhin Hand in Hand gehen müssen, damit sowohl eine unkontrollierte Verdrängung von Menschen ins ganze Stadtgebiet vermieden wird und gleichzeitig hilfebedürftige Bremer*innen die notwendige Hilfe auch erhalten.

Die Koalition wird daher:

- mit Konsequenz den ressortübergreifenden Aktionsplan verfolgen und die Sicherheitspartnerschaft pflegen,
- die bestehenden sozialen und medizinischen Angebote ausbauen. Insbesondere werden wir
 - die muttersprachliche Straßensozialarbeit erhalten und bei Bedarf ausweiten,
 - bewirtschaftete, für die Nutzenden kostenlose Schließfächer und Toiletten an zentralen Orten bereitstellen,
 - Szenetreffs/Akzeptanzorte und Toleranzflächen sowohl in der Nähe des Bahnhofs als auch dezentral für Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße einrichten bzw. weiter betreiben und mit sozialarbeiterischer Betreuung und notwendiger Infrastruktur, wie beispielsweise Unterstandsmöglichkeiten und Sanitäreinrichtungen ausstatten,
 - den Drogenkonsumraum in der Friedrich-Rauers-Straße schnellstmöglich mit erweiterten Öffnungszeiten mit dem Ziel fest etablieren, Suchtkranke in eine Therapie und betreutes Wohnen zu vermitteln,
 - bis Ende 2025 eine Diamorphinambulanz für schwerst und chronisch Heroin- und Crackabhängige und mindestens einen weiteren dezentralen Konsumraum einrichten, um eine fortgesetzte Ballung dieser Gruppe am Hauptbahnhof zu vermeiden,
 - Angebote für Crackabhängige auf 24/7-Zugänglichkeit (gesundheitliche Grundversorgung, persönliche Hygiene, Aufenthalts- und Ruhemöglichkeiten) auslegen und auf die Stadtteile verteilen. Bremen wird sich dafür einsetzen, dass auch hier Modellprojekte zur Substitution etabliert werden.

- zur weiteren Verbesserung der Situation für alle Nutzer*innen am Hauptbahnhof die dauerhafte Präsenz von Einsatzkräften sowie gezielte Aktionen gegen den Drogenhandel gewährleisten.
- einen neuen Polizeistandort im Bahnhofsquartier etablieren und den Standort am Wall für die Anzeigenaufnahme und die Bürger*innenanliegen erhalten.
- die bestehenden Regelungen zum Bahnhof in einem Ortsgesetz zusammenfassen und sie um ein Alkohol- und Drogenkonsumverbot an den Haltestellen ergänzen.
- die Reinigung, insbesondere des Bahnhofsvorplatzes, verstärken.
- die vereinbarten Maßnahmen regelmäßig überprüfen und diese entsprechend anpassen.

Verkehr

Mobilität ist ein Grundrecht, essenziell für Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand und muss unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort in unseren beiden Stadtgemeinden kostengünstig und zunehmend ökologischer organisiert werden. Der Senat setzt daher die Verkehrswende entschieden um und achtet darauf insbesondere die Stadtteile in den Fokus zu nehmen, die bisher schlechter zu erreichen sind. Bei der Realisierung der Verkehrswende gilt es die anstehenden Veränderungen gemeinsam mit den Stadtteilen, Beiräten und übrigen Akteuren aus Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zu bewältigen, um so Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen zu erhöhen.

Öffentlicher Personennahverkehr: Angebotsausbau

Der ÖPNV leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Mobilität in unseren beiden Städten. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind auf einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV angewiesen. Der ÖPNV leistet zudem einen wichtigen Beitrag bei der Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehrssektor. Wir werden den ÖPNV daher weiter stärken, indem wir ihn ausbauen, modernisieren und gleichzeitig eine soziale Ticketstruktur aufrechterhalten.

Ein guter ÖPNV beruht auf nahen Haltestellen, hohen Takten, bedienten Randzeiten, flächendeckender Erreichbarkeit und hoher Reisegeschwindigkeit. Dies ist nur durch eine Kombination von Angeboten zu erreichen, die jeweils auf unterschiedliche Kriterien hin optimiert sind – von Quartiersbussen auf der einen Seite bis zu Schnelllinien auf der anderen. Um den ÖPNV zukunftsfähig weiterzuentwickeln, werden wir das Angebot erweitern und verbessern. Dazu gehört neben dem Ausbau des Straßenbahnnetzes, eine Erweiterung des Busnetzes sowie eine Taktverdichtung der Linien. Nicht jeder Stadtteil kann mit der Straßenbahn oder einem eng getakteten Gelenkbus erschlossen werden. Zur Flankierung des bestehenden ÖPNV-Angebotes erweitern wir das System um quartiersbezogene Lösungen vom Quartiersshuttle bis zu On-Demand Angeboten.

Die Koalition wird:

- den Ausbau der Straßenbahn weiter vorantreiben. Das bedeutet die Realisierung der begonnenen Erweiterungen, die Erschließung der Überseestadt und Aufnahme von Planungen für die Verlängerung der Straßenbahn von Sebaldsbrück über Malerstraße und Osterholzer Heerstraße nach Osterholz.
- für die Straßenbahnführung durch die Überseestadt die Realisierung der Variante Hoerneckestraße anstreben, da so auch die Überseeinsel einen sehr guten ÖPNV erhält.
- die Querverbindung von Horn nach Schwachhausen sowie die Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen und perspektivisch nach Burg weiterverfolgen und die konzeptionellen Grundlagen für eine zusätzliche Erweiterung des Straßenbahnnetzes erarbeiten.
- sich für die schrittweise Umsetzung der BSAG-Angebotsoffensive einsetzen und dazu abseits der heutigen Straßenbahnlinien die Stadtteile, Quartiere und Gewerbegebiete Bremens zeitnah mithilfe der Einführung von leistungsfähigen Metrobuslinien noch besser verbinden, sodass bis zum Jahr

2027 auf den wichtigsten Linien zu den Regelzeiten künftig mindestens alle 7,5 Minuten ein Bus oder eine Bahn fährt. Der Takt soll auch an Sonntagen verbessert und die Nachtbuslinien an 7 Tagen in der Woche durchgängig verkehren und im Takt verdichtet werden.

- Express-, Quer- und Gewerbelinien insbesondere in die Industrie- und Gewerbegebiete ausweiten und die Abstimmung mit den Schichtzeiten verbessern bzw. mindestens alle 30 Minuten fahren lassen.
- ein flächendeckendes ÖPNV-Netz etablieren, das die Belange aller Bremer*innen abdeckt. Unser Ziel in Sachen Mobilität ist, dass alle Einwohner*innen möglichst nicht mehr als 500 Meter bis zur nächsten ÖPNV-Haltestelle zurücklegen müssen. Die Quartiersbuslinien sollen in einem 20- oder 30-Minuten-Takt verkehren. Zusätzliche Quartiersbuslinien wollen wir prüfen. Darüber hinaus wollen wir Shuttle einsetzen, die ähnlich dem Prinzip der Moia-Busse in Hamburg funktionieren: Die Quartiers-Shuttle verkehren dabei mit (mindestens teilweise barrierefreien) Kleinbussen auf Bestellung zwischen virtuellen sowie normalen Haltestellen mit einer Wartezeit von 10 bis 15 Minuten.
- die Zusammenarbeit und den Austausch mit den Nachbargemeinden und Nachbarkreisen intensivieren, um gangbare Konzepte und Strategien mit dem Ziel der Verlagerung der Pendlerströme auf den Umweltverbund zu erarbeiten.
- sich dafür einsetzen, den Regionalbusverkehr so auszubauen, dass alle Nachbargemeinden und -orte von Bremen und Bremerhaven mindestens stündlich gut mit dem ÖPNV erreichbar sind. Dazu braucht es schnellstmöglich die entsprechenden Busse, die dieses Ausbauszenario abdecken und genügend Platz für die Mitnahme von Fahrrädern, Kinderwägen und Rollstühlen bieten.
- auch Berufsschulen und Hochschulen gut an den öffentlichen Verkehr anbinden, beispielsweise den Berufsschulcampus in Bremen-Nord.
- für Bremen als Stadt am Fluss die Weser vermehrt als Verkehrsweg für den Personenverkehr entwickeln. Dabei werden wir die bestehenden Fährverbindungen ausbauen und weiterentwickeln.
- in einem ersten Schritt, bis zum Bau des Wesersprungs West, die Fähre zwischen Woltmershausen, Überseestadt und Gröpelingen in den ÖPNV-Tarif integrieren. Wir streben Verbindungen auch in die Altstadt und den Bremer Norden (Vegeack-Lemwerder, Blumenthal-Motzen und Farge-Berne) an und prüfen, die Fähren auf der Weser bis 2030 klimaneutral umzubauen oder neu zu beschaffen.
- mit der Beschaffung von neuen E-Bussen in Bremen und Bremerhaven sowie dem Ausbau des BSAG-Betriebshofs in Bremen-Nord bis 2025 auch weiter konsequent den Weg in Richtung klimaneutralem ÖPNV gehen. Sukzessive wollen wir alle Betriebshöfe für E-Busse umbauen. Busse mit fossilem Antrieb sollen nicht mehr neu gekauft werden.
- keine Schottergleise mehr bauen. Die noch bestehenden 35,4 Kilometer Schottergleise wollen wir sukzessive durch Gleise mit Rasen oder Sedum ersetzen, um den Einsatz von Herbiziden immer weiter zu reduzieren und weitere begrünte Flächen zu schaffen.
- um eine engere Taktung und eine höhere Reisegeschwindigkeit im ÖPNV zu erreichen, dort, wo es den Fuß- und Radverkehr nicht im besonderen Maße beeinträchtigt, eine Vorrangschaltung des ÖPNV bei der Ampelschaltung umsetzen und zunehmend eigenständige Busspuren einführen.
- prüfen, ob der BSAG die hoheitliche Aufgabe für das Abschleppen von Fahrzeugen, die den Linienbetrieb blockieren, übertragen werden kann.

Öffentlicher Personennahverkehr: Tickets- und Preisgestaltung

Der Senat wird die Preisgestaltung des ÖPNV mit einem sozialen Schwerpunkt weiterentwickeln, um insbesondere Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu Mobilität zu ermöglichen.

Die Koalition wird:

- sich für eine einfache und bezahlbare Tarifstruktur für den Nahverkehr in der Region einsetzen.
- für eine attraktivere Gestaltung des ÖPNV-Angebots die Tarifzone 101 abschaffen.
- ein Projekt zur Abgabe des Führerscheins gegen ein ÖPNV-Ticket auch in Bremen etablieren.
- in der BSAG-App auch die Kombination aus Fahrrad und ÖPNV oder Roller und ÖPNV integrieren und die Nutzung von Sharing-Angeboten darüber abrechnen. Wir werden sie in einem zweiten Schritt um

die Funktionen Parken sowie Nutzung öffentlicher Ladepunkte ergänzen („Mobilitätsapp“).

- auch in der Zukunft die Ticketstruktur vor allem mit einem Augenmerk auf den sozialen Ausgleich gestalten. Dazu werden in Bremen das derzeitige Stadtticket sowie das Jugendticket TIM in ein ermäßigtes Deutschlandticket überführt, das für Erwachsene 29 € kostet und im Fall des Stadttickets für Kinder kostenfrei ist. Dabei bleibt der Berechtigtenkreis des Stadttickets auf Menschen erweitert, die wohngeldberechtigt sind oder Kinderzuschlag erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass beim Deutschlandticket auch der Erwerb für den einzelnen Monat möglich ist und halten das Angebot Stadtticket solange parallel aufrecht.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es Vergünstigungen des Deutschlandtickets für bestimmte Gruppen, wie z. B. Beziehende von Grundsicherung, Familien, Rentner*innen, Auszubildende, Schüler*innen und Student*innen gibt, und dass das neue Bürgergeld einen Kostensatz vorsieht, der den Bezug des Tickets ermöglicht.
- darauf hinwirken, das Semesterticket in die bundeseinheitliche Tarifstruktur aufzunehmen, so dass auch Studierende in Solidarverbünden vergünstigten Zugang zum Deutschlandticket erhalten.
- sich dafür einsetzen, das Deutschlandticket auch für andere Solidargemeinschaften wie beispielsweise Kommunen zu öffnen, um weitere Synergieeffekte des Deutschlandtickets in Solidarmodellen möglich zu machen (Mengenrabatte) und auf diesem Wege Fahrscheinfreiheit zu erreichen.
- das Ziel „Fahren ohne Fahrschein“ – den ticketlosen ÖPNV – auch darüber hinaus weiterverfolgen und nach Möglichkeit umsetzen. Dafür werden wir zügig prüfen, wie unter den aktuellen Rahmenbedingungen des Deutschlandtickets rechtlich und finanziell die Einführung eines ticketlosen ÖPNV kommunal gelingen kann, eine Einigung über das Finanzierungsmodell und Entscheidungsverfahren erzielen und einen Zeithorizont für die Einführung definieren.

Fachkräfte für den ÖPNV

Damit die Verkehrswende gelingen kann, brauchen wir insbesondere im ÖPNV zusätzliche Fachkräfte. Egal ob als Straßenbahnfahrer*in, im Bereich Verkehrsplanung oder auf den Betriebshöfen: wir werden die Ausbildung fördern und für attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen Sorge tragen.

Die Koalition wird:

- darüber hinaus mit Abend- und Wochenendkursen ein Weiterbildungsangebot für Quereinsteiger*innen in der Planung aufbauen.
- noch 2023 gemeinsam mit der BSAG, Bremerhaven Bus, dem ASV und Magistrat die Ausbildung unter Beteiligung der Arbeitnehmervertreter*innen weiter stärken. Das Thema Personalausbildung und -gewinnung werden wir in Kooperation mit der Hochschule und dem Handwerk deutlich intensiver angehen.
- bei der BSAG den Aufbau eines Ausbildungs- und Kompetenzzentrums unterstützen. Um Beschäftigte auch langfristig im Nahverkehr zu halten, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen besser werden und das Berufsfeld im ÖPNV durch faire und gute Entlohnung langfristig attraktiver machen.
- sowohl die reguläre Ausbildung zur Fachkraft im Fahrdienst als auch den schnellen Berufseinstieg mit berufsbegleitender Qualifikation weiter attraktivieren, stärker bewerben und am Leitbild gebührenfrei-vergütet-aufstiegsoffen orientieren. Wir werden prüfen, einen Einstieg für Interessierte ohne Führerschein anzubieten.

Bahnverkehr

Die gute Erreichbarkeit unserer beiden Städte mit dem Bahnverkehr ist als Wirtschaft- und Tourismusstandort für uns von elementarer Bedeutung. Die Koalition wird daher den Ausbau vorantreiben und sinnvolle Schnittstellen zu anderen Verkehrsmitteln sicherstellen.

Die Koalition wird:

- den Ausbau der Regio-S-Bahn-Haltepunkte priorisieren und beschleunigen. Sie setzt sich insbesondere für die zügige Realisierung der Haltepunkte Föhrenstraße und Uni/Technologiepark ein und für die Prüfung eines weiteren Haltepunktes am Bahnhof Walle für die Züge der RS2 und eines Haltepunktes im Bereich Grambke.
- die Taktzeiten der Regio-S-Bahn auf mindestens einen 30-Minuten-Takt in alle Richtungen verkürzen. Auf der Regio-S-Bahnstrecke RS1 zwischen Achim und Blumenthal soll in den Hauptverkehrszeiten ein 15-Minuten-Takt eingeführt werden. Geprüft werden soll zudem eine weitere Taktverdichtung zwischen Bremen und Bremerhaven auch nachts sowie der dazu benötigte Ausbau und barrierefreie Umbau des Hauptbahnhofes und der Bahnsteige auf der Strecke.
- sich weiterhin für den raschen Bau des dritten Gleises zwischen Bremen-Burg und Langwedel, sowie dem dritten Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven einsetzen.
- sich für die rasche und unabhängige Umsetzung der kapazitätssteigernden Maßnahmen des „optimierten Alpha-E plus Bremen“-Konzeptes einsetzen, um auf diese Weise einen reibungsloseren Schienenverkehr auf der Verbindung zwischen Bremen und Hannover zu gewährleisten.
- sich im Bund dafür einsetzen, den Bahnverkehr sowie Nachtzüge ins europäische Ausland zu stärken, um klimafreundliche Alternativen des Reisens zu fördern und innereuropäische Flüge damit überflüssig zu machen.
- es für Bedienstete im öffentlichen Dienst leichter machen, klimafreundliche Alternativen für Dienstreisen zu nutzen, auch wenn der Ticketpreis höher ist. Dies muss auch für die Anreise zu den großen internationalen Flughäfen gelten, die für Dienstreisen ins nicht europäische Ausland notwendig sind.
- sich dafür einsetzen, Bremerhaven dauerhaft an das ICE-Netz anzuschließen und die im Deutschlandtakt unterstellte zweistündige ICE-Anbindung zu realisieren. Wir wollen uns im Bund dafür einsetzen, Fahrzeiten auf den Fernverkehrsstrecken von und nach Bremen zu verkürzen und Takte zu verdichten. Zudem sollen alle Bahnverkehre von und nach Bremen und Bremerhaven elektrifiziert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- vor der Entscheidung über den Ort für die geplante Bahnwerkstatt eine verlässliche Auskunft der DB einholen, ob sie aus ihrem Flächenbesitz eine alternative Fläche zur Verfügung stellen würde.

Sharingangebote und Verknüpfung von Mobilitätsformen

Zu einer modernen Großstadt gehören gut ausgebaute Sharing-Angebote, die statt individuellen Anschaffungen eine Infrastruktur und Verkehrsmittel vorhalten, die kollektiv genutzt werden können.

Die Koalition wird:

- den Ausbau von Mobilitäts-Sharing-Angeboten gerade auch in den innenstadtdfernere Stadtteilen forcieren. Dazu werden wir geeignete Förderkonzepte prüfen, um eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen.
- die unterschiedlichen Mobilitätsangebote in den Städten in Einklang bringen, Abstellflächen für E-Scooter erproben und bei unzulässigem Abstellen eine konsequente Sanktionierung über die Anbieter verhängen. Bei den Verfahren zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen werden wir auch in Zukunft auf sozialverträgliche Arbeitsverhältnisse besonderen Wert legen.
- das Angebot von Bikesharing ausbauen und dabei das Angebot von Lastenfahrrädern verstärken. Bikesharing in der ersten halben Stunde für mindestens ein Jahr kostenlos machen, um Neukund*innen anzuwerben. Wir stellen Fördermittel zur Verfügung, damit in Absprache mit den Anbieter*innen das Angebot sehr engmaschig bis in die Quartiere ausgeweitet werden kann.
- ein Förderprogramm für dezentrale Carsharing-Stationen auflegen, um in allen Quartieren eine Alternative zum Autobesitz zügig auszubauen und den Menschen näher zu bringen. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Carsharing-Flotte und schrittweise Umstellung auf Elektrofahrzeuge erreichen, wozu auch eine Ausstattung von Stationen mit Ladeinfrastruktur erforderlich sein wird.
- sukzessive Micro-Mobilitäts-Hubs in der Stadt einrichten, für die Parkplätze am Straßenrand umge-

nutzt werden. An diesen begrünten Stationen gibt es gebündelt alternative Mobilitätsangebote, wie (Elektro-)Carsharing, Lastenleihräder, Leihräder, E-Scooter und Elektroladesäulen. Wir streben in stark frequentierten Bereichen einen Abstand von 500 Metern an. In dünner besiedelten Bereichen sind die Abstände größer zu wählen.

- weitere Park & Ride-Angebote am Stadtrand einführen. Dabei werden die Park & Ride-Parkplätze verbessert. Sie sollen zukünftig mit einer guten ÖPNV-Anbindung, Car- und Bikesharing, Lademöglichkeiten für E-Mobilität und einem ansprechenden Online-Auftritt mit Informationen über Anfahrtswege, Preise und Auslastung ausgestattet sein.
- Bike & Ride an jedem Bahnhof und jeder größeren Haltestelle bereitstellen – inklusive Bikesharing und eines Rollerverleihsystems. Wir wollen abschließbare Fahrradabstellmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Stationen errichten.
- die Einführung eines Mobilitätsgesetzes prüfen.

Elektromobilität

E-Mobilität stellt einen weiteren Baustein zur Dekarbonisierung des Verkehrs dar. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist dabei die Voraussetzung, um den Umstieg auf ein E-Auto zu ermöglichen.

Die Koalition wird:

- eine landesweite Strategie Ladeinfrastruktur in Abstimmung mit relevanten Akteuren (Energieunternehmen, Herstellern und Betreibern von Ladesäulen, Beiräten, Software-Unternehmen, öffentlichen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften sowie weiteren Betroffenen aufsetzen) vorlegen. Ziele der Strategie sind u. a.:
 - Installation von rund 10.000 Ladepunkten für Kraftfahrzeuge bis 2030
 - Ausbau öffentlicher E-Bike-Ladepunkte
 - Förderung von E-Ladepunkten auf Supermarktparkplätzen
 - die BREPARK und STÄPARK als zwei zentrale Akteure beim Ausbau der E-Ladeinfrastruktur entwickeln und einen relevanten Beitrag der BREPARK und STÄPARK zur Zielerreichung einfordern mit dem perspektivischen Ziel einer Ausstattung von 60 Prozent aller Parkplätze mit Ladepunkten
 - gemeinsam mit den Betrieben Lademöglichkeiten für Wirtschaftsverkehre im öffentlichen Raum ermöglichen
- E-Ladepunkte so platzieren, dass sie den Fußverkehr nicht beeinträchtigen.
- öffentliche Parkplätze mit E-Ladesäulen verstärkt mit Solarpanelen überdachen, GEWOBA, BREBAU und die städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven (STÄWOG) werden dabei unterstützt, dasselbe zu tun.
- ab sofort alle Fahrzeuge der öffentlichen Hand mit CO₂-neutralem Antrieb, soweit verfügbar, beschaffen und bis 2030 die öffentliche Automobilflotte voll batterieelektrisch umgestalten.

Parken im Quartier

In den Quartieren ist der Parkraum begrenzt. Um einen Ausgleich zu schaffen zwischen der Vorhaltung von Parkflächen im öffentlichen Raum und den berechtigten Platzansprüchen anderer Nutzer*innen wird der Senat verstärkt den ruhenden Verkehr ordnen und Bewohnerparken unter Beteiligung der Beiräte umsetzen.

Die Koalition wird:

- bei der Ordnung des ruhenden Verkehrs in den belasteten Quartieren stufenweise eine Neuordnung des Parkraums einschließlich klar verständlicher Beschilderung vornehmen. In der kommenden Legislaturperiode stehen die Straßen im Fokus, wo die Gehwegbreite für Fußgänger*innen und Kinderwagennutzer*innen sowie Menschen mit Rollstuhl oder Rollator von 1,50 Meter unterschritten wird. Die Entscheidungsrechte der Beiräte bleiben unberührt.
- dazu in dieser Legislaturperiode zunächst in den innenstadtnahen Quartieren wie Findorff und in der

Neustadt die Straßen mit besonders geringer Restgehwegbreite und damit verbundenen Beeinträchtigungen neugestalten und in der Folge auch konsequent kontrollieren. Dieses schrittweise Vorgehen wird rechtzeitig im Voraus an die Bewohner*innen kommuniziert. Diese Vorgehensweise wird unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen auf weitere Stadtteile ausgeweitet.

- Quartiersgaragen planungsrechtlich ermöglichen und auch durch BREPARK anbieten
- die Möglichkeit prüfen, auf Parkplätzen vor kommunalen Gebäuden außerhalb der Öffnungszeiten zu parken. Dies soll auch für Supermarktparkplätze geprüft werden.
- die aktuellen Verfahren überprüfen, sodass schnellstmöglich den Beirätewünschen für die Einführung von Bewohnerparken entsprochen werden kann.
- die Gebühren für Bewohner*innenparkausweise auf 75 Euro im Jahr anheben.

Fuß- und Radverkehr, Barrierefreiheit

Der Radverkehr leistet einen zunehmend bedeutenden Anteil klimaneutraler Mobilität in unseren Städten. Daher gilt es, das Radverkehrsnetz auszubauen und sowohl in den Quartieren die Radwege zu ertüchtigen, als auch Querverbindungen weiterzuentwickeln. Eine moderne Förderung des Radverkehrs bedarf einer wirksamen Instandhaltung vorhandener Radinfrastruktur in allen Stadtteilen.

Mehr als ein Viertel aller Wege werden in unseren beiden Kommunen zu Fuß zurückgelegt. Daher gilt es auch, verstärkt den Zustand der Fußwege, Barrierefreiheit und geschützte Bereiche für Fußgänger*innen weiterzuentwickeln.

Die Koalition wird:

- bei dem Ausbau der Radwege, auch von Radpremiumrouten, den Fokus auf Berufs- und Alltagsverkehre legen und innenstadtferne Stadtteile stärker berücksichtigen.
- die Sanierung der bestehenden Radwege in schlechtem Zustand gerade in innenstadtferneren Quartieren in Zukunft deutlich stärker in den Fokus nehmen.
- die Führung der Premiumrouten unter Beachtung örtlicher Gegebenheiten planen. Daraus ergibt sich beispielsweise keine Trassierung der D.15 durch den Grünzug West in Gröpelingen, sondern über den Mählandsweg.
- Radpremiumrouten in den Bremer Norden, nach Hemelingen, Woltmershausen und Delmenhorst vorantreiben und Schnellwege nach Weyhe, Lilienthal und Achim planen.
- die Sicherheit und Qualität der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur in die und in den Industrie- und Gewerbegebieten erhöhen und dafür ein Programm auflegen.
- darauf achten, dass neu geplante Gebiete, ob Gewerbegebiet oder Wohngebiet, mit einer attraktiven Verkehrsinfrastruktur für Radverkehr, ÖPNV und Bahn geplant werden.
- folgende Maßnahmen ergreifen: Schaffung klarer Radverkehrsführungen an Kreuzungen, Querverbindungsradwege in den Stadtteilen, Lückenschlüsse im bestehenden Radwegenetz, Priorisierung des Fuß- und Radverkehrs gegenüber dem MIV an Baustellen, Ausbau komfortabler und geschützter Radwege, grüne Welle für Fahrradfahrer*innen, stärkere Ausrichtung des Winterdienstes und der Straßenreinigung auf die Belange von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, Erhöhung der Anzahl an sicheren und wohnortnahen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.
- sichere, breite Fahrradstreifen realisieren – auf bisherigen Autospuren oder Parkstreifen.
- prüfen, wie bestehende problematische Radschutzstreifen sicherer gemacht werden können.
- die Wesersprünge Mitte und Ost fertigstellen und die Planung des Wesersprungs West schneller vorantreiben.
- die Fahrradinfrastruktur am Bremer Hauptbahnhof ausbauen und in alle Richtungen sichere, gut ausgebaut und ausgeschilderte Radwege führen.
- die Radstation der BREPARK am Hauptbahnhof stärken sowie barrierefrei gestalten, um den Hauptbahnhof als Umstiegspunkt multimodaler Mobilität zu stärken.
- sich dafür einsetzen, dass Fußgänger*innen an großen Kreuzungen nicht mehr als eine Ampelphase

brauchen, um die Straße zu queren. Zudem wollen wir die Warte- und Räumzeiten für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen an Ampeln verbessern.

- den Gustav-Deetjen-Tunnel modernisieren und für alle Verkehrsarten sicherer machen:
 - Beleuchtung modernisieren und Anstrich erneuern
 - Überprüfung der Benutzungspflicht (Abwägung: gemeinsame Geh-/Radwege oder Führung des Radverkehrs im Mischverkehr)
 - Überprüfung der Wiederherstellung der parallel verlaufenden Tunnelanlage für Fuß- und Radverkehr
- Richtlinien für die Baustellenführung von Fuß- und Radverkehr sowie für Fahrradstraßen und Radpremiumrouten schaffen. Schutzstreifen sind nur in absoluten Ausnahmen zulässig.
- Fußverkehrschecks in allen Beiratsgebieten fortführen.
- das Querungshilfenprogramm fortsetzen und erweitern.
- bei der Gestaltung von abgesenkten Bordsteinen auf abgerundete Bordsteine achten, um das Überqueren mit Rollatoren, Rollstühlen, E-Scootern und anderen kleinen Rollern zu erleichtern.
- einen Etat für Sanierung von Kleinbrücken in Stadtteilen erstellen.

Motorisierter Straßenverkehr und Straßeninfrastruktur

Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sind auf eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur vor allem für die großen Verkehrswege angewiesen. Auch der motorisierte Individualverkehr, der weiterhin viele Mobilitätsbedarfe auffängt, in zunehmendem Maße der ÖPNV und weitere Verkehrsteilnehmer*innen benötigen einen guten Zustand des Straßennetzes.

Die Koalition wird:

- die Sanierung der Straßeninfrastruktur unter Priorisierung der Brücken und anderer wichtiger Achsen für die Wirtschaftsverkehre vornehmen. Dabei wird sich die Koalition über einen langfristigen Plan zur Sanierung und der Ersatzneubauten der Weserbrücken verständigen
- sich für weitere Verbesserungen beim Baustellenmanagement einsetzen.

Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit

Die Koalition verpflichtet sich der *Vision Zero* und damit dem Ziel der Vermeidung jeglicher Verkehrstoten. Dafür braucht es verschiedenste Maßnahmen von der Reduktion der erlaubten Höchstgeschwindigkeit bis zu intelligenten Ampelschaltungen, die insbesondere schwächere Verkehrsteilnehmer*innen schützen. Wir wollen, dass sich alle Verkehrsarten risikoarm einfügen und der Verkehr die Aufenthaltsqualität und die Lebensqualität für alle sozialen Gruppen nicht beeinträchtigt, sondern möglichst verbessert.

Die Koalition wird:

- die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen. Dazu gehören unter anderem gezielte häufigere Geschwindigkeits- und Abstandskontrollen, eine stärkere Trennung der Verkehrsarten (z. B. durch geschützte Fahrradstreifen und Kreuzungen) und eine ausreichende Beleuchtung, um Angsträume zu verhindern und mit einem Aktionsplan der Vision Zero ein großes Stück näherkommen.
- eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung, die den Kommunen mehr Freiheit bei der Ausweisung von Tempo 30 lässt, unterstützen.
- in Bremen mehr Tempo 30 in den Wohnquartieren ausweisen.
- mehr verkehrsberuhigte Bereiche und dauerhafte wie auch temporäre Spielstraßen umsetzen.
- die Verkehrssituation für Kinder und Familien verbessern und interessierte Anwohner*innen und Institutionen dabei unterstützen, Modellprojekte durchzuführen, z.B. Schulstraßen, Familienstraßen, Begegnungszonen oder Superblocks/Kiezblocks.
- die Sielwallkreuzung entlasten, dazu die temporäre Sperrung für den motorisierten Individualverkehr zunächst fortführen und evaluieren.

Gesundheit

Gesundheit entwickelt sich im Alltag. Darum beachten wir bei unseren politischen Entscheidungen deren Auswirkungen auf die Gesundheit für die Menschen in Bremen und Bremerhaven. Prävention und Gesundheitsförderung sind für uns die Basis unserer Gesundheitspolitik. Gesundheit als staatliche Daseinsvorsorge wollen wir stärken und in allen Politikfeldern gemäß des *Health-in-all-policies*-Ansatzes verankern. Auch in Bremen und Bremerhaven zeigt sich der Zusammenhang von Armut und schlechten Gesundheitschancen. Darum wollen wir gezielt Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung in allen Stufen, von Prävention und Gesundheitsförderung über die ambulante und stationäre Versorgung bis hin zur Rehabilitation, verschaffen. Durch quartiersnahe kultur- sowie gendersensible und muttersprachliche Angebote wollen wir der gesundheitlichen Benachteiligung entgegenwirken.

Krankenhäuser und stationäre Versorgung

Der stationären Versorgung kommt nach wie vor erhebliche Bedeutung zu. Doch sind die Krankenhäuser bundesweit wie auch im Land Bremen in schwierige Situationen geraten. Zunehmend ambulant durchgeführte Behandlungen und Operationen, der Fachkräftemangel, ein rückläufiges Leistungsgeschehen sowie die jetzige Finanzierungssystematik machen Reformschritte notwendig, um die bestmögliche Versorgung für die Bevölkerung zu erhalten. Es braucht eine neue Krankenhausstruktur, um künftig die Qualität der Versorgung zu verbessern und das Personal dort einzusetzen, wo es am sinnvollsten ist. Derzeit bereitet das Bundesgesundheitsministerium eine Krankenhaus- bzw. Krankenhausvergütungsreform vor, um angesichts der komplexen Problematik auch in der Zukunft eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung sicherzustellen. Insofern befindet sich auch die gesundheitliche Versorgung im Land Bremen im Wandel. Zunehmend wichtiger wird dabei auch die Versorgung über die Sektorengrenzen hinweg, damit die Menschen die medizinische und pflegerische Versorgung bekommen, die sie benötigen.

Die Koalition wird:

- parallel zu der auf Bundesebene geplanten Krankenhausreform die bremische Krankenhausplanung verstärkt auf eine an Qualitätskriterien orientierte Ausstattung, Konzentration der hochspezialisierten Bereiche und einen Abbau von Doppelvorhaltungen, wo diese nicht wohnortnah erforderlich sind, vorantreiben. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass für die Menschen aus allen Stadtteilen unserer beiden Städte eine gute Gesundheitsversorgung erreichbar ist. Dafür werden wir die Krankenhausplanung innerhalb des kommenden Jahres aktiv gestalten und abschließen.
- die Krankenhausplanung zu einer sektorenübergreifenden Versorgungsplanung mit Ausbau der ambulanten und teilstationären Versorgung in den Krankenhäusern entwickeln. Weiterentwickelt und gestärkt werden muss dabei die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern im Land Bremen und mit den niedergelassenen Ärzt*innen und Pflegeorganisationen. Die Angebote der verschiedenen Krankenhäuser sollen dabei auch trägerübergreifend besser aufeinander abstimmt werden. Die Kooperation von Krankenhäusern soll durch entsprechende verbindliche Vereinbarungen im Rahmen der Krankenhausplanung unterstützt werden.
- im Rahmen der Krankenhausstrukturreform werden wir uns aktiv für eine abgestimmte Planung mit der Landesregierung in Niedersachsen einsetzen.

Die duale Finanzierung der Krankenhäuser stellt das Land Bremen vor die Herausforderung, seinen Investitionsverpflichtungen angemessen nachzukommen. In den vergangenen vier Jahren war es möglich, den jahrelangen Investitionsstau durch eine Verdopplung der Krankenhausinvestitionen zu mildern.

Die Koalition wird:

- die Krankenhäuser auch in dieser Legislaturperiode entsprechend der Investitionsbewertungsrelation des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (INEK) errechneten Investitionsnotwendigkeiten darin unterstützen, erforderliche Investitionen zu tätigen, um auch angesichts schwieriger werdenden Bedingungen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Zudem werden im Zuge der Umsetzung der bundesweiten Krankenhausreform erhebliche Investitionsbedarfe entstehen, um die notwendigen Transformationsprozesse sowohl der kommunalen Träger als auch der privaten und gemeinnützigen Träger umzusetzen.

Die Koalition wird:

- sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass auch von dort Finanzmittel bereitgestellt werden, die dann allerdings durch landeseigene Mittel flankiert werden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Ambulantisierung stationärer Leistungen, die bisher durch die Krankenhäuser erbracht werden, zu berücksichtigen.

Die bremischen Krankenhäuser wurden in den 1960ern und 1970ern Jahre erbaut und sind im Durchschnitt 50 Jahre alt. Der Sanierungsstau an den Standorten ist immens. Um an den Kliniken im Land Bremen energetische Sanierungen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen umsetzen zu können, sind weitere zusätzliche Investitionsmittel erforderlich. Wir werden dafür Mittel aus dem Klimaschutzfonds nutzen. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel benötigt, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Klimastrategie des Senats (Fastlane Gebäudesanierung) stehen.

Klinikverbund Gesundheit Nord

Die Koalition wird:

- an der kommunalen Trägerschaft der GeNo-Kliniken festhalten. Dazu muss die Sanierung des Klinikverbundes gelingen, auch indem wir Kooperationen vorantreiben und Angebote konzentrieren. Für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung sind Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit eine wichtige Grundlage. Es sind zeitnah Entscheidungen erforderlich, die wir gemeinsam tragen werden.
- das Krankenhaus Bremen-Mitte zu einem Maximalversorger entwickeln, um die Sicherung der qualitativ hochwertigen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.
- die Grundversorgung am Standort Klinikum Links der Weser (LdW) sichern. Sobald die vom Bund geplanten fachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Krankenhausreform feststehen, insbesondere die Ausgestaltung als Krankenhausstandort der Grundversorgung, werden wir die daraus resultierenden Versorgungsmöglichkeiten in geeigneter Weise umsetzen. Wir werden die spezialisierten Abteilungen zur Sicherung der medizinischen und pflegerischen Qualität vom Klinikum LdW an das Klinikum Bremen Mitte verlagern. Parallel schaffen wir die Voraussetzungen, um eine Verlagerung der angegliederten, ambulanten Praxen zu ermöglichen.
- bei anstehenden Strukturprozessen im Klinikverbund transparent kommunizieren, insbesondere hinsichtlich der Stadtteile. Dabei gilt es zu klären, welche Gesundheitsversorgung vor Ort erforderlich ist und in welchem Verhältnis Leistungen zentral oder dezentral erbracht werden können. Wir werden eine gute regionale Versorgung zu jeder Zeit sicherzustellen.
- im Sinne einer nachhaltigen Perspektive den kommunalen Klinikverbund hinsichtlich einer qualitativ hochwertigen Versorgung auf eine stabile Grundlage stellen. Dazu gehören attraktive Arbeitsplätze, eine gute digitale Infrastruktur, intelligente Verknüpfungen zwischen den Standorten in Bezug auf Fort- und Weiterbildung und Bündelungen von spezifischen medizinischen Schwerpunkten.
- die Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH schrittweise wieder in die TVöD-Tarifstruktur eingliedern.

Notfallversorgung

Eine qualifizierte, integrierte, multiprofessionelle Notfallversorgung funktioniert nur in Kooperation. Das bedeutet, dass die Notfallversorgung zukünftig in enger, gleichberechtigter Kooperation zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt*innen entwickelt wird.

Die Koalition wird:

- parallel zu der auf Bundesebene in Vorbereitung befindlichen Notfallreform im Dialog mit den Krankenhäusern und der Kassenärztlichen Vereinigung darauf hinwirken, dass im Land Bremen eine integrierte Notfallversorgung zur Entlastung des ambulanten wie stationären Bereichs beiträgt und eine bedarfsgerechte Versorgung der Menschen in einem Notfall gewährleistet.
- im Zuge der Notfallreform darauf achten, dass auch Menschen mit psychiatrischem Hilfebedarf schnell und adäquat Hilfe finden.
- die mit den niedersächsischen Umlandgemeinden begonnene Kommunikation intensivieren.
- im Zusammenhang mit der Notfallreform in Absprache mit der Landesärztekammer darauf hinwirken, dass auf Landesebene eine fachärztliche Weiterbildung für den Facharzt/Fachärztin für Notfallmedizin eingeführt wird.

Pflegekräfte und Fachkräftestrategie im Gesundheitswesen

Qualifizierte Fachkräfte sind einer der wesentlichsten Faktoren für ein funktionierendes Gesundheitswesen – und sie sind zunehmend schwieriger zu finden. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, junge Menschen für diese Berufe zu gewinnen und dann Arbeitsbedingungen herzustellen, die es ihnen ermöglichen, ihren Beruf auch lange auszuüben. Zugleich werden wir Anstrengungen unternehmen, um Pflegepersonal, das in andere Bereiche „abgewandert“ ist, für die Pflege zurück zu gewinnen. Um qualitativ hochwertige Pflege sowie gute Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte sicherzustellen, brauchen wir deutlich mehr Personal.

Die Koalition wird:

- sich weiter dafür einsetzen, die Ausbildungszahlen in den Gesundheitsberufen zu erhöhen. Wir wollen die Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzpflegekräfte entsprechend des im Gesundheitsberufemonitoring identifizierten Bedarfs zur Verfügung stellen.
- mit Investitionsmitteln unterstützen, dass in beiden Städten unseres Landes moderne Lernorte für eine attraktive Ausbildung entstehen, die zu interprofessioneller und interdisziplinärer Aus-, Fort- und Weiterbildung einladen. Wir wollen auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte am Hulsberg die Ausbildungsstandorte der Gesundheit Nord konzentrieren.
- durch spezifische Landesprogramme in den Bereichen Aus-, Fort- und Weiterbildung den Gesundheitsstandort Bremen attraktivieren.
- die Kommunikations- und Werbekampagne im Bereich Pflege fortsetzen um mehr Menschen für die Pflegeausbildung zu gewinnen.
- die Pflegeausbildung so gestalten, dass der Fachkräftebedarf auf allen Qualifikationsebenen gesichert ist und für die Beschäftigten berufliche Weiterqualifizierungsmöglichkeiten gegeben sind. In den kommenden vier Jahren werden wir hierfür die Ausbildungslandschaft für Pflegeassistenzkräfte in Anlehnung an die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung angekündigte bundesweite Harmonisierung der Pflegeassistentenausbildung reformieren. Die zweijährige, generalistisch ausgerichtete Pflegeassistentenausbildung mit Durchlässigkeit zur Fachkräfteausbildung soll dabei zum Standard werden. Zugleich werden wir dafür Sorge tragen, dass auch diejenigen, die die dreijährige Ausbildung nicht schaffen, einen anerkannten Abschluss erzielen.
- die Weiterqualifizierung von Pflegekräften erleichtern. Hierfür fördern und unterstützen wir in Kooperation mit der Agentur für Arbeit die berufsbegleitende Weiterqualifizierung und Weiterbildung, sodass beispielsweise auch eine Weiterqualifizierung in Teilzeit ohne finanzielle Einbußen für die Pflegekräfte möglich wird.

- der Diversität der Gesellschaft Rechnung tragen und unterschiedliche Pflegebedarfe adressieren. Zur Förderung von diversitätssensibler und diskriminierungsfreier Pflege wollen wir entsprechende Inhalte wie bspw. Kultur- und Gendersensibilität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften stärken.

Mit dem Aufbau des Gesundheitscampus wurde in der vergangenen Legislaturperiode ein Baustein zur Sicherung der Fachkräfte, der Verzahnung von Wirtschaft und Gesundheit, Arbeit und Gesundheit, Wissenschaft und Gesundheit durch den Aufbau interdisziplinärer und multiprofessioneller Kompetenzen und Strukturen etabliert. Diesen gilt es nun zu einem Leuchtturm im Norden Deutschlands weiterzuentwickeln, um nachhaltig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und so die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau weiter zu gewährleisten.

Die Koalition wird:

- einen Standort finden, um den Austausch zwischen verschiedenen Disziplinen auch konkret werden zu lassen. Nur dann kann Interdisziplinarität und die angestrebte Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungs- und Studieninhalten auch gelebt werden. Unabhängig vom Standort muss sichergestellt werden, dass es gemeinsame Angebote für die akademisierte und nicht akademisierte Pflege gibt. Nur dann ist eine echte Verzahnung gewährleistet.
- zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ein Welcome Center für ausländische Fachkräfte implementieren. Dazu soll auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen beschleunigt werden. Vom Ankommen in Bremen bis zur Integration in den Gesundheitsarbeitsmarkt sollen alle behördlichen Vorgänge unter einem Dach / wie aus einer Hand organisiert und das Verfahren damit insgesamt attraktiv und beschleunigt werden.

Grundlegend für den Verbleib und den Wiedereinstieg in den Beruf sind verlässliche Arbeitszeiten. Eine ausreichende Personalausstattung, gute Personalplanung und ein vermehrter Einsatz von trügereigenen Springerpools können dabei helfen.

Die Koalition wird:

- entsprechende Modellversuche sowie Unterstützungsprogramme zur Erleichterung des Einstiegs (z. B. strukturierte Einarbeitungskonzepte, Mentoring, fachliche Unterstützung) für Wiedereinsteiger*innen, Auszubildende direkt nach der Übernahme und für aus dem Ausland Zugewanderte bzw. Angeworbene fördern.
- das betriebliche Gesundheitsmanagement aktiv unterstützen.
- ein besonderes Augenmerk auf die Prävention psychischer Erkrankungen legen. Auch indem zur Verarbeitung besonderer psychischer Belastungen der Zugang zu psychotherapeutischen Hilfen fester Bestandteil des Gesundheitsmanagements wird. Dies kann auch überbetrieblich organisiert werden.
- fachliche Aufstiegsmöglichkeiten und eine betriebliche Personalentwicklung fördern. Sie sind wichtig vor allem für die Bereitschaft zur Stundenerhöhung bei Teilzeitkräften. Sie müssen familienfreundlich gestaltet sein. Wir werden uns für eine Förderung aus Arbeitsmarktmitteln einsetzen.
- die Werbung für die Ausbildung in der Pflege unterstützen. Zusätzlich werden wir nach dem Vorbild des Programms „Bleib dran!“ ein Unterstützungsangebot für Personen fördern, bei denen ein Ausbildungsabbruch droht.
- in der Ausbildung in den Assistenz- und Helferberufen ein System schaffen, das eine Durchlässigkeit zur Fachkraftausbildung von einer einjährigen Pflegehilfeausbildung über die zweijährige Assistenzausbildung bis zur Pflegefachkraft mit Anrechnungsregelungen, eine modulare Ausbildungsstruktur und eine ausreichende Finanzierung sicherstellt.
- sich auf Bundesebene für eine generalistische und den fachlichen Ansprüchen genügende Regelung der Ausbildung in der Pflegehilfe und deren Finanzierung aus dem Ausbildungsfonds einsetzen. Wir werden darauf hinwirken, dass eine Weiterqualifizierung mit dem Qualifizierungschancengesetz auch

für Assistenzberufe mit zweijähriger Ausbildung möglich wird.

- mit den Möglichkeiten des Pflegeberufegesetzes Wege finden, bereits geleistete Ausbildungsinhalte im Hinblick auf einen Abschluss als Assistenzkraft mit ein-, gegebenenfalls auch zweijähriger Ausbildung berücksichtigen, um der hohen Anzahl von Ausbildungsabbrüchen in der generalisierten Pflegeausbildung zu begegnen.
- Einstiegsmöglichkeiten für Geflüchtete und Zugewanderte für mehr Personal in der Pflege verbessern. Wir werden ein Angebot zum allgemeinen und berufsbezogenen Spracherwerb fördern und arbeitsmarktpolitische Programme nutzen. Ebenso wird die unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen von (Krankenpflege-)Fachpersonal auch in Einrichtungen der stationären Pflege in Bremen vorangetrieben.
- die professionelle Pflege perspektivisch durch heilkundliche Tätigkeiten ergänzen. Nachdem die bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind, wird sich Bremen um Modellversuche bewerben.

Geburtshilfe, reproduktive und sexuelle Gesundheit

Die natürliche Geburt wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken und die Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ voranzutreiben, bleibt unser erklärtes Ziel. Jede Schwangere soll die Möglichkeit haben, den Geburtsort ihres Kindes und das Umfeld der Geburt (klinisch/außerklinisch) frei zu wählen. Dafür müssen die Kreißsäle, Geburtsstationen und außerklinische Geburtsmöglichkeiten personell und strukturell gestärkt werden und es bedarf der ausreichenden (Rück-)Gewinnung von Hebammen. Die Einrichtung von hebammengeleiteten Kreißsälen unterstützen wir.

Es gilt auch die Situation von ungewollt Schwangeren zu verbessern. Mit dem Gesetz zur Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen hat das Land Bremen die Grundlagen geschaffen, um dort, wo es erforderlich ist, zu gewährleisten, dass unterschiedliche Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch ausreichend zur Verfügung stehen. Zudem gibt es erheblichen Bedarf eines sensiblen Umgangs mit queeren Menschen, insbesondere mit lesbischen, trans*, inter* und nicht-binären Personen – vor allem in der Endokrinologie, in der Gynäkologie und in der Psychotherapie. Auch queere Familien und queere Personen mit Kinderwunsch sind auf queersensible Gesundheitsversorgung angewiesen. Wir sind uns bewusst, dass sich diese Situation nicht kurzfristig lösen lässt - aber wir werden konkrete Schritte gehen, damit sich die Versorgungslage bessert.

Die Koalition wird:

- auf die Einrichtung weiterer hebammengeleiteter Kreißsäle in den Geburtskliniken im Land Bremen hinwirken.
- im Rahmen eines Landesprogrammes Fortbildungs-, Attraktivierungs- und Unterstützungsangebote für Hebammen entwickeln.
- dafür Sorge tragen, dass das Gesetz zur Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zeitnah, vollständig und in beiden Stadtgemeinden umgesetzt wird und so ungewollt Schwangere garantiert Zugang zu einem medizinisch sicheren Schwangerschaftsabbruch mit der Methode der eigenen Wahl haben.
- das Landesprogramm zur Förderung der assistierten Reproduktion fortsetzen und dafür zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, ökonomischer Situation und Familienstand Zugang zu assistierter Reproduktionsmedizin erhalten. Bestehende Initiativen werden wir unterstützen.
- sich in allen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen dafür einsetzen, dass trans, inter und nicht binäre Menschen besser als bisher wahrgenommen und unterstützt werden. Durch entsprechende Fortbildungen werden wir das Personal sensibilisieren. Grundsätzlich streben wir eine gute Beratung und Behandlung für alle Menschen in unseren Einrichtungen und Diensten an. Wir werden zusätzlich prüfen, in welcher Form wir eine zentrale Anlaufstelle für reproduktive und sexuelle Gesundheit, in

der Queerkompetenz explizit sichergestellt ist, schaffen können, und ob wir diese durch verbindliche Kooperationen mit größeren, überregionalen Zentren besser gewährleisten können.

- prüfen, in welcher Form medizinische Praxen und Einrichtungen, die queersensibel werden wollen und Queerkompetenz aufbauen möchten, auf ihrem Weg unterstützt werden können.
- prüfen, ob ein Modellprojekt zur Umsetzung der 2022 entwickelten Genderleitlinien im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe gestartet werden kann.
- sich auf Bundesebene für die Streichung des § 218 StGB und für die Informationsfreiheit und Selbstbestimmung von Schwangeren einsetzen.
- sich gegenüber dem Bund für eine bundeseinheitliche Regelung zur Übernahme der Kosten ärztlich verordneter Mittel zur Empfängnisverhütung für Menschen einsetzen, die Leistungen nach SGB II beziehen oder über ein vergleichbar geringes Einkommen verfügen.
- die im Aufbau befindliche Gewaltschutzambulanz ebenso finanziell absichern wie die im bundesweit beachteten Landesaktionsplan Istanbul-Konvention beschriebenen und in Umsetzung befindlichen Projekte.

Ambulante Versorgung

Wie in der stationären Versorgung zeigen sich zunehmende Schwierigkeiten auch in der ambulanten medizinischen Versorgung. Insbesondere im hausärztlichen und kinderärztlichen Bereich, durchaus aber auch bei anderen fachärztlichen Disziplinen, ergeben sich durch altersbedingte Praxisabgaben Lücken, wenn keine Nachfolge gefunden wird. Besonders betroffen sind hier Stadtteile mit schlechterer Versorgungsquote.

Die Koalition wird:

- durch steuerfinanzierte kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) aktiv werden, um allen Menschen Zugang zu guter medizinischer Versorgung zu ermöglichen.
- sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass renditeorientierte MVZ in der Anzahl maximal begrenzt werden. Zur Kontrolle sind Transparenzregister erforderlich.
- bei zukünftigen und laufenden Stadtentwicklungsprozessen eine angemessene Infrastruktur für eine ambulante Versorgung berücksichtigen. Wir werden zielführende Unterstützungsprogramme von ambulanter Gesundheitsversorgung in den Quartieren prüfen, zum Beispiel „Schnupperpraxen“ oder geeignete Praxisräume zu attraktiven Konditionen.
- die bisherige erfolgreiche unbürokratische Ausgabe der Krankenversicherungskarten an Geflüchtete sowie die ehrenamtliche und vorbildliche ambulante Versorgung von Obdach- und Wohnungslosen durch Ärztinnen und Ärzte in Bremen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass durch eine bundesweite Regelung der Eigenanteil für diese Patient*innen gestrichen wird.
- das bis Ende 2023 befristete Modellprojekt für die medizinische Versorgung von Nichtversicherten durch den Verein zur Förderung der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung von nichtversicherten und papierlosen Menschen (MVP e.V.) verstetigen. Dafür werden wir die Mittel für die bisherige Humanitäre Sprechstunde des Gesundheitsamtes transferieren.

Quartiersbezogene Gesundheitspolitik, öffentlicher Gesundheitsdienst und Prävention

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Arbeit vor Ort in den Quartieren ist. Um mehr gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen, wollen wir die professionellen niedrigschwelligen Angebote der aufsuchenden Gesundheitsberatung und -unterstützung durch Präventions- und Gesundheitsfachkräfte verstetigen und weiter ausbauen. Dabei kommt auch der muttersprachlichen Beratung erhebliche Bedeutung zu.

Die Koalition wird:

- die aufsuchende Arbeit durch Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren als Regelaufgabe finanziell absichern.

- die Gesundheitspunkte als niedrigschwellige Anlaufstellen weiterentwickeln und bei positiver Evaluation als Standard für die Einführung quartiersbezogener Gesundheits- und Präventionsangebote in andere Stadtteile übertragen.
- komplexere Hebammen- und Gesundheitszentren vervollständigen das Angebot in den Quartieren.

Die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) hat in der Pandemie eine große Aufmerksamkeit erfahren und an öffentlicher Bedeutung gewonnen. Bremen profitiert dabei durch den ÖGD-Pakt des Bundes, der den ÖGD bis 2026 mit erheblichen Mitteln für Personal und Digitalisierung fördert. Der ÖGD ist sozial kompensatorisch und subsidiär tätig. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist dabei die Prävention und Beratung in den unterschiedlichen Bereichen von Kinder- und Jugendgesundheit, Sozialpsychiatrie, Umwelthygiene.

Die Koalition wird:

- sich auf Bundesebene für die Verstärkung der Mittel aus dem ÖGD-Pakt einsetzen.
- um die Stellen der Familienhebammen in den Gesundheitsämtern in Bremen und Bremerhaven wieder verstärkt mit Hebammen – und nicht mit anders Qualifizierten – besetzen zu können, die Attraktivität der Arbeit steigern.

Gesundheitsvorsorge und -förderung verstehen wir als zentral im Sinne des *Health-in-all-policies*-Ansatzes für ein besseres Leben aller Menschen in Bremen und Bremerhaven. Insbesondere diejenigen mit wirtschaftlich schlechteren Ausgangsbedingungen nehmen wir dabei in den Blick und wollen Prävention in der jeweiligen Lebenswelt, wie Kita, Schule, Arbeitsplatz und Quartieren stärken („Verhältnisprävention“).

Die Koalition wird:

- den Einsatz von Gesundheitsfachkräften in den Schulen fortsetzen und ausbauen. Zusätzlich wollen wir Gesundheitsfachkräfte auch im Bereich Kitas einsetzen.
- in der Stadt- und Quartiersplanung zukünftig die Versorgung mit ortsnahe verfügbarer medizinischer und pflegerischer Kompetenz von vornherein mitdenken.
- sich bei der geplanten Neugestaltung der Unabhängigen Patientenberatung uns für eine leistungsfähige und regional organisierte Beratungsstruktur aussprechen.

Psychiatrische und psychosoziale Gesundheit

Wir werden die psychiatrische Versorgung weiter verbessern und den Bedürfnissen und Bedarfen psychisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen weiter anpassen. Wir brauchen eine moderne stationäre Versorgung für Schwerstkranke und sektorenübergreifende Behandlungsangebote, die Drehtüreffekte verhindert. Sichergestellt werden muss eine auf Kontinuität angelegte personenbezogene therapeutische Beziehung durch eine kooperierende begleitende Bezugsperson, die als Mitglied eines therapeutischen Teams arbeitet. Der Einsatz von Medikamenten muss individualisiert und behutsam sein.

Die Koalition wird:

- die Psychiatriereform mit dem Ziel weiterentwickeln, eine wohnortnahe psychiatrische Versorgung sicherzustellen und die gemeindepsychiatrischen Verbünde zu stärken. Hierbei wird den besonderen Belangen von Menschen mit einer sog. Doppeldiagnose (kognitive Beeinträchtigung und psychische Erkrankung, Suchterkrankung und psychiatrische Erkrankung) Rechnung getragen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Angebote für psychisch kranke Kinder und Jugendliche.
- den Krisendienst des Sozialpsychiatrischen Dienstes zu einem 24/7-Krisendienst in Steuerungsverantwortung des ÖGD ausbauen, um die Akuthilfe bei psychischen Krisen zu verbessern und stationäre Einweisungen möglichst zu verhindern. Dieser soll in allen Stadtteilen gut erreichbar und primär aufsuchend arbeiten. Die bisherigen Strukturen der psychiatrischen Versorgung im Krisenfall sind

dementsprechend umzuorganisieren.

- um soziale Kontakte im Wohnumfeld nicht zu erschweren und eine Rückkehr in die gewohnte Lebensumgebung zu ermöglichen werden für chronisch psychisch kranke Menschen mit Selbst- und/oder Fremdgefährdungspotential, die in den letzten Jahren oft in geschlossenen Einrichtungen außerhalb Bremens untergebracht wurden eine hochstrukturierte Unterbringungsform aufbauen.
- einerseits das Entlassungsmanagement in unseren Kliniken und andererseits die enge Zusammenarbeit zwischen den Kliniken und der Fachstelle Wohnen verbessern, damit obdachlose Menschen mit psychischen und/oder Suchterkrankungen nach stationärem Aufenthalt nicht in die Obdachlosigkeit entlassen werden.
- in allen psychiatrischen Kliniken des Landes Bremen etablierte Elemente wie *Open dialogue*, den Trialog oder den Einsatz von Genesungsbegleiter*innen in den kommenden Jahren weiter stärken.
- im Maßregelvollzug zusätzliche Kapazitäten schaffen.
- die therapeutische Versorgung von behandlungsbedürftigen Straf- und Untersuchungshäftlingen in den Justizvollzugsanstalten sicherstellen.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft hat mit Gesundheitsdienstleistungen, industrieller Medizintechnik und Forschung in Bremen und Bremerhaven eine wichtige Rolle. Weit überproportional handelt es sich um weibliche Beschäftigung.

Bremen benötigt einen Integrierten Gesundheitscampus, um die regionalen Kompetenzen in der Pflege und des Gesundheitswesens und in der Gesundheitswirtschaft ressortübergreifend zu meistern. Der IGB bietet einen Entwicklungskern, um mit Unternehmen und Gründungen innovative Wege zu entwickeln. Das Ziel ist es Gesundheitswirtschaft, Gesundheitsforschung, Pflegeausbildung, Betrieb der dafür notwendigen regionalen Infrastruktur besser zu verzahnen, um die Herausforderungen des Fachkräftemangels, des Betriebs und der regionalen Versorgung gemeinsam anzugehen.

Suchthilfe und Drogenpolitik

Die Prävention von Suchterkrankungen ist das primäre Ziel unserer Drogenpolitik. Derzeit steigt die Zahl der Menschen mit Suchterkrankungen (Alkohol, Drogen, Spielsucht etc.). Darum werden wir die Präventionsmaßnahmen insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken, um einer Suchtentwicklung mit allen damit verbundenen gesundheitlichen und sozialen Folgen entgegenzuwirken. Zudem werden wir den Ausbau vorhandener Beratungsstellen und der Angebote der Entgiftung und Entwöhnung im stationären und ambulanten Bereich vorantreiben, damit bereits süchtige Menschen die adäquaten Hilfen finden.

Menschen, die eine langjährige Abhängigkeit von Heroin aufweisen, sollen weiter im niedergelassenen Bereich eine bedarfsgerechte Substitutionsbehandlung mit psychosozialer Begleitung erhalten. Denjenigen, die für eine Substitutionsbehandlung (noch) nicht bereit sind, sollen niedrigschwellige gesundheitliche Hilfen (Spritzentausch, Kontakt- und Beratungsangebote, Streetwork, Drogenkonsumräume) im Sinne der *harm-reduction* zur Verfügung stehen.

Die Koalition wird:

- bis Ende 2025 eine Diamorphinambulanz für schwerst- und chronisch Heroin- und Crackabhängige und mindestens einen weiteren dezentralen Konsumraum einrichten.
- die Angebote für Crackabhängige auf 24/7 (gesundheitliche Grundversorgung, persönliche Hygiene, Aufenthalts- und Ruhemöglichkeiten) auslegen und auf die Stadtteile verteilen, um größere Szenenbildungen zu verhindern. Bremen wird sich dafür einsetzen, dass auch hier Modellprojekte zur Substitution etabliert werden.
- die Initiative der Bundesregierung unterstützen, den Gesundheits- und Jugendschutz für Konsumierende von Cannabis zu stärken und die Gefahren des Cannabiskonsums zu reduzieren. Wenn die ge-

5624 setzlichen Regelungen für die regionale, kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizen-
5625 zierten Fachgeschäften vorliegen, werden wir diese umsetzen, um den Schwarzmarkt zu reduzieren.
5626 • sich für niedrigschwellige und voraussetzungsarm Substitutionsbehandlungen auch für Menschen
5627 ohne Krankenversicherung einsetzen.
5628 • im Sinne des *harm-reduction*-Ansatzes und zur Reduktion von Lebensgefahr infolge von Drogenkon-
5629 sum *Drug-Checking* ermöglichen und Warnungen über Verunreinigungen veröffentlichen. Denn die
5630 Gefahren des Drogenkonsums steigen mit der Konzentration und Verunreinigung der Substanzen.

5631
5632 Die Erfahrung anderer Bundesländer hat gezeigt, dass ein konsequenter Nichtraucherschutz in der Gas-
5633 tronomie auf hohe Akzeptanz in der Bevölkerung trifft und den wirtschaftlichen Interessen der Gaststät-
5634 ten nicht schadet. Nichtraucherschutz ist ein wichtiger Beitrag zum Gesundheitsschutz und hat zudem
5635 eine wichtige präventive Funktion.

5636 **Die Koalition wird:**

- 5637 • das Nichtraucherschutzgesetz novellieren und ein Rauchverbot in Spielhallen und Wettbüros, Außen-
5638 gastronomie in Krankenhäusern, Außengastronomie in Freizeitstätten, die stark von Kindern frequen-
5639 tiert werden und innerhalb überdachter Bereiche an Haltestellen des ÖPNV einführen.

5640 **Inklusives Gesundheitswesen**

5641 Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen haben noch immer keinen gesicherten Zu-
5642 gang zu Einrichtungen des Gesundheitswesens. Unser Ziel muss es zumindest sein, dass Bremer Arzt-
5643 praxen eine Selbstverpflichtung eingehen, Praxen barrierefrei zu gestalten und in öffentlichen Darstel-
5644 lungen transparent abzubilden, wie barrierefrei sie sind.

5645 Mit dem medizinischen Behandlungszentrum für erwachsene Menschen mit körperlichen und/oder geis-
5646 tigen Behinderungen und der barrierefreien gynäkologischen Praxis haben wir ergänzende Angebote auf
5647 den Weg gebracht.

5648 **Die Koalition wird:**

- 5649 • sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Menschen mit einer geistigen und/oder schweren mehr-
5650 fachen Behinderung im Erwachsenenalter den gleichberechtigten Zugang zur gesundheitlichen
5651 Versorgung erhalten. Das allgemeine gesundheitliche Versorgungssystem muss hierfür gestärkt
5652 werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass das Medizinische Behandlungszentrum für Erwachsene
5653 mit geistigen und/oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB) seinen Versorgungsauftrag um-
5654 fänglich erfüllt und hierfür wirksame Kooperationen mit dem niedergelassenen Versorgungssystem
5655 etabliert werden. In Bremerhaven soll ein entsprechendes Angebot realisiert werden.
- 5656 • sich auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung der MZEB einsetzen.
- 5657 • darauf hinwirken, dass behinderte Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen des
5658 Gesundheitswesens haben und dass bestehende Informations- und Kommunikations- sowie baulicher
5659 Barrieren abgebaut werden.
- 5660 • im Rahmen der Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren die bestehenden Versorgungs-
5661 lücken behinderter Menschen systematisch schließen. Dies umfasst auch die gynäkologische Ver-
5662 sorgung behinderter Frauen. Hierfür wird die Studie zur Erhebung der Versorgungsbedarfe für die
5663 gynäkologische Versorgung mobilitätsbeeinträchtigter Frauen unterstützt.

5664 **Klimaschutz**

5665 Die Klimakrise ist die größte Gesundheitsgefahr der Zukunft. Die negativen Auswirkungen der Klimakri-
5666 se auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen werden sich zukünftig immer schneller und
5667 umfassender verstärken. Diese gefährlichen Wirkungen werden weltweit, in Deutschland und auch in
5668 Bremen weiter schmerzliche Spuren hinterlassen. Von den negativen Auswirkungen betroffen ist die ge-
5669 samte Bevölkerung. Ärmere Menschen, Alte und Kinder, sowie chronisch Kranke sind besonders betrof-

fen. Auch Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sowie Ärztinnen und Ärzte, Pflegende sowie Rettungssanitäter*innen sind durch Hitzewellen besonders gefährdet. Allergien bei Kindern nehmen in Folge der Erderhitzung ständig zu. Durch wirksame Zusammenarbeit von gesundheits- und klimapolitischen Gegenmaßnahmen muss das verhindert werden.

Die Koalition wird:

- im Rahmen der Katastrophenschutz-Konzepte entwickeln ressortübergreifende Programme in Bezug auf klimabedingte gesundheitliche Krisen und Pandemien entwickeln.
- Krankenhäuser, Pflegeheime und Rehabilitationseinrichtungen darin unterstützen, zukünftig eigene Klimaschutz- und -anpassungspläne und Maßnahmen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs zu entwickeln.
- Energiesparende Entwicklungen für die Medizintechnik und Versorgungstechniken in Krankenhäusern fördern.
- Notwendige Maßnahmen des Klimaschutzes, zunehmende Belastung durch Hitze und der ressourcenschonende Einsatz von Verbrauchsmaterialien in den Curricula für die Studierenden der Gesundheitsberufe sowie in anderen Ausbildungen thematisieren und integrieren.

Pflege

Pflege neu denken

In zehn Jahren wird es bundesweit sechs Millionen Pflegebedürftige geben, im Land Bremen wird sich die Zahl auf mehr als 60.000 fast verdoppeln. Aber schon heute stößt Pflege an Grenzen. Zu wenig Personal, Qualitätsmängel bei einigen Trägern, zu hohe Kosten für die Pflegebedürftigen, enorme Belastungen für pflegende Angehörige und zu wenig professionelle Pflegeangebote. Die Pflege muss daher grundsätzlich neu gedacht und ausgerichtet werden.

Die Koalition wird:

- beim Thema Pflege einen neuen Ansatz verfolgen: Wir wollen, dass der Wunsch der Menschen und ihr Recht auf Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt genommen werden. Die Antwort, die viele Menschen geben, ist eindeutig: Sie möchten in ihrer bisherigen Umgebung alt werden, in ihren gewohnten vier Wänden, in ihrem Wohngebiet, inmitten ihrer Nachbarschaft, mit ihren Freund*innen und Bekannten. Kurz: in ihrem Quartier. Wir werden daher die ambulante und stationäre Altenpflege nicht von der Institution aus denken, sondern aus Sicht der pflegebedürftigen Person als Pflege im Quartier. Alle Angebote sollen sich möglichst auf das Quartier ausrichten und dort verbindlich kooperieren.

Häusliche Pflege

Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen wird zu Hause durch ihre Angehörigen versorgt. Oft fehlen Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für diese oder werden angesichts des belastenden Alltags nicht in Anspruch genommen.

Die Koalition wird:

- pflegende Angehörige vor allem im Rahmen unseres Programms „Pflege im Quartier“ wohnortnah besser ansprechen. Aufeinander abgestimmte Entlastungs-, Fortbildungs- und Gesprächsangebote sowie fundierte Beratung für pflegende Angehörige sind dabei ein wesentlicher Baustein. Spezifische Bedarfe von speziellen Pflegenden, z.B. Young Carers, werden wir besser adressieren. Die jeweiligen

Angebote in den Quartieren wollen wir partizipativ mit den pflegenden Angehörigen durch verschiedene Beteiligungsprozesse entwickeln.

- das Angebot der Pflegestützpunkte ausweiten, um eine Beratung vor Ort, mindestens in Modellquartieren, sicherzustellen, z.B. in Form von Sprechstunden. Wir werden auch Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention für pflegende Angehörige etablieren. Neue Angebote werden wir mit bestehenden Angeboten abgleichen, um Doppelstrukturen zu verhindern.
- dafür sorgen, dass möglichst viele der Angebote direkt im Quartier vorgehalten werden. Alle Anbieter müssen für „ihr“ Quartier verantwortlich sein. Wir werden hierfür einen Fonds für entsprechende Projekte und eine Koordination auferlegen.
- lokale Selbsthilfestrukturen und entsprechende Projekte zur Unterstützung Pflegebedürftiger, pflegender Angehöriger und Nachbar*innen im Quartier fördern. An vorhandenen Strukturen sollen Räume für die selbstständige Organisation von Angehörigengruppen zur Verfügung gestellt werden.
- durch präventive Hausbesuche bei Senior*innen ab 75 Jahren mögliche pflegerische Bedarfe feststellen und entsprechende konkrete Hilfen ermitteln. Hierfür dehnen wir das bisherige Modellprojekt auf weitere Stadtteile aus.

Ambulante Pflege

Wir verfolgen den Grundsatz, die Pflege möglichst in der eigenen Häuslichkeit zu organisieren.

Die Koalition wird:

- innerhalb eines Modellprojektes mit Anbietern ambulanter Pflege erproben, inwieweit eine Konzentration der Angebote der ambulanten Pflegedienste auf regional abgrenzbare Einzugsgebiete möglich ist. In diesem Zusammenhang ist mit den Kassen zu prüfen, ob innerhalb des Modellprogramms „Pflege im Quartier“ ambulante Dienste neue Abrechnungsmöglichkeiten ihrer Leistungen für ältere pflegebedürftige Menschen entsprechend der Neuausrichtung im Quartier erhalten könnten.
- den Ausbau von Alternativen zur klassischen stationären Pflegeeinrichtung fördern, z.B. Pflege-WGs.

Kurzzeit- und Tagespflege

Kurzzeit- und Tagespflegeplätze dienen der Entlastung der pflegenden Angehörigen, entlasten aber gleichzeitig auch die Krankenhäuser. Erfahrungen zeigen, dass aktuell in Bremen ein Unterangebot bei der professionellen Tages- und Kurzzeitpflege besteht. Zudem werden spezifische Bedarfe bspw. von Migrant*innen sowie von LGBTIQ*-Personen, hier insbesondere trans*- und intergeschlechtlichen Menschen, jüngeren Pflegebedürftigen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Menschen mit geistigen Behinderungen, von den bestehenden Angeboten bisher unzureichend adressiert.

Die Koalition wird:

- sich für einen Ausbau der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege einsetzen und diesen fördern. Kurzzeitpflege soll prioritär solitär erbracht werden. Dazu führen wir auch Gespräche mit Trägern von Einrichtungen von Tagespflegeangeboten mit der Zielsetzung, diese wohnungsnah anzubieten. Um die Angebote für Betreiber attraktiv und kostendeckend zu gestalten, müssen Kostenträger, Betreiber und Behörde gemeinsam verbindliche Lösungen finden.
- Angebote schaffen oder bestehende Angebote so weiterentwickeln, dass sie unterschiedlichen Lebenslagen und den oben beispielhaft aufgeführten spezifischen Bedarfen von Menschen gerecht werden.
- eine passgenaue pflegerische Infrastruktur durch den gezielten Aufbau von spezialisierten Pflege-settings unterstützen, um auch hier die spezifischen Bedarfe unterschiedlicher Menschen zu berücksichtigen
- prüfen, ob durch den Ausbau von Kurzzeit- und Verhinderungspflege und von unterstützenden Angeboten für häusliche Pflege die derzeit verfügbaren vollstationären Dauerpflegeplätze zukünftig ausreichen werden.

Pflegeeinrichtungen

Bei den stationären Pflegeeinrichtungen hat es zuletzt mehrere Insolvenzen gegeben – Ursachen sind unter anderem der Mangel an Pflegepersonal, die sinkende Auslastung der Einrichtungen, verschiedenste Krisen wie die Corona-Pandemie oder die Kostensteigerungen für Energie und Sachmittel. Aber auch die marktförmige Organisation des Pflegesystems selbst hat entscheidend zur aktuellen Misere geführt. Wir beobachten mit Sorge den zunehmenden Anteil von profitorientierten überregionalen Anbietern, in deren Einrichtungen sich Pflegemängel häufen. Dies gilt besonders für Private-Equity-Unternehmen, die auf einen schnellen, profitablen Wiederverkauf von Immobilien aus sind und ihre Profite in Steueroasen transferieren.

Auch in Pflegeheimen werden spezifische Bedarfe (bspw. von Migrant*innen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen oder Menschen mit psychischen Erkrankungen) bisher unzureichend adressiert.

Problematisch im Bereich der stationären Pflege sind zudem die rasant steigenden Eigenanteile der Bewohner*innen. Da die Pflegeversicherung lediglich einen pauschalen Anteil der Pflegekosten übernimmt, sind die von den Pflegebedürftigen zu tragenden Eigenanteile in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen. Dies führt dazu, dass viele Pflegeheimbewohner*innen auf Sozialhilfe angewiesen sind - in Bremen betrifft dies bereits etwa jede*r dritte Bewohner*in. Die Eigenanteile werden zukünftig weiter steigen, unter anderem auch wegen erwünschter Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften durch mehr Lohn und mehr Personal.

Die Koalition wird:

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für Regelungen zur Begrenzung der Tätigkeit von Private-Equity-Unternehmen im Pflegesektor einsetzen. Wir fordern unter anderem eine staatlich regulierte Renditebegrenzung für Betreiber von stationären Pflegeeinrichtungen. Um die Profite privater Kapitalgesellschaften im Pflegesektor schon jetzt einzudämmen, müssen die Regelungen zum Schutz, zur sozialen Absicherung und zur Bezahlung der Beschäftigten einschließlich Mitbestimmungsregelungen und Vorschriften zur Personalausstattung verstärkt und in ihrer Einhaltung besser kontrolliert werden. Dies gilt ebenso für die Standards und Regelungen zum Schutz der Bewohner*innen der Pflegeeinrichtungen. Die Prüfrechte, die jetzt bereits bezogen auf die Vergütung der Beschäftigten ausgedehnt worden sind, werden wir auch auf andere Kostenbereiche ausweiten.
- gemeinwohlorientierte Pflege stärken und fördern. Die gemeinwohlorientierten Träger wollen wir in diesem Zusammenhang stärken.
- darauf hinwirken, dass Pflegeheime unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnissen (bspw. von Migrant*innen sowie von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen, von jüngeren Pflegebedürftigen oder Menschen mit psychischen Erkrankungen oder mit geistigen Behinderungen) besser berücksichtigen.
- durch die neuen Personalanhaltswerte entsteht insgesamt ein neuer Personalmix in den Einrichtungen. In der Anpassung der Personalmindestverordnung des BremWoBeG sollten die Ergebnisse der Studie zur Personalbemessung der Universität Bremen („Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen“) dringend berücksichtigt werden. Zudem unterstützen wir eine zügige Anpassung der Löhne durch die Tarifparteien im Altenpflegebereich analog der Vergütung im klinischen Sektor. Nur so kann Personal in allen Bereichen des Pflegesektors gefunden werden.
- eine bedarfsabhängige Entlastung der Pflegeheimbewohner*innen im Bereich der Investitionskosten in Angriff nehmen. Zudem wollen wir die staatliche Kontrolle der Investitionskosten stärken. Die Auswirkungen der jüngsten Wohngeldreform auf die Heimbewohner*innen werden wir prüfen und berücksichtigen.
- sich auf Bundesebene für eine solidarische Bürgerversicherung einsetzen, die die wachsenden Eigenanteile der Pflegebedürftigen deckelt.
- mit den Akteur*innen erörtern, ob und wie das Amt eines/einer Pflegebevollmächtigten zur Stärkung

der Pflege beitragen kann.

Demenzangebote

Die Pflege von Menschen mit einer Demenz stellt pflegende Angehörige und auch die professionelle Pflege vor große Herausforderungen. Daher braucht es umfassende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. In diesem Zusammenhang leistet die Demenz Informations- und Koordinationsstelle (DIKS) in Bremen wichtige Arbeit.

Die Koalition wird:

- die Arbeit der DIKS weiter stärken und ausweiten.
- eine Informationskampagne über mögliche Hilfen und eine Ausweitung der Beratungsangebote – auch in Bremerhaven – durchführen.

Wohn- und Betreuungsaufsicht

Ein wichtiges Instrument für die Sicherung der Qualität der Pflegeangebote ist die Beratung und Überwachung durch die Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA).

Die Koalition wird:

- die WBA zur Wahrnehmung dieser Aufgaben personell stärken. Die personelle Aufstockung muss so gestaltet werden, dass anlasslose Kontrollen von Pflegeeinrichtungen ausgeweitet werden können. Die Wohn- und Betreuungsaufsicht soll zudem künftig bei der Feststellung von Qualitätsmängeln alle Instrumente des Wohn- und Betreuungsgesetzes ausschöpfen.
- die Arbeitsteilung zwischen der WBA und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen weiter verbessern.

Verbraucher*innenschutz

Angesichts immer komplexer werdender Waren- und Dienstleistungsmärkte sind immer mehr Verbraucher*innen, damit überfordert, das Geschehen zu überblicken und für sich richtige Entscheidungen zu treffen.

Die Koalition wird:

- sich deshalb verstärkt für eine niedrigschwellige, auch aufsuchende Arbeit in den Quartieren einsetzen.
- die bereits vorhandenen Strukturen wie die Verbraucherzentrale fortführen und finanziell absichern.
- die Ämter, die die Einhaltung des Verbraucher*innenschutzes kontrollieren, personell stärken, um die vielfältigen Aufgaben im Bereich des Arbeitsschutzes, Lebensmittel, Hygiene, Tierschutz und Pflanzengesundheit sowie Gentechnik, technischer und wirtschaftlicher Verbraucherschutz abzusichern. Zudem werden wir die technische Ausstattung und die Modernisierung der Geräte in den Ämtern vornehmen, damit diese die aktuellen gesetzlichen Vorgaben auch umsetzen können.

Sozialer Zusammenhalt

Sozialer Zusammenhalt ist unser Ziel

Unser gemeinsames Ziel ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in einer solidarischen Gesellschaft, in der Ungerechtigkeiten bekämpft, Armut verringert, allen Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet und gerechte Teilhabe für alle ermöglicht wird. Dies schließt menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, Zugang zu Bildung, ein gesundes Leben mit guter gesundheitlicher Versorgung, das Recht auf Wohnraum, weitestgehende Barrierefreiheit und Diskriminierungsfreiheit, Respekt und Raum für verschiedene Lebensformen und Würde für jede und jeden ein. Teilhabemöglichkeiten sind nicht gleich verteilt in der Gesellschaft. Besonders armutsbetroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationserbe und Rentner*innen. Eine soziale Politik für alle erfordert Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Sie erfordert gleichzeitig ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit. Die Lebenslagenberichterstattung für das Land Bremen wollen wir neu aufstellen und durch ein ressortübergreifendes Handlungskonzept Armutsbekämpfung ergänzen, welches konkrete Maßnahmen auf kommunaler und Landesebene enthält. Für die Erarbeitung und Umsetzung soll eine ressortübergreifende, verbindliche Arbeitsebene als Staatsräte-Lenkungsgruppe eingerichtet werden.

Die Koalition wird auf Bundesebene:

- sich für eine Erhöhung des Mindestlohns stark machen.
- sich für eine sozial gerechte Steuerpolitik einsetzen, bei der starke Schultern mehr beitragen als schwächere. Das Ziel einer gerechten Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Einführung der Finanztransaktionssteuer sowie einer Übergewinnsteuer verfolgen wir deshalb weiter.
- die Einführung einer armutsfesten und einfach zugänglichen Kindergrundsicherung unterstützen und einfordern.
- dafür eintreten, das Ehegattensplitting zugunsten gerechterer Formen der Besteuerung und Familienförderung auslaufen zu lassen.
- die Weiterentwicklung der Grundrente als Sicherung gegen Altersarmut fordern.
- sich für eine gerechte Berechnung der Regelbedarfe, die Zuordnung der Stromkosten zu den Kosten der Unterkunft und für einen Ausgleich der Inflation beim Bürgergeld und in der Grundsicherung stark machen.

Sozialer Zusammenhalt im Quartier

Die soziale Lage in den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ist sehr unterschiedlich und so sind es auch die Lebenschancen der dort lebenden Bremer*innen und Bremerhavener*innen. In den benachteiligten Stadtteilen braucht es die beste Ausstattung der Bildungseinrichtungen, der Gesundheitsangebote und der sozialen Infrastruktur, um Chancenungerechtigkeit und eine weitere Aufspaltung der Gesellschaft zu verringern. Mehr noch: In den Quartieren wird sozialer Kontakt und Teilhabe möglich, entstehen Zusammenhalt und Miteinander und machen unsere Gesellschaft lebenswert.

Die Koalition wird:

- das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ und das neue, erfolgreiche Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ mit seinen Förderlinien (Quartierszentren, Quartiere im Werden, Sonder- und Kleinstgebiete, Ältere Menschen im Quartier) fortsetzen sowie die weiteren sozialraumorientierten Programme wie Ankommen im Quartier, Gesundheitsfachkräfte im Quartier fortsetzen und gut miteinander verzahnen. Die Errichtung weiterer Quartierszentren streben wir an. Programme für Kleinstgebiete wie das 5Q-Programm setzen wir fort und stattdessen es bei Bedarf besser aus.
- ein Programm für quartiersbezogene Beschäftigung aufsetzen, das Alleinerziehende, Langzeitarbeits-

lose und Ältere im Übergang zur Rente im Fokus hat und über lokale Projekte eine hohe Identifikation schafft. Dabei soll auch die Möglichkeit zu einem Übergang in Angebote mit abschlussorientierten Qualifizierungen gegeben sein. Hiervon profitieren Menschen in den Programmen und die Quartiere gleichermaßen.

- Sozialkaufhäuser in den Quartieren bei Bedarf unterstützen und fördern, ebenso wie die wichtige Arbeit der Tafeln.

Beratung und Unterstützung

In Bremen und Bremerhaven haben sich sehr gute und für von schwierigen Lebensbedingungen Betroffene wichtige (Selbst-)Hilfenetzwerke gebildet. Ein flächendeckendes Netz an Beratungs- und Hilfeeinrichtungen unterstützt Betroffene dabei, direkte und indirekte Folgen von Armut, wie Schulden, Vereinsamung oder Krankheit, abzufedern und unterstützt sie dabei, ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe umzusetzen.

Die Koalition wird:

- die erfolgreiche Arbeitslosen- und Sozialberatung weiter fördern, ebenso die Schulden- und Insolvenzberatung sowie die Verbraucherzentrale mit ihren dezentralen Angeboten. Wir werden den Zugang zur Schuldnerberatung erleichtern und vereinfachen.

Soziale Teilhabe

Die Freikarte für Kinder und Jugendliche mit jährlich 60 € hat deren Teilhabe an Freizeit-, Kultur und Sportangeboten substanziell verbessert und hat vor allem Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien Aktivitäten, die ihnen sonst verschlossen geblieben gewesen wären, eröffnet. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen in Bremen.

Die Koalition wird:

- Die neu eingeführte „Freikarte“, mit der alle unter 18-Jährigen frei nach den eigenen Interessen Freizeitangebote in unseren beiden Städten nutzen können, weiterführen und ausbauen: Wir wollen die Freikarte als eine zielgruppenorientierte smarte Karte weiterentwickeln und um mehr Akzeptanzstellen auch für kleinere Kinder werben
- mit anderen Partner*innen Kulturangebote für junge Menschen kostenlos anbieten.
- Menschen in prekären Lebenslagen durch quartiersbezogene, mehrsprachige Informationsangebote über bestehende Leistungen besser in die Lage versetzen, diese in Anspruch zu nehmen

Wohnungslosigkeit

Trotz zahlreicher Anstrengungen gibt es noch immer Wohnungslose in unseren Städten. Damit finden wir uns nicht ab.

Die Koalition wird:

- basierend auf den Entscheidungen der Bundesregierung und EU-Kommission, Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 beenden zu wollen, unser vorhandenes Unterstützungssystem für wohnungslose Menschen überprüfen, weiterentwickeln und hierdurch die Grundlage für weitere Schritte auf dem Weg der entschiedenen Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Bremen auf dem Weg ins Jahr 2030 legen.
- das erfolgreiche Angebot Housing First ausweiten und in die Regelfinanzierung nach dem SGB XII überführen und um nachgehende Hilfsangebote ergänzen.
- weitere Belegrechte sichern, um den Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt zu öffnen.
- niedrigschwellige sozialräumlich ausgerichtete Unterstützungssysteme schaffen, um die Vermittlung in Wohnraum zu unterstützen, den Verlust von Wohnraum zu verhindern und die soziale Begleitung in der Notunterbringung zu verbessern.

- die Angebote für wohnungslose Frauen prüfen und bei Bedarf z.B. in Form von Notschlafstellen, Tagstreffs oder Schutzwohnungen für Zwangsprostituierte ergänzen.
- für wohnungslose Frauen kostenlose Hygieneartikel und Verhütungsmittel bereitstellen.
- eine Unterkunft für wohnungslose Menschen mit Hunden einrichten.
- Notunterkünfte für wohnungslose Drogenkonsument*innen zur Verfügung stellen.
- das Angebot des muttersprachlichen Streetwork fortführen.
- für kranke Obdachlose entsprechend dem Bedarf Krankenzimmer bereithalten und die finanzielle Absicherung des „Vereins zur medizinischen Versorgung Obdachloser im Lande Bremen e.V.“ sicherstellen.
- moderierte Szenetreffs/Akzeptanzorte sowie bewirtschaftete Schließfächer und öffentliche, bei Bedarf personalgeführte Toiletten an stark frequentierten Orten schaffen.
- das Unterstützungssystem für wohnungslose oder obdachlose Menschen sukzessive barrierefrei gestalten.
- die mittlerweile etablierten Maßnahmen zu Kälteschutz im Winter verstetigen und durch geeignete Maßnahmen zum Hitzeschutz im Sommer ergänzen. Dieses umfasst unter anderem auch die ganzjährige öffentlich zugängliche Trinkwasserversorgung.

Unterstützung im Leistungsbezug

Auch wenn wir zahlreiche wichtige Beratungs- und Beschäftigungsangebote ausgebaut haben, werden weiter viele Menschen und insbesondere Familien auf Unterstützung durch Sozialleistungen angewiesen sein.

Die Koalition wird:

- prüfen, wie auch nach Einführung eines Mietspiegels die unterschiedlichen Wohnlagen bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden können.
- den Härtefallfonds für Energie- und Wassersperren fortsetzen und den Zugang ausweiten. Zusätzlich wollen wir die Anschaffung energiesparender weißer Ware (z.B. Kühlschränke) mit einem Zuschuss unterstützen, da Transferleistungsbeziehende die Gesamtsumme aus den Regelsätzen oft nicht ansparen können.
- die Mitgliedschaft im Mieterverein für Menschen im Leistungsbezug bei Bedarf auch über 2023 hinaus übernehmen und diese Möglichkeit bekannter machen.

Selbstbestimmung, Inklusion und Teilhabe

Die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung gehört zum Selbstverständnis solidarischer Gesellschaften. Dabei gilt es Erfahrungen, Kompetenzen und Wünsche behinderter Menschen zum Ausgangspunkt noch notwendiger Entwicklungen zu machen. Genau dafür steht der zentrale Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention „Nicht über uns ohne uns“, der im öffentlichen Raum, bei Anbietern von Dienstleistungen und auch in allen anderen Lebensbereichen den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft weist.

Die Koalition wird:

- auch in der 21. Wahlperiode die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Land Bremen aktiv mit dem Ziel unterstützen, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen voranzubringen. Hierzu wird ein Teilhabebericht über die Lebenslagen behinderter Menschen eingeführt. Behindertenpolitik wird als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe des gesamten Senats im Sinne eines Disability Mainstreamings verankert.
- weiter das Ziel verfolgen, Bremen und Bremerhaven jeweils zur inklusiven Stadt zu entwickeln. Dieses Ziel muss regelhaft in der Stadtentwicklung verankert werden; es erfordert die Umsetzung ausstehender Maßnahmen des Bundesteilhabegesetzes, eine Strategie zur schrittweisen Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, einen Stadtteil-übergreifenden Aktionsplan „Sichere Mobili-

tät' für Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung, die Förderung von barrierefreiem Wohnraum sowohl bei Neubau wie auch für Umbauten im Bestand, die Konkretisierung von Teilhabezielen zur verstärkten Ermittlung und Umsetzung von individuellem Unterstützungsbedarf, insbesondere zur Unterstützung des Lebens in der eigenen Wohnung für Menschen mit Behinderung.

- prüfen, wie Gehörlose als Bezugsberechtigte in das Landespflegegeld aufgenommen werden können.

Die Koalition wird außerdem:

- das Budget für Arbeit und Budget für Ausbildung im Öffentlichen Dienst verbindlich erproben sowie die Gründung eines Inklusionsbetriebes umsetzen.
- eine Strategie zur Sicherung der Schwerbehindertenquote von 6 Prozent im Öffentlichen Dienst erarbeiten.
- die Werkstätten für Menschen mit Behinderung neben dem Angebot an Beschäftigung auch zu Dienstleistungen für die Inklusion am allgemeinen Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Der Anteil der Übergänge aus der Werkstatt Bremen auf den ersten Arbeitsmarkt soll deutlich erhöht werden. Im Abstand von zwei Jahren wird geprüft, ob Außenarbeitsplätze der Werkstatt Bremen in reguläre Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden können.
- die Ergebnisse der Neugestaltung des Entgeltsystems der Werkstätten für Menschen auf Bundesebene auswerten und die Umsetzung für das Land Bremen prüfen.
- das Gespräch mit Werkstätten und Wohnheimen für behinderte Menschen suchen, um eine queer sensible Umgebung für LGBTIQ*-Personen mit Behinderung sicherzustellen.
- Institutionen und Projekte unterstützen, die die Inklusion queerer Menschen mit Behinderungen ins Erwerbsleben voranbringen.
- sich dafür einsetzen, dass die Berufsausbildung zunehmend weniger in besonderen Berufsbildungswerken, sondern inklusiv und dual in Betrieben und Berufsschulen stattfindet.
- die bestehenden Bestrebungen unterstützen, möglichst in dieser Legislatur in Bremerhaven und Bremen je ein Inklusionshotel zu schaffen.

Freiwilliges Engagement stärken

Bei der Erreichung unserer Ziele für eine solidarische Gesellschaft bauen wir auf die Zusammenarbeit mit all denen, die unsere Werte teilen. Freiheit und Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenwürde tragen uns und viele andere in unserer Gesellschaft – von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und religiösen Gemeinschaften über den organisierten Sport bis hin zu den Akteuren einer engagierten Zivilgesellschaft aus Initiativen, Vereinen oder Stiftungen. Sie alle leisten wertvolle Beiträge für den sozialen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt. Sie wirken aber auch entscheidend für ein tolerantes Klima, engagieren sich gegen Entsolidarisierung und für Inklusion und sind wichtige Partner*innen bei der Armutsprävention in unseren beiden Städten.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit den genannten Akteuren prüfen, ob man die Infrastruktur für freiwilliges Engagement stärken kann durch ein „Haus des Engagements“.
- für die Umsetzung von Empfehlungen aus der Engagementstrategie Mittel bereitstellen, insbesondere für die Nachwuchsgewinnung für Vereinsvorstände und die Förderung engagementferner Gruppen.
- das Beratungsangebot aus dem Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für stark belastete Freiwilligendienstleistende, die eine wichtige Quelle für Fachkräfte im Sozialbereich sind, fortzuführen.
- die gemeinsame Ehrenamtscard Niedersachsen/Bremen fortführen und weiterentwickeln.
- eine Initiative auf Bundesebene starten, um die Ehrenamtspauschale weiter anzuheben und die Vereinfachung im Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht voranzutreiben.

Jugend und Familie

Kinderspielplätze

Elementar für das Jungsein und Erwachsenwerden sind neben Schule, Ausbildung oder Studium auch Freizeit und Freiraum, um sich zu erholen, selbstbestimmte Erfahrungen zu machen und sich für seine Mitmenschen und Umwelt zu engagieren. Spielplätze für Kinder und Bewegungsräume und Treffpunkte für Jugendliche müssen dort vorhanden sein, wo junge Menschen leben, d.h. vor Ort in den Quartieren.

Die Koalition wird:

- im Rahmen des bewährten Spielraumförderkonzeptes alle Quartiere mit mehr attraktiven Spiel- und Bewegungsräumen ausstatten, die kostenfrei genutzt werden können.
- dazu gemeinsam mit den Beiräten und Jugendbeiräten neue Flächen für Spiel- und Bewegungsräume identifizieren.
- bereits vorhandene Potenziale von Außengeländen an Schulen und Kitas auf eine öffentliche Nutzung am Nachmittag hin überprüfen.
- vorhandene Spielflächen und Bolzplätze weiterhin sanieren und modernisieren.
- bei der Gestaltung dieser Räume junge Menschen aktiv in Form von Planungswerkstätten beteiligen, den Ansatz der inklusiven Gestaltung von Spielplätzen mitdenken und prüfen, ob ein Mehrgenerationenkonzept, eine Trinkwasserquelle, eine Toilettenanlage und eventuell eine kleine Bühne für Stadtteilaufführungen sinnvoll sind.
- die Umweltbildungseinrichtungen stärken und ihre Finanzierung in den ordentlichen Haushalten verankern und darauf achten, dass städtische Räume für das Naturerleben von Kindern und für naturnahe Spielplätze gesichert werden.

(Offene) Kinder- und Jugendarbeit / Jugendverbandsarbeit

Das bisherige Finanzierungssystem der Offenen Jugendarbeit stößt gegenwärtig an seine Grenzen. Es braucht eine grundlegende Neuausrichtung. Als Grundlage dafür dienen die Ergebnisse des ersten Bremer Jugendberichts. Ziel muss es sein, stadtweit ein qualitativ gutes, vielseitiges und verlässliches Angebot der Offenen Kinder Jugendarbeit (OJA) und Jugendverbandsarbeit, das allen Kindern und Jugendlichen offensteht, abzusichern und zu fördern.

Die Koalition wird:

- in einem ersten Schritt die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die offene Jugendarbeit umsetzen, die finanziellen Mittel aufstocken und die Förderzeiträume für die Zuwendungen an den Doppelhaushalt anpassen, um die Planungssicherheit der Anbieter zu erhöhen.
- die Finanzierungssystematik inklusive eines Sockelbetrages und einer dynamisierten Zuwendung überarbeiten.
- weiterhin finanzielle Mittel nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ auf die Stadtteile verteilen.
- neu entstehenden Wohnquartieren frühzeitig Mittel zum Aufbau von OJA-Angeboten zur Verfügung stellen.
- die Integrationsmittel dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln,
- die Kinder- und Jugendfarmen (Stadtteolfarmen) im Zusammenspiel mit Jugend- und Bildungsressort absichern. Sie sind auch besondere außerschulische Lernorte, die regelhaft von Schulen genutzt werden können. Wir werden prüfen, wie wir sie im Zusammenhang mit der Ausweitung der Ganztagsbeschulung als integralen Bestandteil der Angebotsstruktur einbeziehen und weiterentwickeln können. Für den Erhalt des gesamten Angebots ist eine Finanzierung außerhalb der bestehenden OJA-Mittel im Stadtteil wichtig. Um die Kinder- und Jugendfarmen in Bremen auch für die Nachmittagsangebote

- abzusichern, werden wir eine Finanzierung über die stadtteil-übergreifenden Bewegungs- und Freizeitangebote der Offenen Jugendarbeit prüfen bzw. erfolgen lassen.
- die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Budgets für stadtteilübergreifende Angebote der OJA dauerhaft absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln unter der Maßgabe, mit mindestens der Hälfte des Budgets überjährige stadtweite Angebote mit besonderer Strahlkraft abzusichern und mit den verbleibenden Mitteln innovative unterjährige Projekte in der Jugendarbeit zu finanzieren sowie die Förderrichtlinie für Honorare überprüfen, ebenso wie die bisherigen Öffnungszeiten der Einrichtungen, um der hohen Nachfrage nach Angeboten am Wochenende nachkommen zu können.
 - die bestehenden Mädchenhäuser und -einrichtungen absichern.
 - barrierefreie Zugänge zu Jugendfreizeiteinrichtungen, einschließlich Sanitäranlagen schaffen.
 - Dort, wo die Jugendeinwohner*innenzahlen stark gestiegen sind und die Sozialindikatoren den Bedarf an Freizeit- und Sportangeboten verdeutlichen, Neues ermöglichen. Dazu zählt auch die Oslebshauser Multisports Area.
 - die öffentliche Förderung von Anerkennungspraktika für Sozialarbeiter*innen in der Offenen Jugendarbeit fortschreiben und ausbauen, die Förderungssystematik der Jugendverbandsarbeit in einem beteiligungsorientierten Prozess mit den Jugendverbänden prüfen und mit dem Ziel einer Stärkung des Arbeitsfeldes weiterentwickeln.
 - den mit der Digitalisierungsstrategie der Offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit eingeschlagenen Weg in Zukunft fortführen.
 - die Stärkung der Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche in der Landesverfassung durch die Entwicklung einer Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie untermauern mit dem Ziel, bestehende Beteiligungsmöglichkeiten besser zu koordinieren und so weiterzuentwickeln, dass auch diejenigen erreicht und aktiviert werden, die sich bisher nicht angesprochen fühlen.
 - die selbstorganisierte Jugendkultur und die Bereitstellung von öffentlichem Raum zur Selbstorganisation sowie neue Formen der Gebühren- und Kostenfreiheit für Jugendliche im öffentlichen Raum fördern. Die Aufenthaltsqualität auf den Grünflächen, die im Sommer von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Feiern genutzt werden (z.B. Osterdeich, Werdersee), möchten wir für alle Nutzer*innengruppen erhöhen.
 - das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen stärker anerkennen, die Jugendleiter*innencard (JULEICA) wollen wir aufwerten und die Verfahren hierzu vereinfachen.

Kinder- und Jugendhilfe / Jugendamt

Zur Stärkung des Schutzes von jungen Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe folgen aus der SGB VIII-Reform erweiterte Prüfpflichten der Einrichtungsaufsicht. Um diesen Aufgaben zu entsprechen und zugleich die Standards der Selbstvertretung zu erweitern.

Die Koalition wird:

- die Einrichtungsaufsicht im Landesjugendamt verstärken.
- die Arbeit der neu eingerichteten Ombudsstellen in Bremen, Bremerhaven und Bremen-Nord für Streitfälle mit der Jugendhilfe aufmerksam begleiten.
- den eingeschlagenen Weg der diversitätssensiblen Kinder- und Jugendhilfe weitergehen und ausbauen, insbesondere auch durch die Erstellung eines ressortübergreifenden Fachkonzepts zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, wobei wir ergänzend gemeinsamen Qualifizierungsangebote von Fachkräften der öffentlichen und freien Träger für die diversitätssensible und inklusive Jugendhilfe anstoßen.
- uns auf Bundesebene für eine Opferentschädigung von Opfern von physischer und psychischer Gewalt in stationären geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen, etwa durch einen Entschädigungsfonds, einsetzen.
- um die Fallbelastung in der Amtsvormundschaft zu senken die Vormundschaftsvereine in Bremen fördern, wobei neben einer Finanzierung über Stundensätze als Pauschale, die über die Justizkasse finanziert wird, begleitend eine Projektförderung im Rahmen von Zuwendungen nötig ist.

- die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen als niedrigschwelliges und präventives Angebot der Hilfen zur Erziehung mit einer großen Reichweite bei Familien finanziell und personell stärken.
- den in der letzten durchgeführten Personalbemessung im Bremer Jugendamt als notwendig festgestellte Personalaufwuchs in Form der dritten Tranche realisieren und auf Basis eines neu zu erstellenden Berichtes die notwendige vierte und letzte Tranche beschließen.
- prüfen, ob für Pflegeeltern die Auszahlung eines analogen Elterngeldes nach Vorbild der Region Hannover in Bremen möglich ist und den BremenPass auf Pflegekinder ausweiten.
- Schutzwohnungen bereitstellen für queere Jugendliche, die sich in konflikthaften Familienkonstellationen befinden.
- im Bereich der stationären Jugendhilfe Träger beim Aufbau von Notschlafstellen für von Obdachlosigkeit bedrohten Kinder, weiteren Eltern-Kind-Wohneinrichtungen sowie eine Jugendentgiftung unterstützen. Im Bereich der ambulanten Jugendhilfe wird die Koalition die Straßensozialarbeit stärken.

Kinderschutz

Wir wollen den Bereich Kinderschutz in gemeinsamer Verantwortung ressortübergreifend stärken.

Dazu wird die Koalition:

- die Schnittstellen und bestehenden Kooperationen im Kinderschutz zwischen Polizei, Jugendamt, Beratungsstellen, Kitas und Schulen verbessern.
- den Bereich des präventiven Kinderschutzes sowie die Beratung von Kindern und Jugendlichen, Betroffenen und Fachkräften verstärken und dabei einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen sexuellen Missbrauch von jungen Menschen unter Einbeziehung der digitalen Medien legen.
- die Umsetzung der Kinderrechte in der Landesverfassung durch den Erhalt des Jugend- und Kinderrechtebüros und die finanzielle Absicherung seines Angebots vorantreiben.
- den im Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ verankerten fallübergreifenden Austausch zwischen den Akteuren weiter stärken, die zunehmend festzustellenden digitalisierten Formen von Gewalt enger in den Blick nehmen und das Handlungskonzept um neue Angebote erweitern.

Familienförderung

Um Familien früh und effektiv zu fördern, braucht es ein dichtes Netz an verschiedenen, niedrigschwelligen und verlässlichen Unterstützungsleistungen für Familien in den Quartieren. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention und ermöglichen ein Aufwachsen in Wohlergehen. Da in Bremen mit mehr als 40 Prozent viel zu viele Kinder und Jugendliche in einem armutsgefährdeten Haushalt leben, bleibt es richtig, Ressourcen verstärkt für die Stadtteile und Bevölkerungsgruppen mit besonderen sozialen Herausforderungen einzusetzen.

Die Koalition wird:

- familienbezogene Infrastruktur im Quartier wie die Häuser der Familie, Spielhäuser, die Mütterzentren und die Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung und des niedrigschwelligen und kostenfreien Austauschs sowie aufsuchende Elternunterstützungsangebote finanziell und personell stärken und ein Rahmenkonzept Familienbildung erstellen und umsetzen.
- für den ehrenamtlich geführten Freundeskreis Häuser der Familie e.V., der als Träger Drittmittel und Zuwendungen für die Projekte beantragt, eine Nachfolgeregelung finden.
- die Unterstützungsleistungen für Familien mit kleinen Kindern ressortübergreifend weiter verzahnen und verstärken (z.B. Frühe Hilfen und Familienhebammen) und dazu den begonnenen Prozess einer Gesamtstrategie „Frühe Kindheit“ mit der ressortübergreifenden Steuerungsstelle „Frühe Kindheit“ weiterführen, um das Zusammenwirken der und die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Unterstützungsangeboten für Familien in gemeinsamer Verantwortung zu stärken.
- die Weiterentwicklung der BRISE-Förderkette forcieren und mit der Gesamtstrategie „Frühe Kindheit“ und anderen Angeboten der Familienförderung im Quartier verzahnen.

- neue Formen wie digitale Angebote, *Peer-to-Peer* Ansätze oder den Einsatz semiprofessioneller Kräfte erproben.
- die Vernetzung mit präventiven Angeboten aus dem Bereich Gesundheit sowie den Kitas vorantreiben.

Sport und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Sport ist sowohl körperliche Betätigung als auch Freizeitgestaltung und Teil unseres kulturellen Lebens. Sport fördert dauerhaft das soziale Miteinander von Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder Herkunft und wirkt integrativ nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Sport ist Teil der individuellen wie auch der allgemeinen Gesundheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die Koalition wird:

- weiterhin Kinder und Jugendliche früh an den Sport heranzuführen. So fördern wir nicht nur die Gesundheit, sondern schaffen auch eine Grundlage für ein späteres sportliches und soziales Engagement in den Vereinen. Sport ist existenziell für gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- die von der Bremer Sportjugend entwickelten Kinderschutz-Programme zur sexualisierten Gewalt unterstützen. Gleiches muss auch im Leistungssport Anwendung finden. Kindern und Jugendlichen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit und wir begrüßen das Programm „Safe Sports“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sowie die Einführung des Kinderschutzsiegels durch die Bremer Sportjugend.
- die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Bremen-Pass, z. B. für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, beibehalten und den monatliche Förderbetrag in den nächsten Jahren kontinuierlich weiterentwickeln.

Jugendliche Geflüchtete

Die enge Betreuung und Begleitung der im Land Bremen lebenden (unbegleiteten) jugendlichen Geflüchteten sehen wir als zentrale Aufgabe, um ihr Wohlergehen sicherzustellen, sie in der Entwicklung zu sozialen, selbstständigen und verantwortungsbewussten Individuen zu fördern und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Koalition wird:

- die dafür erforderliche Infrastruktur insbesondere in den Bereichen Jugendhilfe, Gesundheit, Bildung und berufliche Integration in unseren beiden Kommunen weiter ausbauen
- Maßnahmen ergreifen, um insbesondere den Erwerb von Schulabschlüssen zu fördern.
- allen Kindern und Jugendlichen so schnell wie möglich das Lernen in Regelklassen ermöglichen. Wir wollen das Recht auf Bildung bis zum Alter von 25 Jahren ausweiten, denn Bildungschancen dürfen nicht am Alter scheitern. In dieser Zeit wird zudem der Aufenthalt abgesichert.
- die „Qualitätsstandards Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ überarbeiten, u.a. mit der Fragestellung wie ein Clearingverfahren für alle Jugendliche erreicht werden kann.
- die Unterbringung von für die Umverteilung angemeldeten und sog. Rückkehrer*innen und jungen Geflüchteten, erfolgt nach den sonst üblichen Raumstandards in der Jugendhilfe.

Senior*innen

Im Land Bremen ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung 65 Jahre oder älter. Sie leben in sehr unterschiedlichen Lebenslagen und übernehmen wichtige Funktionen im Erwerbsleben und Ehrenamt, in der Familienarbeit und dem gesellschaftlichen Zusammenhang. Damit sie das können, müssen ihre Bedarfe – bei aller Unterschiedlichkeit – stärker und konsequenter in allen Politikbereichen mitgedacht werden.

Vieles, was für Senior*innen wichtig ist, ist für alle gut, aber für Senior*innen besonders dringlich.

Der demografische Wandel zeigt auch: Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Die durchschnittliche Lebenserwartung, die 1970 noch bei 70 Jahren lag, ist inzwischen auf über 80 Jahre geklettert. Die über 90-Jährigen sind die am schnellsten wachsende Altersgruppe. Diese erfreuliche Entwicklung bringt gleichzeitig Herausforderungen für unsere Städte mit sich, die erkannt und gemeistert werden müssen. Unser Ziel ist dabei das selbstbestimmte Leben im Alter in der gewohnten Umgebung, barrierefreie und kurze Wege zu Dienstleistungen und Angeboten, fußläufig gut erreichbare Grünflächen mit Sitzgelegenheiten, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Miteinander von Alt und Jung.

Altersfreundliche Städte und Quartiere

Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu altersfreundlichen Städten entwickeln. Das heißt, dass auch ältere Menschen sich in unseren Städten wohlfühlen und hier gerne alt werden. Im Alter wird die gute wohnortnahe Versorgung immer wichtiger. Unser Ziel ist, dass alle Angelegenheiten des täglichen Lebens gut erreichbar und zugänglich sind: Einzelhandel und Apotheken, Hausärztinnen und Hausärzte, die Haltestellen von Bus und Bahn, Bank und Post, Dienstleistungszentren und Kulturangebote.

Die Koalition wird:

- das Thema altersgerechte Stadt zum integralen Bestandteil der Stadtentwicklung machen.
- die Belange von Senior*innen im Programm Wohnen in Nachbarschaften regelhaft berücksichtigen.
- das Programm „Ältere im Quartier“, über das Mittagstische in den Quartieren, Unterstützung bei Fahrten und Unterstützung für Ehrenamtliche ermöglicht werden, fortsetzen und im Rahmen des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“ ausbauen.
- Mobilitätslücken durch einen ausgebauten Personennahverkehr schließen.
- Maßnahmen der Klimaanpassung wie sonnengeschützte Plätze, Bänke und Trinkwasserbrunnen ausbauen.
- deutlich machen, dass alle Träger der Altenhilfe und von Senior*innenangeboten auch die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte achten müssen, denn auch hier wächst der Anteil der Älteren, und entsprechende Konzepte und Modellprojekte müssen an diese Bedarfe angepasst werden.

Wohnen im Alter

Viele Menschen machen sich im Alter Gedanken über ihr Wohnen. Wir möchten, dass man so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung bleiben kann. Wenn die Kinder aus dem Haus sind und vielleicht die Hausarbeit oder Gartenpflege zu zeitaufwändig werden, überlegen einige, ob eine Veränderung sinnvoll ist. Dazu sollten in allen Stadtteilen Angebote des seniorengerechten und bezahlbaren Wohnens mit Service verfügbar sein.

Die Koalition wird:

- die Beratung zur Anpassung des Wohnraums an die Bedürfnisse des Alters (kom.fort) bedarfsgerecht weiter fördern.
- dezentrale Unterstützungsstrukturen wie die Dienstleistungszentren weiter stärken und ausbauen.
- gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen weiterhin unterstützen.
- sich weiterhin für zukunftsgerichte Wohnformen wie Wohnen mit Service, Stiftungsdörfer etc. einsetzen.

Armut im Alter

Armut im Alter ist nach wie vor eine große Sorge vieler Menschen. Der Handlungsbedarf ist groß, insbesondere für Frauen, denen die Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen als Lücke im Lebenslauf hinsichtlich der Einzahlungszeiten ins Rentensystem zum Nachteil wird. Der Anteil von Menschen, die auf Grundsicherungsleistungen im Alter angewiesen sind, steigt – auch bei Menschen mit Migrations-

biographie. Leider nehmen viele Menschen die ihnen zustehenden Sozialleistungen nicht wahr.

Die Koalition wird:

- sich weiter dafür einsetzen, dass Altersarmut auf Landes- und Bundesebene bekämpft wird.
- um das Dunkelfeld der Armut im Alter zu verringern, offensiv über die Grundsicherung im Alter sowie Wohngeldansprüche mehrsprachig informieren.

Unterstützungsangebote

Trotz der zahlreich vorhandenen Angebote erleben wir, dass nicht alle Menschen, für die Angebote da sind, diese erfassen können und nutzen und so erst spät, manchmal zu spät Unterstützung erfahren.

Die Koalition wird:

- die Modellprojekte „Präventive Hausbesuche“ und „Aufsuchende Altenarbeit plus“ durchführen, auswerten und dann schrittweise als Gesamtstrategie auf das gesamte Stadtgebiet Bremen ausweiten.
- den Sozialdienst Erwachsene der wachsenden Zielgruppe entsprechend verstärken.

Einsamkeit im Alter

Immer mehr Menschen leben allein. Einsamkeit im Alter ist ein zunehmendes gesellschaftliches Problem. Aber: Ältere Menschen sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Damit das so bleibt, müssen sie gut eingebunden werden. Wir wollen die öffentlichen Orte der Begegnung und Zusammenarbeit stärken und sie – wo erforderlich – für die Zielgruppe der älteren Menschen besser öffnen.

Die Koalition wird:

- ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur sicherzustellen, das Gesundheits- und Sorgezentren, Stadtteilzentren, Beratungsstellen, Senior*innenbegegnungsstätten, Bürgerhäuser und Mobilitätsdienste niedrigschwellig und wohnortnah verbindet und zeitgemäß ausgestaltet.
- die Quartierszentren in 14 stadtbremischen Quartieren für die Organisation von Begegnungen und Projekten zwischen Jung und Alt gewinnen und diese fördern.

Digitale Teilhabe

Die Nutzung von Computer und Internet ist für viele Ältere alltäglich geworden, für andere noch ungewohnt – aber eine wichtige Möglichkeit, Kontakte herzustellen und aufrecht zu erhalten sowie Informationen zu bekommen. Wir wollen daher neue Wege für die digitale Teilhabe Älterer beschreiten. Digitalisierung darf aber auch nicht bedeuten, Generationen abzuhängen. Das Nebeneinander der technischen Nutzungsgewohnheiten erfordert, dass alle die Möglichkeit bekommen, Dienstleistungen der Verwaltung anderweitig – sei es persönlich oder telefonisch – ohne Einschränkung wahrnehmen zu können.

Die Koalition wird:

- die bisherigen Projekte wie Beratungsangebote, Laptop-Verleih und das Netzwerk Digitalambulanzen weiterentwickeln und zu einem Gesamtsystem verstetigen. Um mehr Menschen in benachteiligten Quartieren zu erreichen, werden wir mit den Trägern den Einsatz von Nachbarschaftshelfer*innen als Digitallots*innen prüfen.

Politische Teilhabe

Viele ältere Menschen engagieren sich im Ehrenamt, in Bürgerinitiativen, in Verbänden und Initiativen. Dieses Engagement ist von hohem Wert für das gegenseitige Verständnis der Generationen und unsere Zivilgesellschaft. Der bremischen Seniorenvertretung kommt als anerkannte Interessenvertretung für alle älteren Menschen im Land Bremen eine besondere Rolle zu.

Die Koalition wird:

- die Seniorenvertretung auch weiterhin eng begleiten und sie als politische Partnerin in unsere Entscheidungen einbinden.
- sich dafür einsetzen, eine Vertretungsperson von einem queeren Träger in die Senior*innenvertretung zu senden, damit die Belange älterer Menschen der LGBTIQ* Community besser gehört werden.
- mit der Seniorenvertretung und der interessierten Öffentlichkeit Möglichkeiten der Erweiterung des Einflusses der Seniorenvertretung auf politische Entscheidungen, etwa durch ein Senior*innenmitwirkungsgesetz, erörtern und über Strategien der Förderung der politischen Teilhabe der älteren Generation diskutieren.

Flucht, Migration, Integration und Partizipation

Zuwanderungsgesellschaft

Das Bundesland Bremen ist von jeher geprägt von Zuwanderung, gesellschaftlicher Vielfalt und von Menschen mit Wurzeln in den verschiedensten Ländern der Welt. Wir verfügen in Bremen und Bremerhaven über viel Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, dem Nebeneinander von Sprachen, Kulturen, religiösen Überzeugungen und Lebensweisen. Aus dieser Erfahrung wissen wir, dass friedliches Zusammenleben kein Automatismus ist, sondern dass sozialer Zusammenhalt immer wieder herausgefordert wird, erarbeitet und gestaltet werden muss. Dazu braucht es das Zutun und die Bereitschaft aller – der Eingewanderten und der Mehrheitsgesellschaft. In diesem Sinne verstehen wir Integration als einen wechselseitigen Prozess, der die Partizipation zugewanderter Menschen am gesellschaftlichen Leben anstrebt.

Die Koalition wird:

- sich auf Bundesebene für eine Flexibilisierung der Einbürgerungsvoraussetzungen für lange hier lebende Personen einsetzen. Für ältere Menschen soll ein vereinfachtes Verfahren eingeführt werden. Darüber hinaus befürworten wir ein modernes Staatsangehörigkeitsgesetz, doppelte Staatsbürgerschaft und ein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige, die seit mehr als fünf Jahren ihren dauerhaften Wohnsitz hier haben.
- Migrant*innenselbstorganisationen, die oft einen ähnlichen kulturellen und sprachlichen Hintergrund wie die Einbürgerungsinteressierten haben, für die Einbürgerung gewinnen und sie bei der Bereitstellung von Beratung und Einbürgerungslots*innen unterstützen.

Spracherwerb

Der Spracherwerb ist ein zentraler Schritt zur Integration.

Die Koalition wird:

- allen Menschen, die mit Zuwanderungserfahrung in Bremen und Bremerhaven leben, die Chance geben, Deutsch über ein Kursangebot zu erlernen. Wir wollen daher zusätzlich zu den vom Bund angebotenen Deutschkursen unsere kommunalen Sprachkursangebote aufrechterhalten und dabei auch spezifische Zielgruppen im Blick behalten. Dazu gehört, niedrigschwellige Sprachkurse für Frauen und mit Kinderbetreuung wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ zu erhalten und bei Bedarf auszuweiten.

Migrationsämter

Die Koalition wird:

- dafür Sorge tragen, dass die Migrationsämter Bremen und Bremerhaven ihre Verwaltungspraxis und Rechtsanwendung gleichermaßen im Sinne einer humanitären Migrationspolitik ausrichten.

- um die Migrationsämter zu entlasten, die rechtlichen Ermessensspielräume bei der Dauer von erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen ausschöpfen.
- um die Bearbeitungszeiten deutlich zu verkürzen und die Einbürgerungskampagne fortzuführen das Personal aufstocken und Digitalisierung und Prozessoptimierung weiterführen.

Antidiskriminierung

Rassismus, Antisemitismus, Rom*nja- und Sinti*zzefeindlichkeit, antimuslimischer oder anti-schwarzer Rassismus haben keinen Platz in Bremen und Bremerhaven. Verschiedene Rassismus-Vorfälle der letzten Jahre haben gezeigt: Rassismus zieht sich durch viele Bereiche des öffentlichen Lebens. Der zunehmenden rechten Gewalt und Hetze treten wir entschieden entgegen.

Die Koalition wird:

- einen Landesaktionsplan gegen Rassismus erarbeiten und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen weitergehende Bedarfe und mögliche Maßnahmen identifizieren.
- weiterhin die gute Arbeit der Beratungsstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt, SoliPort, und des mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Bremen und Bremerhaven fördern, eine Anhebung und Verstetigung der Mittel prüfen. Wir stärken präventive Projekte und setzen dabei einen Schwerpunkt auf Geschlechterverhältnisse;
- Beschäftigte in vielen Verwaltungsbereichen mit Publikumsverkehr stärker sensibilisieren und qualifizieren sowie schützende und präventive Strukturen aufbauen.
- die Landesantidiskriminierungsstelle schnellstmöglich mit Leben füllen.

Landesantidiskriminierungsgesetz

Jede Form von Diskriminierung verurteilen wir aufs Schärfste. Dennoch werden täglich Menschen aufgrund von Merkmalen, wie dem Geschlecht, der ethnischen oder sozialen Herkunft, des Alters, einer Behinderung, der sexuellen Identität, der Religion oder aus rassistischen Gründen diskriminiert. Trotz des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene, das Benachteiligungen verhindern oder beseitigen soll, bleibt die Gleichbehandlung in der Praxis oft auf der Strecke. Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir bereits eine Erstanlaufstelle geschaffen, die Betroffene berät und unterstützt.

Die Koalition wird:

- um das Recht auf Gleichbehandlung zukünftig besser einklagbar zu machen, ein Landesantidiskriminierungsgesetz erlassen.
- ein darin verbrieftes Recht von Antidiskriminierungsverbänden einführen, in gerichtlichen Verfahren als Beistände Benachteiligter aufzutreten und Rechtsangelegenheiten Benachteiligter zu besorgen.
- sich auf Bundesebene für die Streichung der Ausnahme des Wohnungsmarkts im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einsetzen.

Landesgesetz für Integration und Partizipation

Die Koalition wird:

- in einem partizipativen Prozess zusammen mit dem Bremer Rat für Integration, weiteren Migrant*innenselbstorganisationen und weiteren relevanten Akteur*innen ein Landesgesetz für Integration und Partizipation erarbeiten, um Mitspracherechte für alle Bremer*innen und Bremerhavener*innen mit Migrationserbe sicherzustellen.
- den Bremer Rat für Integration stärken und bedarfsbezogen neustrukturieren.
- die Stellung der Integrationsbeauftragten stärken.
- die Zugänge und Mitspracherechte von Kulturvereinen und Migrant*innenselbstorganisationen sowie die Repräsentation im Öffentlichen Dienst, Berücksichtigung bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln und weitere Fragen migrantischer Repräsentanz und Belange von Bremer*innen und Bremer-

havener*innen mit Migrationserbe werden regeln.

Migrant*innenselbstorganisationen

Migrantische Selbstorganisationen (MSOs) leisten ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. Sie ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, erfüllen eine soziale Funktion als Treffpunkte und Kulturorte für die Communities und erfüllen eine Brückenfunktion. Wir behalten den Kurs der Stärkung von Migrant*innenselbstorganisationen bei.

Die Koalition wird:

- ein Förderprogramm auf den Weg bringen, das auf die Bedarfe von MSOs zugeschnitten ist und über den Selbsthilfefonds hinausgehend auch Fördermöglichkeiten in den Bereichen Honorare oder Räumlichkeiten bietet.
- Professionalisierungsangebote im Bereich des ehrenamtlichen Engagements auch für MSOs öffnen und wo nötig zusätzlich auf den Weg bringen.

Queer-migrantisches Leben

Die Koalition wird:

- queer-migrantische Beratung und Selbstorganisation auch weiterhin sicherstellen.
- Unterkunftsmöglichkeiten für queere Geflüchtete außerhalb der Unterkünfte einrichten.

Interkulturelle Öffnung von Behörden

Wir treiben die interkulturelle Öffnung der Bremischen Behörden voran.

Die Koalition wird:

- das Angebot des Video-Dolmetschens ausweiten.
- Webseiten und andere Kommunikationskanäle öffentlicher Dienststellen mehrsprachig gestalten. Auch Formulare sollen soweit möglich in verschiedenen Sprachen angeboten oder zumindest in einfacher Sprache erläutert werden.
- Beschäftigte des öffentlichen Dienstes weiterbilden, um sie bei der interkulturellen Öffnung der Behörden zu unterstützen.
- Förderpläne für Menschen mit Migrationshintergrund bei Ausbildung, Nachwuchsförderung entwickeln, damit der öffentliche Dienst die gesellschaftliche Vielfalt besser abbildet.

Humanitäre Migrationspolitik

Unsere Migrationspolitik und unser Umgang mit Geflüchteten sind an humanitären Maßstäben ausgerichtet. Wir stehen zu den Werten und Maßgaben der Genfer Flüchtlingskonvention und den EU-rechtlichen Standards. Asyl ist ein völkerrechtlich, EU- und verfassungsrechtlich verbrieftes Menschenrecht - auch als Lehre aus der NS-Zeit. In diesem Sinne setzt sich Bremen bereits als Teil des europäischen Netzwerkes solidarischer Städte und der Bewegung sicherer Häfen vor Ort und international in Zusammenarbeit mit anderen Städten und Kommunen für die Aufnahme und den Schutz Geflüchteter ein. Diese Ausrichtung auf eine humanitäre Migrationspolitik werden wir beibehalten.

Die Koalition wird auf Bundesebene:

- sich dort, wo wir können, für menschenrechtskonforme, solidarische und minderheitensensible Lösungen z.B. für geschlechtsspezifisch Verfolgte, queere Personen oder ethnische Minderheiten, bei der Ausgestaltung des Asylrechts auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen.
- sich auf Bundesebene für ein modernes Einwanderungsrecht, die Ausweitung des Spurwechsels zwischen Asyl- und Migrationsrecht, eine Erleichterung des Familiennachzugs sowie die Anerkennung

des Klimawandels als Fluchtursache einsetzen.

- sich für die Wahrung der Rechte von Geflüchteten und für den Abbau diskriminierender Vorschriften einsetzen. Wir wenden uns gegen die Vergabe von Sach- statt Geldleistungen.

Bremen und Bremerhaven begreifen sich weiterhin als solidarische Städte und sichere Häfen.

Deshalb wird die Koalition auf Landesebene:

- Betroffenen von Zwangsprostitution, rechter Gewalt und Arbeitsausbeutung ein humanitäres Bleiberecht ermöglichen.
- die Beratungsstrukturen im Bereich Flucht und Migration erhalten und bei Bedarf ausbauen.
- sich in den entsprechenden Netzwerken solidarischer Städte engagieren.
- die finanzielle Unterstützung der Seenotrettung im Mittelmeer durch eine Patenschaft prüfen.

Aufnahme und Verteilung

Die Aufnahme von Geflüchteten ist humanitäre Pflicht. Gleichzeitig können Geflüchtete auf dem Wohnungsmarkt oder in Kitas, Schulen oder Jugendhilfe auf knappe Ressourcen stoßen. Die Umverteilung von Geflüchteten im Bundesgebiet nach Königsteiner Schlüssel soll dem entgegenwirken.

Die Koalition wird:

- den Königsteiner Schlüssel weiterhin konsequent anwenden, sofern keine attestierten gesundheitlichen Reiseunfähigkeiten vorliegen.
- Schwangere innerhalb der Mutterschutzfristen oder mit Risikoschwangerschaften von der Umverteilung ausschließen.

Finanzierung

Großstädte werden immer stärker angesteuert als andere Kommunen, da sie über mehr Infrastruktur, Beratungsangebote etc. verfügen.

Die Koalition wird:

- sich dafür einsetzen, dass die überproportionale Zuwanderung in bestimmte Kommunen bei der Verteilung von Bundesmitteln entsprechend berücksichtigt wird.

Landesaufnahmeprogramme

Wir werden das in der Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium (BMI) befindliche Landesaufnahmeprogramm Afghanistan kurzfristig umsetzen. Auch das Landesaufnahmeprogramm Syrien setzen wir wie geplant um. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Erweiterung landesrechtlicher Spielräume ein, indem das Erfordernis des Einvernehmens in ein Benehmen mit dem BMI verwandelt wird.

Unterbringung Geflüchteter und Wohnraum

Angeichts der weltweit steigenden Zahl Geflüchteter wird auch in Zukunft eine Versorgung mit qualitativen Unterkunftsplätzen für Geflüchtete notwendig sein.

Die Koalition wird:

- die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) weiterhin bedarfsgerecht ausstatten. Wenn die Schaffung weitere Plätze notwendig ist, werden wir dies an zusätzlichen Standorten realisieren, in denen Geflüchtete untergebracht werden, die die Erstuntersuchung, die unabhängige Asylverfahrensberatung und idealerweise auch das Screening zu besonderen Schutzbedarfen bereits durchlaufen beziehungsweise in Anspruch genommen haben.
- die unabhängige Beschwerdestelle im *outreach*-Bereich (in Unterkünfte gehen) und um mehrsprachige Angebote ausweiten.
- die im Asylgesetz vorgesehenen Möglichkeiten nutzen und die Wohnverpflichtung weiterhin auf ein

Minimum reduzieren, um die faktische Aufenthaltsdauer so kurz wie möglich zu halten und sobald Notunterkünfte nötig werden die Wohnverpflichtung aufheben.

- unser Ziel ist, die öffentlichen Handlungsmöglichkeiten bei der Akquise von Unterkünften für Geflüchtete auszuweiten. Dafür soll geprüft werden, welche Instrumente bzw. Körperschaften geeignet sind um den öffentlichen Besitz oder Bau von Unterkünften, die idealerweise integrativ belegt werden, hierfür geeignet sind.
- Übergangswohnraum und Wohnraum in Mischnutzung bzw. -belegung schaffen, der dazu beiträgt, kosteneffektive Plätze und einen Puffer im Unterbringungssystem vorzuhalten;
- dafür Sorge tragen, dass Bewohner*innen von Übergangswohnheimen von den Trägern intensiver in die Gestaltung ihres Alltags in der Einrichtung eingebunden werden.
- Gewaltschutzkonzepte für die Unterkünfte evaluieren und weiterentwickeln sowie die Unterkunfts-möglichkeiten für vulnerable Gruppen ausbauen.
- die Wohnraumvermittlung als erfolgreiches Projekt weiterführen und prüfen, wie über die Erhöhung von vorhandenen Kontingenten und anderer Instrumente zusätzliche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können.
- prüfen, wie Geflüchteten im Regelfall Wohnungsberechtigungsscheine ausgestellt werden können, um ihnen den Zugang zu eigenem Wohnraum zu erleichtern.
- die ausgelaufene Regelung zur Beschlagnahme von schuldhaft ungenutztem Wohnraum für die Ab-wendung von Obdachlosigkeit verlängern.

Angebote im Quartier

Wir verstetigen die erfolgreichen Angebote, die wir in den Quartieren geschaffen haben, wie die Projekte „Ankommen im Quartier“ (AiQ) und „Unterstützung im Quartier“ (UiQ).

Zielgruppenspezifische Angebote

Auch weitere Beratungs- und zielgruppenspezifische Angebote wollen wir fördern, ebenso wie die Sprach- und Kulturmittler*innen („Sprinter“). Als Anerkennung der Eigeneexpertise sowie als Brücken-bauer zwischen migrantisch Communities und Verwaltung wollen wir Community-spezifische Sozial-arbeit schaffen, indem wir Stellen für Community-Mittler*innen einrichten.

Besonders schutzbedürftige Geflüchtete

Wir führen systematische Screeningverfahren ein, um besondere Schutzbedarfe bei Geflüchteten zu er-kennen und durchzusetzen. Das Screening für gesundheitlich begründete Schutzbedarfe wird unter der Verantwortung der Gesundheitsbehörde durchgeführt, ebenso wie die Sicherstellung der ausreichenden psychologischen Erstversorgung.

Papierlose Menschen

Wir werden das derzeit laufende Clearingprogramm evaluieren und bei Bedarf verlängern.

Inneres

Polizei

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode jährlich 225 Anwärtler*innen sowie Nichtvollzugskräfte (rund 60 p.a. bei der Polizei Bremen und rund 30 in 2024/2025 für die Ortspolizeibehörde Bremer-haven) einstellen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzung, perspektivisch bis 2027 eine Zielzahl von 3.100 Vollzeitstellen bei der Polizei Bremen und 580 Vollzeitstellen in Bremerhaven zu erreichen.

Die Koalition wird:

- die Unterstützungs- und Eingreifgruppe (UEG) der Bereitschaftspolizei mit Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) ausstatten, um rund um die Uhr in besonderen Einsatzlagen über dieses zusätzliche Einsatzmittel zu verfügen. Im Rahmen eines Erlasses wird klargestellt, dass der DEIG nur als mildestes Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib und Leben insbesondere zur Vermeidung des Schusswaffengebrauchs oder in Falle der suizidalen Selbstgefährdung angewandt wird. Bei Einsätzen, zu denen die UEG auf Grund des DEIG gerufen wird, wird auf Grundlage einer Änderung im Bremischen Polizeigesetz durchgehend die Bodycam eingeschaltet. Nach dem Einsatz des DEIG wird regelhaft eine Überprüfung des Einsatzes durchgeführt. Der Kontaktmodus des DEIG wird rechtlich ausgeschlossen. Der Deputation ist jährlich ein Bericht durch die Innenbehörde vorgelegt, der eine Auswertung der Einsätze ermöglicht.
- sicherstellen, dass auch der Einsatzdienst der Polizei Bodycams künftig auf Grundlage einer Bestimmung im Polizeigesetz standardmäßig nutzt, und dies auch für Einsätze in Wohnungen prüfen.
- die Hochschule für öffentliche Verwaltung dem für die Polizei zuständigen Innenressort zuordnen und in ihrer Leistungsfähigkeit ausbauen; die Curricula sollen künftig in einem Kuratorium mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung beraten und der Innendeputation vorgelegt werden.
- die Einführung des direkten Einstiegs in die Kriminalpolizei nach dreijähriger Ausbildung sowie für Quereinsteiger*innen nach einer zweijährigen Qualifizierung prüfen.
- nach Etablierung der neuen Standorte in Gröpelingen und Vegesack evaluieren, ob sich das neue Revierkonzept mit der Zentralisierung der Anzeigenaufnahme bewährt hat.
- ein Qualitätscontrolling für die Anzeigenaufnahme mit regelmäßigen internen Audits einführen.
- das Erfolgsmodell der Onlineanzeige und Hinweisaufnahme stetig ausbauen und mit der telefonischen Anzeigenaufnahme koppeln.
- den Polizeivollzugsdienst konsequent von Aufgaben entlasten, die auch von Kräften des Ordnungsdienstes oder vom Objektschutz erledigt werden können.
- Personal zur Verfügung stellen, das unbearbeitete Fälle konsequent abarbeitet.
- alle Streifenwagen mit Smart Devices und Lesegeräten für EC-Karten ausstatten.
- eine Digitalisierungsoffensive für unsere Polizeien starten.
- bei Einsätzen mit Menschen in psychischen Krisen möglichst immer eine begleitende Tätigkeit des Sozialpsychiatrischen Krisendienstes sicherstellen.
- eine zentrale Gewahrsamsstelle mit umfangreicher medizinischer Betreuung für Personen unter dem Einfluss von Alkohol und anderen Drogen planen.
- die Fahrradstreifen ausweiten.
- die ersten Schritte für gemeinsame Leitstellen von Polizei und Feuerwehr in Bremen und Bremerhaven planen.
- der veränderten Kriminalitätslage im Internet mit einem neuen eigenständigen Bereich Cybercrime im Landeskriminalamt begegnen.
- mit dem Aufbau einer Zentralstelle Cybersicherheit in einer Kooperation mit dem BSI die Fähigkeiten in der Cyberabwehr zum Schutz der kritischen Infrastruktur und der digitalen Infrastruktur des Öffentlichen Dienstes gemäß der Bremischen Cybersicherheitsstrategie 2023 erweitern.
- ein Bremisches Cybersicherheitsgesetz vorlegen.
- auf Bundesebene die Transformation des BSI hin zu einer Zentralstelle der Cyberabwehr unterstützen.
- die MEGAVO-Studie und die KviAPol-Studie auswerten und geeignete Maßnahmen umsetzen, um die demokratische Resilienz in der Polizeiarbeit zu stärken.
- eine qualifizierte Vertretungslösung für eine*n LSBTIQ*-Ansprechpartner*in schaffen.
- eine zentrale Ermittlungsstelle für die Verfolgung von Hass im Netz schaffen.

Sicherheit in den Quartieren

Wir kümmern uns um die Verhältnisse in allen Quartieren. Sei es durch Kontaktpolizist*innen, den Ord-

6653 nungsdienst oder die Stadtreinigung und in lokalen Netzwerken wie einer Sicherheitspartnerschaft.

6654 **Die Koalition wird:**

- 6656 • bis zum Ende der Legislaturperiode verlässlich 110 Beamt*innen im Kontaktdienst sicherstellen.
- 6657 • die Reinigungsintervalle standortbezogen intensivieren, gegen illegale Müllhalden vorgehen, an neutralen Orten „Mülldetektiv*innen“ einsetzen und auch eine mobile Videoüberwachung erproben, soweit eine Überwachung unbeteiligter Personen ausgeschlossen werden kann.

6660 **Fußballkosten und Fanmärsche**

6661 **Die Koalition wird:**

- 6662 • sich auf Bundesebene weiterhin für eine Fondslösung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen einsetzen.
- 6663 • Fanmärsche in der Regel ermöglichen, wenn nicht im Einzelfall die polizeiliche Gefahrenprognose ein Verbot erforderlich macht.

6667 **Organisierte Kriminalität**

6668 **Die Koalition wird:**

- 6669 • dafür Sorge tragen, dass die erfolgreichen Encrochat-Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft auch mit SkyECC-Daten fortgesetzt und dabei alle Ermittlungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, um auch illegal erworbenes Vermögen abzuschöpfen.
- 6670 • die Hafensicherheit durch die Forcierung der Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden erhöhen sowie die erforderlichen Mittel für den Einsatz intelligenter Überwachungs- und Auswertungssysteme und eine intensivere Überprüfung externer Arbeitskräfte und Dienstleister*innen bereitstellen.
- 6671 • sich im Kampf gegen Geldwäsche auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Immobilienkäufe und ähnliche Großgeschäfte zukünftig nicht mehr mit Bargeld abgewickelt werden dürfen und die nationalen Kataster und Grundbücher europaweit vernetzt werden.
- 6672 • die Finanzermittlungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft aufgabengerecht mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten.

6682 **Videoüberwachung und Sicherheit im öffentlichen Raum**

6683 **Die Koalition wird zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit im öffentlichen Raum:**

- 6684 • die Videoüberwachung an einzelnen Haltstellen und an weiteren besonderen Angst- und Gefahrenorten ausweiten; Basis für die konkrete Entscheidung wird eine Empfehlung von BSAG und Polizei sein.
- 6685 • den Stadtraum gemeinsam mit den Beiräten, der Frauenbeauftragten, dem Landesbehindertenbeauftragten, der Seniorenvertretung, dem Queerpolitischen Beirat und ähnlichen Vertretungsstrukturen auf sogenannte Angsträume hin überprüfen und diese mit den zur Verfügung stehenden Mitteln qualitativ aufwerten.
- 6686 • gemeinsam mit Veranstalter*innen prüfen, wie Konzepte, die auf Veranstaltungen ein Bewusstsein für bspw. sexistisches, rassistisches oder queerfeindliches Verhalten schaffen, zum Zwecke der Prävention besser unterstützt werden können.
- 6687 • der Einsatz von professionellen Awareness-Team, die an belebten Orten aufpassen und helfen, verstetigen und finanziell absichern.

Feuerwehr

Die Koalition wird:

- bei den Feuerwehren einen auf 70 Prozent erhöhten Anwärterzuschlag und die Eingangsbesoldung A8 einführen.
- eine Zielzahl von 860 Brandschützer*innen in Bremen festlegen.
- für einen Ausbau des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren eine mehrsprachige Zukunftskampagne zur Erhöhung der Bewerbungszahlen etablieren.
- den Zugang zum Auswahlverfahren erleichtern.
- die Jugendfeuerwehren als Nachwuchs-Pool für die Feuerwehren stärken, zum Beispiel durch die Anerkennung bereits vorhandener Vorausbildungen und fachlicher Sachkenntnisse.
- das Gutachten zur Brandschutzbedarfsplanung umsetzen, sobald es bewilligt vorliegt.
- in entsprechende moderne technische Ausrüstung investieren und für einen zeitgemäßen Fuhrpark sorgen, beim Umbau des Fuhrparks bei Polizei und Feuerwehr auch auf Einsatzfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen setzen sowie für die schweren Fahrzeuge der Feuerwehr den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen zur Emissionsreduzierung prüfen.
- gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband das Strukturkonzept für die Freiwilligen Feuerwehren mit Tempo umsetzen, damit die Gerätehäuser in allen Stadtteilen den heutigen technischen Standards entsprechen.
- in Burglesum drei Freiwillige Feuerwehren zu einer modernen Schwerpunktwatche bündeln.
- in diesem Zusammenhang prüfen, inwieweit am Standort Burglesum ebenfalls eine Außenstelle der Feuerwehrscheule eingerichtet werden kann.
- gemeinsam mit der Feuerwehrbeauftragten den bisherigen Erfolg der beschlossenen Organisations- und Führungsstrukturänderungen und das geänderte Aus- und Fortbildungskonzept im Rahmen des Leitbildprozesses FEUERWEHR 2025 evaluieren.
- ihre um eine diverse und moderne Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der unabhängigen Feuerwehrbeauftragten auf Grundlage der Beschlüsse der vergangenen Legislaturperiode weiterführen und die nötigen Mittel bereitstellen. Auch die Schutzmaßnahmen für Betroffene und das eingeführte Verfahren für Betroffene von Sexismus und Rassismus in der Feuerwehr werden wir evaluieren.
- den stadtbremschen Rettungsdienst als Sondervermögen neu aufstellen.
- spezielle Lösungen für altersgerechte Arbeitsplätze im Rettungsdienst prüfen.
- die Einrichtung eines Laufbahnzweigs Rettungsdienst in der Laufbahn der Fachrichtung Feuerwehr prüfen.
- in einer Novelle des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes die obligatorische Brandverhütungsschau, die Einführung des Tele-Notarztes und eine Gefährdungshaftung für Schiffsbetreiber regeln.
- die Einführung einer Ersthelfer-App prüfen, die im Falle eines Herzkreislaufstillstands in der unmittelbaren Umgebung befindliche registrierte Ersthelfer*innen alarmiert.

Arbeitsbedingungen der Sicherheitskräfte

Die Koalition wird:

- zur Aufhebung der Unterdeckung bei der Polizei einen verlässlichen Finanzplan entwickeln, der die Zielzahl und kontinuierliche Beförderungen getrennt betrachtet und realisiert.
- bei den Zulagen von Polizei und Feuerwehr einen Angleich an das Land Niedersachsen anstreben.
- die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und der Feuerwehrezulage wieder einführen.
- die Gesunderhaltung im Schicht- und Bürgerdienst durch flexible Arbeitszeitmodelle und moderne Arbeitsplatzausstattungen stärken.
- für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst die Angebote zur Nachsorge bei traumatisierenden Einsatzanlässen und deren Spätfolgen weiter ausweiten.
- Gewalt gegen Einsatzkräfte von Polizei, Ordnungsdienst, Feuerwehr oder Rettungsdienste nicht dul-

den.

- die Einmalige Unfallentschädigung deutlich auf 150.000 Euro erhöhen.
- Schmerzensgeldansprüche von Beamt*innen, für die sie z. B. aufgrund von Schuldunfähigkeit Täter*innen keinen zivilrechtlichen Titel erwirken können, künftig durch das Fürsorgenetz des Dienstherrn erfüllen.

Ordnungsdienst und Ordnungsamt

Die Koalition wird:

- das Erfolgsmodell Ordnungsdienst weiter ausbauen – auch mit weiteren dezentralen Dependancen – und daher in der nächsten Legislaturperiode eine Personalaufstockung auf mindestens 120 Vollzeitstellen anstreben.
- den Lehrgang für eine Tätigkeit im Ordnungsdienst ausbauen.
- einen zusätzlichen Ausbildungsschwerpunkt auf interkulturelle Kompetenz und offene Kommunikation der Mitarbeitenden legen.
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen durch Einrichtung eines zentralen online-basierenden Veranstaltungsservices beim Ordnungsamt erleichtern, über den alle erforderlichen Anträge und Genehmigungsverfahren gesteuert werden und bei dem ein zentraler Veranstaltungskalender geführt wird.
- für die Überwachung des ruhenden Verkehrs jährlich 15 neue Kräfte ausbilden, bis eine Personalausstattung von hundert Vollzeitstellen erreicht ist.

Glücksspiel und Wettbüros

Die Koalition wird:

- die Glücksspielaufsicht weiter stärken und weitere Maßnahmen zur Prävention von Glücksspielsucht auch durch gesetzliche Änderungen anstreben.
- sich für eine Stärkung der im Glücksspielstaatvertrag 2021 vorgesehenen Instrumente zum Jugend- und den Spieler*innenschutz sowie für ein Werbeverbot für alle besonders suchtgefährdenden Glücksspiele (also für Sportwetten, virtuelle Automaten Spiele, Online-Poker und Online-Casinospiele) einsetzen.

Katastrophenschutz

Die veränderte geopolitische Sicherheitslage hat direkte Auswirkungen auf die physische und die Cybersicherheit im Land. Neben der technischen Ausrüstung ist die Aus- und Fortbildung für die Helfer*innen im Katastrophenschutz ein zentraler Baustein. Als leicht verständliches Warnsystem braucht es zusätzlich zu Warn-Apps und *Cell-Broadcast* ein flächendeckendes Sirennennetz. Alle sollen wissen, wie sie für den Katastrophenfall vorsorgen und sich im Ernstfall zu verhalten haben.

Die Koalition wird:

- mit dem Aufbau einer Zentralstelle Cybersicherheit in einer Kooperation mit dem BSI die Fähigkeiten in der Cyberabwehr zum Schutz der kritischen Infrastruktur und der digitalen Infrastruktur im Land Bremen gemäß der Bremischen Cybersicherheitsstrategie 2023 erweitern und die Funktionsweise der kritischen Sicherheit im Katastrophenfall sicherstellen.
- den bislang auf Naturkatastrophen fokussierten Katastrophenschutz zu einem wirksamen Instrument des Krisenmanagements weiterentwickeln und für Bremen und Bremerhaven Krisenpläne erarbeiten.
- die erforderlichen Aus- und Fortbildungen in den unterschiedlichen Disziplinen gewährleisten.
- die Ausweitung des Sirennensystems vorantreiben und das notwendige Budget zur Verfügung stellen, um die Stadtgebiete Bremens und Bremerhavens vollständig abzudecken.

- den Bevölkerungsschutz im Land Bremen durch einen klaren, schnell umsetzbaren Investitionsplan verbessern.
- das Thema Bevölkerungsschutz und Ehrenamtsengagement auch in unseren Schulen adressieren.
- in der anstehenden Novelle des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes eine neue Konzeption für den Bereich Katastrophenschutz und Zivilverteidigung vorlegen.

Verfassungsschutz und Extremismusbekämpfung

Die Koalition wird:

- das Bremische Verfassungsschutzgesetz unter Berücksichtigung der aktuellen verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung novellieren und modernisieren.
- sich auf Bundesebene für ein Verbot der Grauen Wölfe einsetzen.

Kriminalprävention und Kriminalitätsanalyse

Die Koalition wird:

- Straftaten gegen ältere Menschen konsequent bekämpfen und neben bestehenden Präventionsangeboten ein erweitertes Präventionskonzept entwickeln.
- die im Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgesehenen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Innenbehörde vollumfänglich umsetzen und mit den erforderlichen Haushaltsmitteln unterlegen.
- die Polizeistatistik zur politisch motivierten Kriminalität nach Berliner Vorbild ausbauen, sodass Hasskriminalität insbesondere gegen Frauen, inter*, trans*, nicht-binäre Personen sowie gegen BIPOC, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung sichtbar wird.
- mehr Mittel für Prävention, Aufklärung und die Vermittlung von Hilfsangeboten einsetzen, um gegen häusliche Gewalt – körperliche sowie psychische – stärker vorzugehen, und die Sensibilisierung von Polizei und Staatsanwaltschaft fortsetzen.
- im Rahmen des 2026 erscheinenden periodischen Sicherheitsberichts eine Dunkelfeldstudie zu queerfeindlicher Gewalt vorlegen.

Rückführungen

Bei Rückführungen von Menschen, die nicht bleiben können, setzen wir weiterhin auf die freiwillige Rückkehr und betrachten Rückführungen als letztes Mittel. Dort, wo Abschiebungen von Menschen nötig sind, müssen sie rechtsstaatlich vollzogen werden.

Die Koalition wird:

- bei Ausweisungen die Aufenthaltsdauer berücksichtigen, insbesondere, wenn sie Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit betreffen, die in Bremen oder Bremerhaven geboren oder aufgewachsen sind.
- Abschiebungen in Kriegs- oder Krisengebiete wie derzeit Afghanistan, Ukraine oder Syrien ebenso vermeiden wie Abschiebungen in Kälteregeonen.
- wann immer rechtlich zulässig, ausländische Personen, die gravierende Straftaten begehen oder von denen eine terroristische Gefahr ausgeht, konsequent in ihre Heimatländer abschieben.

Versammlungsfreiheitsgesetz

Die Koalition wird ein bremisches Versammlungsfreiheitsgesetz schaffen, das

- die Rechte der Demonstrierenden und die Schutz- und Kooperationspflichten aller Behörden zur Förderung der Verwirklichung der Versammlungsfreiheit ausbaut,
- mehr Rechtssicherheit schafft, beispielsweise in Bezug auf Versammlungen auf Privatgrund,

- Zuständigkeiten klar regelt, insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung der Aufgaben von Versammlungsbehörde und Polizeivollzugsdienst,
- Regelungen über die zulässige Datenverarbeitung trifft,
- einen angemessenen und ausgewogenen Katalog von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten vorsieht,
- Verstöße gegen Anordnungen zur Durchsetzung des Vermummungsverbots von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabstuft, soweit es sich nicht um grobe Verstöße gegen wiederholte Anordnungen handelt.

Justiz und Verfassung

Gerichte und Staatsanwaltschaft

Ohne eine personell und sachlich angemessen ausgestattete Justiz ist weder der ungehinderte, schnelle Zugang zum Recht für alle, unabhängig von Herkunft und Vermögen, noch der starke Rechtsstaat überhaupt denkbar.

Der grundlegende Digitalisierungsprozess der Justiz muss weiter vorangetrieben werden.

Die Koalition wird:

- das in allen Landesjustizverwaltungen für die Personalbedarfsplanung angewandte Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y zukünftig auch in Bremen zur Grundlage der Stellenplanung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften machen.
- zum Ende der Legislaturperiode eine Deckungsquote von „PEBB§Y 100“ anstreben,
- in einem ersten Schritt die bisherigen temporären Personalaufstockungen verstetigen.
- zur weiteren Stillung des Bedarfs insbesondere bei der Staatsanwaltschaft und im nichtrichterlichen Bereich Personaldefizite zeitnah beseitigen, auch durch die Intensivierung der Ausbildung von Rechtspfleger*innen und Justizfachangestellten.
- dafür Sorge tragen, dass mehr Absolvent*innen des Bremer Studienganges Rechtswissenschaften über ein Referendariat in Bremen den Zugang zur hiesigen Anwaltschaft oder Justiz finden zu können, z.B. durch einen weiteren Einstellungstermin.
- das elektronische Staatsexamen für Referendar*innen einführen.
- die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um die gesetzliche Einführungsfrist der elektronischen Akte einzuhalten.
- für die Fachgerichte die Möglichkeit einer gemeinsamen digitalen Videorechtsantragstelle schaffen und so den Zugang zum Recht in Bremerhaven noch niederschwelliger gestalten.
- aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem gemeinsamen Landessozialgericht mit Niedersachsen, das sich als qualitativ hochwertige und ressourcenschonende Einrichtung bewährt hat, sich mit den benachbarten Ländern darüber austauschen, ob es weitere gemeinschaftliche Gerichte geben kann.

Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates ist eine Errungenschaft, der im Gerichtssaal besonderes Gewicht zukommt. Die Richter- und Staatsanwaltschaft ist daher zum Tragen einer einheitlichen Amtstracht ohne religiöse Symbole verpflichtet. Um muslimischen Frauen gleiche Ausbildungschancen zu garantieren und Stigmatisierungen zu verhindern, sieht die Koalition für Rechtsreferendarinnen, die nur zu Ausbildungszwecken richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Sitzungsdienst wahrnehmen, auch zukünftig pragmatische Lösung vor.

Justizvollzug

Um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und insbesondere die Resozialisierung der Gefangenen zu unterstützen, muss die JVA aufgabengemäß ausgestattet werden. Ihre Belegungsquote liegt inzwischen nahe 100 Prozent und steigt weiter an, auch weil im Rahmen von EncroChat-Verfahren lange Haftstra-

fen ausgeurteilt wurden. Gleichzeitig ist die Sicherheitslage qualitativ zunehmend durch den besonders personalintensiven Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen geprägt. Eine Vielzahl von längeren Krankenhaus-Bewachungen insbesondere von lebensälteren oder psychisch auffälligen Gefangenen, für die stets zwei Bedienstete des Vollzugsdienstes abgestellt werden muss, reduziert die Besetzungen auf den Vollzugsstationen. Um zusammengefasst eine auskömmliche Ausstattung des Allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD) in der JVA zu gewährleisten, ist eine feste Zielzahl von mindestens 260 Vollzeiteinheiten (VZE) erforderlich. Ohne diese verbesserte Personalausstattung wird das bewährte Ansprechpartnersystem, das wesentlich zur Resozialisierung und Deeskalation beiträgt, nicht aufrechterhalten werden können.

Die gesundheitlichen Anforderungen und Belastungen, insbesondere im psychischen Bereich, sind zudem im Justizvollzugsdienst ähnlich wie bei der Polizei signifikant höher als in der sonstigen Verwaltung. Dies ist auch ablesbar an hohen Ausfallzeiten durch die sog. Vollzugsdienstuntauglichkeit.

Digitale Kommunikation und Medien sind aus der Gesellschaft nicht wegzudenken. Deshalb ist es integraler Teil des Resozialisierungsauftrages, digitale Teilhabe auch für Gefangene zu ermöglichen.

Die Koalition wird:

- für die Ausbildungs- und Stellenplanung des AVD eine Mindestzielzahl von 260 VZE zugrunde legen, die wir durch kontinuierliche Ausbildung zum Ende der Legislaturperiode erreichen wollen.
- zur Mitte der Legislaturperiode evaluieren, ob die Veränderungen bei Anzahl und Zusammensetzung der Gefangenen eine höhere Personalzielzahl gebietet und unsere weitere Ausbildungsplanung daran ausrichten.
- die Freie Heilfürsorge auch auf das Personal des Justizvollzuges erstrecken.
- die Sozialen Dienste der Justiz mit einer „Bewährungs-App“ ausstatten, die den Kontakt mit den Klient*innen erleichtert und beispielsweise über Erinnerungsmöglichkeiten sowohl an Termine als auch an Ratenzahlungen verfügt, aber auch dem Klient*innen einen niederschweligen Zugang zu den vielfältigen sozialstaatlichen Angeboten ermöglicht.
- sich für bundesgesetzliche Änderungen einsetzen, damit Strafgefangene Mitglieder in den gesetzlichen Krankenkassen werden oder bleiben können und bestehende Rentenanwartschaftsverläufe durch Haft nicht unterbrochen werden.
- die Sanierung und Modernisierung der JVA zügig abschließen.
- den Schutz von trans-, intergeschlechtlichen oder nicht-binären Menschen im Strafvollzug stärken und durch eine Anpassung der Strafvollzugsgesetze flexible Lösungen schaffen, um ihre Persönlichkeiten und Bedürfnisse hinreichend zu berücksichtigen.
- im Maßregelvollzug Kapazitäten schaffen, um stationär behandlungsbedürftigen Straf- und Untersuchungshäftlingen mit der medizinisch notwendigen psychiatrischen Behandlung zu versorgen.
- bei der weiteren Sanierung der JVA Oslebshausen die technischen Voraussetzungen für einen Internetzugang für alle Gefangenen schaffen.
- in Abhängigkeit von den technischen Möglichkeiten und bestehenden Sicherheitsnotwendigkeiten sukzessive den Gefangenen eine kontrollierte digitale Teilhabe ermöglichen.
- spätestens zum Ende der Legislaturperiode einen Plan vorlegen, wie die bisherige klassische Haft-raumtelefonie und TV-Versorgung in ein internetbasiertes, kundenfinanziertes Angebot umgewandelt werden soll.
- am JVA- Standort Bremerhaven Instrumente der Telemedizin erproben, um die medizinische Versorgung, insbesondere im psychiatrischen Bereich, der Häftlinge außerhalb der grundversorgenden Konsultationen zu intensivieren.
- in Gespräche mit Niedersachsen eintreten, ob für den Bereich des Jugendvollzuges eine Gesamtverlagerung oder eine noch stärkere Zusammenarbeit zielführend sein könnte, um jugendlichen Inhaftierten ein breites Bildungsangebot machen zu können.

Weitere rechtspolitische Vorhaben

Die Koalition wird außerdem:

- das Opferanlaufstellengesetz über den Landesopferbeauftragten im Einklang mit den zum 01.01.24 in Kraft tretenden Regelungen des SGB XIV überarbeiten und verlängern, weil es sich im Grundsatz bewährt hat.
- bei der BSAG darauf hinwirken, dass diese bei Fahren ohne Fahrschein keine Strafanträge mehr stellt.
- sich auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass Fahren ohne Fahrschein nicht mehr als Straftat oder als Ordnungswidrigkeit sanktioniert wird.
- auf der Justizminister*innenkonferenz darauf hinwirken, dass das StGB auf sozial ungerechtfertigte Härten evaluiert wird.
- sich nachdrücklich für die Strafflosigkeit des sog. Containerns einsetzen.
- den Begriff „Rasse“ nach einer entsprechend erfolgten Änderung des Grundgesetzes auch aus der Landesverfassung streichen.
- sich auf Bundesebene für ein Zeugnisverweigerungsrecht für Beschäftigte in der Sozialen Arbeit einsetzen, weil ein durch intensive Beziehungsarbeit aufgebautes Vertrauensverhältnis zu ihrer Klientel häufig Voraussetzung für eine erfolgreiche Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags ist.
- zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteure dabei unterstützen, die erheblichen Beiträge der Bremer Justiz und ihrer Bediensteten im Dritten Reich zur Stabilisierung des Systems und zur Durchsetzung der Ziele der Nationalsozialisten aufzuarbeiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Sorge dafür tragen, dass die Dezernent*innen für Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Bremen einen regelmäßigen Austausch mit dem Queerpolitischen Beirat pflegen, um dessen Kompetenz in ihre Arbeit einfließen lassen zu können.
- im Kampf gegen Geldwäsche die Notaraufsicht verstärken.

Sport

Sport spiegelt die Vielfältigkeit der Gesellschaft wider. Sowohl im organisierten Sport wie auch in freien Sportangeboten, verbindet er die Menschen in Bremen und Bremerhaven und führt unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen zusammen. Der Sport ist eine wichtige Säule der Integration verschiedener Lebenslagen und damit ein elementarer Teil unserer sozialen Gemeinschaft. Die verschiedenen Auslegungen des Sports, vom Breitensport über den Leistungssport bis zum Spitzensport im organisierten Sport und den vielen freien Sportangeboten, sind als zusammenhängende Sportkultur im Land Bremen zu sehen. Ein breites ehrenamtliches Engagement in allen Altersstufen bildet ihr Fundament und wirkt in die Gesellschaft hinein.

Sport hat eine Querschnittsfunktion, indem er einen Beitrag zu vielen Themen der Gesellschaft erfüllt. Daher fördert die Koalition den organisierten und freien Sport mit seinem sozialen, inklusiven und leistungsorientierten Wirken.

Turnhallen und Sportplätze

Die Koalition wird:

- die Mittel zur Sanierung städtischer Sportanlagen erhöhen, um die Aufrechterhaltung des Sportbetriebes zu gewährleisten.
- auf Grundlage der vorliegenden Sanierungspläne der Sporthallen eine verbindliche, priorisierte Umsetzungsstrategie vorlegen und diese hinsichtlich der energetischen Sanierungen in enger Verzah-

6999 nung mit der Klimaschutzstrategie fortschreiben.

- 7000 • mit dem Umweltbetrieb Bremen die Pflege der städtischen Sportanlagen durch Bereitstellung zusätz-
7001 licher Finanzmittel sicherstellen und stadtwert einheitlich regeln.
- 7002 • die Sportinfrastruktur außerhalb der städtischen Sportanlagen weiter verbessern und die Mittel
7003 für die Sportvereine zur Bewirtschaftung und Sanierung der vereinseigenen Sportanlagen erhöhen
7004 sowie bürokratische Vorgaben abbauen, um die Umsetzung der anerkannten Anforderung zu erleich-
7005 tern.
- 7006 • die Einrichtung und Sanierung von Allwetter Sportanlagen und die Errichtung weiterer Großfeldan-
7007 lagen unter Einbeziehung von Barrierefreiheit sowie Absicherung der Unterhaltungskosten vorantrei-
7008 ben.
- 7009 • für eine erfolgreiche Umsetzung des Sanierungsplans die erforderliche Struktur bei Immobilien Bre-
7010 men schaffen und die Beantragung von Fördermitteln (Klimaneutralität und Barrierefreiheit) intensi-
7011 vieren.

7012 **Übungsleiter*innen**

7013 **Die Koalition wird:**

- 7014 • dem Landessportbund Mittel zur kostenfreien Ausbildung von Übungsleiter*innen zur Verfügung
7015 stellen, um das Sporttreiben im Breiten- und Leistungssport im Lande Bremen zu verbessern und um
7016 das Ehrenamt zu stärken.
- 7017 • eine weitere Erhöhung der Übungsleiter*innenpauschale auf fünf Euro pro Stunde zur Sicherung und
7018 Gewinnung von Übungsleiter*innen ermöglichen sowie die Deckelung der Stunden je Übungsleiten-
7019 den pro Jahr erhöhen.
- 7020 • dem Landessportbund Mittel zur Einstellung von sechs hauptamtlichen Übungsleiter*innen zur Ver-
7021 fügung stellen, die bedarfsorientiert und unter Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse eingesetzt
7022 werden sollen.
- 7023 • Studierenden des wiedereingeführten Studienganges Sportpädagogik mit dem Landessportbund
7024 einen Ausbildungspfad als Übungsleiter*innen anbieten, damit den Sportvereinen zusätzliche gut
7025 qualifizierte Übungsleiter*innen zur Verfügung stehen.
- 7026 • Kooperationen von Bildungseinrichtungen und Sportvereinen bei der Ausbildung von Übungsleiten-
7027 den ausbauen.
- 7028 • den Umgang mit und die Prävention von Queerfeindlichkeit ebenso wie das Thema Inklusion als feste
7029 Bestandteile in der Ausbildung der Übungsleitenden verankern.
- 7030 • Menschen mit Behinderungen in die Ausbildung einbeziehen und ausbilden.

7031 **Bäder**

7032 Eine besondere Herausforderung ist es, neben dem Vereins- und Schulschwimmen auch die sozialen
7033 Aspekte mit zu berücksichtigen und im Rahmen der Daseinsvorsorge die Bäder auch der Öffentlichkeit
7034 in einem angemessenen Rahmen zur Verfügung zu stellen. Unser Ziel ist, das Schwimmen finanziell und
7035 personell so abzusichern, damit jedes Kind in Bremen schwimmen lernt und der Bestand an Schwimm-
7036 bädern erhalten bleibt.

7037 Im Bremer Süden werden neue Wohngebiete insbesondere für junge Familien entwickelt, gleiches gilt
7038 auch für das Tabakquartier und für Bremen-Nord. Vor allem zur Durchführung von Schwimmkursen
7039 durch die Vereine, den Schulsport und durch die Bremer Bäder besteht weiterhin ein Bedarf an Wasser-
7040 flächen. Daher werden wir die Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes vorantreiben.

7041 **Die Koalition wird:**

- 7042 • das 1-€-Freibad-Ticket für Kinder und Jugendliche absichern und eine Ausweitung auf alle Bremer
7043 Bäder prüfen,
- 7044 • den Betriebskostenzuschuss der Bremer Bäder GmbH erhöhen, um die Bäder kontinuierlich und

nachhaltig zu sanieren sowie weiterzuentwickeln.

- das erfolgreiche Teilhabe-Programm „Kids in die Bäder“ evaluieren, weiter ausbauen und fördern sowie einen verlässlichen Rahmen für die Schwimmvereine schaffen, damit diese ihre Kursangebote in den Schwimmbädern ausweiten können.
- nach Abschluss der Variantenprüfung eines Teilneubaues mit Sanierung oder Neubau des Freizeitbades Vegesack (Fritz-Piaskowski-Bad) die Variante auswählen, die für den Schwimmsport und das Quartier am sinnvollsten und schnell umsetzbar ist.

Sportstudiengang

Uns ist es besonders wichtig, dass der Sportstudiengang der Universität Bremen spätestens zum Wintersemester 2024/25 seinen Lehrbetrieb aufnimmt. Die Studierenden werden ermutigt, ihre Erfahrungen als Übungsleiter*innen in die Sportvereine einzubringen. Damit Bremen ein attraktiver Standort für ein Sportstudium ist, müssen die vorhandenen Sportstätten bis zum Studienbeginn ertüchtigt und ergänzt werden.

Die Koalition wird:

- die Universität mit den Mitteln ausstatten, um die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Leistungssport

Die Koalition wird:

- einen zusätzlichen Fördertopf für nichtolympische Sportarten bereitstellen, welche nicht bei den World Games teilnehmen (dürfen) und deshalb nicht mehr durch das Bundesinnenministerium unterstützt werden.
- die Kofinanzierung des Sportinternats durch Sport und Bildung fortsetzen und die Mittel hierfür auskömmlich gestalten.
- die weitere Entwicklung der „Eliteschule des Sports“ in der Stadt Bremen unterstützen, verbunden mit den hierfür gegebenen Kriterien.
- das erfolgreiche Trainer*innen-Lehrkräfte-Modell in der Stadt Bremen ausbauen und die Trainerlehrer-Stelle in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden unverzüglich besetzen,
- eine verlässliche Finanzierung des Bundesstützpunkts Rhythmische Sportgymnastik weiterführen.
- das Programm zur Förderung des Leistungssportes gemeinsam mit dem Landessportbund konzeptionell weiterentwickeln und dabei auch den Leistungssport von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.
- sich für die Stärkung der Fachverbände in unserem Land einsetzen und in den Dialog mit ihnen über eine Verbesserung der Infrastruktur und der finanziellen Unterstützung eintreten.
- die Rahmenbedingungen für die „Eliteschule des Fußballs“ verbessern und ausbauen.
- das Hallenmanagement zwischen LSB und den Sportvereinen verbessern und bei Immobilien Bremen die nötigen Strukturen zur Koordination einrichten.

Kooperation Bildungseinrichtungen-Sportvereine / sozialraumorientierte Vernetzung

Die Kooperation von Sportvereinen, Kita und Schule ist eine bedeutende Säule in der Förderung der Bewegungskompetenz von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Motivierende und kontinuierliche Bewegungsangebote spielen eine herausragende Rolle für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen und der gesellschaftlichen Teilhabe und Inklusion. Die Einführung des verpflichtenden Ganztags in Grundschulen bis 2026, verändert die Bewegungslandschaft von Kindern und Jugendlichen maßgeblich. Es gilt Bewegungsstrukturen zu entwickeln, die der Stärkung von sozialraumorientierten Kooperationen von Kitas, Schulen, Vereinen und Sozialen Trägern im Bereich Bewegung dienen (z.B. SPIELRAUM Konzept).

Die Koalition wird:

- durch Kooperation von Bildungsbehörde und Landessportbund einen Angebotsrahmen entwickeln, der den ehrenamtlich durchgeführten Sport mit dem Schulbetrieb verbindet.
- auch in den Sommerferien Bezirksportanlagen und -hallen bedarfsgerecht offenhalten.
- ergänzend das Projekt „Kids in die Clubs“ zum integralen Bestandteil der Kooperation von Vereinen und Schulen machen.
- eine Ausweitung des Programms „Anerkannter Bewegungskindergarten“ auf den Bereich 0 bis 3 Jahre anstreben.

Sport im öffentlichen Raum

Sport findet in vielen Umgebungen und Quartieren statt. Der öffentliche Raum wird täglich als Bewegungsfläche für sportliche Aktivitäten genutzt. Barrierearme Geräte können von jung bis alt und auch von Menschen mit Beeinträchtigung genutzt werden.

Die Koalition wird:

- in ihrer Raumplanung diesen Aspekt der sportlichen Betätigung berücksichtigen und Flächen für Bewegung einplanen, die auch dem organisierten Sport zugänglich sind.
- bei der wohnraumnahen Planung von Spielplätzen für Kinder auf Spielgeräte achten, welche die frühkindlichen Bewegungen fördern.
- bestehende Angebote ausbauen und neue Sportgeräte im öffentlichen Raum fördern sowie in Abstimmung mit den Beiräten Flächen für Skater*innen, Basketball, Calisthenics, Boule etc. mit ihren integrativen und inklusiven Möglichkeiten entwickeln.

Inklusion, Integration und Geschlechterbilder im Sport

Die Koalition wird:

- den Inklusionsgedanken im Sport grundlegend berücksichtigen, damit Menschen mit Behinderung ihr Leben nicht mehr an vorhandene Strukturen anpassen müssen.
- Strukturen schaffen, die es ermöglichen alle Menschen in Sportangebote einzubinden, damit u.a. Maßnahmen zur Gesunderhaltung entwickelt und wahrgenommen werden können.
- den Integrationsfaktor des Sports anerkennen, der für Offenheit, Vielfalt und Willkommenskultur steht und die Arbeit der Integration geflüchteter Menschen über den Sport hinaus erleichtert, und entsprechende Projekte ausweiten.
- eine Projektgruppe mit Vertreter*innen von Sportvereinen und -verbänden, von queeren Trägern und Initiativen sowie des Sportressorts gründen, um sowohl bereits bestehende Programme und Konzepte gegen Queerfeindlichkeit und für die Rechte, Belange und Repräsentation von LGBTIQ*-Personen zu unterstützen als auch neue Maßnahmen zu entwickeln.

Prävention sexualisierter Gewalt im Sport

Wir unterstützen die Bremer Sportjugend bei der Umsetzung ihrer Konzepte wie der Integration des Kinderschuttsiegels und der Safe-Sport-Strategie zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Hierbei geht es insbesondere um eine Kultur der Aufmerksamkeit und des Hinsehens und die Entwicklung von Maßnahmen, die der Prävention sexualisierter Gewalt im Sport dienen.

E-Sports

Die Koalition wird ein Landesförderprogramm für E-Sports prüfen und ggf. gemeinsam mit der Bremer Sportjugend und den Jugendverbänden ausarbeiten.

Bürgerbeteiligung, Beiräte, Demokratie

Beiräte und Ortsämter

Die Beiräte und Ortsämter stärken das demokratische Engagement in den Stadtteilen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stadtteilentwicklung. Die ehrenamtliche Arbeit der Beiräte, aber auch die Aufgaben der Ortsämter sind in den letzten Jahren dabei komplexer geworden. Diese Entwicklung werden wir aktiv auf verschiedenen Ebenen unterstützen, sei es mit einem modernen Beiräteortsgesetz, gut ausgestatteten Ortsämtern oder dem Ausbau im Bereich der Digitalisierung.

Die Koalition wird:

- gemeinsam mit den Beiräten den begonnenen Diskurs zur Gesetzesänderung fortführen und die Beiräte bei der Durchsetzung ihrer Rechte stärken.
- gemeinsam mit den Beiräten die Einführung zusätzlicher Stadtteil-Budgets in deren Zuständigkeitsbereich prüfen.
- die jährlichen Globalmittel für die Beiräte anheben, um den gestiegenen Kosten bei den antragstellenden Institutionen Rechnung zu tragen.
- das Sitzungsgeld von 25 Euro auf 30 Euro erhöhen und eine indexgesteuerte Automatisierung entsprechend der Bürgerschaft prüfen.
- kontinuierlich Fortbildungsmöglichkeiten für die Beiratsmitglieder anbieten und durchführen.
- in den Ortsämtern eine ausreichende Personalausstattung ermöglichen und dort, wo zusätzliches Personal erforderlich ist, passgenaue Lösungen mit den Ortsamtsleitungen finden.
- ein Modell für die Vergütung von Betreuungszeiten entwickeln und dessen Einführung prüfen, um die politische Beteiligung, insbesondere von Alleinerziehenden zu ermöglichen.

Wir sehen in der Digitalisierung nicht nur die Möglichkeit, die Bürger*innen intensiver vor Ort in Beteiligungsprozesse einzubinden, sondern auch die Arbeit der Beiräte und Ortsämter zu vereinfachen.

Die Koalition wird daher auch:

- die Beiräte bei der Durchführung von hybriden Sitzungen in einem verlässlichen Rahmen dort unterstützen, wo dieses gewünscht wird und technisch möglich ist.
- die Kommunikation zwischen Ortsämtern, Beiräten und der Öffentlichkeit durch die Bereitstellung eines Cloud-Dienstes vereinfachen und beschleunigen.
- die Ortsämter mit weiteren erforderlichen, digitalen Hilfsmitteln ausstatten.
- in den Sitzungsräumen der Ortsämter die Verfügbarkeit eines WLANs sicherstellen.
- prüfen, inwieweit ein Zuschuss für die Anschaffung von Tablets ermöglicht werden kann, um somit die technische Ausstattung von Beiratsmitgliedern weiter zu verbessern.

Darüber hinaus bleibt unser gemeinsames Ziel, insbesondere junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für die Beiratstätigkeit zu gewinnen.

Jugendbeteiligung

Wir verstehen die Beachtung der Bedürfnisse von jungen Menschen als umfassende Querschnittsaufgabe mit hoher politischer Priorität. Die Jugendbeteiligung muss daher insgesamt auf möglichst viele zukunftsbezogene Projekte und Vorhaben in unseren Städten ausgeweitet werden.

Die Koalition wird:

- bei Bürgerbeteiligungsverfahren aktiv auf die Partizipation von jungen Menschen hinwirken.
- bei bestimmten Gesetzesvorhaben und Regierungshandeln zukünftig nicht nur eine finanz- und

genderpolitischen Prüfung durchführen, sondern auch prüfen, inwieweit sich die Vorhaben auf junge Menschen auswirken.

- eine strukturelle, niedrigschwellige, ganzjährige Verankerung von Jugendbeteiligungsformaten etablieren.

Jugendbeiräte und Jugendforen bieten eine weitere Säule von aktiver Jugendbeteiligung. Ein Ziel bleibt daher auch, Jugendbeiräte oder analoge Jugendforen in allen Stadtteilen aufzustellen.

Wichtig dafür ist, sie auf lokaler Ebene durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen zu unterstützen und ihre Arbeits- und Beteiligungsformen jugendgerecht und niedrigschwellig weiterzuentwickeln.

Die Koalition wird:

- die Vernetzung von Jugendbeiräten und Jugendforen unterstützen und daraus die Initiierung einer Jugendbeirätekonzferenz bzw. eines Gesamtjugendbeirates (analog der Beirätekonzferenz) aktiv begleiten.
- den Austausch und eine Vernetzung zwischen dem Jugendparlament in Bremerhaven und dem dann bestehenden Zusammenschluss der Jugendbeiräte und Jugendforen fördern.
- ein Rede- und Antragsrecht für Jugendbeiräte in den Ortsbeiräten anregen.

Wahlalter, Wahlrecht und Wahlbeteiligung

Die Beteiligung an Wahlen ist ein wichtiger Grundstein der Demokratie.

Die Koalition wird daher:

- mit den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien in den Austausch gehen, inwieweit das gemeinsame Ziel einer hohen Wahlbeteiligung erreicht werden kann.
- das jetzige Wahlrecht dahingehend evaluieren, ob es mit seiner komplexen Stimmenvergabe einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat, und in diesem Zusammenhang auch die tatsächliche Einhaltung des Wähler*innen-Willens in Bezug auf Personenstimmen und Listenstimmen sowie eine Heilungsregelung für versehentlich ungültige Stimmzettel prüfen.
- prüfen, inwieweit das passive Wahlrecht auf 16 Jahre gesenkt werden kann.
- sich für eine Grundgesetzänderung einsetzen, damit alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt im Land Bremen haben, an allen kommunalen und staatlichen Wahlen teilnehmen können.

Bürger*innenbeteiligung und Transparenz

Das Thema Bürgerbeteiligung genießt in Bremen seit Langem einen hohen Stellenwert. Wir haben dafür in der letzten Legislaturperiode wichtige Voraussetzungen geschaffen und wollen die Bürgerbeteiligung – im Einklang mit der Beiratsarbeit in den Stadtteilen – weiter stärken. Die eingeführte zentrale Vorhabenliste werden wir weiterentwickeln und aussagekräftiger gestalten.

Die Koalition wird:

- ein Lobbyregistergesetz mit legislativem und exekutivem Fußabdruck einführen und dabei großen Wert auf eine unbürokratische und praxistaugliche Ausgestaltung legen.
- die Einführung eines Karenzzeitgesetzes oder anderer vergleichbarer Regeln wie zum Beispiel einer Anzeigepflicht bei der Aufnahme einer Beschäftigung vor Ablauf von zwei Jahren im Hinblick auf seine Praxistauglichkeit und Anwendbarkeit in einem Zwei-Städte-Staat prüfen und danach über eine Umsetzung entscheiden.

Feiertage

Die Einführung weiterer gesetzlicher Feiertage, wie den 8. Mai (Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus) oder den 8. März (Internationaler Frauentag) wird die Koalition in enger Abstimmung mit dem Land

Niedersachsen prüfen.

Bund, Europa und Internationales

Europa

Wir werden weiter daran arbeiten, die Verbindungen zwischen dem Land Bremen und der Europäischen Union zu intensivieren, sowohl auf Ebene der Landesregierung und der Bürgerschaft als auch dadurch, dass wir Europa und seinen Nutzen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven stärker erfahrbar machen. Wir setzen uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der EU ein, um gemeinsam ein ökologisches, soziales und friedliches Europa auf Grundlage europäischer Solidarität zu bauen. Mit Blick auf die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik und den zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU setzen wir uns für dafür ein, dass weiterhin alle Regionen Europas von Kohäsionsmitteln profitieren, und dass insbesondere die Bereiche Armutsbekämpfung und Lebenslanges Lernen mit genügend Mitteln ausgestattet werden, um Armut in Europa wirksam zu bekämpfen. Wir werden uns insbesondere weiterhin in allen Gremien, wie z.B. im Ausschuss der Regionen, für den demokratischen Zusammenhalt in Europa einsetzen und unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte verteidigen.

Um die Vernetzung zwischen dem Land Bremen und den EU-Institutionen weiter zu verbessern, wird die Finanzbehörde gemeinsam mit der Europa-Abteilung ein Fortbildungskonzept zur Förderung der Europafähigkeit für Führungskräfte entwickeln.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns auch zukünftig für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und von Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein.

Die Akquise und Umsetzung von EU-Mitteln durch die Bremer Ressorts darf in keinem Fall daran scheitern, dass die Ressorts hierfür Vor- oder Kofinanzierungsleistungen oder Restefinanzierungen aus anderen Bereichen des Produktplans erbringen müssen. Für die vorgeschaltete Bewerbungsphase neuer, auch mehrjähriger EU-Programme muss der Senat entsprechend sicherstellen, dass die Bewerbung kurzfristig erfolgen kann, und die notwendige Vor- und Kofinanzierung nicht zulasten anderer Bereiche in den Ressorthaushalten führt.

Die Koalition wird:

- die anerkannt gute Arbeit unserer Vertretung in Brüssel wie auch des Europapunkts in Bremen absichern.
- die Europafähigkeit der Bremischen Verwaltung durch ein Fortbildungskonzept für Führungskräfte fördern und unter anderem in der Vertretung in Brüssel einen Stellenpool schaffen, mit dem Mitarbeitende der Verwaltung in europäische Institutionen entsandt werden können.
- für die Akquise von EU-Fördermitteln die administrativen, finanziellen und haushalterischen Voraussetzungen auch überjährig zur Verfügung zu stellen und ggf. über den aktuellen Haushalt absichern.
- sicherstellen, dass die jeweils von den Fachressorts erfolgten Vorfinanzierungen für ihre Projekte nicht zu deren Lasten gehen; nach erfolgter Anmeldung/Mitteilung der jeweiligen Projektfinanzierung durch die Ressorts wird beim Finanzressort sichergestellt werden, dass diese Mittel nach Zufluss aus der EU-Administration auch direkt in die Ressorts zurückfließen, damit diese auch mit diesen Mitteln weiter planen können.
- gemeinsam mit Kammern, Berufsverbänden und Gewerkschaften ein gemeinsames Unterstützungsprogramm für Auszubildende auflegen, um einen Austausch oder einen Auslandsaufenthalt, zum Beispiel im Rahmen von Erasmus+, zu ermöglichen.

Globale Verantwortung

Wir stehen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung und verankern Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in der Landespolitik. Bremen pflegt eine lange Tradition des internationalen Engagements und der Kooperation für Länder des Globalen Südens. Wir wollen insbesondere im südlichen Afrika weiterhin die Menschen beim Aufbau einer nachhaltigen und verlässlichen kommunalen Infrastruktur unterstützen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit leisten Bildungs- und Informationsarbeit hier vor Ort und Hilfsprojekten international einen wesentlichen Anteil an Bremens Bemühungen für mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd.

Aus unseren Partnerschaften wissen wir, dass verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen in ihren Ländern bedrängt werden und daher unsere Solidarität benötigen. Wir engagieren uns gemeinsam für mehr Klimaschutz- und Anpassungsstrategien in Netzwerken wie dem „Klima-Bündnis/Climate Alliance e. V.“ und dem europaweiten „Konvent der Bürgermeister“, auch um den Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven noch stärker als bisher voranzubringen.

Wir werden uns weiterhin für die internationale Verständigung einsetzen, zum Beispiel mit Teilnahme an Netzwerken und Bündnissen wie „Mayors for Peace“, „Städte gegen die Todesstrafe“ oder „Bündnis der Städte gegen Atomwaffen“.

Insbesondere die aktiven Städtepartnerschaften mit Danzig, Riga, Haifa, Izmir, Durban, Dalian, die Städtefreundschaft mit Windhoek sind eine tragende Säule bremischen internationalen Engagements. Hier wollen wir einerseits Projekte im kulturellen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich anschieben und unterstützen. Aber auch die Zusammenarbeit der Verwaltungen der Partnerstädte durch gemeinsame Zukunftsprojekte stellt eine Win-Win-Situation dar, die wir mithilfe von EU-Programmen gestalten wollen. Wir haben dafür gesorgt, dass Bremen beim öffentlichen Einkauf und bei der Vergabe von Aufträgen Umweltkriterien und Sozialverantwortlichkeit berücksichtigt. Zukünftig wollen wir noch stärker die Lebenszykluskosten eines Produkts einbeziehen.

Die Koalition wird:

- alle zwei Jahre einen Indikatorenbericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen vorlegen.
- mit den entwicklungspolitischen Akteur*innen vor Ort die Einrichtung eines „Globalen Zentrums“ erörtern.
- das Potential der Diasporaorganisationen für faire Unternehmensgründungen in ihren Heimatländern mobilisieren.
- weiterhin die finanzielle Förderung der wichtigen Kooperationen mit den betroffenen Gruppen, z. B. den queeren Communities in unseren Partnerstädten, anstreben.
- die Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit und die Städtepartnerschaften auch zur Nutzung der vielfältigen bestehenden Kofinanzierungsmöglichkeiten von Bund und EU absichern und den wachsenden Aufgaben entsprechend anpassen.
- eine Beteiligung Bremens an drittmittelfinanzierten Programmen zur Gewinnung von und zum Austausch mit Fachkräften aus Ländern des Globalen Südens prüfen.
- unter Nutzung der vom Bund aufgelegten Programme den Wissensaustausch Süd-Nord intensivieren, um von den Erfahrungen unserer Partner, etwas was Fragen der Klimaresilienz angeht, in Namibia und Südafrika zu lernen.
- gemeinsam mit unserem Partnerland Namibia im Rahmen von Kooperationsprojekten und Programmen des Bundes oder der EU für die Produktion von grünem Wasserstoff sowie der beruflichen Ausbildung engagieren.
- die bestehenden Städtepartnerschaften weiterentwickeln, ihre Wahrnehmbarkeit erhöhen und mehr junge Menschen hierfür gewinnen.

- Windhoek anbieten, die derzeitige Städtefreundschaft zu einer formalen Städtepartnerschaft zu entwickeln.
- die Partnerschaft mit der Region (Oblast) Odessa auf Basis der Rahmenvereinbarung ausbauen.

Einfache, effiziente und digitale Verwaltung

Digitaler Bürger*innen- und Unternehmensservice

Der Zugang zu allen Angeboten und Anforderungen des Staates wird von den Bedürfnissen der Nutzer*innen, den Bürger*innen her gedacht („users first“). In den nächsten vier Jahren soll auch die Auffindbarkeit und Nutzungsfreundlichkeit der bremischen Online-Angebote noch einmal deutlich verbessert werden. Als innovatives, neues Angebot werden wir ein digitales Bürgeramt schaffen. Jede online verfügbare Dienstleistung für Bürger*innen soll dort angeboten werden, wir werden damit das beste digitale Bürgerservice-Angebot in Deutschland schaffen.

Die digitale Präsenz Bremens und die Möglichkeiten der Nutzung von Online-Anträgen gestalten wir übersichtlich und zeitgemäß. Unser Ziel ist für jede Lebenslage und für alle wesentlichen Bürgerdienstleistungen ein neues Service-Portal (Plattform) als sog. „Single Point of Contact“ für ein digitales, barrierefreies, datensparsames, mehrsprachiges und vor allem nutzerfreundliches Leistungsportfolio aus einem Guss.

Um die Navigation für Bürgerinnen und Bürger einfach und intuitiv zu gestalten, muss die Software-Ergonomie vollständig überarbeitet und vereinheitlicht werden mit dem Ziel, alle digitalen Bürgerdienstleistungen in wenigen Klicks zu erreichen.

Wir werden unseren Service weiterhin ausbauen, sodass eine leichte, barrierefreie Sprache, die alle in Bremen lebenden Menschen anspricht, zum Standard wird. Das Angebot verschiedener Fremdsprachen werden wir nach Möglichkeit ausbauen. Die „Handreichung gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung“ wird weiterhin handlungsleitend sein. Zusammen mit dem Bund, den anderen Ländern und Kommunen sollen bezahlbare und hilfreiche Angebote unter Einsatz von Chat-Bots und KI-gestützten Anwendungen geschaffen werden. Diese sollen als ergänzender und vereinfachender Service eingesetzt werden, der die Möglichkeit vor Ort oder telefonisch mit Menschen zu sprechen nicht ersetzt. Die Nachvollziehbarkeit digitaler Vorgänge muss für Bürger*innen und Verwaltungsmitarbeitende immer gewährleistet sein.

Das Jobcenter Bremen wird an das Projekt „Einfach Leistungen für Eltern (ELFE)“ angebunden. Damit können eine bessere Vernetzung und ein schnellerer Datenaustausch unter den beteiligten Behörden erfolgen. Für Antragsteller*innen verschiedener Leistungen können so vor allem Wege und umfangreiche Antragstellungen sowie Nachweispflichten verringert werden.

Wir werden das Bremer Bürgerkonto in das neue gemeinsame, bundesweit einheitliche Bürgerkonto überführen. Damit wird es für alle Bürger*innen einfacher, nicht nur Leistungen aus Bremen und Bremerhaven, sondern insbesondere auch von Bundesbehörden in Anspruch zu nehmen. Die Nutzung der eID-Funktion des neuen Personalausweises, BundID und elektronische Identifikation über Online-Bankkonten sollen weiter für ein sicheres und praktikables Anmeldeverfahren vorgesehen werden. Zur noch besseren Unterstützung mobiler Arbeitsstrukturen wollen wir auch elektronische Signaturen und elektronische Siegel ohne Hardware wie Chipkarten und Lesegeräte (sog. Fern-Signaturen und Fern-Siegel gem. EU-Verordnung) einsetzen.

Für Unternehmen wird der Senat seine erfolgreiche Zusammenarbeit, z.B. bei der Entwicklung des Portals handwerk:digital, mit der Handelskammer, der Handwerkskammer und den bremischen Arbeitgebern fortsetzen. Für Unternehmen wird das von Bremen und Bayern entwickelte einheitliche Unternehmenskonto genutzt. Dabei streben wir an, dass die in den Unternehmen schon vorhandene Elster-ID

genutzt werden kann. Elektronische Identitäten, wie der Online-Ausweis oder das Bankkonto, sind für ein sicheres und praktikables Onboarding vorzusehen. Nachrichtenempfang und -versand sind über den in Bremen entwickelten und seit Jahren erfolgreichen OSCI-Standard abzusichern und es sind Weiterleitungen in sichere elektronische Postfächer, wie die des Online-Banking, zu prüfen. Wichtige digitale Dokumente sollen beweiswerterhaltend über lange Zeiträume gespeichert werden können.

Die Koalition wird:

- ein digitales Bürgeramt schaffen.
- das Jobcenter Bremen an das Projekt ELFE anbinden.
- das Bremer Bürgerkonto in das neue bundesweit einheitliche Bürgerkonto überführen.
- das neue Bürgerservicecenter Mitte in der Innenstadt zu einem Vorreiter unseres Bürgerservices entwickeln. Um unserem Qualitätsanspruch gerecht werden zu können, stärken wir das Bürgeramt.
- die Online-Angebote zu Dienstleistungen, Dokumenten und Daten der öffentlichen Verwaltung einfacher nutzbar machen. Dazu wird ihre Auffindbarkeit im Netz optimiert, die Komplexität reduziert und Barrierefreiheit gewährleistet und nach Möglichkeit fremdsprachige Angebote zur Verfügung gestellt.
- die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Erstellung von Portalen, z.B. handwerk:digital fortsetzen.

Schnell und einfach zum Termin

Die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erwarten vom Staat ein funktionierendes und einfach in Anspruch zu nehmendes Angebot von Dienstleistungen. Effektiv arbeitende Verwaltungen sind erforderlich, um die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Eine effektive und schnelle Erledigung von Anfragen, Anträgen auf Genehmigung und sonstige Entscheidungen der Verwaltung sind für diejenigen erforderlich, die wegen schwieriger Ausgangsbedingungen eine solche Unterstützung des Staates benötigen, z.B. zur Ausübung von Arbeit oder zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Ebenso hängen z.B. auch Industrie und Wirtschaft in ihrem Handeln sehr von schnellen und klaren Entscheidungen der Verwaltung ab.

Wir optimieren die Terminvergabe und stellen mit einem modernen Terminmanagement hohe Terminverfügbarkeiten und schnellen Service her, wo der Gang zum Amt noch erforderlich bleibt.

Die Koalition wird:

- die Terminvergabe optimieren und die Wartezeit auf einen Termin im Bürgerservice auf maximal 14 bis 31 Tage (nach Anliegen) reduzieren.
- eine systematische Befragung der Behördenkund*innen etablieren.

Verfahrensvereinfachungen

Damit Bürger*innen und Unternehmen schnell und einfach Termine vereinbaren und Anliegen, möglichst auch online, erledigen können, wird der Senat auch alle diesbezüglichen verwaltungsinternen Prozesse und Ämterstrukturen überprüfen, effizienter und nach Möglichkeit medienbruchfrei gestalten. Bürger*innen müssen im Fokus stehen. Nicht die Bürger*innen, sondern Daten sollen – unter der Maßgabe des Einverständnisses der Betroffenen – laufen, und zwar nach dem Prinzip „once only“ (jede Information nur einmal erheben) auf Basis eines Datenverbundes aller Register. Bremen hat mit den „Einfach Leistungen für Eltern“ (ELFE) vorgemacht, wie ein antragsloses Verfahren funktionieren kann. Erfolgreiche Anwendungen aus anderen Bundesländern wollen wir übernehmen.

Unser Ziel ist, dass die Verwaltung in Anbetracht zukünftiger Herausforderungen und dem Fachkräftemangel, ihren gesetzlichen Auftrag einer verlässlichen und rechtssicheren Arbeitsweise sicherstellen kann. Dabei wollen wir Schwerpunkte setzen auf die besonders wichtigen Leistungen wie Ummeldungen/Pässe, Ausweise, Baugenehmigungen, Wohngeld und Kinder- und Familienleistungen.

Die Koalition wird:

- die Baugenehmigungsverfahren kurzfristig vollständig digitalisieren, vereinfachen und beschleunigen. Unser Anspruch ist bis zum Ende der Legislaturperiode unter den TOP 3 bei Bearbeitungsgeschwindigkeit der 15 größten deutschen Städte zu sein.
- das Wohngeldantragsverfahren vollständig digitalisieren und stärker automatisieren. Wir wollen prüfen, ob auch der Wohngeldantrag in ein antragsloses Verfahren überführt werden kann. Insbesondere die Bearbeitung von Folgeanträgen wollen wir so weit wie möglich automatisieren.

Innovationen

Dort, wo der Gang zum Amt noch erforderlich bleibt, werden wir ebenso Erleichterungen realisieren. Kurzanliegen sollen an schnelleren „Schaltern“ erledigt und Ausweisdokumente einfach abgeholt werden können. Dazu wollen wir auch ergänzend zu den verbesserten Online-Diensten die Möglichkeit schaffen, die beantragten und bearbeiteten Dokumente wie z.B. den neuen Personalausweis, zu jeder Tages- und Nachtzeit und an sieben Tagen die Woche an Dokumentenabholstationen abzuholen.

Die Koalition wird:

- mobile Angebote in den Stadtteilen erproben, mit einem Fokus auf unterstützungsbedürftige Bürger*innen, die Online-Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen können.
- die Möglichkeit schaffen, die beantragten und bearbeiteten Dokumente wie z.B. den neuen Personalausweis, zu jeder Tages- und Nachtzeit und an sieben Tagen die Woche an Dokumentenabholstationen abzuholen.

Qualitätskontrolle von Verwaltungshandeln

Um Verbesserungen und Veränderungen bei der Digitalisierung von Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen zügig spürbar und messbar zu machen, werden wir die Umsetzung, insbesondere bei den wesentlichen Dienstleistungen, besonders steuern und ein neues Qualitätsmanagement institutionalisieren. Hierzu werden wir ein Bürger- und Unternehmensservice-Digitalisierungsbüro schaffen. Dabei wollen wir die erfolgreiche Praxis der Digitalisierungslabore, die wir z.B. für „Einfach Leistungen für Eltern“ (ELFE), den Unternehmensservice für Handwerksbetriebe oder die Familiencard nutzten, fortsetzen und unsere Dienstleistungsangebote so von den Bürger*innen und Unternehmen her neu denken.

Für mehr Transparenz bei der Bearbeitung von Bürgerdienstleistungen und zur Entlastung der Beschäftigten von Nachfragen wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass die Bürger*innen und Unternehmen den Fortgang ihrer Verwaltungsangelegenheit online verfolgen können.

Die Koalition wird:

- ein Bürger- und Unternehmensservice-Digitalisierungsbüro schaffen.
- die Möglichkeit schaffen, dass Bürger*innen und Unternehmen den Fortgang ihrer Verwaltungsangelegenheit online verfolgen können.

Digitale Verwaltung

Als leistungsstarke Partnerin für die Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft-, und Verwaltung müssen Strukturen in den Behörden effizienter und schneller werden. Um dies zu ermöglichen, werden wir im Rahmen einer übergreifenden Transformationsstrategie die Digitalisierungs- und Fachstrategien der Stadt Bremen in einem geregelten und iterativen Prozesse bündeln. Wir können somit Vernetzung, schnellere Handlungsfähigkeit und einen effizienteren Ressourceneinsatz steuern und so Fachkräftemangel, redundante Prozesse und Informationslücken reduzieren. Hierzu bauen wir eine zentrale „Smart Governance“ auf, die ein proaktives Handeln in allen Belangen der digitalen Transformation ermöglicht. Wir sind uns im Land Bremen der Vorbildwirkung der öffentlichen Verwaltung bewusst und stehen für eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Gestaltung der digitalen Transformation. Hierfür

nutzen wir Bremens Synergien im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und setzen Standards bei der Entwicklung und Einsatz von Digitalisierungsprozessen im Land Bremen. Wir orientieren uns hierbei an den digitalpolitischen Handlungsempfehlungen des Dritten Gleichstellungsberichts. Wir wollen Digitalisierung in Bremen im Sinne von Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Gemeinwohlorientierung, individueller Selbstbestimmung, Datensicherheit und digitaler Souveränität gestalten. Dafür spielen Open Source Technologien eine zentrale Rolle. Die digitale Souveränität wird zur Leitidee bei der Planung und Beschaffung von IT-Infrastruktur. Künftige IT-Verfahren werden grundsätzlich plattformunabhängig umgesetzt. Ziel ist die optimale IT-Unterstützung an allen Arbeitsplätzen mit der bestmöglichen Software. Wo diese Ziele auch mit dem Einsatz freier und Open Source Software (FOSS) erreicht werden können, stellen wir entsprechend um. Mit öffentlichem Geld geförderte Programmiercodes wollen wir nach Möglichkeit auch öffentlich zur Verfügung stellen („Public Money, Public Code“). Wir prüfen in dieser Legislaturperiode, inwieweit die Einführung der dPhoenix-Suite für Büroarbeitsplätze von Dataport eine Alternative zur Verlängerung der bisherigen Büroarbeitsplatzsoftware-Lizenzen sein kann. Entscheidend bei der Auswahl ist die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung, die in einer vorhergehenden Testphase in ausgewählten Bereichen der Verwaltung überprüft wird. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erfordert Anstrengungen beim Bund, den Ländern und in den Kommunen. Dabei werden wie bisher die im Land Bremen ansässigen IT-Dienstleister explizit in länderübergreifende und bundesweite Projekte und Lösungen eingebunden. So ergeben sich Synergien an Know-how und Kapazitäten und die regionale, mittelständische IT-Wirtschaft wird gestärkt. Eine große Rolle spielt dabei der Schutz der kritischen IT-Infrastruktur in der Verwaltung. Diese soll kontinuierlich ausgebaut werden. Wir wollen weiter mit Dataport und IT-Dienstleistern aus Bremen und Bremerhaven die Digitalisierung, insbesondere im Bereich der Bürgerdienstleistungen, beschleunigen.

Die Koalition wird:

- das Zuwendungsportal ZEBRA 2.0 mit digitaler Antragstellung, Bearbeitung, Bewilligung und Abrechnung etablieren und für Zuwendungsempfänger*innen (online) Schulungen anbieten.
- Alternative Software auf Open Source Basis auf ihren Einsatz in der öffentlichen Verwaltung prüfen.
- eine zentrale Informations-, Beratungs- und Koordinierungsstelle zur Einwerbung von Bundesmitteln einrichten, die über Fördermöglichkeiten informiert und Ressorts bei der Abstimmung mit den zuständigen Bundesbehörden unterstützt. Sie errichtet ein zentrales Intranetportal mit Informationen über Fördermöglichkeiten und Verfahrensabläufe.
- die Einführung eines Bremer „Responsible Disclosure“-Programms für die Landes und Kommunalverwaltung anstreben. Dies beinhaltet eine rechtssichere Meldeplattform für Sicherheitslücken in der Bremer Digitalinfrastruktur.
- die Einführung des IT-Grundschutz gemäß Empfehlungen des BSI im Rahmen der Cybersicherheitsstrategie weiterverfolgen.

Krisenresiliente Verwaltung und New Work

Ein modernes Arbeitsumfeld, ortsflexibles Arbeiten und moderne Strukturen der Zusammenarbeit, die maßgeblich durch Führungskräfte und Mitarbeitende gestaltet werden, sind nicht nur für ein hohes Maß der Attraktivität eines Arbeitgebers verantwortlich, sondern auch zentrale Erfolgsfaktoren für eine gelingende digitale Transformation der Verwaltung. Während wir die Entwicklung flexibler Arbeitszeitmodelle unterstützen, legen wir ein Augenmerk auf die Vermeidung von unproduktiver Arbeitsintensivierung und Entsolidarisierungseffekten, die bedingt durch Individualisierung von Arbeitsstruktur entstehen können. Außerdem wollen wir der Retraditionalisierung von Geschlechterrollen, die teilweise im Kontext der Intensivierung von Home-Office in der Pandemiezeit entstanden ist, entgegenwirken. Es sollen verwaltungsinterne Kompetenzen für die Beratung und Weiterentwicklung im Bereich New Work aufgebaut werden, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung von modernen Bürokonzepten und neuen Formen der Zusammenarbeit.

Vor dem Hintergrund einer immer stärker spürbaren Konkurrenz um Fachkräfte werden wir weiter daran arbeiten, die Arbeit im Öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Als wichtigen Ansatzpunkt sehen wir dabei die sich verändernden Ansprüche an die Arbeits- und Lebensbalance sowie generell das Bedürfnis nach mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung.

Wir wollen, dass der öffentliche Dienst krisenresilient wird und in der Lage ist, sich den rasanten gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Dazu muss der öffentliche Dienst seine Fähigkeiten zu Foresight (Vorausschau), Organisation und strategischer Steuerung ausbauen und benötigt dazu entsprechende Ressourcen. Fähigkeiten zur Überwindung der Abteilungs- und Referatslogiken, eine neue Kultur der Arbeit hin zu Zusammenarbeit und Wissensaustausch, weg von „Zuständigkeit“ hin zu „Service“, sind die Grundlagen einer Reform der Verwaltung.

Die Koalition wird:

- die zwischen Gesamtpersonalrat und Senat ausgehandelte Dienstvereinbarung „Mobiles Arbeiten“ weiter umsetzen. Dazu werden wir die jetzt notwendigen Arbeitsstrukturen zur Verknüpfung von Arbeit vor Ort und im Homeoffice sowie zum agilen Arbeiten im gemeinsamen Interesse der Dienststellenleitungen und Beschäftigten weiterentwickeln. Wir haben den Anspruch, damit auch bundesweit Vorbild zu sein.
- zentrale Kompetenzen zur Unterstützung der Dienststellen bei der Gestaltung und Umsetzung von New-Work-Konzepten aufbauen und stärken.

Chancen der künstlichen Intelligenz nutzen

Die Automatisierung von Prozessen mittels Algorithmen stellt auch die Bremer Verwaltung vor Herausforderungen, birgt gleichzeitig aber auch für Verwaltungshandeln selbst große Chancen und Möglichkeiten. Unser Ziel ist es, KI-gestützte Effizienzverbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Beschäftigten intensiv zu prüfen und die zügige Implementierung sicherstellen. Wir werden einen diskriminierungsfreien, sicheren und produktiven Einsatz von Künstlicher Intelligenz und automatisierten Entscheidungssystemen sicherstellen. Wo immer KI-gestützte Anwendungen zum Einsatz kommen, werden wir dies transparent machen. Den Datenschutz werden wir dabei nicht vernachlässigen, sondern als notwendige Bedingung für das Vertrauen in die KI-Lösungen entsprechend der EU-Datenschutzgrundverordnung garantieren (EU-DSGVO). Die Nachvollziehbarkeit KI-gestützter Prozesse muss für die Verwaltungsmitarbeitende und Bürger*innen gegeben sein.

Die Koalition wird:

- Pilotprojekte zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Beschleunigung und Vereinfachung der Verwaltungsarbeit beginnen, bei gleichzeitiger Gewährleistung der Transparenz der dafür eingesetzten Algorithmen und ihres nicht-diskriminierenden Einsatzes.
- die Online-Wache ausbauen.
- die Stärkung der mobilen digitalen Polizeiarbeit durch entsprechende Ausrüstung und Ausstattung vorantreiben.
- Personal für die Steuerverwaltung weiterhin kontinuierlich ausbilden. Ziel muss es in den nächsten Jahren sein, dass der Personalbestand nicht nur gehalten, sondern schrittweise aufgestockt wird.
- in geeigneten Fällen einzelne Fachbereiche der Finanzämter auch weiterhin mit externen Personal versorgen.

Digitale Stadtgesellschaften

„Smart City“ – das bedeutet für uns, dass wir die Chancen der Digitalisierung dort nutzen, wo sie uns einen echten Mehrwert bringen – in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Bildung, aber insbesondere

auch im alltäglichen Leben. Smarte digitale Lösungen machen unser Leben einfacher. Sie schenken uns Zeit, bewahren uns vor unnötiger Arbeit oder dienen dem Klimaschutz.

Bei der Digitalisierung aller Lebensbereiche können Bremen und Bremerhaven aber nur eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn wir allen Bürger*innen die Vorteile der Digitalisierung aufzeigen und über die Risiken transparent aufklären. Um ein differenziertes, eigenverantwortliches und demokratisches Verständnis einer digitalen Stadtgesellschaft zu fördern, werden wir daher eine breit aufgestellte Informationskampagne aufsetzen, auch um die digitale Spaltung entlang von Alter, Einkommen und Bildungsgrad zu begegnen.

Smart City Anwendungen können aber auch zur Überwachung von Individuen und der Gesellschaft missbraucht werden. Erhobene Daten werden in kommerziellen Systemen für die Optimierung von Werbung genutzt und in autokratischen Systemen zur Überwachung von Bürger*innen. Daher werden wir Smart City Initiativen in Bremen und Bremerhaven nur datensparsam und demokratisch kontrolliert umsetzen und nicht großen Techkonzernen überlassen. Demokratische Planung, Datenschutz und öffentliche Begleitung sind für uns Voraussetzung.

Die Koalition wird:

- Eine Kampagne „Digitale Stadtgesellschaften“ ausschreiben und auch jenseits klassischer Bildungsinstitutionen durchführen, um alle Menschen in Bremen und Bremerhaven zu erreichen.

Smarte Lösungen

Um im Alltag smarter und effizienter zu werden, wollen wir insbesondere die Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz nutzen. Wir wollen daher Ampelschaltungen optimieren und an den aktuellen Verkehrsfluss von Autos-, Rad- und Fußverkehr und die Wetterbedingungen anpassen.

Und auch sonst wollen wir alle logistischen Abläufe daraufhin überprüfen, ob durch Sensoren und KI tägliche Abläufe in unseren Städten optimiert werden können. Die demokratische Kontrolle darüber muss sichergestellt werden. Klassische Beispiele für eine solche Optimierung sind Füllstands-Sensoren in öffentlichen Müllbehältern, Boden-Feuchtigkeitssensoren in öffentlichen Grünanlagen oder Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern. Dabei prüfen wir vor dem Einsatz von Sensoren auch, ob ein Einsatz mit Blick auf Nachhaltigkeit Sinn macht.

Die Koalition wird:

- sukzessive alle Verfahrensabläufe der öffentlichen Daseinsvorsorge im Zuständigkeitsbereich der Freien Hansestadt Bremen daraufhin überprüfen, wie diese mithilfe digitaler Prozesse und - wenn sinnvoll - KI optimiert werden können. Diese Prozesse werden wir auch in allen bremischen Eigenbetrieben, Gesellschaften, Beteiligungen anstoßen, um das Potential digital optimierter Prozesse auszuschöpfen.

Breitband, Glasfaser und WLAN für alle

Die Verfügbarkeit von hochleistungsfähigen digitalen Infrastrukturen ist die Grundvoraussetzung für die Nutzung von Potenzialen digitaler Transformationen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ziel ist es, dass das Land Bremen bis 2030 über eine möglichst vollständige Gigabitversorgung für alle privaten und gewerblichen Haushalte und flächendeckend über eine leistungsfähige Mobilfunkversorgung verfügt. Hiervon ableitend sind die Rahmenbedingungen für den wettbewerblichen Glasfaserausbau weiter zu optimieren und festzustellende Versorgungslücken einer Prüfung hinsichtlich ihrer Förderpotenziale zuzuführen. Dabei prüfen wir auch, ob eine Anschlusspflicht für Immobilienbesitzer*innen in Glasfaserausbau bei vorhandenem Angebot einer Telekommunikationsanbieter*in geeignet ist, eine zukunftssichere Versorgung für möglichst viele Kund*innen sicherzustellen.

Alle digitalen Anwendungen erfordern eine technisch leicht zugängliche Infrastruktur. Der Ausbau von öffentlichem WLAN wird unterstützt, dabei wollen wir auch einen Fokus auf kostenfreie und community-

7647 basierte Lösungen legen. Insbesondere in kulturellen und sozialen Einrichtungen wollen wir den Ausbau
7648 von öffentlichem WLAN vorantreiben.

7649 **Die Koalition wird:**

- 7651 • prüfen, inwieweit es bei der Gigabitversorgung für Haushalte und Unternehmen zu Lücken kommt
7652 und diese soweit möglich durch die Schaffung von Anreizen für die Privatwirtschaft schließen.
- 7653 • prüfen, inwieweit öffentliche Liegenschaften als Standorte für Mobilfunkmasten geeignet sind und
7654 hierfür ressortübergreifend in enge Abstimmung mit den Telekommunikationsunternehmen gehen.
- 7655 • die Bauantragstellung für den Ausbau digitaler Infrastrukturen weiter verbessern und digitalisieren.
- 7656 • beabsichtigen, Pilotprojekte für bürgernahe Anwendungen insbesondere für 5G zu initiieren. Wir prü-
7657 fen, ob es für eine Modellregion für 5G oder perspektivisch 6G geeignete Fördermöglichkeiten beim
7658 Bund oder der EU gibt, auf die wir uns bewerben.

7659 **Digitale Teilhabe**

7660 Aufbauend auf einer breiten, langfristigen Digital-Informationskampagne für alle Menschen in Bremen
7661 und Bremerhaven wollen wir mehr Angebote schaffen, um digitale Teilhabe zu ermöglichen. Besonders
7662 ältere Menschen, Frauen, Personen mit geringerer formaler Bildung oder Migrationshintergrund sowie
7663 Menschen mit Beeinträchtigung sind durch unterschiedliche Ausschlussmechanismen von der digitalen
7664 Spaltung betroffen. Und neben digitalen Kompetenzen sind auch die Möglichkeiten, die Anschaffung von
7665 Hardware finanzieren zu können, ungleich verteilt. Digitalisierung muss für uns aus der Perspektive von
7666 Vielfalt, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion gedacht und umgesetzt werden.

7667 Wir werden das Themenfeld der digitalen Barrierefreiheit konsequent verfolgen und tragen dafür Sorge,
7668 dass die gesetzlichen Anforderungen vollzogen und von der Zentralstelle für barrierefreie Informations-
7669 technik beim Landesbehindertenbeauftragten überwacht werden.

7670 **Die Koalition wird:**

- 7671 • Maßnahmen fortführen, die digitale Teilhabe für alle ermöglichen.

7672 **Schule, Forschung und Wirtschaft zusammendenken**

7673 Wir wollen in unseren Städten den Schatz bergen, der direkt vor unseren Füßen liegt. Schüler*innen, die
7674 heute die Schule verlassen, gelten als „Digital Natives“. Sie sind mit dem Internet, mit Smartphones und
7675 mit digitalen Medien aufgewachsen und offen für technische Neuerungen und Innovationen. Wir werden
7676 daher digitalisierte Strukturen weiter fördern und Jugendliche und junge Erwachsene mit den digitalen
7677 Kompetenzen aus der Schule entlassen, die sie in dieser sich so schnell ändernden Welt benötigen. Und
7678 um diesem Anspruch gerecht zu werden, werden wir den Bedarf an Informatik-Studienplätze speziell für
7679 Lehrkräfte prüfen. Gleichzeitig werden wir die Digitalisierung in allen Fächern vorantreiben.

7680 Bremens Hochschulen sind Vorreiter in mehreren Feldern der Digitalisierung. Gleichzeitig werden wir
7681 zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um den Anteil von Frauen in IT-Studiengängen zu erhöhen und die
7682 Abbrecher*innenquoten zu reduzieren.

7683 Die IT-Spitzenforschung in Bremen und Bremerhaven wird durch viele wichtige Institute, wie das
7684 Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz (DFKI), das Technologie-Zentrum Informatik
7685 und Informationstechnik (TZI), das Institut für Telekommunikation und Hochfrequenztechnik (ITH), das
7686 Fraunhofer Institut für Digitale Medizin (MEVIS) oder das Institut für Digitale Teilhabe (IDT) untermauert.
7687 Wir werden Foren und Formate etablieren, die das Know-How dieser Institutionen noch besser in unsere
7688 Wirtschaft und unseren Alltag übertragen. Und um unserem Anspruch als KI-Standort zu unterstreichen,
7689 werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass das neu zu schaffende Dateninstitut zur Datenverfüg-
7690 barkeit und -standardisierung sowie zur Etablierung von Datentreuhändermodellen und Lizenzen in
7691 Bremen angesiedelt wird.

7692 Der Bedarf an der Abnahme digitaler Prüfungen in Berufsausbildung und Studium steigt rasant an. Wir
7693 werden prüfen, ob und wie wir für die von uns durchgeführten Ausbildungen und das Jurastudium einen

zentralen digitalen Prüfungsraum schaffen können, um sogenannte E-Examen abnehmen zu können.

Die Koalition wird:

- die Digitalisierung in unseren Schulen vorantreiben und Angebote zum theoretischen und praktischen Umgang mit informatischen Inhalten wie Informationstechnik, Programmierung und Algorithmen ausbauen
- die digitale Souveränität von der Kita bis ins hohe Alter politisch stärken und die Weiterbildung der Digital- und Medienkompetenzen auch für Privatpersonen fördern. Für die Planungssicherheit der Träger von Angeboten für Medienkompetenz und Medienpädagogik sollen finanzielle Mittel des Bundes und der EU stetig abgerufen und vorhandene Förderprogramme noch bekannter gemacht werden.
- den Forschungsstandort stärken und insbesondere IT-Studiengänge und Forschungseinrichtungen finanziell absichern; wir werden Kooperationen zur Evaluation von KI-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung mit der Universität aufbauen.
- die Kooperations- und Austauschformate zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern und ausbauen.
- die Schaffung eines digitalen Prüfungsraums für E-Examen prüfen.

IT-Branche

Nur mit einer starken IT-Start-Up-Szene kann das Potenzial, das unsere Hochschulen erzeugen, auch in der Wirtschaft ankommen. Mit dem „Starthaus“ und dem BAB-LAB halten wir wichtige Förderinstrumente vor. Doch besonders in der Skalierungsphase verlassen viele Start-Ups unser Bundesland. Wir wollen daher die Angebote des Starthauses erweitern, um Startups in dieser Phase besser unterstützen zu können. Dazu gehören auch Räumlichkeiten in Form eines „Scale House“, das diesen Bereich abdeckt. Wir werden in diesem Kontext auch unsere Förderstrukturen überdenken und bspw. nach dem Vorbild Niedersachsens eine Förderung der Games-Branche durch Erweiterung der Förderkriterien und Aufstockung der Mittel im Kontext Nordmedia etablieren.

Daneben werden wir uns um IT-Unternehmensansiedlungen bemühen, insbesondere aus Drittstaaten. Es gilt noch intelligente Werbestrategien zu entwickeln, um IT-Firmen zu uns nach Bremen und Bremerhaven zu holen. Wir werden weltweit Regionen identifizieren, in denen viele IT-Firmen aktiv sind und dort vor Ort Werbung betreiben. Wir werden Strukturen etablieren, in denen ausländische Unternehmen von städtischen Beratungseinrichtungen und im Austausch mit bereits ansässigen Playern wichtige Hilfen und Hinweise bekommen, um sich in Bremen und Bremerhaven zurechtzufinden und hier langfristig Fuß zu fassen.

Und wir wollen die IT-Firmen, die sich bereits in Bremen oder Bremerhaven etabliert haben, stärker bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte unterstützen. Neben den Chancen, die die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes bietet, wollen wir daher Strukturen schaffen, die vor Ort schnell alle nötigen Hilfen zentriert vorhalten. Für notwendige Behördengänge zuwanderungswilliger Fachkräfte werden wir über ein gesondertes, koordinierendes und priorisierendes Verfahren nachdenken, um die Einstellungsverfahren im Interesse aller Beteiligten zu beschleunigen.

Die Wertschöpfung im IT-Bereich soll auch zu einem wesentlichen Teil in der regionalen IT-Wirtschaft erarbeitet werden. Dazu wird der Senat mit der regionalen IT-Wirtschaft zusammenarbeiten, damit diese möglichst viele Auftragsvergaben akquirieren kann.

Die Koalition wird:

- die Angebote des Starthauses erweitern, um insbesondere IT-Startups bessere Entwicklungsmöglichkeiten in Bremen zu bieten und Räume und Flächen für Scaleups vorzuhalten.
- Strukturen schaffen, die es für IT-Unternehmen noch attraktiver machen, sich in Bremen oder Bremerhaven anzusiedeln.
- die Rahmenbedingungen zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte, insbesondere aus dem IT-Bereich,

verbessern.

- sich dafür einsetzen, dass die regionale IT-Branche bei der Realisierung der bremischen Digitalisierungsstrategie beteiligt ist.

Wirtschaft 4.0

Besonders kleine und mittlere Unternehmen brauchen Unterstützung, um bei der Digitalisierung Schritt zu halten. Mit den Digitallotsen, dem Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum, der RKW Servicestelle digital am Arbeitsplatz, dem KI-Transferzentrum, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS oder auch dem Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft haben wir bereits ein breites Angebot geschaffen, das wir auch in Zukunft finanziell absichern werden. Neben den Beratungs- und Förderstrukturen ist aber insbesondere auch die Vernetzung von Akteuren untereinander von enormer Bedeutung. Wir wollen mehr Orte des Austausches schaffen. Vorbild ist dabei für uns das Digital Hub Industry.

Beim Thema IT-Sicherheit brauchen Unternehmen Unterstützung. Unser Ziel ist es, dass jedes Unternehmen in Bremen und Bremerhaven mit Fragen der Cybersicherheit vor Ort optimal beraten wird. Gerade in Zeiten, in denen Cyberangriffe immer häufiger auftreten, kann eine funktionierende polizeiliche Kriminalprävention im Bereich IT-Sicherheit zum wichtigen Standortvorteil für unser Land werden.

Die Koalition wird:

- ergänzende Austauschformate - wie das Digital Hub Industry - schaffen, um allen Unternehmen eine bestmögliche digitale Zukunft zu ermöglichen.
- die Beratungsstrukturen zur Verbesserung der Cybersicherheit von Unternehmen und Institutionen ausbauen.
- eine Games-Förderung nach dem Vorbild Niedersachsens über die Nordmedia prüfen.

Finanzen und Personal

Finanzierungsvorbehalt

Die Koalition wird unmittelbar nach der Wahl des Senates mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2024/25 beginnen. Dabei ist sowohl den Erfordernissen der Krisenbewältigung und den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen Rechnung zu tragen als auch den begrenzten finanziellen Ressourcen. Alle Maßnahmen dieses Koalitionsvertrags stehen deshalb unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Schuldenbremse

Die Regelungen zur sogenannten Schuldenbremse in Artikel 109 Grundgesetz und Artikel 131a in der Bremischen Landesverfassung sowie die Sanierungshilfevereinbarung zwischen Bremen und dem Bund bilden den gesetzlichen Rahmen für die Haushaltswirtschaft im Land Bremen.

Um die in den nächsten Jahren erforderlich werdenden baulichen Investitionen insbesondere im Bildungsbereich zu finanzieren, strebt die Koalition eine punktuelle Modifikation dieses Rahmens an und sucht dazu auch das Gespräch mit der Bundesregierung und der Opposition.

Bremen unterstützt eine Altschuldenübernahme der Kommunen durch den Bund. Wir erwarten, dass dabei auch die Tatsache berücksichtigt wird, dass das Land Bremen die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven bereits entschuldet hat.

Sanierungsprogramm

Die Koalition begrüßt weiterhin die mit Bund und Ländern vereinbarten Sanierungshilfen für Bremen in Höhe von 400 Mio. Euro jährlich und wird die sich daraus ergebenden Pflichten auch künftig erfüllen. Hierzu gehört insbesondere eine Tilgung in Höhe von durchschnittlich 80 Mio. Euro pro Jahr.

Der Senat wird mit dem Doppelhaushalt 2024/25 ein Sanierungsprogramm beschließen, das den Anschluss des bremischen Landeshaushaltes an die Gesamtentwicklung der Länderhaushalte sicherstellt.

Öffentliche Gesellschaften

Die Koalition verfolgt mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in Gesellschaftsform das Ziel effizienter Organisation, fairer Entgelte/Beiträge, guter Arbeitsbedingungen und hoher ökologischer Standards. Wir werden den öffentlichen Einfluss im Bereich der Energieversorgung strategisch ausbauen, um die anstehenden zentralen Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation insbesondere der Wärmewende und der zukunftsfähigen Aufstellung der Stromnetze zu bewältigen und den Industriestandort Bremen zu stärken.

Wir streben eine Erweiterung des öffentlichen Einflusses auf die Abwasserentsorgung und eine Erhöhung der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung an. Wir werden hierzu rechtzeitig eine Entscheidung treffen.

Wir werden gleichzeitig eine Entscheidung zur Konzessionsvergabe der Trinkwasserversorgung ab 2029 vorbereiten und rechtzeitig treffen.

Wir leiten rechtzeitig Prozesse ein, um spätestens 2025 die Entscheidung über eine Rekommunalisierung von Müllabfuhr zu treffen. Die Rekommunalisierung der Straßenreinigung werden wir zu 2028 umsetzen.

Gebäude- und Immobilienmanagement

Oberstes Ziel der Immobilienstrategie ist der Schul- und Kitausbau. Daneben hat höchste Priorität die insbesondere energetische Sanierung des gesamten öffentlichen Gebäudebestandes, insbesondere auch bei Hochschulen und Sportanlagen.

Wir wollen beim Senator für Finanzen eine strategische Bedarfsplanung für eigene und angemietete Immobilien einrichten. Dies gilt insbesondere für Kitas, Schulen, Sportanlagen und Verwaltungsgebäude. Dabei ist eine wirtschaftliche Optimierung des Immobilienbestandes mit der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in Einklang zu bringen. Bei Standortentscheidungen haben wir das ganze Land und alle Stadtteile im Blick.

Wir wollen den bisher diversifizierten Ansatz zur Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Baumaßnahmen weiterverfolgen und nicht nur in Eigenregie, sondern auch mit Dritten, z.B. mit BREBAU oder GEWOBA, Investitionen durchführen.

Das bestehende System der Sondervermögen wird mit allen Ressorts im Hinblick auf die veränderten Grundstücksmarktbedingungen überprüft, ob und inwieweit Veränderungsbedarf besteht. Das Sondervermögensrecht wird ggf. zur Verbesserung der Steuerung und zur Klärung offener rechtlicher Punkte überarbeitet. Der Prüfprozess darf keine Umsetzungsarbeiten in den Sondervermögen behindern.

Wir streben an das öffentliche Eigentum an städtebaulich zentralen Flächen und Immobilien auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Erbpachtstrategie zu entwickeln.

Klimastrategie (2,5 Mrd.)

Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise bekennt sich die Koalition zu dem Ziel bis zum Jahr 2038 CO₂-Neutralität im Land Bremen zu erreichen. Dabei achten wir auf den notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich um niemanden zu überfordern und alle Menschen mitzunehmen.

Die Koalition wird die im Nachtragshaushalt 2023 gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Investitionen in den Bereichen

- Dekarbonisierung und klimaneutrale Transformation der Wirtschaft (insbesondere der Stahlproduktion, Energieerzeugung und Infrastruktur)
- Massive Verbesserung CO₂-armer Mobilitätsangebote
- Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands und
- Ausbau und Dekarbonisierung der Fern- und Nahwärmeversorgung

(sogenannte „Fastlanes“) einsetzen. Die Investitionen sind notwendig, um die außergewöhnliche Notsituation der Klimakrise bewältigen zu können.

Die sich aus Vorgaben der Schuldenbremse ergebenden Kriterien zur Mittelverwendung werden uneingeschränkt eingehalten. Notwendig ist das Erreichen der beschlossenen CO₂-Einsparziele. Finanziert werden unmittelbare Sachinvestitionen und investive Finanzhilfen für Dritte. Laufende Ausgaben, insbesondere auch für Personal, werden nicht finanziert. Zulässig ist in begrenztem Umfang die Finanzierung von Personal für die Wahrnehmung unerlässlicher Steuerungs- und Planungsaufgaben zur Umsetzung der Investitionen. Die Akquise und der Einsatz von Drittmitteln der EU und des Bundes sind bei den Maßnahmen vorrangig zu prüfen. Bei investiven Finanzhilfen werden wir zudem die Möglichkeit der Vergabe zinsgünstiger Kredite über die Bremer Aufbaubank nutzen.

Energiekrise und Folgen des Ukraine Krieges (500 Mio.)

Die Koalition wird die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise und deren Folgen für Bremen auch weiterhin bekämpfen.

Personal für die Krisenbewältigung, das im laufenden Jahr aus den Mittel des 500 Mio. Euro „Krisenfonds“ finanziert wird, ist künftig vorrangig innerhalb der jeweiligen Ressortdeckwerte zu berücksichtigen, sofern es weiter benötigt wird. Dort, wo dies nicht möglich ist, werden die betroffenen Ressorts und der Senator für Finanzen gemeinsame Lösungen entwickeln.

Es wird sichergestellt, dass 2023 entstandene aber erst 2024 genau bezifferbare Kosten der Krisenbewältigung noch aus dem „Krisenfonds“ ausgeglichen werden können.

Wir werden im Herbst 2023 prüfen, ob die außergewöhnliche Notsituation Energiekrise/Folgen des Ukraine-Krieges im Jahr 2024 fortbesteht.

Zentrale Informationsstelle für Bund und EU

Um künftig noch stärker von Bundesprogrammen und EU-Programmen profitieren zu können, sollen die administrativen, finanziellen und haushalterischen Voraussetzungen überprüft und verbessert werden.

In diesem Zusammenhang werden wir einen Vorschlag für die Einrichtung einer ressortübergreifend arbeitenden Koordinierungs- und Beratungsstelle (Plattform) entwickeln und schnellstmöglich umsetzen. Ziel ist es die Programme konsequenter und umfassender abgestimmt zu nutzen.

Personal, Einstellung und Arbeitgeber*innenattraktivität

Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften für den öffentlichen Dienst ist eine zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Freie Hansestadt Bremen muss daher ihre Attraktivität als Arbeitgeberin weiter verbessern. Dabei sind eine wertschätzende Führung, die Unterstützung agiler Arbeitsformen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wesentliche Faktoren obwohl für die Außenwirkung als auch für die Mitarbeiter*innenbindung.

Wir werden künftig einmal im Jahr eine Strategieklausur mit den Führungskräften im Konzern Bremen durchführen.

Tarifbindung der öffentlichen Verwaltung

Die Koalition bekennt sich weiterhin uneingeschränkt zu Tarifbindung und Tariftreue. Wir wollen, dass Gesellschaften und Tochtergesellschaften von Land und Stadtgemeinden tarifgebunden sind. Wir setzen uns im Rahmen der Tarifvereinigung der Länder (TdL) und im Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA) dafür ein, die Rolle formaler Qualifikationen im tarifvertraglichen Eingruppierungsrecht zu reduzieren und sich noch stärker an der individuellen Berufserfahrung und der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit zu orientieren.

Beamtenbesoldung

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen der TdL werden zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt*innen übertragen.

Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen Zulagen für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsdienst ruhegehaltstfähig werden.

Personalvertretungsgesetz

Die Koalition sieht in der Mitbestimmung der Personalräte einen wichtigen Faktor für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Gemeinsam mit dem Gesamtpersonalrat und den Gewerkschaften werden wir erörtern, wo Mitbestimmungsprozesse in beiderseitigem Interesse getroffen werden können. Das BremPersVG soll dabei unverändert bestehen bleiben.

Ausbildung

In den kommenden Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Um die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten und zu verbessern, ist die eigene Ausbildung von Fachkräften aller Richtungen und Laufbahnen zwingend notwendig. Deshalb werden wir wo immer möglich die Ausbildungskapazitäten erweitern und die Ausbildungsplanung flexibilisieren. Einen Schwerpunkt bilden dabei insbesondere die Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen im Anerkennungsjahr sowie die Polizei und die Finanzverwaltung. Auch im Bereich des Führungskräftenachwuchses wollen wir mehr Personal rekrutieren

Diversity, Antidiskriminierung, Geschlechtergleichstellung im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Gesellschaften

Die Vielfalt unserer Gesellschaft muss sich in der personellen Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes (Kernverwaltung und Beteiligungen) widerspiegeln. Den in Bremen schon jetzt vergleichsweise hohe Anteil an Beschäftigten mit Migrationserfahrung wollen wir deshalb mit geeigneten Mitteln weiter erhöhen und eine angemessene Repräsentation nach Möglichkeit auch innerhalb der einzelnen Behörden erreichen. Wir setzen uns auch weiterhin nachdrücklich für Geschlechtergleichstellung im öffentlichen Dienst ein.

Doppik

Die Freie Hansestadt Bremen wird den Ausbau der Digitalisierung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen in enger Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg weiter vorantreiben. Damit werden wir die Steuerung der Kernhaushalte auf die Doppik umstellen. Die Einführung der Doppik ist eine grundlegende Änderung der Haushaltssystematik. Diese hat auch Einfluss auf das parlamentarische Haushaltsverfahren. Deshalb wollen wir diese gemeinsam mit der Opposition mit dem Ziel einer möglichst breit getragenen Zustimmung erörtern

Bundessteuern

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen, Einkommen, Kapitalerträge und große Erbschaften angemessen zu besteuern. Den Solidaritätszuschlag wollen wir für die obersten 10 Prozent der Einkommen, soweit rechtlich möglich, beibehalten oder ihn wirkungsgleich in die Einkommensteuer einbeziehen. Die Vermögensteuer wollen wir bundesweit wiedereinführen und Kapitalerträge durch eine Streichung der Abgeltungssteuer genauso wie alle anderen Einkommen progressiv besteuern.

Unser Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung, deshalb unterstützen wir den Prozess zur Implementierung der weltweiten Mindestbesteuerung aktiv. Eine europäische Finanztransaktionsteuer kann zur Stabilität der Finanzmärkte und zur besseren finanziellen Ausstattung der EU beitragen. Wir befürworten auch die Einführung weiterer europäischer Eigenmittel, etwa eine Steuer auf Kryptowährungstransaktionen oder eine „Fair Border Tax“. Wo Unternehmen aus Krisen unverdiente Gewinne erzielen, ist eine Übergewinnsteuer zugunsten der Allgemeinheit gerecht. Wir unterstützen den Kauf von Steuer-CDs mit Insider-Informationen von ausländischen Banken und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass sich Steuerbetrüger*innen hinter dem Bankgeheimnis verstecken können.

Wir setzen uns für eine sozial gerechte und außenwirtschaftlich flankierte CO₂-Bepreisung ein und for-

7947 dern den Abbau von Subventionen für z.B. Dienstwagen, Flugbenzin, Diesel, Öl- und Gasheizungen. Damit
7948 werden Steuermehreinnahmen erzeugt, die auch Bremen zugutekommen.

7949 **Grundsteuer**

7950 Wir werden die Grundsteuerreform fortsetzen und aufkommensneutral in Bremen umsetzen. Die Grund-
7951 steuer C werden wir zusätzlich einführen um Bodenspekulationen zu dämpfen und Anreize zum Woh-
7952 nungsbau zu geben.
7953

7954 **Zusammenfassung:**

7955 **Die Koalition wird:**

- 7956 • im Herbst 2023 den Doppelhaushalt 2024/25 aufstellen und gleichzeitig ein Sanierungsprogramm
- 7957 erarbeiten.
- 7958 • eine strategische Bedarfsplanung für eigene und angemietete Immobilien beim Senator für Finanzen
- 7959 einrichten.
- 7960 • den bisher diversifizierten Ansatz zur Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Baumaßnahmen,
- 7961 weiterverfolgen und nicht nur in Eigenregie Investitionen durchführen.
- 7962 • den Besitz an städtebaulich zentralen Flächen und Immobilien ausweiten und in diesem Zusammen-
- 7963 hang eine Erbpachtstrategie entwickeln.
- 7964 • die im Rahmen der Klimastrategie 2038 beschlossenen Fastlanes umsetzen und unmittelbare Sach-
- 7965 investitionen und investive Finanzhilfen für Dritte finanzieren. Dabei werden wir die Möglichkeit der
- 7966 Vergabe zinsgünstiger Kredite über die Bremer Aufbaubank nutzen.
- 7967 • im Herbst 2023 prüfen, ob die außergewöhnliche Notsituation Energiekrise und Folgen des Ukraine-
- 7968 Krieges fortbesteht.
- 7969 • einen Vorschlag für die Einrichtung einer ressortübergreifend arbeitenden Koordinierungs- und Be-
- 7970 ratungsstelle für Fördermittel entwickeln und schnellstmöglich umsetzen.
- 7971 • die Attraktivität der Freien Hansestadt Bremen als Arbeitgeberin durch wertschätzende Führung, die
- 7972 Unterstützung agiler Arbeitsformen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben weiter verbes-
- 7973 sern
- 7974 • einmal im Jahr eine Strategieklausur mit den Führungskräften im Konzern Bremen durchführen.
- 7975 • sich im Rahmen der Tarifvereinigung der Länder (TdL) und im Verband der kommunalen Arbeitgeber
- 7976 (VKA) dafür einsetzen, die Rolle formaler Qualifikationen im tarifvertraglichen Eingruppierungsrecht
- 7977 zu reduzieren und sich noch stärker an der individuellen Berufserfahrung und der tatsächlich ausge-
- 7978 übten Tätigkeit zu orientieren.
- 7979 • die Ergebnisse der Tarifverhandlungen der TdL zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt*innen übertra-
- 7980 gen.
- 7981 • nach dem Vorbild anderer Bundesländer Zulagen für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsdienst
- 7982 ruhegehaltstfähig stellen.
- 7983 • mit dem Gesamtpersonalrat und den Gewerkschaften erörtern, wo Mitbestimmungsprozesse unter
- 7984 unveränderter Beibehaltung des Personalvertretungsgesetzes in beiderseitigem Interesse gestrafft
- 7985 werden können.
- 7986 • Die Ausbildungskapazitäten erweitern und flexibilisieren und dabei Schwerpunkte auf Erzieher*innen
- 7987 und Sozialarbeiter*innen im Anerkennungsjahr, die Polizei und Finanzverwaltung legen.
- 7988 • den schon jetzt vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten mit Migrationserfahrung weiter erhö-
- 7989 hen und nach Möglichkeit eine angemessene Repräsentation auch innerhalb der einzelnen Behörden
- 7990 realisieren.
- 7991 • sich weiter für Geschlechtergleichstellung im öffentlichen Dienst einsetzen.
- 7992 • den Ausbau der Digitalisierung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen in enger Kooperation
- 7993 mit der Freien und Hansestadt Hamburg weiter vorantreiben und die Steuerung der Kernhaushalte
- 7994 auf die Doppik umstellen.
- 7995
- 7996

- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen, Einkommen, Kapitalerträge und große Erbschaften angemessen zu besteuern.
- uns für eine sozial gerechte und außenwirtschaftlich flankierte CO₂-Bepreisung und den Abbau von Subventionen für z.B. Dienstwagen, Flugbenzin, Diesel, Öl- und Gasheizungen einsetzen.
- die Grundsteuerreform fortsetzen und aufkommensneutral in Bremen umsetzen.
- die Grundsteuer C zusätzlich einführen, um Bodenspekulationen zu dämpfen und Anreize zum Wohnungsbau zu geben.
- die Vereinbarungen zur Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis umsetzen und den Trägern damit durch mehrjährige Förderung mindestens für die Laufzeit der Haushalte Handlungssicherheit geben.

Zusammenarbeit der Koalitionspartner

Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln auf partnerschaftlicher, gleichberechtigter Grundlage umzusetzen und dabei die jeweiligen Identitäten der die Regierung tragenden Parteien zu wahren. Sie tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung und werden auf Basis gemeinsamer Ziele vertrauensvoll zusammenarbeiten. Diese Koalitionsvereinbarung bildet dafür einen Handlungsleitfaden. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Entscheidungen in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand dieser Koalitionsvereinbarung sind, nicht gegen den Willen einer der drei Partner getroffen werden.

Bürgerschaft und Deputationen

Zur Abstimmung der parlamentarischen Zusammenarbeit findet zwischen den Koalitionsfraktionen ein regelmäßiger und partnerschaftlicher Informationsaustausch statt. Vor Großen Anfragen und vor der Beantragung von Aktuellen Stunden sind die Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren. Die Koalitionsfraktionen verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung in der Bürgerschaft, den Ausschüssen sowie in den Deputationen nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen oder einen der Partner zu überstimmen. Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.

Tätigkeit des Senats

Die Mitglieder des Senats berichten über Vorhaben grundsätzlicher Natur sowie Vorhaben dieses Koalitionsvertrages und informieren sich und die Koalitionsfraktionen frühzeitig. Im Senat entscheiden die Koalitionspartner einvernehmlich. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit abweichender Voten einzelner Senatsmitglieder in Sachfragen.

Das für Finanzen zuständige Senatsmitglied unterrichtet die Senatsmitglieder, bevor haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (z.B. nach § 41 LHO) ergriffen oder andere grundsätzliche Entscheidungen im Haushaltsvollzug getroffen werden.

Zu Regierungserklärungen des Präsidenten des Senats stellt dieser hinsichtlich Ihrer Grundzüge vor deren Abgabe das Einvernehmen mit den Senatsmitgliedern.

Gutes Regieren

Zur Verbesserung der Steuerungs- und Konfliktlösungskompetenz der SK im Interesse eines erfolgreichen Politikmanagements für die gesamte Koalition werden wir jedenfalls die folgenden Punkte neu regeln:

- In der Geschäftsordnung des Senats werden die Regeln für die Abstimmung von Senatsvorlagen und die Aufstellung der Tagesordnung präzisiert und konkretisiert (Aufnahme von Fristen und Abstim-

8047 mungserfordernisse mit anderen Ressorts etc.).

- 8048 • Der Senatskanzlei wird die Befugnis eingeräumt bei Zuständigkeitskonflikten zwischen Ressorts eine verbindliche Zuweisung vorzunehmen. Diese Entscheidung kann durch Senatsbeschluss abgeändert werden.
- 8049
- 8050
- 8051 • Für inhaltliche Streitigkeiten zwischen Ressorts wird ein Verfahren festgeschrieben, bei dem jedes Ressort eine Konfliktschlichtung unter dem Vorsitz des Chefs der Senatskanzlei verlangen kann.
- 8052 Kommt es in diesem Gespräch zu keiner Verständigung berichtet die Senatskanzlei auf Wunsch des Fachressorts an den Senat und unterbreitet diesem einen Entscheidungsvorschlag. Die Entscheidungsrechte verbleiben beim Senat.
- 8053
- 8054 • Über die zentralen Regierungsvorhaben und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages führt die Senatskanzlei auf Basis eines zwischen allen Ressorts verständigten Berichtsmodus ein zentrales Controlling und berichtet dem Senat regelmäßig über den Umsetzungsstand und die aktuellen Planungen.
- 8055
- 8056
- 8057
- 8058
- 8059
- 8060

8061 **Senatskommissionen und ressortübergreifende Staatsrätesteuerungsrounden:**

8062 Die Bestimmungen zur Bildung von Senatskommissionen werden wie folgt neu gefasst. Senatskommissionen werden unter dem Vorsitz des Präsidenten des Senats/ der Präsidentin des Senats gebildet. Der stellvertretende Vorsitz liegt beim fachlich zuständigen Senatsmitglied. Der Senatskanzlei obliegt die Geschäftsführung der Senatskommissionen. Mitglieder der Senatskommission können die Senatsmitglieder, der Chef bzw. die Chefin der Senatskanzlei sowie die Vertreter*innen im Amt der Senator*innen sein. Die Einsetzungsbeschlüsse der Senatskommissionen werden unter allen Koalitionspartnern abgestimmt.

8063

8064

8065

8066

8067

8068

8069 **Die Koalition verständigt sich auf die Bildung der folgenden Senatskommissionen:**

- 8070 • Schul- und Kitabau
- 8071 • Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt
- 8072 • Wohnungs- und Gewerbeimmobilienbau
- 8073

8074

8075 Die hier genannten Senatskommissionen können im gegenseitigen Einvernehmen aller Koalitionspartner aufgelöst werden. Die Bildung weiterer Senatskommissionen ist bei Bedarf möglich.

8076

8077

8078 Ressortübergreifende Steuerungsrounden auf Staatsrät*innenebene werden von der Senatskanzlei und dem jeweilig zuständigen Fachressort gemeinsam organisiert. Die Einzelheiten werden im Einvernehmen zwischen Fachressort und Senatskanzlei geregelt. Im Konfliktfall entscheidet der Senat.

8079

8080

8081 **Die folgenden Staatsrät*innensteuerungsrounden werden zunächst gebildet:**

- 8082 • Umsetzung Fastlane und Aktionsplan Klimaschutz
- 8083 • Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut
- 8084 • Bildungsgerechtigkeit
- 8085 • Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
- 8086

8087 **Koalitionsausschuss**

8088 Die diese Koalition bildenden Parteien bilden einen Koalitionsausschuss. Der Koalitionsausschuss begleitet die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung und berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. Er ist Ort der inhaltlichen Diskussion und gemeinsamer, auch grundsätzlicher, Zielbestimmung. Er besteht aus je einem von den Parteien benannten Senatsmitglied, den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen sowie den Vorsitzenden der Koalitionsparteien, sowie dem Chef der Senatskanzlei/ der Chefin der Senatskanzlei als Gast.

8089

8090 Weitere Gäste können hinzugeladen werden. Der Koalitionsausschuss tagt regelmäßig in einem vereinbarten Turnus oder auf Antrag eines Koalitionspartners. Die Ergebnisse werden schriftlich festgehalten.

8091

8092

8093

8094

8095

8096

Der Chefin der Senatskanzlei/dem Chef der Senatskanzlei wird die Aufgabe zugewiesen, die Umsetzung des Koalitionsvertrages und der Beschlüsse des Koalitionsausschusses in Senatshandeln zu gewährleisten.

Abstimmungsverhalten im Bundesrat

Bremen wird seine grundgesetzlichen Aufgaben im Bundesrat im Sinne einer konstruktiven Mitgestaltung gegenüber dem Bund und anderen Ländern wahrnehmen. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat wird im gegenseitigen Einvernehmen der Koalitionspartner festgelegt. Dabei werden folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- Die Interessen des Landes bilden den Maßstab des Abstimmungsverhaltens.
- Wortlaut und Geist der Koalitionsvereinbarung sind Grundlage der vereinbarten Politik.
- Es werden nur solche Fragen strittig gestellt, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung für Bremen oder seine politischen Zielsetzungen sind.

Im Sinne eines konstruktiven föderalen Gestaltungsanspruchs muss eine Enthaltung Bremens in politisch bedeutsamen Fragen die Ausnahme darstellen. Die Koalitionspartner verpflichten sich daher, bei strittig gestellten Themen im Senat eine Einigung im Interesse Bremens anzustreben. Kommt eine Einigung über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht zustande, so gilt, dass das Land sich der Stimme enthält. Redebeiträge sind dem Senat vorher anzuzeigen und abzustimmen. Stellt sich der Bedarf für eine Äußerung erst während des Bundesratsplenums heraus, entscheiden die anwesenden Bundesratsmitglieder.

Ressortverteilung

SPD (10)

1. Präsident des Senats, Senatskanzlei, Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften (1), Bundes- und Europaangelegenheiten (1), Kultur (1)
2. Inneres und Sport (1)
3. Kinder und Bildung (2)
4. Arbeit und Soziales (2)
Justiz (1)
5. Bau, Stadtentwicklung und Verkehr (1)

Grüne (4)

1. Finanzen (2)
2. Klima, Umwelt und Wissenschaft (2)

LINKE (4)

1. Wirtschaft und Häfen (2)
2. Gesundheit, Pflege, Frauen, Gleichstellung und Verbraucherschutz (2)

Die Gemeindeaufsicht mit Ausnahme der Finanzaufsicht und die Zuständigkeit für Bremerhaven wechseln auf die Senatskanzlei.

Den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin stellen die Grünen

Das Projektbüro Innenstadt wird bei der Senatskanzlei angebunden.

Der/die Bevollmächtigte beim Bund wird weiteres Senatsmitglied und Mitglied im Bundesrat.

Die Brebau wird dem Ressort Bau, Stadtentwicklung und Verkehr zugeordnet.

Die Anzahl der jeweiligen Staatsrät*innen steht in Klammern hinter den Ressorts.